Montag, 2. Mai 1983 - D ***
Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 80 Dr. Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 63,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 101 - 18.W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A
Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11

Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 80 Esc, Schweden 6,00 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 110 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

Zehntausende demonstrieren für Solidarnosc und ein freies Polen

Polizei setzt Schlagstock und Wasserwerfer ein / Jaruzelski greift USA an

DW. Warschau

Polen erlebte gestern die größten Demonstrationen der unabhängigen Gewerkschaft „Solidarität" seit den unruhigen August-Tagen 1982. Ungeachtet aller Drohungen der Militärs und trotz eines massiven Einsatzes von Polizei und Miliz bekundeten Zehntausende in mehreren Städten ihre Sympathie für die Ziele der verbotenen Gewerkschaft. Partei- und Regierungschef General Jaruzelski suchte demgegenüber auf einer offiziellen Mai-Veranstaltung des Staates, Polen als das Opfer einer „beispiellosen Propaganda-Aggression" der USA darzustellen.

In Danzig versuchten mehr als zehntausend Menschen in einem Zug zum Vorort Zaspa zu gelangen, in dem Arbeiterführer Lech Walesa wohnt. In Krakau mischten sich Solidarität-Anhänger in den offiziellen Demonstrationszug zum 1. Mai und zogen mit „Solidarität"-Rufen an der Ehrentribüne vorbei.

In der Warschauer Altstadt versammelten sich bereits am Vormittag 10 000 Menschen in den Kirchen und deren Nähe. Vor der Kathedrale entfalteten die Kundgebungsteilnehmer Nationalfahnen mit der Aufschrift „Solidarität". Die Menschen hielten kleine handgemalte Plakate in die Luft und schwenkten Papierfähnchen, die die Aufschrift der freien Gewerkschaft trugen. Immer wieder riefen sie: „Der 1. Mai ist unser Fest", „Freiheit für die Gefangenen" oder „Lech Walesa". Die Rufe übertönten die Lautsprecher-Aufrufe der Polizei, auseinanderzugehen. Den Polizisten, die mit Sturmhelmen anrückten, und mit Schlagstöcken und Wasserwerfer vorgingen, riefen die Menschen zu „Wir sind nicht bewaffnet" – „Kommt mit uns". Junge Leute brachten weiß-rote Nationalfahnen mit der Inschrift „Solidarität" an Häusern an, die mit roten und mit Nationalfahnen geschmückt waren.

Gestern nachmittag wurde die Zahl der Demonstranten in Danzig, der Geburtsstadt der „Solidarität", mit 40 000 angegeben. Immer wieder erscholl der Ruf „Wir wollen ein freies Polen, wir wollen freie Gewerkschaften – sie (die Behörden) wollten eine Parade, jetzt haben sie eine".

Jaruzelski sagte zu Beginn des offiziellen Mai-Aufmarsches in Warschau, viel habe sich in Polen seit dem Mai 1982 gebessert und „wenn es keine Unterbrechungen (dieser Entwicklung) in den nächsten Wochen und Monaten gibt, besteht die Möglichkeit, das Kriegsrecht zu beenden". Wie alle Ostblock-Führer griff Jaruzelski die Vereinigten Staaten an: „Wir müssen uns genau die Pläne ansehen, die die Stationierung neuer Raketen vorsehen, die auf unsere Städte gerichtet sind. Polnisches Blut wird an der Washingtoner Börse billig gehandelt." Mit Aufmerksamkeit wurde gestern registriert, daß Ende vergangener Woche das polnische Politbüro-Mitglied Miroslaw Milowski in Moskau mit dem sowjetischen Außenminister Andrej Gromyko zusammengetroffen war. Beide Politiker sprachen über „die weitere Vertiefung der sowjetisch-polnischen Zusammenarbeit".

DER KOMMENTAR

Die Stimme Polens

CARL GUSTAF STRÖHM

In Polen ist der „Tag der Arbeit" mit dem Einsatz von Gummiknüppeln und Wasserwerfern gegen die arbeitende Bevölkerung sowie mit Verhaftungen von Demonstranten begangen worden. Dabei stellte sich heraus, daß es weder dem Militärregime noch der am Vorabend des Papst-Besuchs vorsichtig taktierenden katholischen Hierarchie gelungen ist, Zehntausende von der Demonstration ihres Freiheits- und Unabhängigkeitswillens abzuhalten.

In Danzig forderten die Demonstranten in Sprechchören ein freies Polen und freie Gewerkschaften, in Warschau war die Parole „Unser Mai, unser Mai" zu hören – eine Absage an den kläglichen kommunistischen Versuch, diesen Tag für das totalitäre System zu reklamieren. Trotz aller Arten von Drohungen und Desinformationen, trotz der Verwandlung der Warschauer Altstadt und anderer Zentren in wahre Heerlager von Polizei- und Panzerwagen ließen sich die Menschen nicht einschüchtern. Darin liegt die eigentliche Bedeutung der Ereignisse von Warschau, Danzig, Breslau, Krakau – um nur einige der Städte zu nennen. Trotz aller Redensarten von Normalisierung hat das Regime Jaruzelski die Lage nicht unter Kontrolle.

Damit bleibt Polen eine offene Wunde im Organismus des Sowjetblocks. Der Chef der Partei und des Militärregimes versucht es jetzt mit antiamerikanischen Parolen über „billiges polnisches Blut an der Washingtoner Börse". Aber in Polen und überall in Europa weiß man, daß nicht die Amerikaner das polnische Problem „erfunden" haben. Die Ursachen liegen in einem System, das den polnischen Menschen offenbar nichts mehr an Perspektiven zu bieten hat, weder auf geistiger, noch auf nationaler, noch auf wirtschaftlicher Ebene.

Von außen kann Polen nicht saniert werden. Weder westliche Kredite noch östliche Gewaltandrohungen können ein Volk zu irgendwelchen Arbeitsleistungen oder irgendeinem Einsatz beflügeln, das sich – um einen polnischen Bischof zu zitieren – als „Lastesel des Leidens" mißbraucht fühlt. Es geht den Polen, so wichtig der materielle Aspekt auch sein mag, nicht um Brot allein, sondern um Freiheit im menschlichen wie im nationalen Sinne. Jaruzelski gibt weder Brot noch Freiheit. Das ist eine polnische, eine europäische Tragödie.

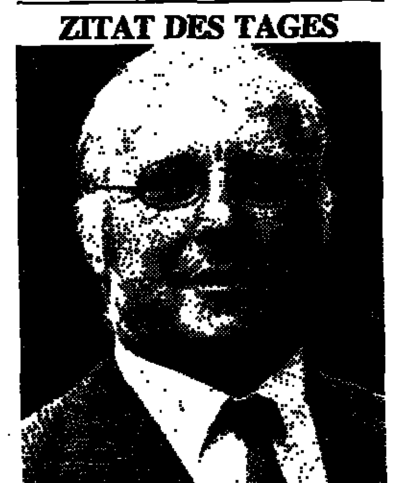
POLITIK

Libanon sieht Fortschritte bei Verhandlungen

dpa/rtr, Beirut/Kairo

Vorsichtig optimistisch hat sich der libanesische Außenminister Eli Salem nach dem jüngsten Besuch seines amerikanischen Amtskollegen George Shultz in Beirut über die Möglichkeit eines Abkommens mit Israel geäußert. „Ich glaube, wir machen Fortschritte", sagte er, ohne jedoch Einzelheiten zu nennen. Shultz hatte der libanesischen Regierung am Wochenende israelische Vorschläge unterbreitet, die nach Darstellung Jerusalems einen Kompromiß darstellen. Eine Stellungnahme dazu lag bis gestern von libanesischer Seite noch nicht vor. Shultz unt[illegible] am Abend Israels Min[illegible]nten Begin über seine [illegible]ngen in Beirut. In direktem [illegible]satz zu der Haltung von US-Präsident Ronald Reagan hat der ägyptische Staatspräsident Mubarak die Beteiligung der PLO am Friedensprozeß im Nahen Osten gefordert. Es sei notwendig, der PLO dabei eine Rolle zuzuweisen und sie nicht zu bekämpfen, sagte Mubarak in einer Ansprache zum 1. Mai. Er habe der amerikanischen Regierung mitgeteilt, daß es ein schwerer Fehler wäre, die Rolle der PLO herunterzuspielen.

ZITAT DES TAGES



»Wer auslädt und dadurch aussperrt, setzt die Einheitsgewerkschaft für kurzatmige parteitaktische Winkelzüge aufs Spiel«

Norbert Blüm, Bundesarbeitsminister, gestern auf der Mai-Kundgebung des „Aktionskomitees christlich-sozialer Arbeitnehmerverbände" in Bonn. Blüm sollte ursprünglich auf der DGB-Kundgebung in der Bundeshauptstadt sprechen, wurde aber auf Beschluß des DGB-Kreises Bonn ausgeladen

FOTO: RICHARD SCHULZE-VORBERG

Verbot für Irans KP?

AFP, Teheran

Das iranische Regime bereitet offenbar ein Verbot der kommunistischen Tudeh-Partei vor. Zu diesem Schluß kamen Beobachter in Teheran, nachdem das Fernsehen am Wochenende ein Geständnis des verhafteten Tudeh-Chefs Kianuri ausgestrahlt hat, in dem dieser zugab, daß seine Partei im Dienst der Sowjetunion stehe und ihre Aktivitäten vom Ausland bestimmt gewesen seien. Kianuri, dem Spionage und Subversion vorgeworfen werden, sagte, er habe Analysen der politischen Situation in Iran und militärische Berichte an Moskau weitergeleitet. Seiner Partei sei es gelungen, Mitglieder in wichtige Stellungen in Armee und politischer Führung einzuschleusen. Am vergangenen Freitag hatte die iranische Führung die Verhaftung weiterer Tudeh-Mitglieder angekündigt. Nach Ansicht westlicher Diplomaten ist außerdem mit der Ausweisung von Angehörigen ausländischer Botschaften zu rechnen.

Die Jagd geht weiter

rtr/AFP, Stavanger

Eine norwegische Fregatte hat gestern abermals eine Unterwasser-Rakete auf das vor der Südwestküste des Landes kreuzende unbekannte U-Boot abgefeuert. Wie ein Militärsprecher in Oslo mitteilte, wurde nur ein Geschoß auf das Schiff abgefeuert, da die Ortung weniger präzise gewesen sei als am Vortag, als eine andere Fregatte zehn Raketen abgefeuert und eine Wasserbombe geworfen hatte. Nach Angaben der norwegischen Streitkräfte gibt es mittlerweile Anzeichen dafür, daß sich sogar zwei fremde U-Boote nahe der Hafenstadt Stavanger befinden.

WIRTSCHAFT

Bürgschaften für Ostblock verdoppelt

H. HECK, Bonn

Das Obligo des Bundes für Kredite an Staatshandelsländer hat sich von 1977 bis 1982 auf 32,8 Milliarden Mark verdoppelt. Wie aus einem vertraulichen Vermerk der Bundesregierung an den Haushaltsausschuß außerdem hervorgeht, steht die Sowjetunion dabei mit 17,9 Milliarden Mark (Zunahme: 71,5 Prozent) mit Abstand am höchsten in der Kreide. Ihr folgt Polen mit 8,5 Milliarden (181,5 Prozent). Auf Platz drei liegt die Volksrepublik China mit 3,17 Milliarden, die sich nach der Öffnung gegenüber dem Westen dort auch höher verschuldet (Zunahme: 834 Prozent). In dieser Ländergruppe konnte allein Rumänien sein Obligo geringfügig (um 7,8 Prozent) auf 826 Millionen Mark abbauen. Die vom Bund abgesicherten Kredite an Jugoslawien sind in den sechs Jahren von 2,0 auf 2,6 Milliarden Mark gestiegen. Wie der „Bonner Energie-Report" in seiner morgen erscheinenden Ausgabe berichtet, besteht in Moskau neuerdings wieder Interesse an einem Ost-West-Stromverbund. Im Wirtschaftsministerium gibt es hierzu allerdings „nicht die geringste Information", hieß es dort. Seite 9

Verluste der Ölländer

rtr, Kuwait

Die arabischen Ölländer werden nach einer Schätzung der Organisation erdölexportierender arabischer Länder (OAPEC) wegen des Ölüberschusses auf dem Weltmarkt mit Mindereinnahmen von insgesamt rund 118 Milliarden Dollar für 1982 und 1983 rechnen müssen. In ihrem jüngsten Monatsbericht schrieb die OAPEC, 1982 hätten die Einnahmen um 47 Milliarden Dollar unter denen des Vorjahres gelegen. Für 1983 erwarte man Mindereinnahmen in etwa der gleichen Höhe. Die Senkung des Ölpreises um fünf Dollar je Barrel werde 1983 die Einnahmen der zehn OAPEC-Mitglieder um weitere 24 Milliarden Dollar reduzieren. Um die Mindereinnahmen aufzufangen, sollten die OAPEC-Staaten Importe durch einheimische Produkte ersetzen und jede Möglichkeit zur engeren Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern nutzen.

Rekord-Monat

AP, Flensburg

Noch niemals zuvor sind im Laufe eines Monats auf dem Automarkt der Bundesrepublik so viele gebrauchte Fahrzeuge verkauft worden wie im vergangenen März. Nach Angaben des Flensburger Kraftfahrt-Bundesamtes wurden 692 000 Besitzumschreibungen registriert – gut 50 000 oder 8,1 Prozent mehr als im bisherigen Rekordmonat, dem März 1982.

Strom teurer

dpaA/VWD, Dortmund/Essen

Die beiden größten Stromversorgungsunternehmen in Nordrhein-Westfalen, die Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen AG (VEW), Dortmund, und die Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke AG (RWE), Essen, erhöhen die Strompreise. Bei der VEW gelten seit gestern um durchschnittlich 3,1 Prozent höhere allgemeine Tarife. Das RWE hat beim Wirtschaftsminister in Düsseldorf als Preisbehörde eine durchschnittliche Preiserhöhung um 6,5 Prozent zum 1. August 1983 beantragt; für Wärmespeicherstrom um 0,9 Pfennig je Kilowattstunde.

SPORT

Sieg im Degenfechten

DW. Bonn

Der 26 Jahre alte Würzburger Elmar Borrmann wurde in Legnano (Italien) Weltcup-Sieger im Degenfechten. – Einen Überraschungserfolg durch den Holländer Adri van der Poel gab es beim bedeutendsten deutschen Profi-Radrennen „Rund um den Henninger-Turm" in Frankfurt. Seiten 16, 17 und 18

WETTER

Wechselhaft

DW. Essen

Im gesamten Bundesgebiet einschließlich Berlin wechselnde, überwiegend starke Bewölkung und zeitweise Schauer, im Süden auch Gewitter. Tagestemperaturen 15 bis 18 Grad, nachts 10 bis 7 Grad.

„Wir hoffen auf Tarifrenten-Gesetz"

WELT-Interview mit dem IG-Chemie-Vorsitzenden Rappe über Arbeitszeit-Verkürzung

DW. Bonn

In den Gewerkschaften gibt es unterschiedliche Ansätze bei der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung. Die IG Chemie, wie auch die Gewerkschaften Nahrung/Genuß/Gaststätten und Textil und Bekleidung, wollen die Verkürzung der Lebensarbeitszeit tariflich erreichen, andere Gewerkschaften – führend ist hier die IG Metall – setzen auf die Reduzierung der Wochenarbeitszeit. Zu diesen Problemen äußerte sich Hermann Rappe im Gespräch mit der WELT. Mit dem IG-Chemie-Vorsitzenden sprach Günther Bading.

WELT: Ein Teil der Gewerkschaften will die Wochenarbeitszeit verkürzen als Beitrag zur Verbesserung der Arbeitsmarktlage. Die IG Chemie setzt auf tarifliche Verkürzung der Lebensarbeitszeit. Warum dieser Weg?

Rappe: Es gibt unterschiedliche Wege: Die manteltarifvertraglichen Bedingungen sind unterschiedlich, und die Lage in den Betrieben ist unterschiedlich. Zwei Beispiele dazu: Die IG Bergbau hat mit der Knappschaftsrente ein Ruhestandsalter von 57 Jahren. Sie kann und muß kein Tarifrentenmodell für 58jährige machen. Unsere Organisation hat dagegen noch ältere Arbeitnehmer in den Betrieben. Und wir sind ganz sicher, daß es in Zukunft noch mehr geben wird, weil das Arbeitsförderungsgesetz geändert worden ist und die Regelung des Ausscheidens mit 59 Jahren nicht mehr geht. Wir erwarten, daß sich mit einer politischen Ergänzung – wir hoffen, diese der konservativen Regierung in Form eines Tarifrenten-Rahmengesetzes abringen zu können – die Arbeitszeitverkürzung im Alter besser durchsetzen läßt.

WELT: Wie soll dieses Gesetz aussehen?

Rappe: Wir glauben, daß die Bundesregierung die Tarifvertragsparteien nicht alleinlassen kann. Wenn wir unseren Beitrag leisten wollen, dann muß die Bundesregierung mit dem Tarifrenten-Rahmengesetz sozusagen die Richtpfähle abstecken. Es geht darum, daß Mittel aus der Bundesanstalt für Arbeit in einen Topf mit einfließen können, aus dem die Betroffenen eines Tarifvertrages – nehmen wir einmal an 58jährige und älter – einen bestimmten Anteil als Zuschuß zur Tarifrente bekommen. Das heißt: Bundesanstalt für Arbeit, Arbeitgeber und wir, die Gewerkschaften, müssen alle drei dazu beitragen, daß ein Arbeitnehmer, der von dieser Möglichkeit Gebrauch machen will, 75 Prozent seines letzten Nettoverdienstes bekäme. Aus diesem Topf müßten außerdem die Rentenversicherungsbeiträge bis zu seinem persönlichen Rentenalter weitergezahlt werden, damit er später keine Verluste hat. Wenn man politisch wollte, dann gäbe es also schon eine Möglichkeit, etwas aus den großen Summen der Bundesanstalt für Arbeit umzuleiten.

WELT: Gibt es Schätzungen, wieviel Arbeitsplätze dadurch neu besetzt werden könnten?

Rappe: Wenn es richtig ist, daß 500 000 Arbeitnehmer wahrschein-

● Fortsetzung Seite 8

Andropow lobt KSZE-Entwurf der Blockfreien

rtr/AFP, Moskau

Die Sowjetunion sieht in dem Entschließungsentwurf der neutralen und blockfreien Staaten auf der Madrider KSZE eine Grundlage für die geplante abschließende Erklärung der Konferenz. „Wir wissen den Wunsch der blockfreien Staaten zu schätzen, in größtem Maße dazu beizutragen, daß die Konferenz sobald wie möglich beendet werden kann", schrieb Parteichef Jurij Andropow, wie die offizielle Nachrichtenagentur Tass berichtete, an europäische neutrale und blockfreie Staaten.

Österreich, Zypern, San Marino, Finnland, Schweden und Jugoslawien hatten an die 35 Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa appelliert, einem Kompromißvorschlag für ein Schlußdokument zuzustimmen. Die Vereinigten Staaten und einige westeuropäische Länder bemängelten an der Vorlage vor allem, daß sie den Menschenrechtsfragen nicht ausreichend Raum widme.

Der Vorschlag der Neutralen und Blockfreien zielt auf eine schnelle Vereinbarung über die Einberufung einer europäischen Abrüstungskonferenz. Deren Nahziel soll es sein, „vertrauensbildende Maßnahmen" zu ergreifen, darunter der routinemäßige Austausch militärischer Informationen.

Bischöfe dringen auf 218-Änderung

dpa/DW. Baden-Baden

Die katholischen Bischöfe in der Bundesrepublik Deutschland haben darauf hingewiesen, daß sie von der Bundesregierung Entgegenkommen in der Diskussion über den Abtreibungsparagraphen 218 und im Bereich der Ausländerpolitik erwarten.

Prälat Josef Homeyer, Sekretär der Bischofskonferenz, sagte im Südwestfunk: „Die Bischöfe werden ihre Forderung nach einer Änderung der geltenden Abtreibungsregeln und Abtreibungspraxis nicht aufgeben. Die derzeitige Regelung ist und bleibt für sie unannehmbar. Der Staat hat die Pflicht, ungeborenes Leben zu schützen." CDU-Generalsekretär Heiner Geißler hatte mehrfach versichert, daß es keine gesetzliche Änderung des derzeitigen Zustandes geben werde.

Zur Ausländerpolitik bemerkte Prälat Homeyer, auch ausländische Arbeitnehmer hätten das Recht, mit ihren Ehegatten in Deutschland zusammenzuleben. Diesem Recht widerspreche, wenn Neuverheirateten der Nachzug aus der Heimat erst nach ein oder zwei Jahren gestattet werde. Ebenso hätten nicht nur Kinder unter sechs Jahren, sondern auch heranwachsende Kinder einen Anspruch, bei ihren Eltern in Deutschland zu leben.

Kanzler warnt: Dieser Streit schadet nur

dpa, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl hat drei Tage vor seiner Regierungserklärung nochmals die Koalitionsparteien FDP und CSU zur Beilegung ihres Streits um die Deutschlandpolitik aufgefordert.

Die derzeitige öffentliche Diskussion sei „völlig unnötig" und schade nur. Die von ihm geführte Koalition der Mitte habe am 6. März einen klaren Regierungsauftrag erhalten. „Dieser Auftrag gebietet, nicht miteinander zu streiten, sondern sachlich zusammenzuarbeiten." Kohl betonte, seine Regierungserklärung, über deren Inhalt er gestern die Vorsitzenden der Koalitionsparteien informierte, baue auf den Koalitionsvereinbarungen auf.

Führende Politiker von FDP und CSU, an der Spitze Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff und der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß, hatten sich abermals mit scharfen persönlichen Angriffen attackiert. Sprecher der SPD machten Strauß für die Absage des Besuchs von SED-Chef Erich Honecker in der Bundesrepublik Deutschland verantwortlich. Politiker der CDU deuteten weitere Gesprächsbereitschaft mit der „DDR" an. Sie verwiesen auf die Möglichkeit eines Honecker-Besuchs zu einem späteren Zeitpunkt.

Regierungserklärung als Programm der Erneuerung

Kohl nennt die Grundsätze seiner Deutschlandpolitik

MANFRED SCHELL, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl will am Mittwoch seine Regierungserklärung, die – mit Ausnahme eventueller Ergänzungen im deutschlandpolitischen Kapitel – nunmehr formuliert ist, unter das Leitmotiv „Programm der Erneuerung" stellen. In Gesprächen mit seinen Mitarbeitern hat es Kohl von der Entwicklung der nächsten Tage abhängig gemacht, ob er sich in der auf zwei Stunden angelegten Erklärung auch dezidiert zur Absage des Besuchs von SED-Generalsekretär Erich Honecker äußern wird.

Die Aussagen Kohls zur Deutschlandpolitik werden nüchterner ausfallen als die vorhergehender Regierungen. Der Bundeskanzler wird die Versicherung abgeben, daß auch seine Regierung die mit Ost-Berlin abgeschlossenen Verträge halten wird und auch an weiteren Übereinkünften interessiert ist, wenn sie den Menschen dienen. Er wird aber auch betonen, daß die Deutschlandpolitik Bonns vom Gebot des Grundgesetzes zur Wiedervereinigung ausgeht. Der Kanzler will herausstellen, daß zur Vertragspolitik als wichtige Elemente der Deutschlandvertrag, die Urteile des Bundesverfassungsgerichts und die Bundestagsresolution vom 17. Mai 1972 gehören. Solange Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl existierten, könne man „nicht von Normalität" reden. Die „DDR" dürfe sich der Verpflichtung, Spannungen zu mindern oder zu beseitigen, nicht entziehen. Es ist vorgesehen, daß der Kanzler zunächst die Notwendigkeit des Regierungswechsels im Herbst 1982 und dessen Bestätigung am 6. März beschreibt und dabei die „positiven Elemente" nennt, die sich seitdem auch im Bereich der Wirtschaftsbelebung eingestellt haben. Daran anschließen wird sich eine sehr breit angelegte Passage zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, zur Reduzierung der hohen Staatsverschuldung und zur Sanierung der Staatsfinanzen. Dabei will sich Kohl an den Festlegungen in der Koalitionsvereinbarung orientieren. Im Zusammenhang mit diesen Aussagen steht die Forderung, eine solide und auf Dauer angelegte Rentensanierung zu finden. Dabei will Kohl die SPD zur Mitarbeit einladen. Diese Passage enthält aber auch den Hinweis, daß Arbeitsminister Blüm den Auftrag hat, ein Finanzkonzept zu entwickeln, das eine erneute Verschiebung der Rentenanpassung überflüssig mache.

Standortbeschreibungen zur Ausländer- und zur Rechtspolitik werden sich anschließen. Die Familienpolitik wird in der Regierungserklärung eine gewisse Priorität haben; für die Zeit, in der die Kassen wieder voller sind, wird Kohl vor allem für nicht berufstätige Mütter eine Besserstellung ankündigen.

Die Außen- und Sicherheitspolitik wird von den Aussagen zu den USA und zur Situation der NATO gekennzeichnet sein. Kohl wird die Bereitschaft zur „wirklichen Abrüstung" bekräftigen, aber andererseits auch keinen Zweifel an dem Willen zur Nachrüstung aufkommen lassen, wenn es kein befriedigendes Ergebnis in Genf geben sollte.

Zweite Hilfsaktion für Neue Heimat

NH-Städtebau sollen 600 Millionen Mark fehlen / Kredit-Sperre für Gewerkschaftsbank?

dpa/DW. Hamburg

Der gewerkschaftseigenen „Neuen Heimat Städtebau" sollen vor allem aus Baugeschäften in Mexiko und Brasilien neue Verluste von bis zu 600 Millionen Mark drohen. Nach einem Bericht des „Spiegel" ist das Schwesterunternehmen der gemeinnützigen „Neuen Heimat" ohne weitere Hilfe der Gewerkschaften und der Banken „nur schwer zu sanieren".

Die Gewerkschaften hatten allerdings bereits im vergangenen Jahr angekündigt, daß sie nach einer ersten Hilfsaktion, die 400 Millionen Mark für die Sanierung des Unternehmens erbrachte, zu weiteren Maßnahmen nicht bereit seien. Sie müssen ihre Streikfonds schonen. Konrad Carl, Vorsitzender der IG Bau-Steine-Erden hatte 1982 angekündigt: „Das war der letzte Opfergang."

Auch die gewerkschaftseigene Bank für Gemeinwirtschaft könne, so der „Spiegel", keine weiteren Mittel zuschießen. Das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen soll moniert haben, daß die Bank im Bereich der Gewerkschaftsunternehmen bereits das gesetzliche Kreditlimit überschritten habe.

Die „Neue Heimat Städtebau" hofft jetzt angeblich auf Kredite von der Westdeutschen Landesbank, der Deutschen Genossenschaftsbank, der Dresdner Bank, der Hessischen Landesbank und der Deutschen Bank. Nach dem „Spiegel"-Bericht haben sich die der SPD angehörenden Manager Friedel Neuber (Westdeutsche Landesbank), Manfred Schüler (Kreditanstalt für Wiederaufbau, davor Chef des Bundeskanzleramtes) und Ernst Pieper (Salzgitter) bereits mit dem „Neue Heimat"-Chef Diether Hoffmann zu einer Krisensitzung verabredet. Die Banken sollen bereit sein, ausländische Großobjekte der „Neue Heimat Städtebau" – ein Hotel in Monte Carlo sowie den Pariser Wohn- und Geschäftsbau Passy Kennedy – zu übernehmen, um so ihr Kredit-Engagement bei dem Gewerkschaftskonzern abzusichern.

Ein Sprecher der Unternehmensgruppe „Neue Heimat" räumte am Wochenende in Hamburg ein, daß die „Neue Heimat Städtebau" für die Erfüllung ihrer Aufgaben einen ständigen Kreditbedarf in Milliardenhöhe habe. Bereits bei der Bilanzvorlage Ende 1982 habe man deutlich gemacht, daß die „Neue Heimat Städtebau" noch eine erhebliche Durststrecke zu überwinden habe, bis sie Mitte der 80er Jahre wieder schwarze Zahlen schreibe. Zu den Sanierungsaktionen gehört auch der Verkauf ganzer Wohnblocks aus dem Vermögen der „Neuen Heimat".

Pekinger Signale für neue Kontakte zu Tirana

Ideologischer Streit bleibt ausgeklammert

dpa, Peking

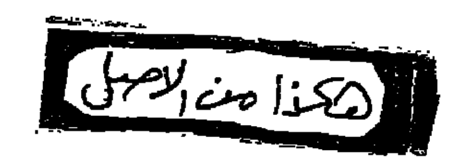
Nach fünf Jahren heftiger Fehde beginnen China und Albanien einen neuen Dialog. Er soll zunächst eine Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen bringen. Eine ideologische Wiederannäherung scheint jedoch vorläufig ausgeschlossen. Der 75 Jahre alte albanische Parteichef Enver Hodscha betrachtet sich nach Meinung ausländischer Beobachter weiterhin als alleiniger Hüter der reinen kommunistischen Lehre. China ist nach seiner Ansicht nicht sozialistisch, sondern kapitalistisch.

Die Pekinger Führung hat in der jüngsten Zeit verschiedentlich Signale für eine Wiederbelebung der Kontakte zum Land der Skipetaren gegeben. Ein hoher chinesischer Funktionär erklärte: „Wir sind für die Entwicklung staatlicher Beziehungen mit allen Staaten, einschließlich Albanien." Als Indiz für das sich verändernde Klima der Beziehungen ist auch zu werten, daß der Amtsantritt eines neuen albanischen Botschafters in der Pekinger Presse mit fetter Schlagzeile gemeldet wurde.

Zur Vorbereitung neuer Wirtschaftskontakte hielt sich, wie in Peking verlautete, kürzlich eine chinesische Delegation in Albanien auf. Sie diskutierte dem Vernehmen nach über die Fertigstellung der Projekte, die in den siebziger Jahren von den Chinesen begonnen, jedoch vor fünf Jahren aufgegeben wurden. Nach einem ideologischen Streit mit Tirana hatte Peking im Juli 1978 seine Berater kurzfristig aus Albanien abgezogen und seine Wirtschaftshilfe, die nach chinesischen Angaben seit 1954 mehr als 12 Milliarden US-Dollar ausmachte, eingestellt. In den zwei Jahrzehnten zuvor hatten beide Länder enge Kontakte unterhalten, politisch und ideologisch. Albaniens Parteichef Hodscha hatte sich China zugewandt, nachdem es Anfang der sechziger Jahre zum Bruch Albaniens mit Moskau gekommen war.

Der neue Kontakt mit Tirana liegt auf der politischen Linie von Pekings „starkem Mann" Deng Xiaoping, die staatlichen Beziehungen auch zu weniger freundlich gesinnten Ländern zu entkrampfen. Zum anderen scheint China den Boden für die Zeit nach einem Generationswechsel in Albanien bereiten zu wollen.

Heute in der WELT



DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Der Mai der Hierarchen

Von Carl Gustaf Ströhm

Bei der Maiparade auf dem Moskauer Roten Platz glänzte er durch Abwesenheit: Der zweite Mann in der sowjetischen Hierarchie, Konstantin Tschernenko, war nicht zugegen, als Jurij Andropow erstmals in seiner Funktion als Generalsekretär der KPdSU den Vorbeimarsch von der Tribüne des Lenin-Mausoleums abnahm. Ist Tschernenko, der seit Ende März nicht mehr öffentlich in *Erscheinung trat, wirklich krank* – oder handelt es sich hier um eine jener politischen Krankheiten, die mit dem öffentlichen, wenn auch nicht mehr unbedingt körperlichen Tod des Patienten enden?

Klar ist jedenfalls, daß sowohl der dahinsiechende Breschnew wie gewisse andere Kräfte innerhalb und außerhalb der Sowjetunion darauf hofften, Tschernenko und nicht Andropow werde die Nachfolge in Moskau übernehmen. Wie und warum es Andropow gelang, den Mitbewerber um die Macht zu überflügeln, ist eines der vielen Kreml-Geheimnisse. Sicher ist nur, daß es im Augenblick von Breschnews Tod zu einem Machtkampf gekommen ist, der heute noch nicht beendet zu sein scheint. Nun könnte es sein, daß Andropow es geschafft hat, Tschernenko dennoch zu entfernen. Das wäre zumindest ein Punktsieg für den neuen Generalsekretär.

Seitdem ist die Koinzidenz gewisser Entwicklungen und Vorfälle des letzten Jahres bemerkenswert – also genau jenes Zeitraums, in dem Andropow an die Spitze der sowjetischen Partei trat bzw. diesen Schritt vorbereitete: Das Papst-Attentat und die mysteriöse „Bulgarische Spur", das Auftauchen *von gleich einem halben* Dutzend sowjetischer U-Boote vor der schwedischen – und neuerdings auch noch der norwegischen – Küste, bis hin zur Absage des Honecker-Besuchs in Bonn – das alles könnte neben außen- und militärpolitischen auch innersowjetische Motive haben. Im Kreml werden offenbar die Karten neu gemischt.

Eines darf man nicht vergessen: Die sowjetischen Kommunisten haben die Ikonographie der byzantinischen Kirche als politisches Instrument übernommen. Je nachdem, wo ein politischer Führer bei den Aufmärschen steht, ob er reden darf oder nicht, ob er links oder rechts neben dem „ersten Mann" plaziert wird, ob er überhaupt anwesend sein darf, können die „Kader" seine Machtstellung erkennen. Deshalb ist das gestrige Fehlen der „Nummer zwei" nicht nur aus optischen, sondern aus politischen Gründen bemerkenswert.

Lieber Leistung

Von Eberhard Nitschke

Als der 24jährige Friedrich Nietzsche 1869 seine Professur für klassische Philologie an der Universität Basel antrat, hatte er rund 20 Hörer. Das war schon die gesamte Philosophische Fakultät. Dem Weltruhm des Denkers war dieser eher bescheidene Rahmen nicht im Wege. Und die Uni profitierte davon.

An solche Situationen erinnert, zehn Monate nach der Zulassung durch die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen, der Beginn des Lehrbetriebs an der Privat-Universität Witten-Herdecke. Sie wird ausschließlich durch Spenden und Beiträge finanziert, hat als Basis ein anthroposophisch orientiertes Gemeinschaftskrankenhaus, und soll im Endausbau 3000 Studenten vor allem der Medizin, daneben auch der Philosophie, Biologie und Orientalistik ausbilden.

Ihre Existenz verdankt die Universität *im* Grunde, ohne daß die Gründungsväter sich jemals so bezeichneten, einer „Bürgerinitiative". Die verfügt über viel Mut und Vorstellungskraft, aber über wenig Geld. Deswegen beginnt man mit 20 Studenten, ausgefiltert aus einer großen Menge von Bewerbern.

Der Andrang zu einer Anstalt, die, noch ehe sie die *Tore aufmachte, in den Verdacht geriet, „Eliten"* fördern zu wollen, hat viele verblüfft. Dabei hat der Vorsitzende des Universitätsvereins, der Neurologe Konrad Schily klargestellt, daß von einer Hochschule für Privilegierte nicht die Rede sein könne, man wolle den Elitebegriff „nur" auf die Leistungsförderung angewandt wissen.

Es ist die Faszination, die eine solche Forderung auf *die studentische Jugend auslöst, mit* der *man* sich beschäftigen sollte. Immerhin gibt es Universitäten und Fachbereiche, deren jährlicher diplomierter Ausstoß mangels Qualität keine Chance hat. Das kommt davon, wenn man den Elitebegriff denunziert.

An Pluto vorbei

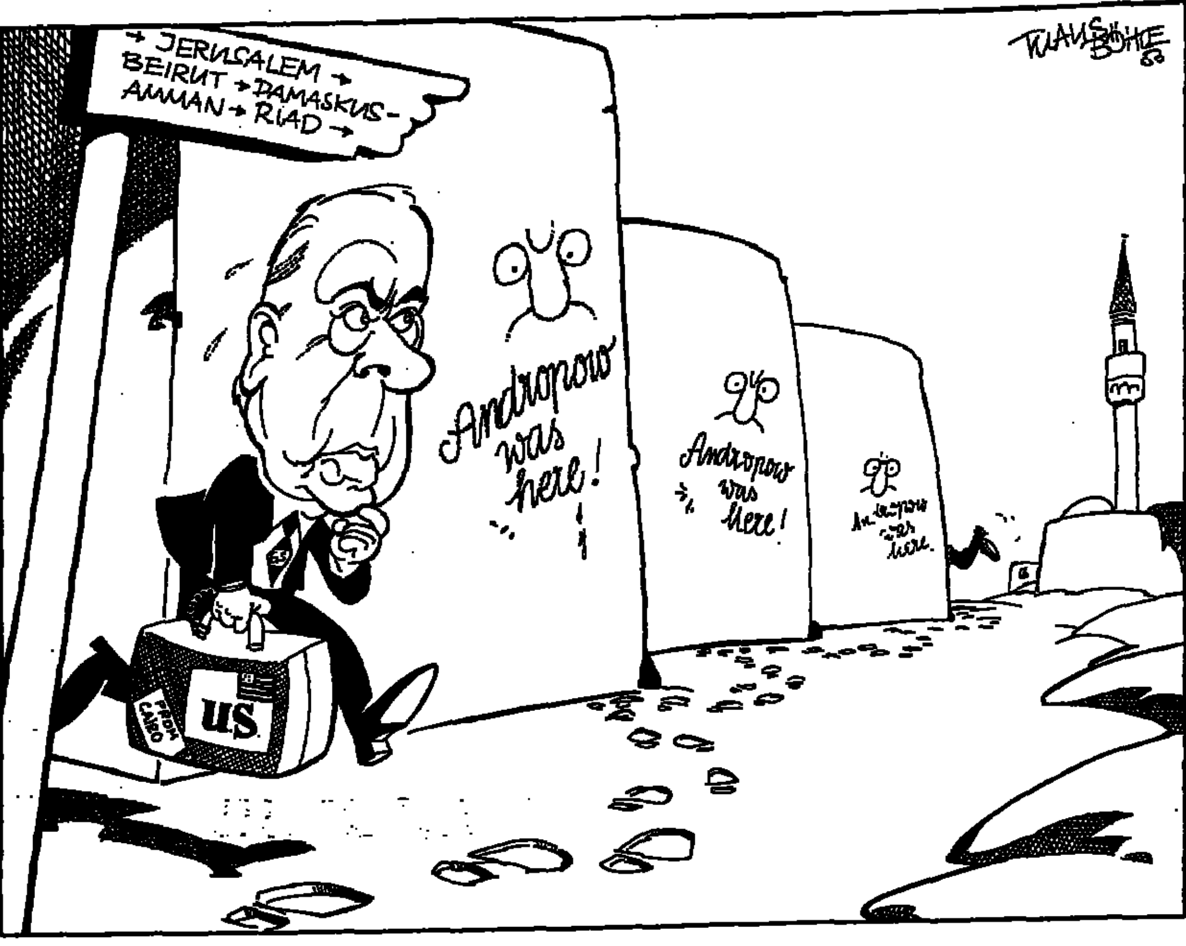
Von Adalbert Bärwolf

Von Zeit zu Zeit ist es nicht unangebracht, wenn ein kosmisches Ereignis den Bewohnern des Erdensterns deutlich macht, welchen Stellenwert ihr Heimatplanet in der Dimension des Universums hat. Jetzt ist es mal wieder soweit: Zum ersten Mal in der Menschheitsgeschichte dringt ein Stück irdischer Materie über die Sphären unseres Sonnensystems hinaus vor. Eine kosmische Grenzüberschreitung, die uns zu Winzlingen macht.

Die vor weit mehr als zehn Jahren von der Erde abgeflogene interplanetarische Maschine der Amerikaner, Pionier-10, ist mittlerweile weiter von uns entfernt als Pluto, der äußerste Planet unserer Sonne. Aber in den nächsten 17 Jahren verläuft die eiförmige Pluto-Bahn *innerhalb* der des Neptun. Deswegen muß Pionier-10, der Erdenbote, noch die Neptun-Bahn kreuzen, bevor er sich jenseits aller bekannten Planeten unserer Sonne befinden wird. Dieses Ereignis wird am 13. Juni in einer Entfernung von 4 527 978 612 Kilometern von der Sonne eintreten.

Die Daten, die die irdische Maschine in jenem Augenblick ausstrahlt, werden bei Lichtgeschwindigkeit 4 Stunden und 20 Minuten benötigen, bis sie das Kontrollzentrum in Kalifornien erreichen. Die Erdstation hofft, den Roboter bis zu einer Entfernung *von acht Milliarden* Kilometern verfolgen zu können.

Pionier-10 trägt eine Mitteilung für andere intelligente Bewohner anderer Welten an Bord. Aber in den nächsten 850 000 Jahren wird sich die Maschine aus Redondo Beach einem anderen Stern nur auf 3,27 Lichtjahre nähern. Das wird in 32 610 Jahren von jetzt an geschehen. *Das Stück Metall* von unserem Stern wird wahrscheinlich immer ein Wanderer zwischen den Welten bleiben und daran erinnern, daß wir flüchtige Erscheinungen sind.



ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Vor dem Smog-Alarm

Von Dankwart Guratzsch

Parteien und Bundesländer wetteifern gegenwärtig um das Erstgeburtsrecht bei der Forderung nach immer neuen, schärferen Umweltschutzverordnungen. Mal sind es die unionsregierten Länder Bayern und Baden-Württemberg, mal sind es Hessen und die sozialdemokratischen Umweltminister, die, wie jetzt im Bundesrat, auf eine Verschärfung der neuen Großfeuerungsanlagen-Verordnung drängen, oder, wie Mittwoch in Bonn, Kontrollen des Giftmüll-Verkehrs verlangen. An der Spitze der Initiativen steht Bundesinnenminister Zimmermann (CSU), der soeben seine Ankündigung eingelöst hat, er werde „auch noch die Industrie an den Verhandlungstisch zwingen", damit die Grenzwerte für die äußerst schädlichen Autoabgase gesenkt werden können.

Alle diejenigen, die vor der Bundestagswahl vom 6. März vermutet hatten, das neuaufgeflammte Interesse der *Parteien* am Umweltschutz habe etwas mit Wahlkampfschaumschlägerei zu tun, müssen sich jetzt korrigieren. Erwartungen jedenfalls, die neue Regierung werde auf dem Umweltsektor die Fesseln lockern, um der Wirtschaft den Aufschwung aus der Talsohle zu erleichtern, haben sich nicht erfüllt.

Wer so gedacht hat, muß sich heute bescheinigen lassen, daß er von einem sehr begrenzten Informationsstand ausgegangen ist und neuere Einsichten in die „Vernetzung" der Gesamtwirtschaft schlicht ignoriert hat. Die neue Umweltpolitik hat nämlich nichts mit grüner Traumtänzerei, aber sehr viel mit „Realpolitik" zu tun. Sie basiert auf der Erkenntnis, daß die horrende und auf vielen Gebieten noch immer drastisch wachsende Umweltbelastung letzten Endes zur Unterminierung der Wirtschaft, ihrer Funktionszusammenhänge und Entwicklungschancen führt.

Ein Beispiel dafür ist gerade die Forderung nach drastischer Senkung der Abgaswerte, über die Zimmermann soeben mit Vertretern der Auto- und Mineralölindustrie verhandelt hat. Sie entspringt der rationalen Erwägung, daß bestimmte Wirtschaftszweige in ruinöser Weise auf die Kosten von anderen leben. „Die industrielle Entwicklung in den Ballungsräumen", schreibt der hessische Umweltminister Karl Schneider (SPD), ist „auf Grund des Erreichens der Immissionsgrenzwerte für Stickoxide gefährdet". Hauptproduzent der Stickoxide aber ist mit 1,4 Millionen Tonnen im Jahr (das sind 50 Prozent des Gesamtausstoßes) der Autoverkehr. Mit anderen Worten: Die Kraftfahrzeugindustrie, bislang Motor der Gesamtwirtschaft, kann unversehens zur Bremse werden.

Aber die Autoabgase üben auch einen „bedeutenden, mitverursachenden Einfluß auf das Waldsterben" aus und tragen hier zu Schäden in Milliardenhöhe bei. Und sie sind schuld daran, daß in „verkehrsintensiven Bereichen ... die Schwelle zur Gesundheitsgefährdung ... bereits überschritten ist", wie Schneider *schreibt.*

Hinzu kommt die Sorge vor dem psychologischen Schock, den eine Ausrufung von Smog-*Alarm bewirken müßte. In* mindestens fünf deutschen Großstädten, in Berlin, Frankfurt, Karlsruhe, Mannheim und Köln, werden an Sommertagen schon heute die amerikanischen Grenzwerte für den „Los-Angeles-Smog" überschritten. Der Smog-*Alarm* ist also eine sehr realistische Erwartung schon für die allernächste Zeit.



Braunkohlekraftwerk: In den Ballungsräumen sind die Immissionsgrenzwerte erreicht FOTO: JUPP DARCHINGER

Zimmermanns Umweltaktivitäten haben zugleich noch einen anderen, gar nicht verhehlten ökonomischen Hintersinn. Die innovationsmüde *Industrie* soll von der Staatsschürze abgeschüttelt und zu Investitionen gedrängt werden. Dieses Argument hatte der Bayer schon für die Rauchgasentschwefelung angeführt und sich allein hier einen Investitionsschub von zwölf Milliarden Mark in zehn Jahren ausgerechnet.

Eine Entgiftung der Autoabgase würde eine weitere Investitionswelle auslösen: Die Kraftfahrzeuge müßten mit „3-Weg-Katalysatoren" ausgestattet werden (Kosten: *500 bis* 1000 Mark pro Wagen), die Tankstellen müßten zusätzliche Zapfsäulen für bleifreies Benzin *erhalten. Das Lamento* der Mineralölwirtschaft ist verständlich: Wegen der dann erforderlichen präziseren *Gemischzusammensetzung* würde es zu neuerlichen Verbrauchsverringerungen beim Benzin kommen – nach Meinung des *Umweltbundesamtes* um bis zu acht Prozent.

Bis vor kurzem war es noch bequem, den Schwarzen Peter bei der *Abgasentgiftung* auf die EG abzuwälzen und „europaeinheitliche" Regelungen zu fordern. Aber auch dieses *Argument will nicht mehr* so recht ziehen. Wer bei Reisen in Länder mit „dicker Luft" verbleites Benzin tanken muß, kann *nach neuestem* technischem Stand auch mit „umgestelltem" Fahrzeug mindestens 4000 Kilometer ohne Funktionsverlust fahren.

Außerdem bekommt die Anti-Entgiftungsfront Löcher. Großbritanniens „eiserne Lady", von der Königlichen Kommission für Umweltverschmutzung in Marsch gesetzt, will die ganze EG entgiften. Spätestens in sieben Jahren soll in Westeuropa mit entsprechenden Autos „bleifrei" gefahren werden. Wie schon heute in Japan und Amerika, wo längst die umgerüsteten Autos der Europäer mit dem bleifreien Segen der Ölmultis rollen.

IM GESPRÄCH Klaus Wedemeier

„Da müssen wir durch"

Von Winfried Wessendorf

„Da müssen wir durch!" Klaus Wedemeier, SPD-Fraktionschef in der Bremer Bürgerschaft, weiß was die Werften-Krise bedeutet. Knapp fünf Monate vor den Bürgerschaftswahlen im kleinsten Bundesland zeichnet sich ab, daß 2000 bis 3000 Schiffbauer ihren Arbeitsplatz verlieren. Der jahrelange Kampf um die Erhaltung der Stellen auf den Werften, ging für die Sozialdemokraten verloren.

Wedemeier ist Realist genug, um sich die wirtschaftliche Ohnmacht einzugestehen. Aber der gelernte Kaufmann muß nun die Genossen an der Basis, in den Gewerkschaften, in der Arbeitskammer und – *nicht zuletzt* – seine Wähler von der Unvermeidlichkeit der Entlassungen überzeugen. Der 39jährige, der seit Beginn der Legislaturperiode am Fraktionsruder steht, konstatiert: „Wir können an Massenentlassungen nicht vorbei, wenn wir nicht alle Werften dichtmachen wollen."

Der Fraktionsvorsitzende ist eisern, auch was die weiteren Sparmaßnahmen des Staates angeht. Auf einer Tagung der Bremen-Plan-Kommission des SPD-Unterbezirks Ost tanzte er kürzlich aus der Reihe: Hinsichtlich der mittelfristigen Finanzplanung des Senats bis 1987 setzte er sich dafür ein, daß der Personaletat über die geplante Einsparung von 880 Stellen hinaus einen zusätzlichen Beitrag zur Abdeckung des Haushaltsdefizits zu leisten habe. Außerdem müsse in den nächsten vier Jahren an der Kostendeckung bei der Erhebung von Gebühren für öffentli*che Dienstleistungen festgehalten* werden.

Bei solchen Tönen packt so manchen Genossen der Freien Hansestadt Bremen das Schaudern. Wedemeier selber schaudert allerdings erst, wenn er daran denkt, nach der Wahl womöglich vor der Alternative zu stehen, entweder mit der CDU zu koalieren oder mit den Grünen. Schafft die FDP nicht



Der Mann nach Koschnick: Klaus Wedemeier FOTO: DIE WELT

die Fünf-Prozent-Hürde, steht die SPD mit großer Wahrscheinlichkeit vor dieser Frage. Indes, mit den einen „*darf*" Wedemeier nicht, mit den anderen „*will*" er nicht. Vorerst schiebt der Hobby-Fußballer allerdings dieses Problem im Gespräch wie einen Ball vor sich her. In jedem Fall werden nach der Landtagswahl harte Nüsse zu knacken sein. Die Auguren sind gewiß, daß die Bildung der neuen Landesregierung schwierig werden wird. Kein Zweifel besteht daran, daß Bürgermeister Hans Koschnick in sein 17. Jahr als Regierungschef Bremens ziehen wird, als dessen Nachfolger Wedemeier eines Tages gilt. Ansonsten fehlt es an Nachwuchspolitikern in den SPD-Reihen.

Selbstbewußtsein zeigt der Bremer SPD-Fraktionsvorsitzende nicht nur zu Hause. Scharfe Worte findet er gegenüber seinem Parteifreund und Bonner Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel. Vogel hat der Partei geraten, sich in den Städten und Gemeinden zu erneuern. Wedemeier bissig: „Das hätte er man schon vor fünf oder sechs Jahren tun sollen."

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Die Absage des „DDR"-Staatsratsvorsitzenden Honecker steht noch immer im Mittelpunkt des Interesses:

BERLINER MORGENPOST

Honecker wußte sehr wohl, daß Bonn nur an einem Besuch mit Ergebnissen interessiert war und daß bestimmte Erwartungen hinsichtlich menschlicher Erleichterungen *im geteilten Land* bestanden. Der SED-Chef hat auch mehrfach seit dem Wechsel in Bonn erkennen lassen, daß er sich dessen bewußt war. Aber jedesmal wenn die „DDR" von Bereitschaft zu Fortschritten sprach, war damit ein anderes Thema gekoppelt: Bonn müsse die Stationierung neuer amerikanischer Raketen verhindern helfen. Das heißt, der Besuch war Funktion eines größeren Spiels, in dem Moskau die Regie führt. Die Reise paßte in dem Augenblick nicht mehr in die Landschaft, da der Kreml den Eindruck kultiviert, er gebe die Genfer Verhandlungen verloren und richte sich auf die Stationierung samt „Konsequenzen" ein. In dieser Lage darf Honecker nicht einmal *Bonbons verteilen.*

BADISCHE ZEITUNG

Auf beiden Seiten hat es seit dem Bonner Regierungswechsel viele Hinweise und Signale gegeben, daß kein Kurswechsel beabsichtigt ist, gerade deswegen ist das Scheitern des sowohl von Honecker wie von Kohl gewünschten Treffens zu bedauern. Offenbart es doch, wie hilflos beide Seiten in diese Lage hineingeschlittert sind. Wenn Politiker eine Situation zulassen, die ihren eigenen Wünschen zuwiderläuft, dann ist zumindest politisches Ungeschick im Spiel – und *dies eröffnet* auf einem so sensiblen Feld wie der Deutschlandpolitik wenig ermutigende Perspektiven für die Zukunft. (Freiburg)

Frankfurter Rundschau

Bei allem Bedauern oder auch Ärger über das Njet aus Ost-Berlin darf man nicht übersehen, daß sich die koalitionsinternen Auseinandersetzungen mit Franz Josef Strauß aus dem Blickwinkel der SED-Führung als ein abgekartetes Spiel *darstellen*, an dessen Ende dann doch die totale Wende in der Deutschland- und Ostpolitik stehen könnte. Hinzu kommt, daß die SED-*Führung immer* peinlich darauf bedacht ist, ihr Gesicht zu wahren. So spricht einiges dafür, daß Honecker mit seiner Absage der Peinlichkeit zuvorkommen wollte, wegen weiterer, nicht auszuschließender Zwischenfälle an der innerdeutschen Grenze, eines Tages doch noch ausgeladen zu werden.

Schwarzwälder Bote

Es *mag sein, daß* Strauß *mit* seiner Überreaktion, der Tod eines Bundesbürgers in Drewitz sei „Mord", Honecker einen willkommenen Vorwand zur Absage geliefert hat. Aber wer, wie der SPD-Fraktionsvorsitzende Vogel, die Schuld daran vornehmlich Strauß und sogar dem Bundeskanzler anlastet, übersieht wieder einmal die Hauptursache für die deutsch-deutschen Differenzen.

The New York Times

Hier heißt es zu den Hitler-Tagebüchern:

Das deutsche Magazin hat sich nicht um die Meinung hervorragender deutscher Historiker oder Archivare bemüht. Das große Geheimnis hätte durchsickern können. Weder die britischen noch die amerikanischen Historiker zögerten, vor aller Welt über die Echtheit und die Bedeutung des Fundes zu spekulieren. Und britische und amerikanische Publikationen zeigten sich, anscheinend gehetzt von der Konkurrenz atemloser Rivalen, mehr über die Beschränkungen für die Veröffentlichung als über die schwache Glaubwürdigkeit besorgt.

Bis zum 9. Mai werden erst einmal die Mülldeckel klappern

Anmerkungen zum Tarifstreit im öffentlichen Dienst / Von Günther Bading

In den Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst hat spürbare Mißstimmung Einzug gehalten. Die Gewerkschafter sind enttäuscht, ja empört. Da waren die Funktionäre nun bereit, zu Beginn der Verhandlungen alle ideologiebefrachteten Vorbehalte über Bord zu werfen, Lohnvorgaben wie die des Grafen Lambsdorff zu vergessen und Innenminister Zimmermann zu glauben, daß er es ernst meine mit der Tarifautonomie, daß „Lohnleitlinien" nach Art der Vorwegfestlegung der künftigen Beamtenbesoldung für den Tarifbereich der Arbeiter und Angestellten nicht in Frage kämen. Daß die öffentlichen Arbeitgeber in Bund, Ländern und Gemeinden dann ihr Angebot doch wortgleich genauso formulierten wie die Beamtenregelung, hat zwar seine eigene Geschichte, es war aber taktisch unklug, weil die gerade eingeschlafene Leitlinien-Diskussion wieder geweckt wurde.

Nun halten die öffentlichen Arbeitgeber auch in der dritten Verhandlungsrunde unverändert an dem „Beamten"-Angebot fest. Das ist Wasser auf die Mühlen derjenigen, die schon immer gewußt haben wollen, daß die neue Regierung, der neue Innenminister, einen Generalangriff auf die Tarifautonomie von Anfang an geplant hätten. Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes haben die Zeit zwischen den Verhandlungsrunden zur Information der Mitglieder genutzt. Jeder Bedienstete, vom BAT-Angestellten bis zum vielzitierten Müllwerker, weiß inzwischen, daß das Zwei-Prozent-Angebot ab 1. Juli auf die zwölfmonatige Laufzeit des Tarifvertrags vom 1. März an gerechnet nur 1,3 Prozent ausmacht. Solche Zahlen alarmieren die Basis, da braucht kein Funktionär mehr den Mund aufzumachen. Es waren die Arbeitgeber, die indirekt die Gewerkschaftsbasis mobil gemacht haben.

Dennoch hat die neue ÖTV-Vorsitzende Monika Wulf-Mathies – wie Innenminister Zimmermann zum ersten Mal Verhandlungsführerin und wie er zum Erfolg verurteilt – die Tür noch nicht ganz zugeschlagen. Sie hat nicht das Scheitern der Verhandlungen erklärt, sondern ein Ultimatum gestellt. In der vierten Runde am 9. März müsse das Lohnangebot erhöht werden, sonst ... Was „sonst" heißt, wird die Große Tarifkommission zu besprechen haben. *Bleiben die Fronten* hart, so würde auch die Schlichtung wenig helfen. Alles sähe dann nach Arbeitskampf aus.

Bis zum 9. Mai werden jetzt erst einmal wieder „die Mülldeckel klappern", wie zu Heinz Klunckers Zeiten. Daß der Ton verhältnismäßig gedämpft sein wird, liegt zum einen schlicht daran, daß heutige Mülltonnen aus Plastik sind, zum anderen aber natürlich am Umfeld der Tarifverhandlungen. Angesichts der Massenarbeitslosigkeit muß der Ruf der Arbeitsbesitzer nach Erhöhung ihrer Löhne und Gehälter ein wenig hohl klingen.

Die Situation ist noch nicht so verfahren, wie es auf den ersten Blick scheinen mag. Es gibt Lösungsmöglichkeiten. Zum Beispiel im Bereich der Zusatzversorgung. Innenminister Zimmermann hat ein Junktim zwischen Neuregelung der, wie er sagt, „Überversorgung" und der Lohnrunde hergestellt. Hier ist er in der Lage des Fordernden. Maximal noch 90 Prozent des letzten Nettoverdienstes soll durch die Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes gesichert werden. Derzeit gibt es Fälle, in denen der Pensionierte aus Rente und Zusatzversorgung, der „Gesamtversorgung", weit mehr als 100 Prozent seines letzten Nettoeinkommens als aktiv Beschäftigter erhält. Die ÖTV ist verhandlungsbereit, will aber den Besitzstand bei *Einführung der Gesamtversorgung* 1967 wahren: damals zwischen 92 und 101 Prozent. Die niedrigere dieser beiden Prozentzahlen kommt als Lösungsformel in Betracht, die das Gesicht beider Seiten wahrt. Eine Regelung wäre in jedem Fall ein Erfolg für beide Verhandlungsführer. Denn über die Zusatzversorgung wird seit Jahren ergebnislos *verhandelt.*

Ein wenig unverständlich ist, warum sich Innenminister Zimmermann nicht stärker der beiden tarifpolitischen Instrumente Urlaub und Arbeitsplatz- und Einkommenssicherung bedient. Den Metall-Arbeitgebern war es vor Jahren gelungen, mit einer großzügigen Urlaubsregelung per Stufenplan sich für fünf Jahre Ruhe beim „heißen Thema" Arbeitszeitverkürzung zu sichern. *Ein überdenkenswertes* Beispiel. Für die Arbeitsplatzsicherung wären die Gewerkschaften bereit, einen hohen Preis bei der *Lohnzahl* zu zahlen. Das Thema ist jedoch noch nicht einmal richtig andiskutiert worden.

Noch nie ist ein Tarifvertrag zum Einstiegsangebot der Arbeitgeber unterschrieben worden. Das wird sich auch bei der Tarifrunde Stuttgart '83 nicht ändern. Für den Innenminister gilt: Zurückhaltung beim Tarifpoker kann sich auszahlen – wenn man nicht überreizt. Damit dies nicht geschieht, muß in der vierten Verhandlungsrunde am 9. Mai die nächste *Karte auf den Tisch.*

Im Land der Khmer ist das Überleben schon ein Sieg

Von CHRISTEL PILZ

Tap Siem heißt das jüngste Khmer-Lager auf thailändischem Boden. Man sieht es schon von weitem. Als wäre der Himmel herniedergefallen, windet sich ein schier endloser Streifen tiefen Himmelblaus zwischen vereinzelten Bäumen und Büschen auf staubiger rostfarbener Erde.

Man kommt an das Lager heran. Autos internationaler Hilfeorganisationen stehen vor einer langgestreckten Bedachung, eine Krankenstation des Roten Kreuzes. Auf den Pritschen liegen hauptsächlich Frauen mit Babys, Leichtverwundete, Malariakranke, Erschöpfte. Die Schwerverletzten wurden in das Massenlager Khao i Dang gebracht, acht Kilometer westlich von Tap Siem. Über 200 waren es.

Wassertransporter füllen Tanks auf, die in langen Reihen am Eingang des Camps stehen. Wasser zum Waschen und Trinken für 20 000 Menschen. Jeder Tropfen muß angefahren werden, jedes Reiskorn, jede Konserve, jeder Becher Milch für die unzähligen Babys. Kurzum alles, was diese Menschen am Leben erhält, auch die Bambuspflöcke, die sie geschickt zu Hüttengerüsten in die Erde hauten, und die himmelblauen Plastiktücher, die sie zum Schutz vor Sonne und Regen darüberspannten. Noch ist Trockenzeit. Es ist stechend heiß.

Hier haben die von den Vietnamesen Verfolgten und Verjagten eine Zuflucht. Die Älteren haben oft stumpfe Augen und verhärmte Gesichter. Was haben sie getan, daß sie so viel Elend erleiden müssen? Manche von ihnen sind in den letzten 13 Jahren, als nach dem Sturz von Prinz Sihanouk der Krieg begann, zu permanenten Flüchtlingen geworden. Die Jüngeren der Khmer von Tap Siem haben noch ein Lächeln, das die Zähigkeit zeigt, allen Härten zum Trotz zu leben und zu überleben.

Die Bilder erinnern an 1979, als die Vietnamesen Kambodscha besetzten, als Hunderttausende von Khmer nach Thailand flohen. Damals stand Kambodscha vor dem Hungertod. Seine Menschen waren lebende Skelette. Die, die im Land geblieben waren, ebenso wie die Geflohenen. Kambodscha hatte nichts mehr. Daß die Khmer überlebten, verdanken sie einer internationalen Hilfekampagne, die bis heute anhält, wenn auch in erheblich reduziertem Umfang. Der Abgrund des Hungertodes ist überwunden. Das Leben hat sich „normalisiert".

Über die Jahre hinweg sind in Kambodscha drei Zonen entstanden: Die Zone der Städte, die der Kontrolle der Vietnamesen und deren Marionetten-Regime unter Präsident Heng Samrin unterstehen. Hier kann jeder leben, der mit den Vietnamesen kooperiert. Dann ist da die Zone der ländlichen Gebiete. Tagsüber weht über den Dörfern die Flagge Phnom Penhs, nachts die der Guerrilleros. Hier ist das Territorium des blutigen Kleinkriegs, des ewigen Terrors beider Seiten. Doch die Felder werden bestellt. Es gibt zu essen für beide Seiten. Für die Wächter Heng Samrins wie für die Anhänger des Widerstandes. Die dritte Zone ist das Grenzgebiet zu Thailand, wo alle drei Widerstandsgruppen – die der ehemaligen Roten Khmer, des Prinzen Sihanouk und des Ex-Premiers Son Sann – jeweils von ihnen kontrollierte Guerrilla-Basen und zivile Lager aufbauten.

Vergebens haben die Truppen Hanois in den letzten vier Trockenzeiten versucht, diesen Streifen „befreites Kambodscha" in eine „entmilitarisierte Zone" zu verwandeln. Die Widerstandsbasen blieben, ihr Zulauf wuchs. Die Guerrilleros von Son Sann und Sihanouk lernten das Kämpfen, und China, das in erster Linie die Soldaten der Roten Khmer unterstützt, gab auch ihnen Waffen.

Die Länder der nichtkommunistischen Regionalgemeinschaft Asean sorgten dafür, daß die Weltgemeinschaft dem ehemaligen Rote-Khmer-Regime „demokratisches Kampuchea" die Legitimität erhielt und daß dieser UNO-Status auf die im Juni vorigen Jahres gegründete Koalitions-Regierung der drei Widerstandsgruppen überging. Langsam, aber stetig gewann diese Koalitionsregierung weltweites Prestige. Ihre Kampfkraft stieg ebenfalls, und mit der Bildung eines gemeinsamen Verteidigungsrats am 19. März entstand die Perspektive eines koordinierten militärischen Widerstands.



Das war ein Trend, den die Strategen in Hanoi mit allen Mitteln blockieren mußten. Schließlich waren sie in Kambodscha einmarschiert, um das Land der Khmer ein für allemal mit Vietnam zu vereinen und um dem Sozialismus ein „Sprungbrett" nach Südostasien zu schaffen. Noch vor Jahresende begannen sie, zu ihrer bislang größten Offensive zu rüsten. Moskau half mit einer Vervierfachung seiner Waffenhilfe. Ende Januar kam der erste Schlag gegen Nong Chan, eine Grenzsiedlung der Sihanoukisten. Mit schwerer Artillerie und Panzern feuerten die Truppen Hanois auf 30 000 wehrlose Zivilisten. Diese taten das einzige, was ihnen übrigblieb: sie flohen nach Thailand. Die Vietnamesen zerstörten ihre Hütten, verbrannten ihre Felder – die Mühen jahrelanger Arbeit, eine neue Existenz aufzubauen, lösten sich in Rauch auf. Nicht länger konnte Nong Chan eine Landbrücke für Nahrungsmittel-Stiftungen internationaler Organisationen oder für Schmuggelware eines blühenden Schwarzhandels zur Versorgung des Hinterlandes sein.

Dann kam der zweite Schlag. Wieder feuerten die Vietnamesen stundenlang auf Rote-Khmer-Siedlungen in den Chat- und Pra-Bergen, 50 Kilometer nördlich des Distrikthauptstädtchens Aranyaprathet, und auf das zweihundert Kilometer nordöstlich gelegene Hauptquartier der Sihanoukisten, „Sihanoukborei". An beiden Orten dieselbe Szene: Menschen packten ihre armselige Habe, Kochtöpfe, Löffel, Decken, Kleidungsstücke, Hühner, Schweine, Kühe und rannten in wilder Panik nach Thailand. 20 000 aus dem Rote-Khmer-Gebiet, 30 000 aus dem der Sihanoukisten.

Ihr physisches Elend ist nicht so schlimm wie 1979, nicht wenige brachten sogar Fahrräder und Radios mit. Aber was wird die Zukunft diesen Menschen bringen? Werden sie in der jetzt im Mai beginnenden Regenzeit auf kambodschanisches Territorium zurückkehren können? Und wenn, was dann? Unsicherheit und Angst werden bleiben. Die Vietnamesen können ihre Angriffe jederzeit wiederholen. Ihre Artillerie trifft über Entfernungen von dreißig Kilometern. Was bleibt, ist die Wahl zwischen Resignation und verstärktem Kampf.

Sowohl die Guerrilleros der Roten Khmer wie die der Sihanoukisten sind den Attacken relativ unbeschadet entwichen. Sie waren vorbereitet und schlugen sich in kleinen Gruppen hinter die Linien der Vietnamesen durch. Hier sind sie seitdem eifrigst dabei, den verhaßten „Yuons" die Versorgungslinien zu blockieren, deren rückwärtige Posten zu attackieren. Feldberichte der Roten Khmer melden Kämpfe in allen Landesteilen, und Militärbeobachter in Bangkok bestätigen, daß die Vietnamesen schwere Verluste erleiden.

Ist deshalb Hanois Offensive ins Stocken geraten? Oder haben die feurigen Drohungen, die China seit Mitte April ins nordvietnamesische Grenzland schickt, ihren Zweck erfüllt? Oder wartet Hanoi nur ab? Mitte April hat es seine Truppen vor den beiden Son-Sann-Lagern Ban Sangae und Nong Samet konzentriert. Hunderttausend Menschen zittern seitdem Tag und Nacht vor den Kanonen der feindlichen Übermacht. Mit ihnen dürfte dabei auch die Mehrheit der vietnamesischen Soldaten auf der anderen Seite zittern. Sie sind die Söhne der früheren Bourgeoisie Südvietnams. Junge Männer, die weder kämpfen noch töten wollen. Doch sie haben keine Wahl. Hanoi zwingt sie in diesen hoffnungslos verfahrenen Krieg.



Auf der Flucht vor dem Krieg: Kindheit in Kambodscha FOTO: R. NEVEU/STUDIO X





Unter dem Vorsitz von Peter Wilson (links) erlebte das 250 Jahre alte Auktionshaus Sotheby's Glanzzeiten. In der Krise wollen nun die Amerikaner Marshall Cogan und Stephen Swid (rechts, stehend) Aktienmehrheit und Führung bei Sotheby's übernehmen. FOTOS: SOTHEBY'S/CAMERA PRESS/SAD

Geld bedroht das Mekka der Kunst

Von PETER MICHALSKI

Gentleman bleiben, auch wenn die Schlacht aussichtslos scheint – das ist seit jeher des britischen Offiziers höchste Tugend. Graham Llewellyn, Stabshauptmann a. D., läßt sich denn auch nichts anmerken; aber der 61jährige hat wahrscheinlich nur noch Tage zu leben, wenn er wahr macht, was er angekündigt hat. „Wenn wir diese Schlacht verlieren", hat der Generaldirektor von Sotheby's geschworen, „dann jage ich mir eine Kugel durch den Kopf."

Im 250. Jahr seiner Existenz ist Sotheby's, der Welt ältestes und größtes Auktionshaus, selbst unter den Hammer geraten. Zwei „fliegende Teppichhändler" aus New York wollen das Londoner Unternehmen samt seinen Niederlassungen in 24 Ländern für knapp eine Viertelmilliarde Mark aufkaufen.

Auf dem Spiel steht nicht nur ein Firmen-Schicksal, sondern die Zukunft Londons als bedeutendster Umschlagplatz im internationalen Kunstgeschäft. „Der Erfolg von Sotheby's", urteilte die „Times", „ist in hohem Maße verantwortlich für die vorherrschende Rolle Englands auf dem Weltkunstmarkt." Indes, Sotheby's ist ein Opfer seines eigenen Erfolgs geworden. Das Unternehmen, dessen erste Versteigerung eine Auktion antiquarischer Bücher am 19. Februar 1733 war, übernahm sich in den letzten drei Jahrzehnten. Als die Rezession auch den Kunsthandel traf, kippten die Bravour-Bilanzen um.

Im Jahre 1981 warf das Haus bei 1,4 Milliarden Mark Umsatz nur noch 28 Millionen Mark Gewinn ab. 1982 mußte Sotheby's die ersten roten Zahlen (zwölf Millionen Mark) melden, während die Konkurrenz Christie's (gegründet 1766) bei kleinerem Volumen und niedrigeren Kosten 14,8 Millionen Mark Gewinn verbuchen konnte. Für das laufende Geschäftsjahr sagt der Vorstand einen positiven Abschluß voraus, aber Branchenkenner rechnen mit Verlusten um 20 Millionen Mark.

Diese Entwicklung war es, die zwei amerikanische Selfmade-Millionäre auf den Plan rief. Marshall Cogan (45) und Stephen Swid (42), seit 20 Jahren befreundet, seit zehn Jahren Hersteller von Auslegeware und Chefs der Möbelfirma Knoll International, machten sich Sorgen um das Versteigerungshaus, an dem sie durch stille Aktienkäufe zu 13prozentigen Teilhabern geworden waren. Kurz vor Weihnachten jetteten sie nach London mit dem Vorsatz, Llewellyn und Kollegen ein paar freundschaftliche Ratschläge zu erteilen. Doch es kam anders.

Am Sotheby's-Konferenztisch prallten neue und alte Welt aufeinander. Vorstandsmitglied Julian Thompson (41), Eton-Schüler und Cambridge-Absolvent: „Es war entsetzlich." Die Besucher wurden als Banausen abqualifiziert, obwohl sie in Amerika als Kunstsammler bekannt sind, im Beirat des Guggenheim-Museums und des Museums of Modern Art sitzen und eine Reihe von Ausstellungen sowie einen Film über Mies van der Rohe finanziert haben. Ihre Geschäftsbefähigung wurde angezweifelt, obgleich das Duo bei 700 Millionen Mark Jahresumsatz 29 Millionen Mark Gewinn einfahren konnte und in 15 Ländern 3500 Menschen beschäftigt. „Wir wurden mit Beleidigungen nur so bombardiert", erinnert sich Swid. „Man behandelte uns wie Parias und wollte uns nicht einmal anhören."

Der Vorstand warnte die Sotheby's-Aktionäre

Erst nach dem Dezember-Debakel, versichern die Amerikaner, faßten sie im eigenen Büro mit Blick auf die New Yorker Skyline den Entschluß, Sotheby's mit Haut und Haaren zu schlucken. Sie stockten ihr Aktienpaket auf den zulässigen Höchstanteil von 29,8 Prozent auf und sicherten sich bei US-Banken Kredite für das Übernahmeangebot von 100 Millionen Dollar nebst weiteren 20 Millionen für Investitionen. Mitte April kehrten sie mit dem schriftlichen Angebot nach London zurück.

In einer 13 Seiten langen Erwiderung, in der fast jedes „nicht" rot gedruckt ist, warnt Sotheby's die Aktionäre: „Der Vorstand glaubt, daß Mr. Cogan und Mr. Swid nicht in der Lage wären, die Qualität und Stärke von Sotheby's aufrechtzuerhalten und daß die Zukunft von Sotheby's gefährdet ist, sollte ihr Angebot erfolgreich sein."

Graham Llewellyn: „Swid und Cogan haben uns nichts zu bieten. Sie verstehen nichts vom Kunstgeschäft und haben keine Ahnung von England." Inzwischen jedoch haben auch die Amerikaner das Vokabular der Verachtung erlernt. Ihre Antwort auf die Selbstmorddrohung des Generaldirektors: „Dafür ist er ein viel zu schlechter Schütze."

Die ersten Anzeichen für den Ausgang der Schlacht wird es am Mittwochnachmittag geben. Dann ist laut britischen Übernahme-Bestimmungen Annahmeschluß für die Sotheby's-Anleger, denen nun für ein im September mit kaum zehn Mark notiertes Papier 20 Mark geboten werden. Nach US-Bestimmungen muß die Offerte noch bis Dienstag mitternacht New Yorker Zeit weiterlaufen. Aber Swid ist zuversichtlich: „Am 4. Mai besitzen wir mehr als 50 Prozent."

Als letztes Gegenmittel will Llewellyn das Kartellamt anrufen. „Falls die Behörde den Verkauf stoppt, dann nicht wegen kommerzieller Bedenken", erklärt die für Swid und Cogan tätige Londoner Bank, „sondern aus rein emotionalen Gründen" – etwa zur Erhaltung einer „britischen Institution". Andere „Institutionen" freilich haben die Veräußerung an Ausländer überstanden, ohne diesen Status einzubüßen, so das 26 Jahre vor Sotheby's gegründete Elitekaufhaus Fortnum and Mason am Piccadilly und die 198 Jahre alte „Times". Zudem tat der Vorstand nichts, um das sukzessive Abwandern von 70 Prozent der 1977 ausgegebenen Aktien über den großen Teich zu verhindern.

Die geschlossene Front, die Sotheby's an den ersten Tagen der Übernahmeschlacht präsentierte, beginnt zu bröckeln. Ein Brief, in dem 133 Kunst- und Antiquitätenexperten gelobten, eher zu kündigen als unter den Amerikanern zu arbeiten, kam nur unter dem Druck des Vorstands zustande. Nabil Saidi, Abteilungsleiter für orientalische Handschriften: „Wir werden wie Schafe behandelt." Die Mehrheit der Angestellten und Experten in den eleganten Räumen an der Bond Street ist mittlerweile überzeugt, daß Swid und Cogan den Sieg davontragen werden. Sie wissen auch schon, wer im Auftrag der New Yorker Herren für die Kontinuität des „Britischen" an der „Institution" sorgen soll: Lord Harlech (64), Eton-Schüler, Oxford-Student, Botschafter in Washington zu Kennedys Zeiten, 1971 bis 1978 im Kuratorium der Londoner Tate Gallery.

Und viele von ihnen erinnern sich, wenn jetzt die Schreckens-Parole vom „franchising" des Firmennamens für Möbelpolitur und Limonade ausgegeben wird, an das Jahr 1971: Damals wurde der Name schon einmal vermarktet – an das Tabakunternehmen W. D. und H. O. Wills für eine bald verglimmte Luxuszigarette „Sotheby's". Stephen Swid hingegen hat bereits gelobt: „Wir haben nicht vor, ins Franchising-Geschäft zu gehen."

Eine stehende Ovation für Auktionator Wilson

Die 70er Jahre, das wird die Glanzzeit von Sotheby's, unter der Führung von Peter Wilson (70, Eton-Schüler, Oxford-Student, Geheimdienstpartner von Ian Fleming). „Der beste Kunstauktionator der Welt", lobte die „Los Angeles Times", als der 1,93-Meter-Mann sich im Februar 1980 nach 43jähriger Firmenzugehörigkeit als Ehrenpräsident auf ein Schloß im südfranzösischen Steuerexil zurückzog.

Seinen Einstand als Vorsitzender hatte er im Oktober 1958 gegeben mit der ersten Abendauktion seit 200 Jahren. Der Verkauf von sieben bedeutenden Impressionisten aus dem Nachlaß des Berliner Bankiers Jakob Goldschmidt dauerte nur 21 Minuten, brach sämtliche Rekorde und brachte 781 000 Pfund. Wilson wurde mit einer stehenden Ovation gefeiert. In seinem ersten Amtsjahr stieg der Umsatz von 3,1 auf 5,8 Millionen Pfund.

Sieben Jahre später hielt er die erste Satelliten-Simultanversteigerung in London und New York ab, 1967 war er Auktionator bei einer Schaltkonferenz-Auktion zwischen London, Paris, New York, Dallas und Los Angeles. Er überredete sogar die britische Eisenbahn, über 20 Millionen Pfund in Kunst anzulegen.

Unparteiische sehen bei einem Sieg der amerikanischen „Teppich-Händler" drei Hauptgefahren voraus: Einen „Provisionskrieg", der auch Christie's in die Unrentabilität treibt; den Ruin von Sotheby's durch das Abspringen der besten Experten unter Mitnahme der Stammklientel; eine zunehmende Verlagerung des Geschäfts nach New York. (SAD)

„Die soziale Sicherung entstaatlichen"

gba, **Stuttgart**

Der Mittelstand muß nach Ansicht *führender Unionspolitiker* mit seiner Flexibilität und Innovationsfähigkeit dazu beitragen, die notwendigen strukturellen Veränderungen auf unserem Arbeitsmarkt zu bewerkstelligen. Derzeit produziere der Arbeitsmarkt durch falsche Struktur und Organisation de facto ständig neue Arbeitslosigkeit, sagte der stellvertretende CDU-Vorsitzende Professor Kurt Biedenkopf am Wochenende auf dem Bundeskongreß der Mittelstandsvereinigung der CDU (MIT).

Auch Bundeskanzler Helmut Kohl hatte in einer Rede vor dem MIT-Kongreß darauf hingewiesen, daß rund zwei Drittel der gewerblichen Arbeitnehmer in mittelständischen Betrieben beschäftigt seien. Um die Innovationsfähigkeit gerade dieser Betriebe, aus denen allein die Anpassung an die notwendigen neuen Strukturen zu bewerkstelligen sei, zu fördern, müsse der Staat jetzt endlich ernst machen mit der Entlastung des Mittelstands. Als Beispiele nannte der Kanzler steuerliche Entlastungen. Darüber würden die Mittelstandsvertreter noch vor den Haushaltsberatungen im Sommer gehört. Und Kohl nannte die immer wieder angekündigte, *nicht aber* konkretisierte Entbürokratisierung.

Biedenkopf verwies darauf, daß heute der Arbeitsmarkt aufgrund festgefahrener Strukturen nicht mehr in der Lage sei, Angebot und Nachfrage auszugleichen. Nach seinen Vorstellungen müssen das Arbeitsverhältnis und das „Sozialverhältnis" entkoppelt werden. Gegenwärtig habe der Arbeitnehmer keinerlei Einfluß auf die Gestaltung seines Sozialverhältnisses, da alles gesetzlich festgelegt sei. Dies aber führe zu mangelnder Eigenverantwortung, obwohl die Arbeitnehmerhaushalte heute zu solcher Verantwortung durchaus in der Lage seien. Notwendig sei eine „Entstaatlichung" der sozialen Sicherung.

„Sühnezeichen" appelliert an SED

epd/DW., **Berlin**

Der Leiter der „Aktion Sühnezeichen" in der „DDR", Superintendent Friedrich Magirius, hat die im Herbst 1980 nach der Gründung von „Solidarität" verfügten Reisebeschränkungen zwischen der „DDR" und Polen beklagt und an die „DDR"-Führung appelliert, sie baldmöglichst aufzuheben. Seit den einschränkenden Maßnahmen Ost-Berlins ist der zuvor starke private Urlaubs- und Besucherverkehr über die Oder-Neiße hinweg zum Erliegen gekommen.

Polen-Reisende aus der „DDR" benötigen eine Einladung aus dem Nachbarland, die bei der Volkspolizei vorgelegt werden muß, die ein Visum erteilen kann. – Auf einer Gedenkveranstaltung zum 25jährigen Bestehen der 1958 noch auf gesamtdeutscher Basis gegründeten Gemeinschaft sagte Superintendent Magirius, diese Reisebeschränkungen hätten zur Unterbrechung der Kontakte geführt.

Minister sollen Bildungspolitik koordinieren

p. p. **Bonn**

Die Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU aus Bund und Ländern haben während ihrer Konferenz in Konstanz beschlossen, daß die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) aufgelöst werden soll. Sie bekräftigten damit ihren Beschluß von 1981. Nach den Vorstellungen der Unions-Fraktionsvorsitzenden, die sich auch weitgehend mit den Wünschen der CDU-Kultusminister in den Ländern und der Bundesbildungsministerin Dorothee Wilms (CDU) decken, soll in Zukunft eine Konferenz der zuständigen Minister die notwendige Koordination im Bereich der Bildungspolitik und Forschungsförderung übernehmen.

Die Unions-Politiker sprachen sich außerdem in Konstanz gegen eine Änderung des Hochschulrahmengesetzes aus, durch die die verfaßten Studentenschaften wieder eingeführt werden müßten.

Kühl konterte Schmückle den grünen General

Von JOACHIM NEANDER

Wer zu einer Tagung über das deutsch-amerikanische Verhältnis zwanzig Referenten einlädt, muß damit rechnen, daß jeweils nur drei oder vier wirklich von derselben Sache reden. Geschichte, Kultur, Raketen, „Dallas" – das Thema ist durch breiteste Erörterung inzwischen allzu weit aufgefächert, um noch zu Klarheit und Einsicht gebündelt zu werden. So erging es denn auch den VI. Aschaffenburger Gesprächen, die sich am Wochenende unter dem etwas anmaßend klingenden Motto „Brauchen wir Amerika?" vergeblich um mehr bemühten als nur die simple Antwort: „Ja, natürlich."

Im Zentrum sollte der Disput der beiden Generale a. D. stehen – Gert Bastian, der Grüne, gegen Gerd Schmückle, den ruhig-sachlichen Verteidiger der NATO. Doch dieser Disput verlief nicht nur wesentlich weniger stürmisch als erwartet – weil Bastian außerordentlich vorsichtig, defensiv und taktisch operierte. An diesem Disput wurde aber auch deutlich, daß die Frage der Rüstung nur ein fast isolierter Teilbereich der deutsch-amerikanischen Beziehungen ist.

Bastian (er erschien *in* Begleitung von Petra Kelly erst Minuten vor Beginn seines Referats und entschwand wieder, bevor der nächste Redner angefangen hatte) konzentrierte sich auf die These, der Westen habe keinen Grund, sich unterlegen oder bedroht zu fühlen. Er zähle schon falsch bei der Diskussion um das militärische Gleichgewicht. Der Osten sei zwar bei den Landstreitkräften in Europa mit 2:1, vielleicht 3:1 im Vorteil. Aber für einen erfolgreichen Angriffskrieg sei eine Überlegenheit von 6:1 nötig.

Die konventionelle Überlegenheit des Ostens, so argumentierte Bastian weiter, müsse man außerdem in Beziehung zu seinen strategischen Absichten setzen: im Kriegsfalle eine Offensive nach Westeuropa zu starten, weil er in einem globalen Krieg immer unterlegen sei. Dies bedeute jedoch nie und nimmer, daß der Kreml diesen Krieg wolle. Dort säßen keine Abenteurer.

Schmückle, selbst ehemaliger stellvertretender NATO-Oberbefehlshaber, hielt geduldig-kühl dagegen: Die USA seien der einzige nukleare Schutz Europas, die französischen Raketen, die Bastian immer hinzuzähle, schützten nur Frankreich. Die NATO verfüge nicht einmal über detaillierte Kenntnisse in dieser Richtung.

Bemerkenswert ausführlich ging Schmückle auf die Geschichte des Nachrüstungsbeschlusses ein. Die NATO habe damals den „revolutionären Versuch" gemacht, dem Gegner offen ihre langfristigen Absichten zu signalisieren und gleichzeitig als Zeichen guten Willens 1000 Atomsprengköpfe abzuziehen. Leider sei die Wirkung genau umgekehrt gewesen. Eine Minderheit habe im Westen die öffentliche Meinung beeinflußt: „Vielleicht waren wir damals naiv." Melvin Lasky, der amerikanische Publizist, fragte: „Zu naiv?"

Leider blieb der Disput der beiden Ex-Generale im Gesamtrahmen isoliert. Vor allem der in seiner Klarheit beeindruckende Vortrag Michael Voslenskys (einst führender Mitarbeiter im sowjetischen Machtapparat, heute Professor in München) über die sowjetische Westpolitik hätte direkt mit Bastians Thesen konfrontiert werden müssen. Aber der grüne General war nicht mehr da.

Voslensky gibt Bastian insoweit recht: Der Kreml ist viel zu vorsichtig, um jetzt einen Krieg zu wollen. Aber: Die Sowjetunion habe in ihrer Geschichte immer nur Kleine und Schwache angegriffen. Ihre Politik der Koexistenz ziele mit den Mitteln der Einschüchterung und Propaganda zunächst auf die Auflösung der NATO. Erst dann, nach Schwächung und Vereinzelung der europäischen Staaten, komme für Moskau eine militärische Option in Frage. Dies alles sei Teil des „weltweiten revolutionären Prozesses", der langfristig das wichtigste politische Interesse der Sowjetunion bedeute. *Im* Lichte dieser Darstellung erscheint bereits die Tatsache, daß die deutsch-amerikanischen Beziehungen zur Zeit völlig im Zeichen der Raketen stehen, wie ein unbemerkt gebliebener Erfolg der Sowjets.

Die besorgte Frage von Professor Wilhelm Grewe, dem früheren langjährigen Botschafter in Washington, ob es überhaupt je wieder zu einer so engen Partnerschaft zwischen der Bundesrepublik und den USA kommen könne wie unter Adenauer, wurde auf dieser Tagung von niemand eindeutig bejaht. Auch John Cornblum, Direktor der Abteilung Zentraleuropa im US-Außenministerium, formulierte vorsichtig ohne jede Euphorie: Der Vorwurf mangelnder Kontinuität der amerikanischen Außenpolitik sei unberechtigt, schließlich unterliege diese Politik ja genau wie die europäische den tiefgreifenden Einflüssen gesellschaftlicher und sozialer Umwälzungen.

Nur angetippt schließlich wurden die kulturellen und historischen Aspekte. Die deutsche Bildungstradition, europazentrisch und „provinziell", verbaue den Deutschen das Amerika-Verständnis, sagte der in Berlin lehrende amerikanische Professor Herbert Strauß. Klaus Harpprecht, der in den USA lebende deutsche Journalist, klagte ähnlich. Er habe einer jungen deutschen Kollegin „mit klarem politischem Bewußtsein", die über Amerika herzog, neulich geantwortet: „Sie reden genau wie Ihr deutsch-nationaler Großvater." Hier sind, weit über Raketen und Panzer hinaus, noch viele Fragen offen.

In Kiel gibt es keine Wende

Gegner des neuen Bonner Kurses stellen die FDP-Spitze in Schleswig-Holstein

BERND LAMPE, **Kiel**

Auch zurückgezogene Anträge können Zustandsbeschreibungen von Parteien sein. Das bewies am Wochenende der *Parteitag* der schleswig-holsteinischen Freien Demokraten in Kiel, auf dem nach dem Rücktritt des mehrheitlich linken Landesvorstandes mit der Neuwahl des Spitzengremiums „ein Signal nach innen und außen" gesetzt werden sollte.

So stand es in einem Antrag, der den 200 Delegierten vom Ortsverband Ratzeburg vorlag und in dem es als „Irrtum" angekreidet wurde, daß der alte Vorstand mit einem eigenständigen Wahlkampf zugunsten einer angestrebten sozialliberalen Koalition bei der Landtagswahl am 13. März einen „Mißerfolg" der Bundes-FDP bei der eine Woche vorher abgehaltenen Bundestagswahl „billigend in Kauf nahm".

Auch sei es ein „Irrtum" gewesen, im Landtagswahlkampf davon auszugehen, die Schleswig-Holstein-FDP sei „glaubwürdiger, ehrlicher und geradliniger als andere Landesverbände oder als der Bundesverband der FDP". Das „erwünschte Signal" könne nur dann gesetzt werden, „wenn der neue Landesvorstand diese Irrtümer als solche erkennt und dies auch in seiner Zusammensetzung und in seinen Bekundungen zum Ausdruck bringt", hieß es dort weiter. Als dies in der mehrstündigen Diskussion und bei den Wahlen der Vorstandsmitglieder so gut wie *nicht geschah*, zogen die Antragsteller ihr Papier resigniert zurück.

Dazu trug auch der Umstand bei, daß die 200 Delegierten noch vor der Wende in Bonn im vergangenen Mai für zwei Jahre gewählt wurden und zum großen Teil Anhänger einer sozial-liberalen Koalition sind. Der Dithmarscher FDP-Kreisvorsitzende Hergen Tantzen, der den rechten Flügel in der Partei repräsentiert und bei der Wahl des Landesvorsitzenden und seiner Stellvertreter dreimal unterlag, brachte das Dilemma der Partei deutlich zum Ausdruck.

Schon bei der Abstimmung über die Koalitionsaussage zugunsten der SPD seien 44 Prozent der Delegierten dem Vorschlag des Landesvorstandes nicht gefolgt. „Und die *Zahlen aus den Kreisparteitagen* waren noch deutlicher: ca. zwei Drittel der Mitglieder wollten anders als der Vorstand, sie konnten allerdings auf dem Landesparteitag nicht mitstimmen." So sprach Tantzen auch von einer „Mißachtung der tatsächlichen Entwicklung". Die Niederlage am 13. März, die für die FDP in Schleswig-Holstein mit einem Stimmenanteil von 2,2 Prozent zum Fiasko wurde, sei „hausgemacht".

Uwe Ronneburger, der nach dreizehneinhalb Jahren sein Vorstandsamt abgab, wollte den Weg freimachen, um „Gegensätze – so es sie geben sollte – schon im Stadium der ‚Früherkennung' abzubauen, statt sie zu verstärken". Er schlug die Mitglieder des neuen engeren Landesvorstandes vor. Sie wurden alle gewählt: Der frühere Bundestagsabgeordnete Werner Zywietz zum Nachfolger, Uwe Tychsen, der ehemalige Bundestagsabgeordnete Wolf-Dieter Zumpfort und Klaus Nolden zu seinem Stellvertreter. Bis auf Zumpfort setzt sich die neue FDP-Spitze des nördlichsten Bundeslandes aus Gegnern der Bonner Wende zusammen. Fünf der acht Beisitzer zählen ebenfalls dazu.

Und in der neu gegründeten Parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft, die außerhalb des Landtages „liberale Positionen in die Lan*despolitik einbringt", gehören* neben den ehemaligen vier linksliberalen Abgeordneten weitere Anhänger der sozial-liberalen Koalition an. Der neue Landesvorsitzende Zywietz hielt in seiner Bewerberrede „Vielfalt" für das „liberale Schlüsselwort". Er griff die in Bonn und Kiel regierende CDU an und warf ihr „Halbheiten" vor. Die SPD erwähnte er nicht. Die Wende fand bei der FDP Schleswig-Holsteins *nicht statt*.

Reibungsloser Wechsel in München

Gegner der Wende bei Bayern-FDP ohne Chance / Abrechnung mit Hamm-Brücher

PETER SCHMALZ, **Fürth**

Wäre da nicht die Tatsache, daß Bayerns Liberale im Sog der Bonner Wende aus dem Münchener Landtag verwiesen wurden, so hätte das Parteitreffen in Fürth den Eindruck vermitteln können, zumindest Bayerns FDP lebe mit sich und der Welt in Frieden. Ohne hitzige Debatte gibt Josef Ertl nach 13 Jahren den Landesvorsitz ab, worauf der Parteitag mit 73prozentiger Mehrheit einen Generationenwechsel vornimmt und den 35jährigen Manfred Brunner zum neuen Landeschef kürt. Ebenso reibungslos und mit nur einer Ausnahme (Ursel Redepennig als Beisitzer) wird den Gegnern der Wende der Einzug in den Landesvorstand verwehrt und die politische Karriere von Hildegard Hamm-Brücher beendet.

Für FDP-Verhältnisse, so jubelt der neugekürte Landesvorsitzende, steht der bayerische Landesverband „relativ großartig" da. Der Wechsel, so Brunner, lief „in Kontinuität" ab. Schon vor Jahren hatte der denkschnelle und wortgewandte FDP-Fraktionschef im Münchener Rathaus vor Berührungsängsten mit der CSU gewarnt und keck verkündet, er werde die bayerische Landeshauptstadt gemeinsam mit Straußens Mannen führen, falls die CSU ihre absolute Mehrheit verlieren sollte. Auch er, so gestand Ertl in einer emotionsgeladenen Fürther Abschiedsrede, habe nie verstanden, „wie es zeitweise ein Dogma sein konnte, sozial-liberal zu sein". Auf Pfiffe und Buh-Rufe aus den Reihen der 400 Delegierten warteten die Beobachter vergebens. Schon 1980 sei er vom Ende der Koalition überzeugt gewesen, und er hätte es für besser gehalten, dies wäre von der Partei offen gesagt worden, meint Ertl.

Daß auch er sich aus Solidarität damals nicht zur Wahrheit durchgerungen hatte, trägt er nun als Hypothek mit in den politischen Ruhestand, der versüßt wird durch das Amt des Präsidenten der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft. War er es doch, der 1969 gegen das neue Bündnis stand und der sich erst durch das ihm bald ans Herz gewachsene Ministeramt umstimmen ließ. Ohne Ertl, das ist nicht übertrieben, hätte es keine Bundeskanzler Brandt und Schmidt geben können.

Und nun, da die Partei endlich wieder in die politische Heimat Ertls zurückfindet, da wird ihm die Tür gewiesen: Hans-Dietrich Genscher riet ihm sogar, gar nicht mehr für den neuen Bundestag zu kandidieren, erzählt Ertl verbittert hinter den verschlossenen Türen des Landesvorstands. Im kleinen Kreis der Parteifreunde sagt er auch, was er von Genscher hält: ein Taktiker. Ein Schimpfwort für Ertl, der die Delegierten mit deutlichem Seitenhieb auf die Bonner Parteiführung mahnt: „Ein Mindestmaß an Kameradschaft braucht eine liberale Partei."

Der in der Partei noch wenig profilierte Manfred Brunner erhält auf Anhieb 284 von 386 gültigen Stimmen und damit mehr, als er sich erhofft hatte. Auf seinen Vorschlag hin wird Ertl mit 331 Stimmen zum Ehrenvorsitzenden mit Sitz und Stimme im Landesvorstand gewählt. Die Abrechnung mit der prominentesten bayerischen Wende-Gegnerin Hildegard Hamm-Brücher läuft lautlos per Stimmzettel ab. Zweimal kandidiert sie zu einem der fünf Beisitzerposten, einmal unterliegt sie gegen Bundesjustizminister Hans Engelhard, das andere Mal gegen den früheren Fraktionschef im bayerischen Landtag Hans-Jürgen Jäger. *Danach gibt sie das Rennen* auf.

Gewiß, die FDP habe „skandalös wenig Wähler", meint Brunner, aber dennoch ist dem neuen Landeschef um die Zukunft der FDP nicht bange. Obwohl die CSU in Bayern „handwerklich gut regiert", erwartet Brunner, daß ihre absolute Mehrheit bis 1990 gebrochen ist. Daß er dann nicht mit den Sozialdemokraten wird regieren wollen, macht er gleich im nächsten Satz deutlich: Die SPD müsse erst noch weiter zu den Quellen zurück und dort ein neues Godesberg finden.

„Wir brauchen Universitäten, die auch Hochbegabte fördern"

Nobelpreisträger Professor Eigen zur Ausbildung von Eliten / Studienstiftung will sich stärker für besonders Befähigte einsetzen

Professor Manfred Eigen, Nobelpreisträger, Leiter des Max-Planck-Institutes für biophysikalische Chemie in Göttingen und Präsident der Studienstiftung des deutschen Volkes, wird sich in Zukunft noch stärker für die Förderung der Hochbegabten einsetzen. Gegenüber der WELT nannte er seine Gründe. Das Gespräch führte Evi Keil.

WELT: Sie haben Bundespräsident Karl Carstens in Bonn gebeten, Schirmherr der Studienstiftung zu werden. Warum?

Eigen: In einem Land wie der Bundesrepublik Deutschland muß Begabtenförderung sehr groß geschrieben werden, in einem Land, das kein Agrarland ist, aber auch keine großen Bodenvorkommen hat, dessen wichtigste Produktion also Ideen sein könnten. Und das soll auch von der Spitze dieses Staates unterstrichen werden. Begabtenförderung ist eine Sache der Studienstiftung, aber nicht allein ihre Sache. Dazu gehören die Universitäten, dazu gehört eine Kooperation mit anderen Organisationen wie Forschungsgemeinschaft, Rektorenkonferenz. Dazu kommen Fragen, ob unsere Rahmengesetze für die Hochschulen optimal sind. Ich selber halte sie nicht für optimal.

WELT: Deutschland hat früher große Leistungen in den Wissenschaften erbracht. Hat der Krieg die Substanz getroffen, oder will man heute keine Hochbegabungen mehr fördern?

Eigen: Der Krieg hat sicher einen großen Einbruch in die Bildung bedeutet. Aber man kann nicht alles auf den Krieg schieben. Wir sind mit der Reorganisation unseres Bildungswesens einfach nicht fertig geworden. Wir haben in den letzten anderthalb Jahrzehnten zwar das Bildungsangebot verzehnfacht, aber schauen Sie sich Universitäten wie die in Göttingen an. Als ich dort studierte, gab es 4500 Studenten; heute sind es 28 000. Man kann nicht einfach etwas verzehnfachen, ohne dann wieder zu differenzieren. Und dieses Differenzieren ist noch nicht erfolgt. Wir müssen wieder Schwerpunkte bilden. Es kann nicht so sein, daß alle Universitäten auf allen Gebieten gleich gut sein wollen. Das einzige, was man damit erreicht, ist, daß sie alle gleich schlecht sind. Wir brauchen Bildungsinstitute, die Massenunterricht erteilen. Das ist ebenso wichtig wie Institute, die sich um exzellente Arbeiten, um neue Ideen bemühen.

WELT: Wird die Studienstiftung auf die Suche nach Genies gehen?

Eigen: Die Studienstiftung wird sicher keine Genies produzieren. Aber sie muß schauen, wo sie sind,

DAS INTERVIEW

und sie fördern. Sie darf keine Genie-Kaste schaffen, sondern sie muß allein von Leistungen ausgehen, Bedingungen schaffen, um noch bessere Leistungen zu ermöglichen.

WELT: Sie verneinen die „Genie-Kaste". Hat der Nationalsozialismus dazu geführt, daß bis heute das Wort „Elite" bei uns eher einen schlechten Ruf hat?

Eigen: Ich will dafür sorgen, daß Elite kein Schimpfwort mehr ist. Ich will Anreiz zu elitären Leistungen geben, damit junge Leute das Gefühl haben, es lohne sich, eine Begabung zu entwickeln. Das Wort „Elite" ist sehr schwer zu fassen. Es gibt ein Spektrum von der Begabung bis zum Genie.

WELT: Ist der Numerus clausus nicht eher eine Gefahr, weil Hochbegabungen nicht unbedingt auch mit der besten Note Abitur machen?

Eigen: Die ganz großen Leistungen sind nicht immer von einem guten Durchschnitt in den Zeugnissen abhängig. Der Numerus clausus ist ein Notstand. Ich halte die Lage für untragbar. Ich sehe, daß es Schwierigkeiten durch den Ansturm auf die Universitäten gibt und daß man dem in irgendeiner Form gewachsen sein muß, auch eine gewisse Gerechtigkeit walten lassen muß. Dies darf aber nicht in so unpersönlicher Form wie Auswurf irgendeines Computers geschehen. Das ist in anderen Ländern ja auch nicht so.

WELT: Was halten Sie von dem System in Frankreich, zum Beispiel junge Mediziner studieren zu lassen, sie aber durch hohe Anforderungen schnell auszusieben? Würden Sie ein solches System auch bei uns befürworten?

Eigen: Dafür plädiere ich.

WELT: Was ist Intelligenz? Ist sie angeboren, oder kann man sie heranbilden?

Eigen: Es ist sehr viel Angeborenes dabei. Man braucht schon die Veranlagung. Aber ohne Förderung dieser Veranlagung und ohne Fleiß geht es ebensowenig. Mozart ist das Symbol eines genialen Menschen. Seine Genialität war angeboren, sonst hätte er nicht mit fünf Jahren komponieren können. Aber Mozart ist äußerst fleißig gewesen, er hat bis spät in die Nacht hinein gearbeitet.

WELT: Die Studienstiftung des Deutschen Volkes verfügte 1982 über 26 Millionen Mark. Reicht das Geld?

Eigen: Mit diesen Mitteln kann man eine Menge anfangen. Ich stehe grundsätzlich nicht auf dem Standpunkt, daß, wenn etwas nicht richtig funktioniert, es immer an „zuwenig Mitteln" liegen muß. Wir geben in der Bundesrepublik für Bildung nicht wenig aus. Es kommt darauf an, die Mittel richtig auszugeben.

US-Bischöfe stimmen über Hirtenwort ab

dpa, **Chicago**

Die katholischen Bischöfe der Vereinigten Staaten beginnen heute in Chicago die voraussichtlich letzte Beratungsrunde über einen Hirtenbrief zum Thema „Krieg und Frieden", der in seiner jüngsten Version von der Sowjetunion und den USA einen Stopp von Tests, Produktion und Stationierung neuer Atomwaffensysteme fordert. Morgen wollen die 285 Oberhirten der 50 Millionen amerikanischer Katholiken in einer Sondersitzung der Bischofskonferenz über den bislang dritten Entwurf des seit 1979 diskutierten Hirtenbriefes abstimmen.

Kurz vor der Sitzung hatte das Redaktionskomitee für den Hirtenbrief eine erst vor zwei Wochen abgeschwächte zentrale Formulierung des 155-Seiten-Entwurfs wieder verschärft. Die Forderung nach einem Stopp von Tests, Produktion und Stationierung neuer Atomwaffensysteme, die in dem im Herbst beratenen zweiten Entwurf enthalten war, war bei der amerikanischen Regierung auf scharfe Kritik gestoßen. Die in dem vor zwei Wochen veröffentlichten dritten Entwurf in „Begrenzung" abgeschwächte Formulierung wurde demgegenüber von der Regierung begrüßt. Nun soll die im Herbst in seiner Probeab*stimmung* mit überwältigender Mehrheit gebilligte schärfere Formulierung in Chicago wieder vorgelegt werden.

Paris: Korsische Attentäter gefaßt

AUG. GRAF KAGENECK, **Paris**

Überraschend schnell ist es der französischen Polizei gelungen, die Bombenattentäter der korsischen „Nationalen Befreiungsfront" (FNLC) zu fassen, die in der Nacht zum vergangenen Freitag sechs Sprengstoffanschläge in Paris verübt hatten. Zehn weitere Bomben waren in jener Nacht in Marseille und Aix-en-Provence detoniert.

Der Zufall kam der Polizei zu Hilfe. Am Donnerstagabend, also noch vor den Attentaten, hatte ein Mann, der wegen Handels mit falschen Dollarnoten aufgegriffen worden war, beim Verhör beiläufig von „Leuten" gesprochen, die „Bomben herstellen, die noch heute explodieren sollen". Den Sicherheitsbeamten lagen bereits andere *Hinweise auf ein Zusammengehen* von korsischen Separatisten und Falschgeldherstellern vor. Die FNLC versorgt sich anscheinend weitgehend auf dem Falschmünzermarkt mit Geld für seine Waffenkäufe.

Die Polizei brauchte nun nur noch den Angaben des Festgenommenen nachzugehen. Im Verlaufe des Freitag verhafteten sie nacheinander 14 Personen in Paris und einem Ort im Osten der Stadt. Bei einem von ihnen wurde Falschgeld im Wert von 800 000 Dollar gefunden. Alle Verhafteten sind Korsen und fast voll geständig. Acht von ihnen wurden gestern nach Ablauf der gesetzlichen Haftfrist dem Untersuchungsrichter zugeführt.

Deutscher Arzt in Nicaragua getötet

SAD, **Managua**

Im Guerrilla-Krieg in Nicaragua ist erstmals ein Deutscher getötet worden. Georg Pflaum (36), ein aus Baden-Württemberg stammender Arzt, der für den Deutschen Entwicklungsdienst (DED) in der Grenzstadt Wiwili (Provinz Nueva Segovia) tätig war, kam am Wochenende bei einem Überfall auf einen Kleinbus zusammen mit elf weiteren Personen ums Leben. Nach Darstellung der Linksregierung in Managua war der Kleinbus von „konterrevolutionären Brigaden" in der Nähe von Jinotega, 250 Kilometer nördlich der Haupt*stadt, angegriffen worden. Die Lei*chen hätten Kopfschüsse aus kurzer Entfernung aufgewiesen, was auf „einen Mord oder eine Hinrichtung" schließen lasse.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Fanfani: Roms Problem ist der Mangel an Härte

Die Parteien drücken sich vor einer Austerity-Politik

F. MEICHSNER, Rom

Nach dem Rücktritt der Regierung Fanfani hat der italienische Staatspräsident am Wochenende im Schnellverfahren die üblichen Konsultationen mit den Parteiführern zur Ergründung der Möglichkeit für eine Regierungsneubildung geführt. Wie *verlautet*, lancierte er dabei den Vorschlag, den christdemokratischen Senatspräsidenten Morlino mit der weiteren Sondierung der Lage zu beauftragen. Angeblich stimmte dieser zu – allerdings mit der Einschränkung, daß auch die Sozialisten ihr Einverständnis erklären müßten. Da sich der sozialistische Parteisekretär Craxi aber offenbar ablehnend verhielt, wird damit gerechnet, daß Pertini schon am heutigen Montag die Konsequenzen aus der verfahrenen Situation zieht und das Parlament auflöst. In diesem Fall wäre es die Aufgabe der weiterhin die Geschäfte führenden demissionierten Regierung Fanfani, einen Termin für vorgezogene Neuwahlen festzusetzen – wahrscheinlich den 26. Juni.

Die Sozialisten, die Fanfani und sein Kabinett, in dem sie selbst vertreten sind, nach nur fünfmonatiger Amtszeit in die Krise gestürzt haben, hätten damit endlich das erreicht, was sie schon seit mehr als einem *Jahr* anstreben. *Das* Kabinett Fanfani habe zwar sein Bestes gegeben und im Rahmen des ihm übertragenen beschränkten Auftrages gute Arbeit geleistet, aber sein Aktionsspielraum sei durch die ständig an Einfluß gewinnenden konservativen Kräfte in der Democrazia Cristiana immer mehr eingeschränkt worden.

Von den Christdemokraten wird dem ganz entschieden widersprochen. Nach ihrer Ansicht sind für den sich abzeichnenden Abbruch der Legislaturperiode allein die Sozialisten verantwortlich. Ihrem Widerstand vor allem sei es zuzuschreiben, daß die Regierung Fanfani die notwendigen harten Maßnahmen zur Überwindung der italienischen Wirtschaftskrise nicht habe durchsetzen können. Craxi gehe es offensichtlich weniger um die Überwindung der Krise, die vom Volk Opfer fordere, als um ein wahltaktisches Manöver.

Diese Ansicht wird auch von zahlreichen parteiunabhängigen Beobachtern geteilt. Sie weisen darauf hin, daß die Democrazia Cristiana nach Überwindung ihrer Führungskrise unter ihrem neuen Parteisekretär De Mita in letzter Zeit von Monat zu Monat mehr Selbstvertrauen und Durchschlagkraft gewonnen habe. Craxi dränge offensichtlich deshalb auf Neuwahlen, weil er diesen Wiedererstarkungsprozeß der DC nicht ungestört zur vollen Reife kommen lassen wolle. Außerdem müsse er wohl damit rechnen, *daß sich die* Lage in Frankreich unter der Linksregierung Mitterrand im Herbst aufs neue verschlechtere, was nur ungünstige Auswirkungen auf das sozialistische Image auch in Italien haben könne. Auf alle *Fälle scheint er sich von sofortigen* Wahlen ein besseres Abschneiden seiner Partei (bisher knapp 10 Prozent Stimmenanteil) zu versprechen als von einem Wahlgang zu einem späteren Zeitpunkt.

Das ungelöste Grundproblem *Italiens, an dem auch die letzte* Regierung wieder gescheitert ist, hat Fanfani in der jüngsten Senatsdebatte aufgezeigt, als er sagte, die verantwortlichen politischen Kräfte des Landes könnten sich nicht auf eine gesunde Relation zwi*schen notwendiger Härte und* ebenso notwendiger Entwicklung einigen. Tatsache ist, daß vor allem die Sozialisten – aber mit ihnen auch Kräfte in fast allen anderen Parteien im Land – seit Jahren im Volk die Illusion nähren, Inflation *und Arbeitslosigkeit seien ohne* schmerzliche Opfer zu überwinden. Man will durch den Fluß der Krise, möchte dabei aber so wenig wie möglich naß werden. So bewegt man sich in knietiefem Wasser am Flußufer hin und her auf der Suche nach einer seichten Furt, die es nicht gibt.

Zahlreiche Politiker und Kommentatoren führen jetzt zugunsten von Neuwahlen das Argument ins Feld, man könne von den Parteien in der letzten Phase einer Legislaturperiode nicht die Dekretierung einer für das Volk schmerzhaften Austerity-Politik erwarten. Jede Partei werde davor zurückschrekken, weil sie den Zorn des Wählers fürchte. Wahlen gibt es freilich in Italien *alle Jahre – sei es für das* Zentralparlament, auf kommunaler, provinzialer, regionaler oder – wie im nächsten Jahr – auf europäischer Ebene. Deshalb müßten die Parteien irgendwann doch die Wählergunst aufs Spiel setzen, wenn sie es ernst meinten mit der Devise: Entwicklung durch hartes Sparen. Daß sie dazu nach den sich jetzt abzeichnenden Parlamentsneuwahlen bereit sein werden, gilt bei den wenigsten politischen Beobachtern in Rom als sicher.

Mitterrand ist in Peking willkommener Gast

Von A. GRAF KAGENECK

Zum dritten Mal in seinem Leben hat sich François Mitterrand am Sonntag auf eine Reise nach China begeben. Im Frühjahr 1981 präsentierte er sich damals den chinesischen Führern als der Mann, der sehr wohl zum ersten sozialistischen Präsidenten Frankreichs werden könnte. Heute ist diese Voraussage längst erfüllt. Wenngleich die beiden ersten Jahre Sozialismus in Frankreich eine nahezu katastrophale wirtschaftliche und innenpolitische Bilanz ausweisen, und Mitterrands Abreise in die Tränengas-Schwaden von Studenten-Revolten gehüllt war, ist ein westlicher Sozialist in China, der *Kommunisten in seiner Regierungsmannschaft* hat und eine anti-sowjetische Außenpolitik betreibt, Kuriosum genug, um von den neuen chinesischen Führern mit wohlwollender Aufmerksamkeit empfangen zu werden.

Damals, im Jahre 1981, saß der Präsidentschaftskandidat noch dem Mao Zedong-Nachfolger Hua Guofeng gegenüber, über dem bereits der Schatten der nahen Entmachtung lag. Wenig später erlag der Parteichef dem Machtkampf *des eigentlichen starken Mannes*, Deng Xiaoping. Inzwischen hat sich die chinesische Führungsmannschaft gründlich gewandelt. Deng ist immer noch da in den Kulissen, er wird Mitterrand zu einem Gespräch empfangen. Der er*ste Sekretär der Partei, Hu* Yaobang, ist für ihn da, und vor allem Zhao Ziyang, der Premierminister.

Sie werden ihm in den fünf Tagen, die er durch das Reich der Mitte reist und dabei die Städte Peking, Nanking und Shanghai besucht, die neue Linie darlegen, die der 12. Parteikongreß im September 1982 erlassen hat, ferner die neue Konstitution der Partei, in der es keinen Personenkult mehr geben soll, und vor allem den ehrgeizigen Plan der wirtschaftlichen, industriellen und pädagogischen Reformen, die sie sich vorgenommen haben. Vielleicht wird Mitter-

DIE ANALYSE

rand der erste westliche Staatsmann sein, der diesen am 20. Januar in einem parteiinternen Papier verbreiteten Plan in toto enthüllt bekommt, und er wird hier mit *dem wichtigsten Anliegen seiner* Reise ansetzen können: der seit Jahrzehnten anvisierten, bisher immer ein Wunschtraum gebliebenen Öffnung des Riesenmarktes für die nach Luft schnappende französische Industrie.

Ein Franzose in Peking hat allemal einen diplomatisch-politischen Bonus auszuweisen. Die Machthaber in China haben nicht vergessen, daß es Frankreich war, das 1964 ihren Staat als erste diplomatisch voll anerkannte. De Gaulle *hatte damals einen der besten China-Kenner* und einen Mao-Freund, Edgar Faure, nach Peking geschickt, um das Tor in die unbekannte Welt zu öffnen. Er selbst war nie in China, er begnügte sich, einen anderen Intimus, André Malraux, *zu Mao zu schicken. Die beiden* Philosophen verstanden sich prächtig, und de Gaulle erfuhr auf diese Weise viel mehr über das rätselvolle Reich, als ein Staatsbesuch ihm hätte beibringen können. Statt dessen begab sich der General vor die Tore Chinas und hielt in Pnom Penh 1966 eine Philippika gegen die Amerikaner und ihren „schmutzigen Krieg" in Indochina, der die Herzen der kommunistischen Protektoren im Norden entzückte.

Die Nachfolger Pompidou und Giscard besuchten fleißig das rote Riesenreich. Es war die Zeit, in der für den Westen die Sonne rein und klar vom chinesischen Himmel *strahlte. Der Bruch mit Moskau* war total, der Annäherungsversuch zum Westen so massiv, daß er schon beinahe wieder Mißtrauen weckte. China appellierte unaufhörlich an Europa, sich zu einigen und sich den Expansionsbestrebungen einer „Hegemonialmacht" (gemeint war die Sowjetunion) an der Seite Amerikas zu widersetzen. Der chinesisch-vietnamesische Krieg im Frühjahr 1979 war der Höhepunkt dieser „sekulären" Entzweiung der beiden kommunistischen Großmächte.

Inzwischen hat sich das Blatt ein wenig gewendet, nicht zuletzt durch Fehler der westlichen Diplomatie. Es gab und gibt Annäherungsversuche zwischen Moskau und Peking, aber niemand weiß genau, wie weit sie gehen. China bleibt bei seinen Appellen an die Europäer, den Schild nicht zu senken. Premierminister Zhao Ziyang sagte noch am 9. April einer Parlamentarier-Delegation der Westeuropäischen Union auf einem Be*such in Peking, China und die* WEU stimmten in mehreren Punkten überein, insbesondere in ihrer gemeinsamen Überzeugung, den Kampf gegen die Hegemonie und die Opposition gegen die Expansionspolitik der Supermächte zu intensivieren. Zhao Ziyang habe den westlichen Besuchern, darunter auch deutschen, gesagt, er befürworte die Anstrengungen der WEU zu einer größeren Integration Westeuropas. China „wünsche ein starkes und geeintes Europa zu sehen, das eine größere Rolle in den Weltangelegenheiten spiele und ein Faktor des Friedens und der Stabilität sei", meldete im April das Partei-Organ Renmin Ribao.

Mitterrand wird ähnliches zu hören bekommen. Der Präsident kann auf seine Rede vor dem Bundestag in Bonn hinweisen, auf seine verstärkten Bemühungen, die Gespräche über Sicherheit und Verteidigung mit den Deutschen *zu intensivieren, auf die Anstrengungen*, die Frankreich zur Modernisierung seiner nuklearen Rüstung unternimmt. Seine Bemerkungen zu Afghanistan und die Behandlung der Menschenrechte in Polen sind in Peking nicht über*hört worden*. Schwerer wird er es haben, seinen Gesprächspartnern die französische Diplomatie in Südostasien zu erläutern, die – im Augenblick noch – einen Verbleib der Vietnamesen in Kambodscha befürwortet, um eine Rückkehr der *von China gedeckten Roten Khmer* und ihres Terrors zu verhindern. Aber Mitterrand empfing vor seiner Abreise den China-Protegen Norodom Sihanouk, Ex-König von Kambodscha, der an der Spitze einer nationalen Koalition *unter Einschluß der Roten Khmer* zur Wiedereroberung des Landes steht und im chinesischen Exil lebt. Kaum jemand wird Mitterrand besser auf seinen schwierigen Besuch vorbereitet haben können.

Argentiniens Junta bringt das Volk gegen sich auf

Erregung über das „letzte Dokument" zum Schicksal der Vermißten / Die Mütter vom Plaza de Mayo marschieren weiter

WERNER THOMAS, Buenos Aires

Das „letzte Dokument über den Krieg gegen die Subversion und den Terrorismus" sollte einen Schlußstrich ziehen unter das düsterste Kapitel der jüngeren argentinischen Geschichte, vom Volk „der schmutzige Krieg" genannt. Das Gegenteil wurde erreicht: Die Diskussionen sind noch erregter geworden. Die Kluft zwischen den Militärs und dem Volk ist heute so tief wie nie zuvor.

Politiker, Gewerkschafter, Bischöfe, Menschenrechtler und Pressevertreter bilden eine Front massiver Kritik. Nur der frühere Wirtschaftsminister Francisco Manrique, der Führer der rechten Bundespartei, zeigte Verständnis für die Entscheidung der Junta, die brutalen Details dieser blutigen Epoche weiterhin hinter einer Mauer des Schweigens zu verbergen. Manrique: „Mehr hat man zu diesem schrecklichen Thema nicht sagen können." Miguel Hesayne, der in Menschenrechtsfragen besonders engagierte Bischof der Provinz Rio Negro, nannte den Bericht indessen „unmoralisch". Im nachhinein seien „die kriminellen Methoden der Repression gebilligt" worden.

Die Mütter vermißter Personen, die seit sechs Jahren jeden Donnerstagmittag auf der Plaza de Mayo vor dem Präsidentenpalast demonstrieren, um Auskünfte über das Schicksal ihrer Söhne und Töchter zu erhalten, sprachen von einem „neuen und hoffnungslosen Versuch, um den für den Terror und die Tragödie im letzten Jahrzehnt verantwortlichen Feiglingen Straffreiheit zu garantieren". Sie wollen weiter marschieren.

Seit Freitag morgen stehen die Angehörigen Schlange vor dem Innenministerium an der Moreno-Straße, um die versprochenen Listen mit den *Namen* der Todesopfer zu studieren. Sie warteten bisher vergeblich. Die „Ständige Versammlung für Menschenrechtsfragen", die von dem Anwalt Emilio Mignone geleitet wird, dementierte energisch die Darstellung der Militärs, daß viele verschwundene Argentinier im Kampf mit den Sicherheitskräften gefallen sind. 80 Prozent der Vermißten seien von Greifkommandos der Streitkräfte aus der Wohnung oder von der Straße entführt worden, unter ihnen Mignones Tochter Monica.

Obgleich die Junta vor den Wahlen am 30. Oktober noch ein Amnestiegesetz verkünden möchte, wird *das Kapitel des schmutzigen Krieges* nun auch die nächste – zivile – Regierung beschäftigen. Schon wächst der Druck der Menschenrechtsorganisationen, jetzt erst recht die Verantwortlichen zu suchen und zu verurteilen. (SAD)

Moskau rügt die Landwirtschaft

rtr/DW. Moskau

Ein im Mai 1982 gestartetes Programm zur Belebung der sowjetischen Landwirtschaft hat bislang offenbar wenig Erfolg gezeigt. Aus Berichten des Parteiorgans „Prawda" geht hervor, daß in einigen Teilen der Sowjetunion die landwirtschaftliche Produktion seit Verkündung des Programms durch den inzwischen verstorbenen Staats- und Parteichef Leonid Breschnew sogar noch zurückgegangen ist.

Nach dem Programm werden mehr staatliche Investitionsmittel für die Landwirtschaft zur Verfügung gestellt. Breschnew hatte erklärt, durch die gesteigerten Erträge würde die Lebensmittelknappheit bis zum Jahre 1990 behoben sein.

In den Berichten über Treffen, auf denen regionale Parteifunktionäre die Auswirkungen des Programmes erörterten, wurden mehrere Beispiele für Mißwirtschaft angeführt. So hätten im Gebiet von Swerdlowsk 17 Rinderfarmen überhaupt keine Kühe. In einem Bericht aus Rijasan in Südrußland heißt es, landwirtschaftliche Betriebe hätten keines der Planziele der vergangenen Jahre erreicht. Die Erträge seien stets rückläufig.

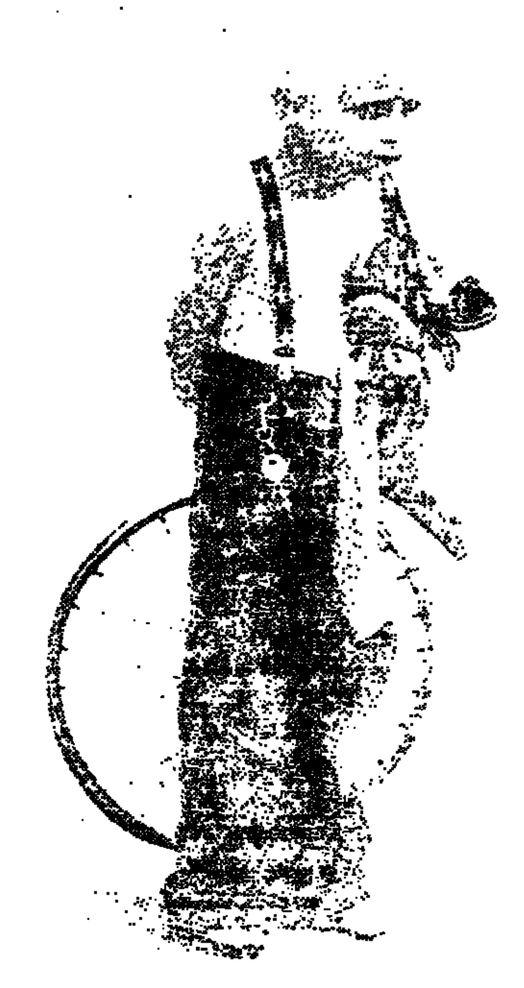
Ein Parteifunktionär wurde von der „Prawda" mit der Bemerkung zitiert, die Landwirtschaft leide *nach wie vor unter „den Kräften* der Faulheit und dem Hang zur Bürokratie". Einige Betriebsführer verbrächten die meiste Zeit mit der Weiterleitung von Direktiven und Akten oder mit „bedeutungslosen Diskussionen in zahllosen Versammlungen", anstatt ihre Arbeit anständig zu verrichten.

Im März war bekanntgegeben worden, ein interministerieller Rat unter Vorsitz des Plan-Chefs Nicolai Baibakow solle Reformmöglich*keiten für die sowjetische* Planwirtschaft prüfen. Der Moskauer Wirtschaftsexperte Oleg Bogomolow schrieb in der Parteizeitung „Prawda", es gehe vor allem um die Frage, ob man zu einer größeren „Selbständigkeit" der Betriebe kommen könne, „bei gleichzeitiger Festigung der gesamtstaatlichen Leistungsprinzipien". Dabei könne die Sowjetunion insbesondere von der „DDR", Bulgarien und Ungarn lernen.

Zu den Dingen, die die UdSSR von den anderen Ostblockstaaten „lernen" wolle, zählte Bogomolow ausdrücklich den größeren Spielraum für „private Nebenwirtschaften" in der Landwirtschaft Ungarns und Bulgariens.











Die frühen Zweifel des Lord Dacre

Einzelheiten über den „Umfall" des Kronzeugen für die Echtheit der Hitler-Tagebücher

FRITZ WIRTH, London

Auf drei Zeitungsseiten enthüllt die „Sunday Times", die für 400 000 Dollar die Abdruckrechte von Hitlers angeblichen Tagebüchern erworben hatte, in ihrer jüngsten Ausgabe die „Anatomie eines Scoops", die Hintergrundstory über Auffindung, Erwerb und Verkauf dieser Dokumente. Die drei Seiten enthalten wenig Neues zur Wahrheitsfindung über die Authentizität der Tagebücher, doch sie enthüllen bemerkenswerte Einzelheiten über den „Umfall" des britischen Historikers Lord Dacre, der ursprünglich diese Tagebücher für authentisch gehalten hatte, und über den Handel mit diesen Dokumenten.

Die ersten Zweifel müssen Lord Dacre, ehemals Hugh Trevor-Roper, bereits gekommen sein, noch bevor die „Sunday Times" am 24. April mit der „Welt-Sensation" der Auffindung angeblich authentischer Hitler-Tagebücher erschienen war. Dacre fuhr am Sonntag mit der festen Entschlossenheit nach Hamburg, vom „Stern" den Namen des deutschen Offiziers zu erfahren, der die Tagebücher Hitlers aus dem bei Dresden abgestürzten Flugzeug gerettet haben sollte. Es kam im Hotel „Atlantic" zu einer offenbar stürmischen Konfrontation zwischen Lord Dacre und Stern-Reporter Gerd Heidemann, die – so das Blatt – „unangenehme Erinnerungen an anglo-deutsche Feindseligkeiten wachrief", so daß Heidemann sich nach 30 Minuten beim ehemaligen Geheimdienstmann Lord Dacre beklagte: „Dies entwickelt sich in ein Verhör durch den Geheimdienst. Ich kann mir vorstellen, daß der britische Geheimdienst daran interessiert ist, diese Informationen zu bekommen."

Quelle weiterhin geheim

Diese Konfrontation muß schließlich so unangenehm geworden sein, daß Heidemann sich weigerte, am Abendessen teilzunehmen, das die Chefredaktion des „Stern" am Sonntagabend für Lord Dacre arrangiert hatte. Lord Dacre, so berichtet die „Sunday Times", habe ursprünglich ebenfalls die Absicht gehabt, diesem Essen fernzubleiben, sei aber dennoch schließlich in der Hoffnung erschienen, von der „Stern"-Chefredaktion bei Tisch die Quellen von Heidemann zu erfahren. Statt dessen aber sei Lord Dacre auf Dinner-Gäste gestoßen, die felsenfest von der Authentizität ihrer Dokumente überzeugt waren und sich auch nicht durch die Drohung Lord Dacres beeindrucken ließen, am Montag der Pressekonferenz im „Stern"-Haus fernzubleiben.

Eine Rolle beim Umfall Lord Dacres hat dabei offensichtlich auch der ehemalige britische Botschafter in Bonn und Washington, Sir Nicholas Henderson, gespielt, der sich zufällig im gleichen Hotel aufhielt und Lord Dacre wissen ließ, daß er die Tagebücher für eine Fälschung halte. Lord Dacre antwortete lediglich, er wolle die ganze Sache noch einmal überschlafen. Zwölf Stunden später meldete er dann öffentlich seine starken Bedenken an.

Für die „Sunday Times" kann dieser „Umfall" teuer werden. Das Blatt hat die Tagebücher für 400 000 Dollar gekauft. Ob es sie jemals drucken wird, ist noch fraglich. Es hat für den kommenden Sonntag eine Foto-Dokumentation über „Aufstieg und Fall des Adolf Hitler" angekündigt, und will im Laufe des Monats die Tagebücher abdrucken, vorausgesetzt, daß sie sich bis dahin nicht als Fälschung erwiesen haben.

Dabei hätte der finanzielle Schaden für das Blatt leicht noch höher sein können, denn die „Sunday Times" enthüllt in ihrer gestrigen Ausgabe, daß der Verlag des amerikanischen Magazins „Newsweek" und die „News Corporation", die Muttergesellschaft der „Sunday Times", zunächst dem „Stern" ein gemeinsames Angebot von 3,25 Millionen Dollar gemacht hätten, das dem „Stern" jedoch als zu gering erschien. Die Verhandlungen brachen daher zusammen, und „Newsweek" zog sich aus dem ganzen Handel zurück.

Am 21. April jedoch erhielt der „Stern" nach Darstellung der „Sunday Times" einen Anruf aus dem Hause des „Spiegel", ob es wahr sei, daß die Illustrierte die Tagebücher Hitlers besitze. Der „Stern" fürchtete, daß sein „Scoop" in Gefahr sei und beschloß noch am gleichen Tage, die Veröffentlichung der Tagebücher vorzuziehen. Zugleich bot das Blatt nun der „News Corporation" die britischen und Commonwealthrechte für 400 000 Dollar an.

Die „Sunday Times" hat inzwischen einen Reporter nach Börnersdorf in der „DDR" entsandt, wo die Maschine mit den angeblichen Hitler-Tagebüchern seinerzeit abstürzte. Der Reporter stieß dabei lediglich auf einen 51jährigen Mann namens Helmut Schmidt, der damals 13 Jahre alt war und sich an einen schwerverwundeten Überlebenden erinnert, der sich krampfhaft an eine große hölzerne Kiste klammerte.

„Die letzten Lügen"

„Stern"-Reporter Heidemann verweigert nach wie vor jede Auskunft über den Mann, der die angeblichen Tagebücher seither in Besitz hatte. Er gab lediglich zu, daß der Mann für diese Tagebücher eine „beträchtliche Summe" erhalten habe und daß er selbst zwei Bedingungen bei diesem Handel gestellt habe: daß erstens sein Name nicht enthüllt werde und daß sie zweitens am Ende dem Bundesarchiv in Koblenz überlassen werden sollten.

Die übrige britische Wochen- und Sonntagspresse läßt kaum noch Zweifel, was sie von diesen Tagebüchern hält. Der „Economist" schreibt: „So weit die bisherigen Beweise oder Mängel an Beweisen vermuten lassen, sind Hitlers Tagebücher die größte Fälschung, seit zwei italienische Damen die Tagebücher Mussolinis schrieben." Der „Spectator" meint, daß die Tagebücher, selbst wenn sie echt sein sollten, von problematischem historischen Wert seien und eher den Titel „Die letzten Lügen Hitlers" verdienten.

Im „Observer" schreibt der Kolumnist Conor Cruise O'Brien: „Ich mache mir nicht so sehr Sorgen darüber, ob die Tagebücher Hitlers echt sind. Ich bin besorgt, ob Lord Dacre wirklich echt ist."

In Ankara herrscht nun Ratlosigkeit

E. ANTONAROS, Athen

Fast gleichzeitig mit der Bekanntgabe des Wahltermins (6. November) durch Staatspräsident General Kenan Evren hat Ankara die unerwartet langen Listen von früheren Politikern veröffentlicht, die sich in den nächsten Jahren politisch nicht betätigen dürfen. Von diesem Verbot sind insgesamt 723 Politiker direkt betroffen.

Zu der ersten Gruppe von 242 Personen gehören alle Spitzenpolitiker aus der Zeit vor der Machtergreifung durch das Militär am 12. September 1980. Ihnen wird jegliche politische Betätigung in den nächsten zehn Jahren untersagt. Weitere 481 frühere Abgeordnete und Senatoren dürfen in den nächsten fünf Jahren keine Partei gründen oder in die Führungsgremien von Parteien gewählt werden. Sie können aber einer Partei beitreten und ins Parlament gewählt werden.

Die Ausschaltung einer derart hohen Zahl von früheren und teilweise sehr erfahrenen Politikern stellt die Frage, inwiefern es in absehbarer Zeit überhaupt möglich sein wird, ein normal funktionierendes Parteienwesen auf die Beine zu bringen.

Der jetzige Regierungschef Admiral a. D. Bülent Ulusu, der als Vertrauensmann Evrens und als dessen Wunschkandidat für das Amt einer in der politischen Mitte angesiedelten Partei gilt, hat unlängst eine Verzichtserklärung abgegeben. Der Premier hat zuverlässigen Angaben zufolge aufgegeben, weil es ihm nicht gelungen sein soll, den früheren konservativen Regierungschef Sueleyman Demirel dazu zu bringen, ihm die noch intakte Organisation seiner inzwischen verbotenen „Gerechtigkeitspartei" zu überlassen.

Anstelle von Regierungschef Ulusu ist seit einigen Tagen der pensionierte General und frühere Botschafter in Kanada, Turgut Sunalp, darum bemüht, die Rolle des Vorsitzenden einer von den Generälen favorisierten Zentrumspartei zu übernehmen. Aber Sunalp ist nur ganz wenigen Türken ein Begriff. (SAD)

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Falschmünzer in Weiß

„Wenn Ärzte verweigern"; WELT vom 26. April

Geistige Falschmünzerei, sprachliche Verwirrung und die Unfähigkeit zu unterscheiden kennzeichnen an vielen Punkten die Auseinandersetzungen über die Fortbildung in Katastrophenmedizin. Auch ein gesteuerter Anteil politischer Einflußnahme darf nicht unterschätzt werden. Die Vertreter und Mitläufer der „Sektion Bundesrepublik Deutschland der IPPNW" (Internationale Ärzte für die Verhütung eines Atomkrieges) maßen sich ein Mandat an, für das sie nicht zuständig sind und mit dem sie sich selbst überfordern. Ihr Mandat als Ärzte ist alles menschenmögliche in personeller, materieller und organisatorischer Hinsicht zu tun, um im Falle einer Katastrophe (naturhaftes oder technisches Schadensereignis von außergewöhnlicher Größe), soweit Menschen davon als Kranke oder Verletzte (Patienten) betroffen sind, wirksam helfen zu können. Katastrophenmedizin hat nichts mit den medizinischen Problemen eines mit konventionellen, atomaren, biologischen oder chemischen Waffen geführten Krieges zu tun. Daher hat auch katastrophenmedizinische (wie auch notfallmedizinische) Fortbildung nichts mit wehrmedizinischer Fortbildung zu tun.

Ein ethisches Scheinproblem wird von den Anhängern der IPPNW mit dem Begriff „Triage", d. h. Sichtung der Patienten bei einem Massenanfall, hochgespielt. Seit der Chirurg Bernhard von Langenbeck (1810–1887) dieses Verfahren der Sichtung eingeführt hat, wird es in Frieden und Krieg weltweit als sinnvoll anerkannt und danach gehandelt. Es geht dabei um die bestmöglichste, schnelle aber gezielte Hilfe bei einem Massenanfall von Patienten. Diese Hilfe als unethisch zu bezeichnen ist absurd. Als schweren Vorwurf und Verstoß gegen die ärztliche Ethik muß das unkritische Verhalten des Arztes angesehen werden, wenn er bei einem Massenanfall von Patienten es unterläßt zu sichten und dadurch noch zu rettendes menschliches Leben zugrunde gehen läßt.

Dr. Ludwig Schmitt, Koblenz-Oberwerth

Geschmackloser General

„Leserbrief: Menschenführer"; WELT vom 23. April

Sehr geehrte Damen und Herren,

Nun hat der „6890-DM-Pensionär" und „Friedenskämpfer" Bastian nach so sehr berechtigter, wenn auch sehr moderater Kritik des Parlamentarischen Staatssekretärs im BMVtdg., Würzbach, an Herrn Bastians zwar sehr öffentlichkeitswirksamen, aber würdelosen „Trageakt" anläßlich der österlichen Protestaktion vor der Kaserne in Neu-Ulm zur Feder gegriffen.

Er hat den Staatssekretär darauf hingewiesen – und dies spürbar genüßlich –, daß er, Bastian, nunmehr als Abgeordneter des Deutschen Bundestages, den Staatssekretär zu kontrollieren und zu kritisieren habe und nicht umgekehrt, wie geschehen. Da ist sicher etwas Wahres enthalten, nur vergißt Herr Bastian (Zufall?) dabei, darauf hinzuweisen, daß er auch im Ruhestand sehr wohl dem Soldaten- und Wehrstrafgesetz und von daher auch Kritik unterworfen bleibt! Die Geschmacklosigkeit des Herrn Bastian, auf eine möglicherweise in der Vergangenheit gegen den jungen Offizier Würzbach notwendig gewesene disziplinare Maßnahme zu verweisen, verurteilt sich selbst. Ist dem Generalmajor a. D. neben umfangreichem anderem Wissen aus seiner Dienstzeit auch die Kenntnis der rechtlich geregelten „Tilgung" von Disziplinar-Maßnahmen abhanden gekommen?

Wenn der Staatssekretär die Eignung des Generalmajor a. D. insofern bezweifelt, „daß dieser Mann auch nur eine Gruppe in einer Einheit führen dürfte", so hat der Herr Staatssekretär nicht nur meine volle Zustimmung, sondern auch die aller der Bürger, ob in Zivil oder in Uniform, die sich ihren Blick nicht, wie offenbar Herr Bastian aus durchsichtigen Gründen, auf die außerordentliche Bedrohung durch die Streitkräfte der Sowjetunion und des Warschauer Paktes verstellen lassen.

Herr Bastian sieht „den Splitter im Auge des anderen" (disziplinare Maßnahme – getilgt), aber übersieht geflissentlich „den Balken im eigenen Auge", nämlich Verstoß gegen gesetztes Recht, Wehrstrafgesetz Paragraph 34 (1), Verleitung von Untergebenen zu einer rechtswidrigen Tat durch Aufforderung an alle Soldaten der Bundeswehr zum Ungehorsam anläßlich des sogenannten „Nürnberger Tribunals" am 20. 2. 1983! Wem will Herr Bastian, Generalmajor a. D. und ehemals Kommandeur einer Panzerdivision nach langer Ausbildung zum Generalstabsoffizier, eigentlich weiterhin seine vertretene und immer wiederholte Meinung von der „rein defensiven Struktur" der Streitkräfte des Warschauer Paktes und der UdSSR noch „verkaufen"? Er verschweigt wissentlich und voller Absicht die ihm aus seinen Verwendungen in der Bundeswehr zugewachsenen detaillierten Kenntnisse über die Militärdoktrin der Sowjetunion wie sie u. a. in dem Standardwerk „Sokolowski, Marschall der Sowjetunion, Militärstrategie, 1969" in aller Breite und jedermanns Kenntnis festgeschrieben ist.

Wenn er aber wider sein besseres Wissen immer erneut und weiterhin die defensive Struktur der Streitkräfte der Sowjetunion behauptet, betreibt er damit, seinen früheren Dienstgrad als Mäntelchen für seinen vorgegebenen „Sachverstand" benutzend, bewußt und gezielt Desinformation der Öffentlichkeit! Cui bono?!

Mit freundlichen Grüßen
Günter-J. Rothe, Taunusstein 2

Sonderschulskandal

„Leserbrief: Attacke gegen die Sonderschulen"; WELT vom 25. März

Seit acht Jahren unterstützte ich Sonderschüler bei der Anfertigung der Hausaufgaben, notwendigerweise einzeln.

Auf einer einschlägigen Tagung äußerte ein Sonderschulrektor: Die Grundschule produziert Sonderschüler. Meine Erfahrung reicht m. E. aus, um ihm voll zustimmen zu können! Bedauernswert die verbreitete Resignation bei diesen Kindern und den Angehörigen.

Was ich dann an Wißbegier an diesen Kindern erlebte, ließ mich erkennen, daß mindestens ⅓ der Kinderzahl zu Unrecht in die Sonderschule abgeschoben worden sein mußte. Ich erstellte mir einen eigenen Lehrplan, da mir der schulische Lehrplan an keinem Kind erkennbar wurde.

Schwächster Punkt: Deutsch! Grammatik unbekannt, freies Buchstabieren desgleichen, Horchen auf den Wortklang, um somit die Rechtschreibung zu erfassen, nie geübt. Man vernachlässigte in Schule und Elternhaus das so dringend erforderliche Lesenüben. Lesewunsch- und -freudigkeit blieben so auf der Strecke.

Und dann bürgerte sich für diese Lese-Rechtschreibschwäche die Bezeichnung Legasthenie ein, also stellte man damit geistig-körperlichen Mangel fest. Tests, häufig und hoffentlich von genügend qualifizierten Leuten vorgenommen, bringen Unruhe und Nervosität in den Schulbereich.

Ich erlebte jedenfalls keine ausreichende Förderung „meiner" Kinder in der für diese zuständigen Sonderschule, trotz niedriger Kinderzahl in der jeweiligen Klasse. Unverantwortlicher Ausfall von Unterrichtsstunden lassen die Förderung der Kinder in diesem Schulzweig hoffnungslos erscheinen.

Ich wünsche mir, daß sich endlich unsere Bildungsverantwortlichen mit dem schwächsten Zweig im deutschen Schulwesen intensiv befassen.

Auch diese Kinder möchten eines Tages ihr Brot selbst verdienen können, anstatt geradewegs auf den Status des Sozialhilfeempfängers zugehen zu müssen.

Anna-Maria Hanschmann, Aumühle

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Wort des Tages

„Neben den Böswilligen, die uns leichtfertig das Üble nachsagen, das sie vermuten, gibt es diskrete Freunde, die sorgfältig das Gute verschweigen, dessen sie sicher sind."

Antoine de Rivarol, franz. Moralist (1753–1801)

Personalien

EHRUNGEN

„Ihr ganzes Leben stand im Dienst der Armen und Kranken, der vom Schicksal geschlagenen." **Veronica Carstens** würdigte mit diesen Worten eine ungewöhnliche Frau: **Pia Näbauer**, die Vorsitzende der Deutschen Multiple Sklerose Gesellschaft. Frau Näbauer wurde 70 Jahre alt. Frau Carstens, Schirmherrin der Deutschen Multiple Sklerose Gesellschaft, lud zum Geburtstagsempfang in die Villa Hammerschmidt nach Bonn ein. Pia Näbauer hat ihr Leben lang soziale Dienste geleistet. 1936 wurde sie Wohlfahrtspflegerin beim Wohlfahrtsamt der Stadt München. Hier war sie für die Lungenfürsorge verantwortlich. Für Fremdarbeiter richtete sie ein Seuchenkrankenhaus ein. 1943 bekam sie Schwierigkeiten mit dem nationalsozialistischen Regime. Pia Näbauer ging zum Staatlichen Gesundheitsamt nach Posen. Sie kümmerte sich um tuberkulosekranke Deutsche aus Südrußland. Nach Flucht und Kriegsende heiratete sie den Jugendfreund und Physiker Dr. **Martin Näbauer**. 1962 wurde sie Witwe. 1964 nahm sie ihren sozialen Dienst wieder auf. Dieses Mal für MS-Kranke. 1972 wurde sie Geschäftsführerin des Bayerischen Sozialwerks der Deutschen Multiple Sklerose Gesellschaft. 1979 wurde sie Vorsitzende des Bundesverbandes. Grund zu vielem Händeschütteln: Zum Gratulieren kamen auch Dr. **Bernhard Vogel**, der rheinland-pfälzische Ministerpräsident und dortige Landesschirmherr für MS Kranke nach Bonn sowie im Auftrage ihrer Ehemänner **Christina Rau**, Frau des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten, **Ursula Späth**, Ehefrau des baden-württembergischen Landeschefs und **Edith Zeyer**, Frau des saarländischen Ministerpräsidenten.

*

Friedrich Ruth, Beauftragter der Bundesregierung für Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle im Auswärtigen Amt und im Range eines Botschafters, erhielt die Verdienstmedaille des Landes Baden-Württemberg. Die Auszeichnung, die es seit 1974 gibt, wird insgesamt nur an 1000 Persönlichkeiten vergeben.

ERNENNUNG

Bundespräsident **Karl Carstens** hat zwei neuen ausländischen Botschaftern das Agrément erteilt: Für die Republik Honduras wird demnächst **Alejandro Banegas** in die Bundesrepublik kommen. Island wird durch seinen neuen Botschafter Dr. **Hannes Jónsson** vertreten sein.

WAHL

Die Bundesversammlung der Landsmannschaft der Oberschlesier hat am 1. Mai den CDU-Bundestagsabgeordneten **Herbert Czaja**, Präsident des Bundes der Vertriebenen, erneut zu ihrem Sprecher gewählt. In seinem Amt bestätigt wurde auch der bisherige Bundesvorsitzende der Landsmannschaft, der hessische Landtagsabgeordnete **Georg Prusko** (CDU).

Wirtschaft verständlich: F. Krause-Brewer

Was jeder wissen will

Damen als Redakteure auf dem Fernsehbildschirm sind trotz aller emanzipatorischen Anstrengungen immer noch selten. Eine, die es geschafft hat, und zwar schon vor vielen Jahren, ist Fides Krause-Brewer, die seit 1962 in den Nachrichtensendungen des ZDF über Wirtschafts- und Sozialpolitik berichtet.

Mag es nun an der nicht gerade übermäßig ausgeprägten Leidenschaft der deutschen Fernsehzuschauer an Wirtschaftspolitik liegen oder aus dem üblichen TV-Schema resultieren, auch für sie gilt das Tele-Motto: „Und bist du noch so fleißig, es bleibt doch bei 1,30." Was heißen soll, daß auch tagelange, arbeitsintensive Recherchen am Ende in eine Informationsform von nicht mehr als einer Minute und 30 Sekunden gepreßt werden müssen. Diese Kunst des Eindampfens von Nachrichten und Informationen, wobei bitte schön alles enthalten sein soll und auch noch verständlich einem weitgehend ökonomisch ungebildeten Publikum vermittelt werden muß, beherrscht die gebürtige Münchnerin, die allerdings in Berlin aufgewachsen ist. Sie fragt die kurz interviewten Wirtschaftspolitiker, Unternehmer und Verbandsgrößen *laut eigener Aussage immer* das, „was nach meiner Meinung die Leute wissen wollen".

Und da nimmt sie zu Recht an, daß dies sicher nicht Details aus dem komplexen Gebiet internationaler Währungspolitik sind, die in der Regel nicht einmal die Experten selbst völlig verstehen. Grundlage für solchen ökonomischen Elementarunterricht des deutschen Fernsehzuschauers ist ihr Studium der Volkswirtschaft in Freiburg und München.

Daß sie von der sozialen Marktwirtschaft überzeugt ist, versteht sich in ihrer Funktion von selbst, trug ihr aber vor Zeiten trotzdem nicht die Anerkennung des Wirtschaftsministers Karl Schiller ein, der wohl von berufstätigen Frauen weniger hielt als von solchen in der Ehe. Mit dem heutigen versteht sie sich um so besser, was nicht zuletzt *an den artigen Antworten von Otto* Graf Lambsdorff auf ihre Fragen abzulesen ist. „Ich wäre auch gern beim Hörfunk geblieben", merkt die ZDF-Journalistin zu ihrer Karriere an. Aber diese verbale Liebe zu dem guten alten Dampfradio gehört heute ein wenig zum Ritual vor allem derer, die es durch das Fernsehen zu nationaler Bekanntheit gebracht haben.

Nun gehören Wirtschaftsinformationssendungen und Magazine noch zu jenem Teil der deutschen TV-Programme, die bisher weniger vom parteipolitischen Hader erfaßt wurden. Dort verkündete Frau Krause-Brewer – schon zu Zeiten, als Konjunkturprogramme zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit noch offizielles Regierungs-Credo waren – ihre ökonomisch begründete Skepsis. Vor allem bezweifelte sie die Wirksamkeit des öffentlichen Schuldenmachens, weil mit antizyklischer Politik wohl kaum



Fides Krause-Brewer
FOTO CAROLINE BRECHER

strukturelle Probleme zu kurieren sind. Frau Krause-Brewer damals: „Nicht nur prominente FDP-Politiker, auch Bundesfinanzminister Hans Matthöfer und Bundeskanzler Helmut Schmidt wissen das." Aber wie das so manchen Journalisten geht, die Politiker wollen nun partout nicht auf sie hören.

Prominente unter ihren Berufskollegen verfassen dann zur breiteren Information des geneigten Publikums ganze Bücher. Bei Fides Krause-Brewer war es unter anderem ein Opus über die Malaise der Rentenversicherung. Die Leiden eines Autors faßte sie zu folgendem Fazit zusammen: „Erstens: Schreibe nie über ein aktuelles politisches Thema; die Politiker ändern zu schnell ihre Ansicht, dann wird das Buch zur Makulatur. Zweitens: Vergiß das Honorar. Drittens: Nicht über Kritik ärgern, denn Kritik ist besser als Nichtbeachtung."

FRIEDRICH THELEN

KRITIK

Schuld ist eigentlich niemand

Dieser sozialkritische „DDR"-Film, Bürgschaft für ein Jahr (ZDF), des 1934 geborenen DEFA-Regisseurs Herrmann Zschoche, am Wochenende zur besten Sendezeit ausgestrahlt, war gewiß keine Spitzenleistung sozialistischer Kinokunst, bot aber eine Menge Diskussionsstoff über Erziehungsfragen, alleinstehende Mütter und asoziale Zustände noch 34 Jahre nach Gründung des SED-Staates.

Der lebenslustigen, ja leichtlebigen Berlinerin Nina Kern – in ihrer rotznäsigen Hilflosigkeit vortrefflich gespielt von Karin Saß – ist wegen zahlreicher Männerbekanntschaften das Sorgerecht für die drei Kinder aus geschiedener Ehe entzogen worden. Staatliche Sozialfürsorge mit freiwilligen Helfern, darunter auch eine bekennende Christin, wagen einen letzten Versuch und geben der Mutter, die inzwischen als Straßenbahnwäscherin Arbeit und im Privatleben einen festen Freund gefunden hat und deshalb Besserung verspricht, *die jüngste* Tochter zurück.

Das ist der konfliktreiche Ausgangspunkt des Films, der den anfangs aussichtsreichen, schließlich aber vergeblichen Kampf Nina Kerns gegen Umwelt und Behörden zeigt, die nicht zulassen, daß sie arbeitet, ihre Kinder erzieht, einen Mann liebt und lebenslustig bleibt. Ständig überfordert, gibt sie auf und schickt die beiden älteren Kinder ins Heim zurück.

In der präzisen Schilderung von Details, etwa des Ostberliner Kneipenmilieus oder der schlechten Versorgungslage, deutet dieser Film verhalten die Gründe des Scheiterns an: Schuld an allem Unglück ist eigentlich niemand, nur die Verhältnisse, um mit Bertolt Brecht zu reden, die sind nicht so! Und dieses Eingeständnis ist viel wert! JÖRG BERNHARD BILKE

STUDIO

Großbritannien erlebt zur Zeit einen beispiellosen **Videoboom**. Das Fernsehen vom Band hat im Königreich in den vergangenen zwölf Monaten ein Ausmaß erreicht, das nicht nur den etablierten Fernsehstationen zu denken gibt. Allein 1982 wurden dort 2,1 Millionen Geräte verkauft. Bis Ende 1983 wird mit einem Umsatz von weiteren 2,25 Millionen Geräten gerechnet. Schon im Dezember 1982 standen in den britischen Haushalten mehr als vier Millionen Recorder, von denen durchschnittlich wenigstens fünf Millionen Briten Programme ihrer Wahl betrachteten. Die ersten Leidtragenden waren die Fernsehanstalten, die schon im vergangenen Jahr über den Verlust von rund 20 Prozent ihrer Stammkunden klagten. Dabei leidet vor allem das kommerzielle Fernsehen, das sich durch Werbesendungen finanziert, unter dem sinkenden Interesse. So gab ein Touristikunternehmen bekannt, daß auf seine abendlichen Werbe-Spots rund ein Drittel weniger Informationsbroschüren angefordert wurden als im Vorjahr. Die Fernsehsender reagierten prompt: Sie bieten nun selbst Bänder mit populären Programmen an.

*

Der in 17 Sprachen übersetzte Bestseller des französischen Schriftstellers und Journalisten Jean-Jacques Servan-Schreiber **„Défi Mondial"** wird jetzt als sechsstündige Fernsehserie für das Zweite Programm Antenne 2 verfilmt. Der Film soll nach Auskunft des Drehbuchautors Daniel Bertolino die Hintergründe des ersten Ölpreisschocks und dessen Auswirkungen beleuchten. Die Hauptrolle übernimmt Peter Ustinov, der in dem Film fünf Sprachen spricht. Zwei Jahre Drehzeit und ein Budget von zwei Millionen Mark sind für die Produktion eingeplant.

(AFP)

*

Von „spektakulären Ereignissen jenseits des Alltags und deren Hintergründen" soll **eine neue Sendereihe des ZDF** berichten. „Action", so der Titel der neuen Produktion von Max Rehbein und seinem Team, soll in unregelmäßigen Abständen ausgestrahlt werden. Die erste Folge „Le Mans-Fieber" wird am 20. Mai um 21.15 Uhr zu sehen sein. Sie erzählt die Geschichte des vorjährigen 24-Stunden-Rennens in der französischen Provinzstadt.



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

09.25 Sesamstraße
10.00 Tagesschau
10.03 Bilder aus Amerika
10.50 WM der Tennisprofis
11.50 Dietrich Bonhoeffer
12.20 Weltspiegel
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

14.10 Tagesschau
14.15 Typisch! Typisch?
Spiel um Vorurteile
35 Studio-Gäste suchen eine Lehrerin. Vier Frauen, von denen nur eine täglich zur Schule geht, stehen bei dieser – vergleichsweise garstigen – NDR-Variante des „heiteren Beruferatens" zur Wahl. Alle vier überstehen die nicht gerade schmeichelhafte Benotung durch das Studio-Publikum gelassen.
17.15 Spaß muß sein
Mit Hanni und dem Walroß
17.40 Tele-Lexikon
Seepferdchen
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
18.25 Eishockey-WM
Kanada – UdSSR
In der zweiten Drittelpause:
20.00 Tagesschau
Anschließend:
Letztes Drittel der Eishockey-WM
20.45 Abenteuer Bundesrepublik
Wendepunkte
Anschließend:
Ein Platz an der Sonne
21.45 Europa im Vergleich
Raketen-Poker
Der Streit um die atomare Nachrüstung
22.30 Tagesthemen
23.00 Das Nacht-Studio
Auf schwankendem Boden
Amerik. Spielfilm, 1982
Mit Seret Scott, Bill Gunn u. a.
Regie: Kathleen Collins
Sara Rogers, eine junge farbige Philosophie-Professorin, ist mit dem Maler Victor verheiratet, der als Künstler sehr emotional lebt. Ihr paßt es nicht, von ihm als Intellektuelle abgestempelt zu werden ...
00.25 Tagesschau

ZDF

14.25 Einführung in das Strafverfahrensrecht (4)
Der bessere Herr. Teil 1: Fahrerlaubnisentzug – Zeugenaussagen
14.55 Sport aktuell – aus München:
Eishockey-WM
Finalrunde: 4.3. der Vorrunde
Reporter: Günter-Peter Ploog
In den Drittelpausen:
15.40 heute
16.35 heute / Aus den Ländern
17.20 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Trio
17.50 Ein Colt für alle Fälle
Träume von Hawaii, Teil 1
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Ein Colt für alle Fälle
Träume von Hawaii, Teil 2
19.00 heute
19.30 Vorsicht – Musik!
Hits mit Witz vorgestellt von Frank Zander
20.15 Diamanten-Fieber
Die härteste Währung der Welt unter Druck
Wirtschaftsreportage von Günter Ciechowski
„Wir hatten niemals zuvor so schwere Zeiten, seit ich vor 50 Jahren in dieses Geschäft eintrat", klagt Harry Oppenheimer, der 73jährige Chef des De Beers-Syndikats in Südafrika. Doch was sich *wie eine Krisenbeschreibung* anhört, ist in Wirklichkeit immer noch ein gewinnträchtiger Markt.
21.00 heute-journal
21.20 Das Fernsehspiel der Gegenwart
Kampftag
Film von Manfred Grunert um ein Firmenjubiläum und seine Folgen
23.15 Filmforum
Die enttäuschte Generation
Über den ägyptischen Spielfilm
24.00 heute



Bauunternehmer Kübler (Siegfried Rauch) findet auf der Betriebsfeier zunehmend Gefallen an Gerdi (Monika Baumgartner) – „Kampftag", ZDF, 21.20 Uhr
FOTO: KÖVESDI

III.

WEST
18.00 Telekolleg
Deutsch (30)
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Ich stelle mich:
Götz George
21.45 Landesspiegel
Hinter den Schlagzeilen
St. Georg und die Gemeinnützigkeit
Karitative Einrichtungen in Nordrhein-Westfalen
22.15 Perle der Karibik
Film von Manfred Stelzer
23.35 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Ausländer – Inländer (4)
19.00 Antiquitäten in Serie (5)
19.15 Naturwissenschaftliches Feature:
Das Ereignis von Genf
20.00 Tagesschau
20.15 Berliner Fenster
21.00 Für Leser und Liebhaber
21.15 Leute
Talk-Show aus dem Café Kranzler am Kurfürstendamm
22.45 Letzte Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Montagsspaß (17)
19.00 Ausländer – Inländer (2)
15 Jahre war ich euch gut genug!
19.30 Elternstammtisch
Berufsschule
20.00 Tagesschau
20.15 Horizonte
Ein ökumenisches Magazin
21.00 Drei aktuell
21.15 *Die Schnüffler*
22.00 Bücher-Report
22.50 Thema offen

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg I
Deutsch (30)
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Abendschau im Dritten
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau Blick ins Land
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm Südwest 3
19.25 Nachrichten und Moderation
19.30 Bonanza
Der Lebensretter
20.20 Reden muß man miteinander
7. Der Fall Ignaz
20.50 Opas Weltraum-Utopien:
Augenlust
Beobachtungen unter Peepshow-Mädchen
22.00 Jazz am Montagabend

BAYERN
18.15 Zoogeschichten
18.35 Die Abenteuer der Maus auf dem Mars
18.45 Rundschau
19.00 Günstling einer Königin
Amerik. Spielfilm, 1939
20.45 Rundschau
21.00 Blickpunkt Sport
22.00 Z. E. N.
22.05 Die ersten Menschen (3)
22.50 Rundschau

Tiefbewegt und erschüttert geben wir davon Kenntnis, daß am 28. April 1983 Herr

Direktor

Ernst Leo Holla

stellvertretender Verbandsdirektor des BÄKO-Prüfungsverbandes e. V.
und Vorstandsmitglied der BÄKO-Zentrale Nord eG

plötzlich und für uns alle unerwartet im Alter von 53 Jahren verstorben ist.

Herr Direktor Holla wurde im Jahre 1966 zunächst in den Aufsichtsrat und kurz darauf in den Vorstand der BÄKO-Zentrale Nord eG gewählt. Im Jahre 1977 erfolgte die Berufung in den Vorstand des BÄKO-Prüfungsverbandes. Bereits seit dem Jahre 1966 gehörte er dem Betriebswirtschaftlichen Ausschuß des BÄKO-Prüfungsverbandes an, dessen Vorsitz er im Jahre 1973 übernahm und bis zu seinem Tode ausübte.

In vorbildlicher Weise hat der Verstorbene während seiner Tätigkeit in diesen Gremien durch sein umfangreiches Wissen, seine hervorragenden unternehmerischen Fähigkeiten und seine große Tatkraft die Entwicklung sowohl der BÄKO-Zentrale Nord eG, als auch des BÄKO-Prüfungsverbandes e. V. entscheidend mitgeprägt.

Sein unermüdlicher Einsatz für seine Bäcker und Konditoren hat ein jähes Ende gefunden.

Das Bäcker- und Konditorenhandwerk und mit ihm die gesamte BÄKO-Gruppe trauern um einen Mann, der erhebliche Lücken in den verschiedenen Organisationen hinterläßt, die sich nur schwer schließen lassen.

In Dankbarkeit und mit großer Achtung gedenken wir seiner.

BÄKO-Prüfungsverband Deutscher Bäcker- und Konditorengenossenschaften e. V.
Verbandsausschuß und Vorstand

BÄKO-Landeszentrale Nord Landeszentrale norddeutscher Bäcker- und Konditorengenossenschaften e. G.
Aufsichtsrat und Vorstand

Requiem: Donnerstag, den 5. Mai 1983, 8.30 Uhr in der Kirche St. Ursula, Schwachhauser Heerstraße 300, Ecke Emmastraße.

Trauerfeier: am selben Tag, 11.30 Uhr, in der Kapelle des Riensberger Friedhofs.

Anstelle zugedachter Kranzspenden erbitten wir eine Spende an die Ernst-Holla-Stiftung, Konto-Nr. 49 034, Düsseldorfer Volksbank (BLZ 301 600 83)

Nakasone will Staaten in Ostasien beruhigen

Besorgnis über Japans künftige militärische Rolle

FRED de la TROBE, Tokio

Der japanische Ministerpräsident Yasuhiro Nakasone ist am Wochenende zu einer zehntägigen Reise durch die Asean-Staaten aufgebrochen, auf der er vor allem Besorgnis über die von Tokio und Washington angestrebte größere militärische Rolle Japans in Ostasien zerstreuen will. Nakasone besucht Indonesien, Malaysia, die Philippinen, Singapur und Thailand sowie das britische Protektorat Brunei.

Einige von japanischen Ministerpräsidenten bisher ungewohnte Bekenntnisse Nakasones zur Notwendigkeit einer größeren Abwehrbereitschaft gegen die sowjetische Bedrohung haben in den Besuchsländern erhebliches Unbehagen auslöst. Die Zeit der japanischen Besetzung im Zweiten Weltkrieg ist in diesen Staaten noch nicht vergessen. Damals war auch Nakasone als Offizier der kaiserlichen Marine in dieser Region im Einsatz.

Der indonesische Präsident Suharto und sein philippinischer Amtskollege Marcos haben Sorge über die japanische Absicht geäußert, die Seerouten zu ihren Rohstoffquellen in der Region schützen zu wollen. Das könnte zu einem Wiederaufleben des japanischen Militarismus und Hegemoniestreben führen, befürchten sie.

Ministerpräsident Nakasone will während der Reise versichern, daß die Zufahrtsrouten nur bis zu tausend Meilen südlich von Japan abgeschirmt werden sollen, also nur in einem Gebiet, das noch längst nicht bis an die Philippinen heranreicht. Der japanische Premier will auch betonen, daß Japan keine Absicht hat, jemals wieder eine militärische Großmacht zu werden.

Mit einem Verteidigungshaushalt von umgerechnet 28 Milliarden Mark gibt Japan allerdings für militärische Zwecke schon mehr als das Doppelte der fünf Asean-Staaten zusammen aus. Nach der Höhe des Rüstungsetats steht Tokio hinter China an zweiter Stelle in Ost- und Südostasien.

Nakasone will sich auch für häufigere Konsultationen zwischen Japan und den Asean-Ländern einsetzen. Dabei sollen die Fragen der Friedenssicherung und Stabilität in diesem Gebiet mit Vorrang behandelt werden. Sollte sich ein gutes Einvernehmen zwischen dem japanischen Regierungschef und seinen südostasiatischen Amtskollegen herstellen lassen, so könnte Nakasone – wie Tokios Diplomaten hoffen – beim Gipfel der westlichen Industrienationen in Williamsburg Ende Mai auch als Sprecher der Asean-Länder auftreten. Damit ließe sich das Gewicht der japanischen Präsenz auf dem Gipfel erhöhen.

Denn neben den politischen Themen werden während der Nakasone-Visite auch die Wirtschaftsfragen großen Raum einnehmen. Etwa die Hälfte der staatlichen japanischen Entwicklungshilfe geht in diesen Raum. Japan ist auch der wichtigste Handelspartner, Kapitalgeber und Rohstoffabnehmer dieser Staaten. Als besonderes Geschenk will der japanische Premier den Besuchsländern eine Aufstockung der japanischen Hilfe von 10 bis 20 Prozent für dieses Jahr zusagen. Auch die technische Zusammenarbeit zwischen Japan und den Asean-Ländern soll wesentlich verstärkt werden. (SAD)

„Hoffen auf Gesetz über Tarifrenten"

● Fortsetzung von Seite 1

lich von dieser Regelung – die ja freiwillig sein soll – Gebrauch machen werden, dann glauben wir, daß die Arbeitgeber eine so große Anzahl von ausscheidenden Arbeitnehmern nicht einfach gehen lassen können, ohne einfach Arbeitsplätze neu zu besetzen. Im übrigen möchten wir dann, wenn es ein Tarifrenten-Rahmengesetz gibt und die Bundesanstalt Gelder dazu gibt, wegen der Verwendung öffentlicher Mittel eine Pflicht zur Neubesetzung festlegen.

WELT: Bei der IG-Chemie-Forderung nach kürzerer Lebensarbeitszeit, bei der IG Metall nach Reduzierung der Wochenarbeitszeit – wäre eine einheitliche Linie da nicht besser? Gibt es einen Dissens im DGB?

Rappe: Eine einheitliche DGB-Linie hat es nie gegeben und wird es nie geben aufgrund der unterschiedlichen Ausgangslage. Es gibt eine unterschiedliche Strategie. Im Ziel will sowohl die IG Metall – wie andere – und die IG Chemie – wie andere – eine Verkürzung der Arbeitszeit als Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

WELT: Noch eine Frage an den Sozialdemokraten Rappe, der die SPD davor gewarnt hat, zur linken Protestpartei zu werden. Wollen Sie zurück zur reinen Arbeiterpartei?

Rappe: Meine Warnung ist richtig. Da stehe ich auch zu. Meine Sorge ist, daß die SPD aus einer Wahlniederlage falsche Schlüsse hätte ziehen können. Ich will die Godesberger SPD erhalten, als Volkspartei, in der Arbeitnehmer ihren wichtigen Platz haben. Aber ich glaube nicht, daß die SPD das breite Potential ihrer Mitglieder und Wähler aufs Spiel setzen darf, um Randgruppen-Integration als besondere vordergründige Aufgabe zu sehen.

Breit: Arbeit auf alle verteilen

Am 1. Mai fordert der DGB Verkürzung der Arbeitszeit und Beschäftigungsprogramm

GÜNTHER BADING, Hamburg

Die Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit als Beitrag zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit war beherrschendes Thema bei allen Kundgebungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum 1. Mai. Wiederholt wurde die bereits in den Jahren der sozial-liberalen Koalition immer wieder vorgetragene Forderung nach staatlichen Beschäftigungsprogrammen.

Auf der zentralen DGB-Kundgebung in Bremen sagte der Gewerkschaftsbundvorsitzende Ernst Breit: „Der zentrale Schlüssel für eine Politik der Vollbeschäftigung ist die Umverteilung der vorhandenen Arbeit auf alle Arbeitnehmer, ist die Verkürzung der Arbeitszeit." Breit erteilte dabei auch den aus den Einzelgewerkschaften laut werdenden Vorstellungen nach Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich eine Absage. „Natürlich wissen wir, daß Arbeitszeitverkürzung etwas kostet." Die Gewerkschaften seien heute wie in der Vergangenheit – indirekt erinnerte Breit damit an die zurückhaltende Lohnpolitik bei Einführung der 40-Stunden-Woche – bereit, „uns an den Verhandlungstisch zu setzen, um über die Kosten der Arbeitszeitverkürzung zu verhandeln".

Der DGB-Vorsitzende appellierte an die Arbeitgeberverbände, ihre „Position der totalen Verweigerung" in Fragen der Arbeitszeitverkürzung aufzugeben. Am Vorabend des 1. Mai hatte Breit allerdings in der traditionellen Abendveranstaltung des DGB in der Bremer „Glocke" zugegeben, daß von totaler Verweigerung der Unternehmerverbände wohl nicht mehr die Rede sein könne. Zwar erinnerte er auch auf dieser Veranstaltung daran, daß man auf Arbeitgeberseite von einem „Tabu" in der Frage der Arbeitszeit spreche, „über das sich angeblich nicht verhandeln läßt". Allerdings, so fügte Breit hinzu, „sehe ich seit ein paar Wochen Anzeichen dafür, daß sich diese absolute Blockadepolitik aufzuweichen beginnt".

Die Einführung der 35-Stunden-Woche würde, so sagte Breit gestern vor mehreren tausend Zuhörern auf dem Bremer Domhof, rund 1,4 Millionen neue Arbeitsplätze bringen. Durch die Verkürzung der Lebensarbeitszeit auf 58 Jahre würden 500 000 Arbeitslose eine neue Stelle finden. Auf den Disput innerhalb des DGB über die richtige Form der Arbeitszeitverkürzung – die IG Chemie und einige andere Organisationen setzen auf Lebensarbeitszeitkürzung, die IG Metall allein auf die 35-Stunden-Woche – ging der Bundesvorsitzende mit keinem Wort ein.

Die Forderung des Spitzengewerkschafters nach einem „wirksamen Beschäftigungsprogramm des Staates" und einer „neuen Wirtschaftspolitik" gleicht bis in die Wortwahl der Kritik, die Breit bereits an der früheren Regierung unter sozialdemokratischer Führung geübt hat. „Ich warne vor einer Politik, die darauf hinausläuft, die Gewinne der Unternehmen zu steigern, die Sozialleistungen zu kürzen und die Realeinkommen der Arbeitnehmer zu drükken" und sich mit der millionenfachen Arbeitslosigkeit abzufinden. Auch die Gewerkschaften sähen ein, daß Wachstum nötig sei, ohne staatliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen aber könne die Vollbeschäftigung nicht wiederhergestellt werden.

Wie Breit forderte auch der Vorsitzende der größten deutschen Gewerkschaft, IG-Metall-Chef Eugen Loderer, daß die Belastung durch die schwierige wirtschaftliche Situation sozial gerecht verteilt werden müsse. Keinesfalls komme eine weitere Kürzung des Arbeitslosengeldes in Frage, sagte er auf der Mai-Feier in Hagen. Wer darüber rede, bekämpfe die Arbeitslosen und nicht die Arbeitslosigkeit. Von den Lasten der Krise würden bisher fast nur Arbeiter, Angestellte und kleine Beamte getroffen. „Das, Herr Bundeskanzler Kohl, ist keine Wende zum Guten, wie sie es vor der Bundestagswahl verkündet haben", sagte Loderer.

Der DGB-Vorsitzende Breit warnte davor, daß die Massenarbeitslosigkeit Schaden für die Demokratie bedeuten könnte. Zwar sei Bonn nicht Weimar, instabile Verhältnisse aber seien gefährlich. Breit erinnerte an die Zerschlagung der deutschen Gewerkschaften durch die Nazis am 2. Mai 1933. Aus den Erfahrungen jener Zeit sei die Einheitsgewerkschaft hervorgegangen, die heute alle politischen Richtungen, die freiheitlich-sozialistische und die christlich-soziale Tradition zusammenfasse. „Diese Einheitsgewerkschaft werden wir hüten wie einen Augapfel. Diese Einheitsgewerkschaft war und ist der Motor gesellschaftlichen Fortschritts in unserem Land."

Weiterer Schwerpunkt der Rede Breits war die Forderung nach Einführung der Mitbestimmung nach dem Montan-Modell in allen Großbetrieben sowie nach gewerkschaftlicher Mitbestimmung auch im gesamtwirtschaftlichen Bereich.

Alle Gewerkschaftsführer bekundeten ihre Solidarität mit der in Polen unterdrückten Gewerkschaft „Solidarnoscz", aber auch mit unterdrückten Gewerkschaften in anderen Teilen der Welt.

„DDR" zitiert Kommentar der ARD

hrk. Berlin

Zwei Tage nach der Absage des Besuchs von Erich Honecker in der Bundesrepublik Deutschland stützte sich die „DDR" bei ihren Rechtfertigungsversuchen in den Medien fast ausschließlich auf Zitate aus dem Westen. Zum erstenmal seit der Spaltung der Stadt durch die Kommunisten berief sich das SED-Blatt „Neues Deutschland" im positiven Sinne auf eine Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Als Hauptstütze der Ostberliner Begründungen für die Absage, die für den inneren Gebrauch bestimmt sind, dient ein Interview der ARD mit ihrem Ostberliner Korrespondenten Peter Merseburger vom Donnerstagabend. Darin wird der Journalist mit seiner Bemerkung zitiert, daß sich „die DDR deutlich um gute Beziehungen mit Bonn bemüht hat, auch nach dem Regierungswechsel. Das hat Erich Honecker in Leipzig auf der Messe ganz klar zu verstehen gegeben. Und im Fall Burkert ist sie bis an die Grenze des ihr Möglichen gegangen."

Kanzler Kohl sei in den Augen Ost-Berlins, so wird Merseburger zitiert, „als ein Mann erschienen, der die Dinge zu lange hat treiben lassen. In einer solchen Situation ... wäre ein klares Wort des Kanzlers wahrscheinlich erforderlich gewesen."

In einem im „Neuen Deutschland" abgedruckten ADN-Bericht über die Sitzung des Berliner Abgeordnetenhauses wird vor allem hervorgehoben, daß alle vier Fraktionen eine „Wende in der Deutschlandpolitik" zurückgewiesen hätten. Der Regierende Bürgermeister Richard von Weizsäkker wird in dem Bericht mit dem Hinweis zitiert, das Transitabkommen sei ein „durchaus sorgfältig ausbalanciertes Gleichgewicht durchaus gegenläufiger Interessen".

Selbst vom SED-Blatt sonst allenfalls unter dem Begriff „kalte Krieger" subsumierte Berliner CDU-Politiker zieht die Zeitung heran, um die „DDR" zu entlasten. So wird die Bemerkung des stellvertretenden CDU-Fraktionschefs Klaus-Rüdiger Landowksy wiedergegeben, man habe mit großer Empörung die „schrillen Töne" aus Bayern vernommen, „die wir ablehnen".

Schärferes Abfallrecht

Zimmermann: Konsequenzen aus Seveso-Giftsuche

MANFRED SCHELL, Bonn

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) hat angesichts des bislang ungeklärten Verbleibs eines Teils des Seveso-Giftes scharfe gesetzliche Bestimmungen zur Abfallbeseitigung angekündigt. Danach sollen künftig Abfalltransporte nur noch an wenigen Zollstellen abgefertigt werden und „wirksame Kontrollen" zum Beispiel durch die Entnahme und Untersuchung von Proben erfolgen.

„Um einer Umgehung dieser Kontrollen vorzubeugen, sollen auch bestimmte gefährliche Stoffe, die vielfach als Wirtschaftsgut deklariert werden, künftig dem Abfallrecht unterliegen", sagte Zimmermann in einem Interview mit der in Nienburg erscheinenden Zeitung „Die Harke", in deren Verbreitungsgebiet die ins Gerede gekommene Deponie Münchehagen liegt. Noch in diesem Jahr werde die Bundesregierung „auch den Transit-Transport giftiger Abfälle unter strenge Genehmigungspflichten und Kontrolle stellen".

Außerdem will Zimmermann, der zur Zeit den Vorsitz in der Umweltschutz-Ministerkonferenz der EG führt, auf europäischer Ebene initiativ werden. Eine Verschärfung der EG-Richtlinien sei mit folgender Zielsetzung erforderlich: „Gefährliche Abfälle müssen grundsätzlich im Entstehungsland beseitigt werden. Einfuhr und Transit sind von den Behörden in jedem EG-Land zu genehmigen."

Letzte Zweifel an der Notwendigkeit einer solchen Verschärfung, die er schon im Dezember 1982 gefordert habe, sollten jetzt durch das Verschwinden der Seveso-Rückstände beseitigt sein. Angesichts des bisher unaufgeklärten Verbleibs des Giftes sprach Zimmermann von einer „dunklen Affäre", die rückhaltlos aufgeklärt werden müsse. Das Bundesinnenministerium habe die beteiligten Firmen zur vollständigen Herausgabe der Unterlagen gedrängt. „Aus den übergebenen Dokumenten ergibt sich aber weder wo, noch ob die Seveso-Abfälle ordnungsgemäß gelagert wurden."

Ein Nachteil sei es in diesem konkreten Fall, daß es sich um Firmen handele, die ihren Sitz nicht in der Bundesrepublik Deutschland haben. Denn nach dem hier geltenden Verursacherprinzip wären die beteiligten Konzerne zur Offenlegung ihrer Unterlagen verpflichtet gewesen. „Man kann ja wohl auch nicht verlangen, daß die Regierungen Europas tatenlos zusehen, wenn hochgiftige Stoffe quer durch Europa transportiert werden", sagte Zimmermann.

Allerdings wandte sich der Minister gegen eine „volle Übernahme" der Entsorgung durch den Staat. Dies würde nur den „Verwaltungsaufwand erhöhen, ohne jedoch mehr Sicherheit zu bieten". Es gehe darum, daß die staatlichen Aufsichtsmaßnahmen „effizient" vollzogen werden.

Botschafter protestieren durch Abwesenheit

fhn/hrk, Moskau/Berlin

Mit den traditionellen großen Aufmärschen vor den kommunistischen Führern wurde gestern in Moskau und Ost-Berlin der 1. Mai begangen. Vom Balkon des Lenin-Mausoleums aus nahm der sowjetische Parteichef Andropow, der an der Treppe gestützt wurde, flankiert von Ministerpräsident Tichonow und Verteidigungsminister Ustinow, die Parade ab. Vom Politbüro fehlte nur Tschernenko, ein Vertrauter Breschnews, der seit Ende März aus der Öffentlichkeit verschwunden ist. Sein Büro hatte vergangene Woche von einer Erkrankung gesprochen. Beobachter gehen jedoch davon aus, daß seine Position ins Wanken geraten ist.

Mit Ausnahme der Vertreter Griechenlands und der Türkei boykottierten, wie im vergangenen Jahr, alle NATO-Botschafter die Veranstaltung wegen des Afghanistan-Krieges. Die Botschafter Schwedens, Norwegens, Dänemarks und Islands demonstrierten durch Abwesenheit gegen die Verletzung skandinavischer Hoheitsgewässer.

In Ost-Berlin dominierten, drei Tage vor Honeckers Moskau-Besuch, beim mehrstündigen Vorbeimarsch große Andropow-Porträts. „Kampfgruppen" (mit umgehängten Kalaschnikows), Sportler und FDJler trugen sie vor dem SED-Generalsekretär vorbei. Die Mehrzahl der mitgeführten Transparente bezog sich auf diesen „Freundschaftsbesuch".

Kadar wehrt sich gegen seine Kritiker

„Ungarisches Modell keine Rückkehr zum Kapitalismus" / Sorgen in Budapest

dpa, Budapest

Die Aufrüstung der NATO-Staaten dient nach Ansicht des ungarischen KP-Chefs Janos Kadar keineswegs der Vorbereitung eines neuen Weltkrieges. Die angestrebte militärische Überlegenheit des Westens solle vielmehr als Druckmittel bei der Durchsetzung politischer Forderungen dienen. In einem im ungarischen Fernsehen ausgestrahltem Interview verteidigte Kadar den von ihm nicht genannten Kritikern gegenüber das ungarische Wirtschaftsmodell.

C. GUSTAV STRÖHM, Wien

Janos Kadar hat als der Chef einer Ostblock-Partei bemerkenswerte Äußerungen getan. Kadar erklärte, daß die Rüstung der NATO-Staaten nicht dazu diene, einen Krieg vorzubereiten, sondern vielmehr darauf ziele, ein militärisches Übergewicht zu erreichen.

Im Gegensatz zu vielen Ostblock-Politikern und zu führenden Militärs spricht Kadar also nicht von der „Kriegsvorbereitung durch den Westen", sondern betrachtet die westliche Militärmacht als politisches Instrument. Natürlich lehnt Kadar die angeblichen Ziele dieser NATO-Militärmacht scharf ab. Aber da es sich für ihn um politische Ziele handelt, bleibt – so könnte man den Parteichef interpretieren – für ihn ein politisches Gespräch mit dem Westen auch unter den Aspekten der Nachrüstung und der Mittelstrekkenraketen möglich und notwendig.

Kadar will also keineswegs die Brücken abbrechen. Er verhält sich anders als etwa Honecker oder auch das Warschauer Militärregime. Seine Bemerkungen unterscheiden sich in gewisser Hinsicht auch von dem, was der Westen bisher aus dem Munde gewisser sowjetischer Militärs gehört hat.

Zum anderen hat Kadar das ungarische Wirtschaftsmodell gegen ungenannte, aber offenbar im östlichen Lager anzusiedelnde Kritiker verteidigt. Die ungarische Wirtschaft, so sagte er, habe eine Industrie-, Agrar- und Managementreform durchgesetzt und sei damit leistungsfähiger geworden. Dies aber stelle keine Rückkehr zum Kapitalismus dar. Im Gegenteil: die ungarische Reform habe den Unternehmungsgeist der Menschen beflügelt – und die ungarischen Methoden seien nicht kapitalistisch, sondern sozialistisch. Sie förderten das Verantwortungsgefühl, die Initiative und die kreative Arbeit der Menschen. 98 Prozent der ungarischen Produktion seien entweder in staatlicher oder genossenschaftlicher Hand, betonte Kadar. Schon deshalb könne von einer Rückkehr in den Kapitalismus nicht die Rede sein.

In der Erklärung des ungarischen Parteichefs spiegeln sich zwei große Sorgen der Budapester Führung: einmal die Gefahr, daß das „ungarische Modell" an seiner dramatischen Verschlechterung der internationalen Lage scheitern könne. Wenn es etwa zu einem neuen kalten Krieg zwischen Ost und West kommen sollte, wäre Ungarn nicht in der Lage, sein langfristiges Ziel anzusteuern – nämlich zu einer Schaltstelle ökonomischer und vielleicht auch politischer Kontakte zwischen Ost und West zu werden. Zum anderen müßten dann die Ungarn verstärkt Rüstungslasten übernehmen, etwa die Kosten für neu zu installierende sowjetische Raketensilos und ähnliche militärische Anlagen. Auch das würde bedeuten, daß die durch die ungünstige weltwirtschaftliche Situation bereits mit Schwierigkeiten kämpfende ungarische Reform zum Mißerfolg verurteilt wäre, weil nicht mehr genügend Mittel vorhanden wären.

Die zweite Befürchtung der Ungarn liegt innerhalb des Sowjetblocks, vielleicht sogar innerhalb der Kreml-Mauern. Solange die Machtverhältnisse in Moskau nicht geklärt sind, solange also niemand recht weiß, in welche Richtung der sowjetische Koloß sich weiterbewegen will, sind die ungarischen Kommunisten offensichtlich bedacht, nirgendwo anzuecken, vielleicht sogar möglichst wenig aufzufallen. Es gibt in der Sowjetunion, aber auch in anderen osteuropäischen Staaten, nicht nur Bewunderer, sondern auch Neider, die den Ungarn vorwerfen, in ihrer Reform schon viel zu weit gegangen zu sein. Es ist bezeichnend, daß Kadar persönlich sich jetzt bemüßigt fühlt, seine Autorität gegen solche Neider in die Bresche zu werfen.

Spekulationen über Pläne Stoltenbergs

dpa, Hamburg

Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg plant, so die Deutsche Presse-Agentur unter Berufung auf zuverlässige Informationen, bei Kinderlosen eine Senkung des Arbeitslosen-, Kurzarbeiter- und Schlechtwettergeldes von 68 auf 63 Prozent des letzten Nettoverdienstes. Die Arbeitslosenhilfe bei Kinderlosen solle von 58 auf 56 Prozent herabgestuft werden. Bei dem sogenannten Unterhaltsgeld bei beruflicher Bildung sei eine Minderung um jeweils fünf Prozentpunkte auf 70 und 63 Prozent für Versicherte mit und ohne Kinder vorgesehen. Weitere Abstriche sind nach diesen Informationen am Kurzarbeitergeld geplant. Nach drei Monaten soll es statt 68 nur 58 Prozent betragen. Beim Schlechtwettergeld soll die Bundesanstalt nicht mehr den ersten in einem Monat anfallenden Tag bezahlen.

Gemeinsam mit weiteren kleineren Abstrichen und Einnahmeverbesserungen soll die Nürnberger Bundesanstalt so um 2,7 Milliarden Mark besser dastehen.

Dauerbrenner

H. H. – Alle paar Jahre winkt die Sowjetunion mit spektakulär anmutenden Großprojekten, *um ihre Bedeutung als Handelspartner des Westens gebührend herauszustreichen* – vor allem zu Zeiten, da unter strategischen Erwägungen über *Beschränkungen des Ost*handels nachgedacht wird. Zu den Dauerbrennern dieser PR-Offensiven gehört ein Ost-West-Stromverbund, der auch für deutsche *Anlagenlieferanten zu Milliarden*aufträgen führen könnte.

Die Vorteile eines Stromverbunds sollen keineswegs bestritten werden. Innerhalb Westeuropas *arbeitet dieses System nahezu* perfekt, im Ostblock ist es im Aufbau. Mit Blick auf die Stromerzeugungskapazitäten der Verbundteilnehmer kann jeder einzelne *seine* Reservekapazitäten weit geringer halten, als wenn er auf sich gestellt operieren müßte.

Dies bedeutet Kapitalersparnis und führt zu niedrigeren Strompreisen. *In einem bis zum Ural* reichenden Stromverbund käme angesichts der unterschiedlichen Zeitzonen ein weiterer Vorteil noch stärker als bisher zur Geltung: Die Spitzenlastzeiten würden entzerrt, und damit würde der Bau *manches* Spitzenlastkraftwerks überflüssig. Die inzwischen stark verbesserte Leitungstechnik (Ultra-Hochspannung) hat die früher erheblichen Transportverluste *vermindert*.

Doch was wirtschaftlich interessant sein mag, paßt politisch nicht immer in die Landschaft. Als in den siebziger Jahren im Zusammenhang mit der Lieferung eines Kernkraftwerks nach Königsberg auch über den Aufbau eines westöstlichen Stromverbundes unter Einbeziehung West-Berlins verhandelt wurde, hat vor allem die „DDR" dies unterlaufen. Damit reduziert sich der Energieinhalt solcher Projekte vorläufig auf ihre Nutzung als propagandistische *Dauerbrenner*.

Lohn

J. G. – Nachdenklich wurde der Mittelständler aus Westfalens Provinz, als er nun Personal für seinen neuen Zweigbetrieb im Süden der USA rekrutierte. Im Stundenlohn zwischen wenig und hoch qualifizierter Arbeit liegt da noch ein *Sprung von bis auf sieben Dollar*. Daheim kennt er das fast schon anders herum. Seine Hilfsarbeiter verdienen nebst leistungsbezogener Prämie mit 15 DM pro Stunde *fast schon soviel wie ein gelernter* Tischler mit 17 DM. Lohnen sich da für den Nachwuchs eigentlich noch Lehrjahre, die schließlich mit Verzicht auf frühe Verdienstchancen verbunden *sind? Mit einem* Einkommensverzicht, der in diesem Beispiel erst nach zwei Jahrzehnten Arbeit ins Positive umschlägt? Zur korrekten Antwort gehört auch in diesem Fall, daß ein arbeitsloser Hilfsarbeiter dolles Glück hat, wenn er eingestellt wird, während der Unternehmer gelernte Tischler händeringend sucht. Aber das darf nicht die ganze Antwort sein. Eine *nivellierende Tarifpolitik, die den Lohn* fürs Lernen ins nächste Jahrtausend verschiebt, können wir uns allesamt nicht leisten.

DEVISENMÄRKTE / Interventionsstudie der Sieben – Stoltenberg sieht Annäherung

Washington will von seiner Politik der Zurückhaltung nicht abweichen

H.-A. SIEBERT, **Washington**

Eine Arbeitsgruppe der sieben größten westlichen Industriestaaten ist in einer Studie zu dem Schluß gekommen, daß staatliche Interventionen an den Devisenmärkten kurzfristig nützlich sein können. Trotzdem wollen die USA von ihrer bisherigen Politik nicht abweichen, wie Finanzminister Donald Regan nach Gesprächen mit seinen Kollegen aus den sieben Ländern sagte, und auch künftig nur dann eingreifen, wenn die Wechselkurse durch ungeordnete Marktverhältnisse verzerrt werden.

Bundesfinanzminister Gerhard *Stoltenberg sah in Washington* allerdings eine Annäherung der USA an europäische Vorstellungen zur Stabilisierung der Devisenmärkte. Dennoch werden sich die Staats- *und Regierungschefs der großen* Sieben auf ihrem Wirtschaftsgipfel im amerikanischen Williamsburg, Virginia, mit diesem Thema beschäftigen müssen, da vor allem *Frankreich auf stärkere Eingriffe* der Notenbanken dringt, wie Finanzminister Delors in der amerikanischen Hauptstadt noch einmal deutlich machte.

Die Studie war vor einem Jahr auf dem Gipfel in Versailles in Auftrag gegeben worden. Einigkeit über ihren Inhalt herrscht nur darin, daß frei schwebende Wechselkurse die externen Zwänge auf die binnenwirtschaftlichen Politiken *nicht beseitigen. Andererseits* spielen sie eine wichtige Rolle im internationalen Anpassungsprozeß. Weit klaffen indes die Ansichten über die Wirksamkeit der Interven*tionen auseinander. Ungeklärt* bleibt, was „disorderly markets" wirklich sind. Hinweise auf den Artikel IV des Statuts des Internationalen Währungsfonds (IWF) helfen nicht weiter, *weil er ebenfalls* keine genaue Definition enthält.

Dennoch kommt die Studie zu *Teilergebnissen, die den Auffassungen der Reagan-Administra*tion, die 1981 die US-Interventionspolitik abrupt änderte, widersprechen. So heißt es an einer Stelle: *„Obwohl schwer meßbar, glaubt* die Arbeitsgruppe, daß sich Interventionen als ein wirksames Werkzeug ... erwiesen haben, um die Wechselkursbewegungen *kurzfristig zu beinflussen."* Sie wirkten aber länger, wenn sie mit wirtschaftspolitischen Korrekturen gekoppelt und zusammen mit denen anderer Notenbanken koordiniert würden. Dagegen seien staatliche Eingriffe kontraproduktiv, wenn eine Unvereinbarkeit mit den volkswirtschaftlichen Grunddaten bestehe.

Freigegeben haben die Studie die Finanzminister und Notenbankchefs der „Sieben" – USA, Bundesrepublik, Großbritannien, Frankreich, Italien, Kanada und Japan –, die sich in Washington versammelt hatten. Sie stimmten darin überein, daß geordnete wirtschaftliche und finanzielle Bedingungen die Voraussetzung für stabile Paritäten seien. Um sie zu *schaffen, hätten sich die Regierun*gen zu einer Konvergenz der wirtschaftlichen Leistungen sowie zu einem dauerhaften inflationsneutralen Wachstum mit hoher Beschäftigung verpflichtet.

Im einzelnen heißt es in der gemeinsamen Erklärung, in der die *Differenzen in der Interventions*politik offen zugegeben werden:

1. Die Erreichung einer größeren Wechselkursstabilität ist ein wichtiges Ziel der sieben Länder. Es impliziert jedoch keine Starrheit.

2. Erreichbar sind stabilere Paritäten durch einen angemessenen wirtschaftspolitischen „Mix", der ein dauerhaftes und inflationsneutrales Wachstum unterstützt. Die in Versailles beschlossene verstärkte multilaterale Überwachung der Wechselkurse dient diesem Ziel.

3. Bei der *Formulierung der bin*nenwirtschaftlichen Politiken gilt künftig das Verhalten der Wechselkurse als Gradmesser für Anpassungsmaßnahmen. Größere Beachtung wird den *internationalen* Auswirkungen geschenkt.

4. *Unter gegenwärtigen Umstän*den ist die Rolle der Interventionen begrenzt. Nützlich sind sie, um ungeordneten Marktverhältnissen entgegenzusteuern und kurzfristige Ausschläge zu glätten. Erforderlich ist aber ein Flankenschutz durch ergänzende Instrumente.

Verpflichtet haben sich die „Sieben" weiterhin zu verstärkten Konsultationen, obwohl sich alle Länder das Recht zu unabhängigen Aktionen vorbehalten. Die Minister und Notenbankchefs erklär*ten auch ihre Bereitschaft zu koor*dinierten Aktionen, falls hilfreich.

OECD

Wachstumsprognosen deutlich nach oben revidiert

JOACHIM SCHAUFUSS, **Paris**

In der zweiten Hälfte dieses Jahres kommt es in den westlichen *Industriestaaten zu einem fast ge*nerellen wirtschaftlichen Aufschwung, der sich 1984 in verstärktem Maße fortsetzt. Zu dieser optimistischen Auffassung gelangte *der wirtschaftspolitische* Ausschuß der OECD nach zweitägigen Beratungen in Paris. Die Regierungsvertreter revidierten die vom OECD-Sekretariat Ende letzten *Jahres für 1983 herausgegebenen* Wachstumsprognosen beträchtlich nach oben.

Damals war angenommen worden, daß das Bruttosozialprodukt der OECD-Zone 1983 um eineinhalb Prozent zunimmt. Nunmehr aber wird eine Expansionsrate von 1,8 bis zwei Prozent erwartet – dabei von fünf Prozent in den Vereinigten Staaten, denen das Sekretariat vor viereinhalb Monaten ein erst zweiprozentiges Wachstum in Aussicht gestellt hatte.

Der Leiter der US-Delegation, Felstein, äußerte sich etwas vorsichtiger. Er erwartet *im Vergleich* des vierten Quartals 1983 zum vierten Quartal 1982 einen Zuwachs des amerikanischen Sozialprodukts von 4,7 Prozent bei einer Inflationsrate von 4,5 Prozent. Das OECD-Sekretariat war ursprünglich von einem fünfeinhalbprozentigen Preisanstieg in den USA ausgegangen.

Für die westeuropäischen Länder lautet die Expansionsprognose auf ein Prozent. Etwas über diesem Durchschnitt würde die deutsche Rate liegen, nachdem sie vom Sekretariat zuvor auf minus ein viertel Prozent eingeschätzt worden war. Deutsche *Delegationskreise* halten eine Eins vor dem Komma für nicht mehr ausgeschlossen und erwarten für 1984 ein „recht anständiges Wachstum" in der Bundesrepublik.

Die Regierungsvertreter beschäftigten sich außerdem mit der Vorbereitung der Jahrestagung des OECD-Ministerrats, die am 9. und 10. Mai in Paris stattfindet und deren Ergebnis für den Wirtschaftsgipfel von Williamsburg (USA) von Ende Mai von großer Bedeutung ist. Dabei geht es nicht zuletzt um die weitere Strategie zur Verminderung der Arbeitslosigkeit im Rahmen eines dauerhaften nichtinflatorischen Wirtschafts*wachstums*.

Dieses Ziel kann nach Auffassung der *meisten Delegationen* aber nur über den Abbau der Budgetdefizite erreicht werden. Verschiedene Regierungsvertreter, vor allem der kleineren (skandinavischen) Staaten, sprachen sich eher für kurzfristige Konjunkturbele*bungsmaßnahmen* aus. Von den USA gefordert wurden Maßnahmen zur Zinssenkung und zur Dollarstabilisierung.

Allerdings bezweifelt Felstein, daß die Regierungen in der Lage sind, erratische Schwankungen von fundamentalen Verzerrungen, gegen die man nicht intervenieren könne, zu unterscheiden. Wenn der Dollar gegenwärtig stark sei, so liege das vor allem an den real immer noch sehr hohen amerikanischen Zinssätzen, die eine Folge des zunehmenden *Haushaltsdefizits* der USA seien.

Falsche Hoffnungen

Von LEO FISCHER

Nach den *teilweise starken* Preiserholungen im Vormonat hat sich das Geschehen an den Rohstoffmärkten im April deutlich beruhigt: Der Moody's-Index stagnierte faktisch, der Reuters-Index ging sogar leicht zurück. Dafür ist weniger die unterschiedliche Zusammensetzung der Indizes als die Pfund-Dollar-Relation entscheidend. Nachdem der auf Pfund-Preisen basierende Reuters-Index nach der Pfund-Schwäche im März stärker als der nach Dollar-Preisen berechnete Moody's-Index gestiegen war, mußte es zu einer Umkehr *dieser Entwicklung kommen*, als sich der Pfund-Kurs im Verlauf des Aprils wieder befestigte.

Spektakuläre Preisbewegungen blieben *im letzten Monat* weitgehend aus. Im Gegenteil: Manche Übertreibungen des Vormonats (Kautschuk, Zinn, Weizen, Kaffee) wurden in den letzten vier Wochen wieder ausgeglichen. Und wo es stärkere Aufwärtsbewegungen *gab, da waren sie – wie im Monat* zuvor – eher spekulativ begründet als durch die fundamentalen Fakten, wie die Relation zwischen Angebot und Nachfrage.

Die Hoffnungen, daß sich im Zuge eines weltweiten Konjunkturaufschwungs die Rohstoffpreise stark erholen könnten, erhielten durch die Prognose der bekannten Londoner Research-Firma „The Economist Intelligence Unit" einen Dämpfer. Die Londoner Experten warnen vor der Erwartung dramatischer Preissteigerungen, weil das Ausgangsniveau der meisten Rohstoffpreise gar nicht so niedrig sei wie vielfach angenommen werde. Die hohe reale Kaufkraft des US-Dollars aufgrund der hohen Dollar-Notiz an den Devi*senbörsen werde meist übersehen*. Dementsprechend werde oft auch das Erholungspotential überschätzt.

Unsicherheit herrscht bei den meisten Marktbeobachtern, wie die plötzliche Erholung des Zuckerpreises, der auf das höchste Niveau seit neun Monaten stieg, zu beurteilen sei. Einigkeit besteht bei den Experten lediglich darüber, daß die Preiserholung durch spekulative Nachfrage ausgelöst worden sei. Die fundamentalen Fakten rechtfertigen kaum den aufkommenden Optimismus. Lediglich die Tatsache, daß Thailand sich Ende April in Lieferschwierigkeiten befand, scheint den Preisanstieg in etwa zu rechtfertigen. Damit wurden vorher bestehende Be*fürchtungen hinfällig, daß thailän*dische Waren gegen den am 29. April auslaufenden New Yorker Mai-Kontrakt angedient werden und preisdrückend wirken könnten.

Auch die am heutigen Montag beginnenden Verhandlungen über ein neues Weltzuckerabkommen werden zur Erklärung des Preisaufschwungs herangezogen. Zwar nimmt daran nun auch die Europäische Gemeinschaft teil, von der es nach allgemeiner Auffassung abhängt, ob ein wirksames *Abkommen zustande kommt*. Auf jeden Fall wird es aber noch weiterer Verhandlungsrunden bedürfen, ehe es zu einem neuen Abkommen kommt.

Unbeachtet blieb offensichtlich bei den Haussiers die Entscheidung der amerikanischen Getränkefirma PepsiCo, bei ihren koffeinhaltigen Softdrinks Zucker zu 50 Prozent durch fructosehaltigen Maissirup zu ersetzen. PepsiCo *folgte damit einer Entscheidung*, die der Konkurrent Coca Cola schon einen Monat zuvor getroffen hatte.

In einer guten Verfassung präsentiert sich derzeit der Kakao-*Markt. Dafür sorgten günstige* Nachrichten über fundamentale Faktoren, wie auch spekulative Käufe. Vor allem die erhöhten Vermahlungszahlen in wichtigen Verbrauchsländern (außer USA) und das vom Londoner Handelshaus Gill & Duffus nach unten revidierte Produktionsergebnis für die Elfenbeinküste haben dem Kakaomarkt Anregungen gebracht. Zu der fundamentalen Stärke des *Marktes hat auch die jüngste* Schätzung des Londoner Handelshauses Woodhouse, Drake und Carey beigetragen, daß die Weltkakaoproduktion im Erntejahr 1982/*83 nur noch 1,535 Millionen Ton*nen (nach 1,707 Millionen Tonnen der Saison davor) betragen werde. Das Produktionsdefizit würde dann 84 000 Tonnen betragen.

Während die anderen Edelmetalle stagnieren, konnte sich der Silbermarkt überraschend erholen. Vor allem Gerüchte, daß die UdSSR im vergangenen Jahr etwa zehn Millionen Feinunzen (eine Feinunze = 31,1 Gramm) Silber aufgekauft habe, regte die Phantasie der Hausse-Spekulanten an. Von ernstzunehmenden Analysten werden die angeblichen sowjetischen Käufe – zumindest in dieser Menge – stark angezweifelt. Auf der anderen Seite sprechen die niedrigen Lagerbestände und die zuletzt ansteigenden Umsätze der US-Raffinerien für stabile Silberpreise. (Die Rohstofftabelle steht auf Seite 10)

AUF EIN WORT



„Berlin wird seine Dynamik verlieren, wenn es nur Standortnachteile beklagt; es wird aber an Attraktivität gewinnen, wenn es sich als „deutsches Silicon Valley" zum Vorreiter der Entwicklung zukunftsträchtiger Technologien macht."

Horst Elfe, *Präsident der Industrie- und Handelskammer zu Berlin*
FOTO: KLAUS MEHMER

Handelsdefizit der USA steigt

Sbt. *Washington*

Daß sich die USA in einer konjunkturellen Aufschwungphase befinden, läßt sich auch an der Handelsbilanz ablesen. So erhöhten sich die amerikanischen Einfuhren ohne Öl im ersten Quartal 1983 um sieben Prozent. Im März *nahmen* die Gesamtimporte um 2,4 Prozent auf 20,4 Milliarden Dollar (cif) zu. Die US-Exporte wuchsen zwar um 2,6 Prozent auf 16,8 Milliarden Dollar. Dieses *Plus* ist aber *ausschließlich auf* die verstärkte Auslieferung von Flugzeugen zurückzuführen. Laut US-Handelsminister Baldrige wird der Passivsaldo 1983 an 60 Milliarden *Dollar* heranreichen. Das wären 15 Milliarden Dollar mehr als im Vorjahr.

JUGOSLAWIEN

Belgrad bemüht sich um engere Beziehungen zur EG

WILHELM HADLER, **Brüssel**

Für eine engere Zusammenarbeit zwischen Unternehmen aus der EG *und Jugoslawien hat* die Belgrader Regierungschefin Milka Planinc bei einem Besuch in Brüssel geworben. Sie setzt erhebliche Hoffnungen in das Kooperationsabkommen mit der Gemeinschaft, das – drei Jahre nach seiner Unterzeichnung – am *1. April 1983* in Kraft getreten ist.

EG-Vizepräsident Wilhelm Haferkamp bestärkte diese Erwartungen durch die Zusicherung, daß die Gemeinschaft und Jugoslawien Ende Mai konkrete Vereinbarungen über einen Ausbau der Zusammenarbeit, des Technologietrans*fers, der industriellen Kooperation*, der Landwirtschaft, des Transports und des Tourismus beraten würden.

Die bilateralen Handelsbeziehungen haben sich, nicht zuletzt wegen der vorgezogenen Handelsbestimmungen des Kooperationsabkommens zum jugoslawischen *Vorteil entwickelt:* So stiegen die Ausfuhren Jugoslawiens in die Gemeinschaft im vergangenen Jahr um 13 Prozent, während die Lieferungen in die übrige Welt nur um drei Prozent zunahmen.

Ausfuhren in die EG im Werte von *2,76 Milliarden Ecu* (rund 6,3 Milliarden DM) standen 1982 zwar noch immer Einfuhren in Höhe von 4,28 Milliarden Ecu (9,84 Milliarden DM) gegenüber, doch verringerte sich das Defizit im Handel auf 1,52 Milliarden Ecu (3,48 Milliarden DM), verglichen mit 2,15 Milliarden Ecu (4,95 Milliarden *DM) im Vorjahr*. Bessere *Export*leistungen erhoffen sich die Jugoslawen unter anderem von einem Ausbau der Lohnveredelung und anderen Formen der Unternehmenskooperation.

US-AKTIENMÄRKTE

Positive Konjunktursignale treiben Hausse weiter voran

H.-A. SIEBERT, ***Washington***

Trotz vieler Unkenrufe marschieren die US-Aktienmärkte weiter nach vorn und stellen neue Rekorde auf. Als Motor erwies sich vergangene Woche der sich nun durchsetzende Eindruck, daß der *Aufschwung in Amerika „echt und* solide" ist. Dazu beigetragen hat vor allem das erneute Anziehen der führenden Konjunkturindikatoren, die im März wieder 1,5 Prozent zulegten. Ohne Unterbrechung sind sie seit September gestiegen, *und zwar um insgesamt 9,6 Pro*zent.

So etwas hat es in den Vereinigten Staaten seit langer Zeit nicht gegeben. Im Februar und Januar *nahm der richtungweisende Index* um 1,4 und 3,2 Prozent zu. Wie US-Handelsminister Baldrige erklärte, deutet die Stärke des Index auf weitere Fortschritte in den Schlüsselbereichen Beschäftigung, Produktion, Einkommen und Umsät*ze hin*. Nach oben *zeigten sieben* von *elf Indikatoren*, darunter längere Lieferzeiten, real höhere Aufträge für Investitionsgüter und sich verteuernde Rohstoffe. Allerdings waren Konsumgüter-Orders rückläufig.

Wall-Street-Analysten sprechen bereits von einer „buying panic"; auf den Zug springen jetzt immer mehr Kleininvestoren. Im Wochenverlauf erhöhte sich der Dow-Jones-Industrie-Index um 29,90 (Frei*tag: 6,68) auf 1226,20, der breitere* Nyse-Index um 2,12 (0,7) auf 94,27 Punkte. An den letzten 13 Börsentagen schloß der „Dow" neunmal auf neuer Rekordhöhe. Gefragt *sind Auto-, Öl- und Chemiewerte*.

Broker sagen einen „drive" in zweitrangige, billigere Aktien voraus. Andere mahnen zur Vorsicht: Sie machen zum Beispiel geltend, *daß der „Dow" in den letzten sechs* Haussen um 48 Prozent gestiegen ist. Seit dem 12. August „explodierte" er jedoch schon um 58 Prozent. Gewinnmitnahmen seien also überfällig.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

IAA ausgebucht

Düsseldorf (Py.) – Die 50. Internationale Automobil-Ausstellung (IAA) auf dem Frankfurter Messegelände ist ausgebucht. Vom 15. bis 25. *September 1983 werden 1500* Aussteller aus 34 Ländern unter dem Motto „Das Auto – Motor unserer Zeit" sämtliche Erzeugnisse „rund ums Auto" präsentieren. Auf 153 000 qm Hallen- und 57 000 qm Freifläche werden neueste Ent*wicklungen bei Pkw, Lkw, Bussen*, Anhängern und Aufbauten, Vorerzeugnissen, Kfz-Teilen und Zubehör sowie Ausrüstungen für Fahrzeuginstandsetzung und -pflege vorgestellt.

Hohes Absatzplus bei BMW

Düsseldorf (Py.) – Die Zulassungen bei BMW *sind im 1. Quartal 1983* um insgesamt 23 Prozent auf 43 000 Fahrzeuge gestiegen, das entsprach einem Marktanteil von 6,6 (5,7) Prozent. Dabei brachte der März die zweithöchste Zulassungszahl, die bei BMW jemals verzeichnet wurde, *obwohl die Auslieferungen* durch die vorhandenen Produktionsmöglichkeiten begrenzt waren. Das größte Zulassungsvolumen wies die neue BMW 3er-Reihe mit einem Plus von 41 Prozent auf 25 000 Einheiten auf.

Weg der Kurse

	29. 4. 83	22. 4. 83
Boeing	38,375	41,375
Chrysler	26	25,50
Citicorp	45,25	43,50
Coca-Cola	55,75	57,125
Exxon	35,25	33,125
Ford Motors	51,50	48
IBM	117,125	117,50
PanAm	5,375	5,50
US Steel	24,375	23,50
Woolworth	34,50	34,75

Konjunkturverbesserung

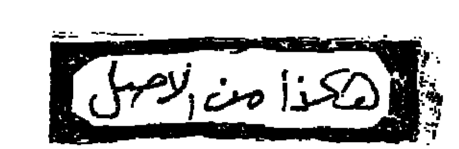
Basel (dpa/VWD) – Zu optimistischen Beurteilungen der konjunk*turellen Aussichten Westeuropas* bis Jahresende kommt die neueste Studie des Europäischen Zentrums für angewandte Wirtschaftsforschung „Prognos" in Basel. Danach mehren sich die Aussichten für eine Belebung. Der Rückgang von Nachfrage und Produktion sei zum Stillstand gekommen. Die Erwartungen von Konsumenten und Investoren, die im letzten Jahr zunehmend pessimistischer geworden waren, ließen wieder mehr Zuversicht erkennen. Zur Verbesserung des wirt*schaftlichen Klimas habe vor allem* die Lockerung der Geldpolitik und der damit verbundene Zinsrückgang beigetragen. In den meisten Ländern ist die Inflationsrate deutlich gesunken, und die Aussichten seien günstig, daß sich die Beruhi*gung des Preisauftriebs 1983* fortsetzt.

Optionsanleihe

Frankfurt (DW.) – Die Deutsche Bank beabsichtigt eine Optionsanleihe ihrer Tochtergesellschaft Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg, an*zubieten*. Die Optionsanleihe ist in eine 3¾ Prozent verzinsliche Tranche von 240 Millionen DM und eine 6¼ Prozent verzinsliche Tranche von 100 Millionen Dollar eingeteilt. Jeder Schuldverschreibung über 1000 DM sind drei und jeder Schuldverschreibung über 1000 Dollar sieben Optionsrechte beigefügt. Die Rechte sind in einheitlich ausgestatteten Optionsscheinen verbrieft. Jedes Optionsrecht berechtigt während der Dauer von acht Jahren zum Erwerb einer Aktie der Deutschen Bank AG im Nennbetrag von 50 DM zum Optionspreis von 335 DM. Die Anleihe wird in der Zeit vom 2. bis 6. Mai freibleibend zum Verkauf angeboten.

Minus bei Fluggesellschaften

Madrid (dpa) – Die beiden spanischen Fluggesellschaften Iberia und Aviaco haben 1982 ein Minus von zusammen 12,47 Milliarden Pesetas (rund 220 Millionen Mark) erwirtschaftet. Die Generalversammlung der beiden Unternehmen, an denen die staatliche Holdinggesellschaft INI die Aktien*mehrheit besitzt*, billigte am Samstag in Madrid den Geschäftsbericht 1982 mit den darin ausgewiesenen Verlusten von 8,124 Milliarden Pesetas bei Iberia und 4,346 Milliarden bei dem hauptsächlich im Chartergeschäft tätigen Schwesterunter*nehmen Aviaco*. Ein beträchtlicher Teil der Verluste wird dem Verfall des Pesetakurses gegenüber dem Dollar zugeschrieben, der die in Dollar zu leistenden Schuldendienste für die in den Vorjahren aufgenommenen Kredite drastisch verteuert habe. Für die Zukunft wird an einen gemeinsamen Flugzeugpool zur besseren Nutzung der vorhandenen Ausrüstung gedacht. Eine Fusion der beiden Unternehmen ist *nicht geplant*.



AUSBILDUNG / Umschulung über Fernstudium

Positives Echo aus Firmen

W. LEOPOLD, **Bad Harzburg**

„Das ist die erste Umschulungsmaßnahme, die über ein Fernstudium erfolgt." Mit diesen Worten charakterisiert der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Josef Stingl, eine der neuesten Maßnahmen, die zum Abbau der Arbeitslosigkeit beitragen und vermeiden will, daß es in der Bundesrepublik in wenigen Jahren 150 000 arbeitslose Lehrer gibt. In der Wirtschaft dagegen, so hatte die Nürnberger Behörde die Initiatoren des Umschulungsprojektes wissen lassen, im Bereich Personal fänden pädagogische Kenntnisse oftmals nützliche Verwendung. Außerdem würden nach wie vor Management- und Direktionsassistenten gesucht.

Gemeinsam mit der Nürnberger Bundesanstalt sind das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft sowie die Kultusministerien von Rheinland Pfalz und Schleswig-Holstein Projektträger des Fernkursus. Die Durchführung hat die Wirtschaftsakademie für Lehrer, Bad Harzburg, unter Leitung ihres Vorstandes Gisela Böhme unternommen. Sie kann dabei auf ihre Erfahrungen mit 6000 Fernkursteilnehmern verweisen, denen zur Verbreitung wirtschaftlicher Vorkenntnisse im Schulbereich bereits seit einigen Jahren Grundsätze moderner Personalführung vermittelt wurden.

Lange Einarbeitungszeiten sollen vermieden werden

Der neue Fernkursus soll den Unternehmen, die in Zukunft auf Lehramtskandidaten zurückgreifen, überlange Einarbeitungszeiten ersparen helfen. Das bisherige Echo der Wirtschaft war überwiegend positiv, und schon heute liegen mehrere Anfragen vor, die sich nach Fachleuten mit physikalischen oder mathematischen Kenntnissen erkundigen und zu erkennen geben, daß vor allem für die Energiewirtschaft wichtige Kombinationen gerade dieser Art auf dem normalen Arbeitsmarkt gegenwärtig nicht zu finden seien.

Deshalb konzentriert sich der neue Umschulungskursus zunächst auf die von der Bundesanstalt vorgegebenen Berufsbilder Management-Assistent, Direktions-Assistent, Personalfachkaufmann. Für jeden dieser Studiengänge sind in dem einjährigen Pilotprojekt zunächst 150 Plätze vorgesehen. Nach einem Einführungsseminar in Harzburg erhalten die Teilnehmer ihr Lehrmaterial. Die Korrektur und die Betreuung der Arbeitsaufgaben nehmen die Mitarbeiter der Lehrerakademie vor. Außerdem führt die Akademie zwei weitere dazugehörige Seminare durch, eine Abschlußprüfung ihrer Umschulungskandidaten vor den Industrie- und Handelskammern möchte sie gern erreichen. Darüber hinaus bilden die Teilnehmer regionale Studienzirkel mit persönlichen Kontaktmöglichkeiten.

Bereits heute mehr als 100 Anträge

Der Jahres-Kursus wird für 1600 Mark (ohne Seminargebühren) angeboten, die die Trägerorganisationen übernehmen. Außerdem wird er von einem Lenkungsausschuß gesteuert, in dem alle Projektträger sowie die Zentralstelle für Fernstudien, Köln, vertreten sind.

Später sollen die Angebote von Umschulungskursen auf weitere Wirtschaftsberufe wie Außenhandelsfachwirt, Bankfachwirt, Versicherungsfachwirt, Energiekaufmann ausgedehnt und ebenfalls für je 150 Absolventen eingerichtet werden.

Bereits jetzt liegen der Wirtschaftsakademie für Lehrer mehr als 100 Anträge auf Teilnahme an den ersten Umschulungskursen vor, hat doch eine Studie des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel, das das Harzburger Projekt wissenschaftlich begleitet, ergeben: Für den Lehramtsbereich ist nicht nur mit den derzeit 10 000 von der Bundesanstalt statistisch als arbeitslos erfaßten Lehrern zu rechnen, sondern auch mit immer mehr ihr Studium beendenden Lehramtskandidaten, die das Heer der Lehrer ohne Amt schon heute verdreifachen. Schleswig-Holsteins Kultusminister Bendixen bemerkt dazu: „Der erhoffte wirtschaftliche Aufschwung kann allen Gruppen zugute kommen, nur den Lehrern nicht. Denn die geburtenschwachen Jahrgänge sind schon da. Mehr Lehrstellen kann es also nicht geben. Nur wenn die Überzahl der Lehrer umgeschult wird, eröffnet sich ihnen eine reelle Chance."

Falsche Hoffnungen

Rohstoffe	Börse	Einheit	Ende April 1983	Ende März 1983	Hoch 1983	Tief 1983
Kupfer	L	£/t	1111,75	1103,75	1126,50	933,25
Zink	L	£/t	460,25	462,75	478,25	419,75
Zinn	L	£/t	8842,50	9264,00	9290,00	7392,50
Blei	L	£/t	293,25	311,75	312,75	287,50
Gold	L	$/Unze	427,00	414,25	511,50	411,25
Silber	L	p/Unze	755,60	708,00	902,10	680,30
Platin	L	£/Unze	266,30	264,40	322,00	244,55
Weizen	C	Cts/bu	350,87	360,37	367,00	306,25
Mais	C	Cts/bu	315,25	312,87	316,12	242,62
Kakao [1])	L	£/t	1327,50	1275,50	1366,50	1108,00
Kaffee [1])	L	£/t	1685,60	1722,00	1940,50	1558,00
Zucker	L	£/t	122,00	113,00	122,00	95,00
Sojaöl	C	Cts/lb	19,27	18,56	19,27	15,29
Baumwolle [2])	Li	Cts/kg	80,50	79,70	80,65	70,35
Schweißwolle	S	Cts/kg	562,50	568,00	568,50	527,50
Kautschuk	L	p/kg	74,50	81,25	81,25	50,00
Indices:						
Moody's (31. 12. 31=100)	New York		1050,7	1047,6	1084,9	1005,8
Reuter's (18. 9. 31=100)	London		1767,9	1781,8	1788,5	1527,7

[1]) Zweite Abladung
[2]) A-Index-Preis
L = London C = Chicago S = Sydney Li = Liverpool
Zusammengestellt von der Commerzbank AG

GROSSBRITANNIEN / Auto-Branche rechnet mit Rekord beim Neuwagen-Verkauf

Sehr hoher Anteil von Import-Wagen

WILHELM FURLER, **London**

Der Automobilmarkt in Großbritannien hat sich seit Beginn dieses Jahres so stark erholt, wie dies kaum jemand für möglich gehalten hätte. Die Branche selbst rechnet sogar damit, daß bis zum Ende dieses Jahres die Rekord-Verkaufszahl für Neuwagen aus dem Jahre 1979 in Höhe von 1,71 Millionen überschritten sein dürfte.

Das wäre in der Tat erheblich mehr, als noch Ende des vergangenen Jahres auch nur annähernd erhofft werden konnte. Immerhin hatte die schwere Rezession in Großbritannien die Neuwagen-Verkäufe 1981 und im darauffolgenden Jahr auf etwa 1,5 Millionen PKW gedrückt.

Den jüngsten Statistiken zufolge haben die Neuwagenverkäufe in Großbritannien in den ersten drei Monaten dieses Jahres die Halbe-Million-Marke überschritten. Das war noch nie zuvor der Fall. Die 500 675 verkauften neuen in- und ausländischen Personenwagen bedeuten gegenüber dem gleichen Quartal des Vorjahres ein Plus von immerhin 21,25 Prozent.

Nach Angaben des britischen Verbandes der Automobilhersteller und -händler lag im März der Autokonzern Ford mit seinen Verkäufen in Großbritannien mit großem Abstand an der Spitze. Vom Ford Sierra wurden im März mehr als 22 000 Stück verkauft. Der Bestseller-Wagen hat damit einen Anteil an den gesamten Neuwagenverkäufen von 11,59 Prozent erzielt.

Auf dem zweiten und dritten Platz lagen im März ebenfalls Ford-Modelle, nämlich mit gut 16 000 Stück der Ford Escort und mit knapp 16 000 der Ford Fiesta. Mit etwas mehr als 15 700 verkauften Einheiten folgte der Austin Metro, mit 12 300 der Vauxhall Cavalier. Als reiner Ausländer konnte sich Volvo mit 4729 verkauften Modellen der 300er Serie auf den achten Platz schieben. Als zweitbester reiner Ausländer folgte Datsun mit seinem Sunny-Modell, von dem im März 3245 Stück verkauft wurden.

Dabei sollte allerdings nicht übersehen werden, daß der Anteil importierter Neuwagen in Großbritannien immer noch sehr hoch ist. Der jetzt veröffentlichten Statistik des Verkehrsministeriums in London zufolge erreichte der Anteil importierter Personenwagen an den Neuzulassungen im März 55 Prozent, nur ein Prozent weniger als im März vergangenen Jahres. Nimmt man den Zeitraum Januar bis März, dann erreicht der Import-Anteil, der auf dem Kontinent gefertigte Autos für die Firmen Ford, Vauxhall (Opel) und Talbot (Peugeot) mit einschließt, sogar mehr als 56 Prozent.

Als reine Ausländer-Herstellergruppe liegt der VW/Audi-Bereich mit 10 344 im März verkauften Neuwagen eindeutig an der Spitze (Anteil an den gesamten Neuwagen-Verkäufen 5,37 Prozent). Damit ist VW/Audi sogar noch besser plaziert als Peugeot-Talbot mit 9957 verkauften Neuwagen auf Platz fünf. Im übrigen liegt der Anteil der Firmen- und Dienstwagen an den Neuzulassungen in Großbritannien unverändert bei 42 Prozent.

FRANKREICH / Austerity-Plan mit Abstrichen in Kraft gesetzt

Programm zur Förderung der Industrie

JOACHIM SCHAUFUSS, **Paris**

Die französische Regierung hat jetzt die näheren Bedingungen der steuerlichen Maßnahmen ihres Austerity-Plans vom 25. März beschlossen und unter Ausnutzung einer parlamentarischen Ermächtigung in Kraft gesetzt. An dem ursprünglichen Vorhaben wurden bedeutende Abstriche vorgenommen. Die Regierungsparteien und die Gewerkschaften haben darauf positiv reagiert.

Von der fiskalischen Sonderabgabe, die in Höhe von einem Prozent auf alle versteuerten Nettoeinkommen aus 1982 erhoben werden sollte, wurden grundsätzlich alle Haushalte freigestellt, die weniger als 250 Franc Einkommensteuer bezahlt hatten. Dazu kommen Steuerermäßigungen für kinderreiche Familien und für die Franzosen, welche außergewöhnliche Lasten zu tragen hatten, beispielsweise Invalidität, Arbeitslosigkeit, vorzeitige Pensionierung, Todesfälle – es sei denn, ihr steuerpflichtes Einkommen übertraf 90 000 Franc.

Ähnliche Erleichterungen gelten für die staatliche Bankanleihe, die in Höhe von zehn Prozent für die 1982 bezahlte Einkommens- wie Vermögenssteuer zu zeichnen ist, sofern diese Steuern 5000 Franc übertroffen haben. Darüber hinaus werden die Franzosen freigestellt, die 1982 unverschuldet Einkommensverluste (zum Beispiel infolge Arbeitslosigkeit) verbuchten – es sei denn, ihre Einkommens- und Vermögenssteuer war höher als 25 000 Franc.

Die über drei Jahre laufenden Obligationen werden von der Staatskasse mit 11 Prozent jährlich verzinst. Die Zinszahlung erfolgt aber erst bei der Tilgung. Der Abschlag gegenüber dem Kapitalmarktzins – zur Zeit knapp 15 Prozent – für staatlich garantierte Anleihen – ist beträchtlich. Bei einer Inflationsrate von zur Zeit neun Prozent verbleibt gegenwärtig aber noch eine Realrendite.

Von der Regierung bestätigt wurde die Kürzung der bisherigen Staatsausgaben um 15 Milliarden Franc. Dagegen werden die Staatseinnahmen geringer als erwartet zunehmen. So ist jetzt auch die Sondersteuer auf Tabakwaren, die am 1. Juli in Höhe von 25 Prozent erhoben werden sollte, auf fünf Halbjahresabschnitte von fünf Prozent verteilt worden. Außerdem wird die Ausgleichssteuer auf Preisrückgänge für importiertes Mineralöl durch die Dollarhausse weitgehend in Frage gestellt. Und nicht zuletzt dürfte der Mehrwertsteuerertrag wegen der austerity-bedingten Rezession geringer als vorgesehen ausfallen.

Der Ministerrat hat schließlich ein dreijähriges Aktionsprogramm zu Gunsten der französischen Industrie beschlossen. Er knüpft damit an die von der früheren Regierung eingeleitete Industriepolitik an, bedient sich aber neuer Finanzierungsmethoden. Insbesondere wird ein „Industriesparbuch" geschaffen, das nach Angabe von Industrieminister Fabius mindestens so gut verzinst wird wie das A-Sparbuch (acht Prozent steuerfrei für Sichteinlagen). Außerdem will die Regierung für Industrialisierungsvorhaben einen Sonderfonds von drei Milliarden Franc einrichten und neu gegründete Unternehmen drei Jahre lang von allen direkten Steuern befreien.

EG protestiert in Washington

dpa/VWD, **Washington**

Einen Monat vor dem Weltwirtschaftsgipfel in Williamsburg (USA) hat die Europäische Gemeinschaft bei der US-Regierung mit Nachdruck gegen beabsichtigte Exportbehinderungen im Osthandel protestiert. Wie bekannt wurde, übergaben der deutsche Botschafter Peter Hermes – die Bundesrepublik hat zur Zeit die EG-Präsidentschaft – und EG-Botschafter Roy Denman im US-Außenministerium ein entsprechendes Memorandum. Der Schritt war von den Außenministern der Gemeinschaft in Luxemburg beschlossen worden.

Die US-Regierung hat im Kongreß mit der Verlängerung des sogenannten Export-Verwaltungs-Gesetzes gleichzeitig eine Reihe von Verschärfungen beantragt, die nach Ansicht der Europäer nicht hingenommen werden können. Unter anderem ist vorgesehen, daß Tochterfirmen und Lizenznehmer amerikanischer Unternehmen in Europa, die hochwertige Technologie an Ostländer verkaufen, und nach Meinung Washingtons gegen die Exportbeschränkungen verstoßen, auf eine schwarze Importliste gesetzt werden. Die EG sieht darin eine Verletzung des Völkerrechts.

HANSEATISCHE WERTPAPIERBÖRSE

Aktienumsatz stagnierte

J. BRECH, **Hamburg**

Für die Hanseatische Wertpapierbörse war das Jahr 1982 ein Rekordjahr. Wie aus dem jetzt vorgelegten Jahresbericht hervorgeht, stiegen die Umsätze im Vergleich zum Vorjahr um 24,2 Prozent. Unter den deutschen Börsen, so schreibt der Vorstand, dürfte Hamburg seinen Rang gehalten haben.

Einen Wermutstropfen sieht der Vorstand allerdings darin, daß die Umsatzsteigerung im wesentlichen auf höheren Umsätze bei in- und ausländischen Rentenwerten zurückzuführen war, während die Umsätze im Aktienhandel stagnierten. Diese Entwicklung zeige erneut mit Deutlichkeit die anhaltende Entwicklung der Börse zur Rentenbörse und den Verdrängungswettbewerb, dem die Aktie als Eigenkapitalbeschaffung für die Privatwirtschaft durch die mehr oder weniger zinsunempfindliche öffentliche Hand ausgesetzt sei.

Zwar liege die Summe der Kapitalerhöhung deutscher Gesellschaften mit rund 2,7 Mrd. DM höher als im Vorjahr, doch habe die Zahl der Unternehmen, die die Eigenkapitalbasis über die Ausgabe junger Aktien verbreiterten, mit 33 den niedrigsten Stand seit vielen Jahren erreicht.

Die Hanseatische Wertpapierbörse werde alle Möglichkeiten unterstützen, um die Aktie als Finanzierungsinstrument der Unternehmen zu fördern. Dies geschehe nicht zuletzt im eigenen Interesse, heißt es. Ziel müsse es sein, durch strukturelle Verbesserungen eine möglichst breite Grundlage für die Handelstätigkeit zu schaffen und die Stellung der Hamburger Börse abzusichern.

Ein Stadtstaat mit der Kapazität Hamburgs und seiner Region rechtfertige die Bemühungen, die Quote am Gesamtumsatz der deutschen Börsen angemessen zu steigern. Für dieses Jahr seien eine Reihe von Maßnahmen in der Diskussion, die der Hamburger Börse die Möglichkeiten schaffen sollen, ihren Verpflichtungen im erweiterten Umfang gerecht zu werden.

OELMÜHLE / Erträge aus Beteiligungen niedriger

Weniger Gewinn die Ausnahme

JAN BRECH, **Hamburg**

Die Oelmühle AG, Hamburg, hat nach drei glänzenden Jahren im Berichtsjahr 1982 weniger verdient. Vorstandsvorsitzender Herbert Tiefenbacher bezeichnet das Ergebnis aber noch immer als gut und spricht auch ihm Ausnahmecharakter zu. Die nur leicht von 1,2 auf 1,1 Prozent gesunkene Umsatzrendite sei für die Branche sehr ordentlich.

Als Jahresüberschuß weist die Oelmühle 8,9 Mill. DM aus; das entspricht einem Rückgang von 7,3 Prozent. Davon werden 3,7 Mill. DM der Rücklage zugeführt, der Rest von 5,2 Mill. DM ausgeschüttet. Die Dividendensumme ist gegenüber 1981 zwar um 6,1 Prozent höher, doch muß die Oelmühle den Dividendensatz von 12,80 auf 10 DM senken. Im vergangenen Jahr ist das Grundkapital aus Gesellschaftsmitteln von 19,5 auf 26 Mill. DM erhöht worden. Die Kapitalerhöhung erschwert auch einen Vergleich des von Tiefenbacher angegebenen Gewinns pro Aktie. Er ist von 31,71 auf 16,67 DM zurückgegangen.

Den Gewinn teilt sich ein neuer Aktionärskreis. Die Mehrheitsbeteiligung der AS Det Ostasiatiske Kompagnie, Kopenhagen, Mitgründerin der Oelmühle, haben die AG für Anlagen mnd Beteiligungen (AGAB), Frankfurt, und die Alfred C. Toepfer International GmbH, Hamburg, übernommen. Beide Gesellschaften sind nun neben der Walter Rau Neusser Oel und Fett AG mit jeweils mehr als einer Schachtel beteiligt. Knapp 17 Prozent der Aktien (HV am 7. Juni) sind frei. Durch die Verbindung zu der AGAB, deren Gesellschafter aus dem genossenschaftlichen Bereich kommen, und zur Toepfer International, bei der neben US- und EG-Genossenschaften die Firma Archer Daniels Midland beteiligt sind, erwartet Tiefenbacher zusätzliche Impulse für das eigene Geschäft.

Den Ertragsrückgang im vergangenen Jahr begründet Tiefenbacher einmal mit unter Druck stehenden Margen in der Ölsaatenverarbeitung, vorwiegend bei Sojabohnen. Dabei stieg die Verarbeitung der Oelmühle um 8 Prozent auf 1,075 Mill. t und der Umsatz um 1,5 Prozent auf 808 Mill. DM. An der gesamten deutschen Ölsaatenverarbeitung war die Oelmühle mit knapp 20 Prozent beteiligt.

Gravierender für die Ertragslage waren freilich starke Gewinnrückgänge bei zwei Beteiligungsgesellschaften. Die zur Oelmühle gehörenden Umschlagsbetriebe im Hamburger Hafen litten besonders unter dem Verlust des Getreide- und Futtermittelumschlags für die „DDR". Diese Mengen sind nach dem Aufbau entsprechender Anlagen nach Rostock abgewandert. Insgesamt führten die Beteiligungsgesellschaften der Oelmühle nur noch 3 nach 7,7 Mill. DM ab.

Die Beteiligungserträge werden in diesem Jahr noch weiter zurückgehen, befürchtet Tiefenbacher. Da auch in der traditionellen Ölsaatenverarbeitung der Druck auf die Margen anhält, könnte sich das Ergebnis insgesamt weiter verschlechtern. Bis etwa zum Sommer seien die Anlagen voll beschäftigt, erklärt Tiefenbacher, ab Juni gebe es nur wenige Aufträge in den Büchern.

RENTENMARKT / Zinsanstieg hielt an

Neue Anleihen belasten

Der Rentenmarkt ist, ähnlich wie zur gleichen Zeit des Vorjahres, aus dem Gleichgewicht geraten. Die Kapitalmarktzinsen sind in der vorigen Woche weiter gestiegen; diesmal gab es keinen Grund, die Ursache dafür in den USA zu suchen. Denn dort sind die kurzfristigen Zinsen ebenso wie die langfristigen gesunken. Nach dem bisherigen Strickmuster könnte man also Zinssenkungsimpulse von drüben erwarten müssen. Die Tatsache, daß die Zinsen hier ihren Wiederanstieg trotzdem fortsetzen, zeigt, daß die Gründe dafür im Inland zu suchen sind. Technisch spielt eine Rolle, daß der Markt derzeit mit Anleihen und Schuldscheinen öffentlicher Stellen stärker als in den letzten Wochen beansprucht wird, und daß auch in der Wirtschaft die Nachfrage nach langfristigem Kapital vor allem zur Konsolidierung kurzfristiger Schulden wuchs. Zugleich ließ das Anlageinteresse wegen der als wenig attraktiv empfundenen Renditen nach. Die neuen Anleihen lasten wie Blei auf dem Markt. (cd.)

Emissionen	29. 4. 83	22. 4. 83	30. 12. 82	30. 12. 81	30. 12. 80
Anleihen von Bund, Bahn und Post	6,96	6,91	7,45	10,05	9,30
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	6,71	6,59	7,04	10,55	9,88
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	7,01	6,92	7,61	10,26	9,43
Schuldverschreibungen der Industrie	7,10	7,07	8,24	11,52	8,35
Schuldverschreibungen öfftl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	7,13	7,04	7,65	10,12	9,37
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	6,72	6,62	7,43	10,50	9,70
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,70	7,62	7,94	9,75	9,05
Inländische Emittenten insgesamt	7,10	7,01	7,63	10,19	9,41
DM-Auslandsanleihen	7,79	7,79	8,45	10,32	8,32

DIAMALT / Trotz Ertragseinbruch gesund

Engere Bindung an Schering

VWD, München

Mit einer „Hiobsbotschaft" wartet die Diamalt AG, München, auf. Bei einem auf 165 (151) Mill. DM bzw. in der Gruppe auf 181 (169) Mill. DM gestiegenen Umsatz (Exportanteil 63 Prozent) schließt die Gewinn- und Verlustrechnung „bei einem noch positiven Betriebsergebnis" mit einem Fehlbetrag von 15,5 (1,1) Mill. DM. Der Bilanzverlust erhöhte sich auf 18 (2,5) Mill. DM. Dennoch sei das Unternehmen gesund, versicherte der Vorstand. Aufgrund der Kapitalerhöhung auf 52,8 (12) Mill. DM in 1982 habe sowohl die Bilanzstruktur (Eigenkapitalquote 38 Prozent) als auch die Finanzierung verbessert werden können. Die Liquidität sei in vollem Umfang gegeben.

Diamalt, die zusammen mit der Nepera Chemical Co., New York, den neugegründeten Unternehmensbereich Feinchemikalien der Schering AG, Berlin/Bergkamen bildet, werde als eigenständige Gesellschaft, aber in engerer Bindung an die Mutter Schering, weitergeführt. Als Gründe für das schlechte Ergebnis nennt der Vorstand den auf 66,7 (68,2) Mill. DM oder 38,2 (43,2) Prozent der Gesamtleistung gesunkenen Rohertrag, den schlechten Geschäftsverlauf im zweiten Halbjahr und hohe Abschreibungen.

Die unbefriedigende Geschäftsentwicklung habe im ersten Quartal 1983 angehalten. Diamalt rechnet mit rückläufigem Umsatz und aufgrund erneut hoher Abschreibungen auf Sachanlagen von 19 Mill. DM bei Investitionen von über 20 Mill. DM mit einem – allerdings geringeren – Verlust.

Von nicht kostendeckenden Geschäften, etwa im Bereich Naturstoffchemie-Technologie, werde man sich trennen. Die Belegschaft von derzeit 765 Mitarbeitern soll im Rahmen der Fluktuation deutlich abgebaut werden.

3M DEUTSCHLAND / Konjunkturschwaches Jahr mit gewohntem Glanz bestanden

Zukauf soll Produktion vergrößern

JOACHIM GEHLHOFF, Neuss

Bei diesjährigen März/April-Umsätzen, die um ein Zehntel höher als vor Jahresfrist und höher denn je ausfielen, traut man dem frühen eigenen Glück in der allseits erhofften Konjunkturwende denn doch noch nicht so recht. Nur verhalten optimistisch hofft die Geschäftsführung der 3M Deutschland GmbH, Neuss, für das Geschäftsjahr 1982/83 (30. 10.), das bislang wegen verstärkten Konkurrenzdrucks ohne eigene Preiserhöhungen verlief, daß die im ersten Halbjahr erreichte Umsatzsteigerung von 6 Prozent wohl auch für das volle Jahr bleibt.

Eine Prognose-Vorsicht, die schon nach Angst vor Übermut riecht. Denn bereits das konjunkturschwache Jahr 1981/82 konnte die deutsche Tochter des „Artikelmulti"-Konzerns Minnesota Mining & Manufacturing Company, St. Paul/USA, mit gewohntem Glanz bestehen. Der zu 60 Prozent aus importierter Ware von anderen 3M-Betrieben stammende Umsatz wuchs bei 3370 (3249) Beschäftigten um 8,7 (6,7) Prozent auf 834 Mill. DM. Da die Mutter nur jedes zweite Jahr eine Dividende abruft (zuletzt 39 Mill. DM für 1981), fielen bei nun 49 (38,9) Mill. DM EEV-Steuern der Jahresüberschuß auf 23,8 (37) und der Gewinnvortrag auf 150 (165) Mill. DM.

Im Gewinn vor Steuern ergab sich immerhin noch eine Umsatzrendite von 8,7 (9,9) Prozent, beneidenswert gut auch beim Vergleich mit der deutschen Chemieindustrie, in deren Bereich das Gros der 3M-Produkte gehört. Nicht minder beneidenswert ist die bei 140 Mill. DM Stammkapital hohe Eigenkapitalquote von 74 (75) Prozent des Bilanzvolumens.

Die so gefütterte „finanzielle Unabhängigkeit" (Finanzchef Kunibert Bork), kann sich die Mutter in ihrem Konzern (118 000 Aktionäre, 87 400 Beschäftigte) offensichtlich leisten. Für 1982 hat sie bei 6,6 (6,51) Mrd. Dollar Nettogewinn mit Dividendenaufstockung auf 3,20 (3) Dollar je Aktie und 60 (52) Prozent Ausschüttungsquote ihre Dividendensumme bereits im 25. Jahr nacheinander ständig erhöht.

Weiterhin wird in Neuss das dortige Finanzpolster auch damit begründet, daß man die Produktionsbasis der bisher vier deutschen 3M-Betriebe durch Kauf vergrößern möchte. Die Anspruchshürde für Taugliches ist aber offenbar sehr hoch gelegt, – was nicht zuletzt daraus erhellt, daß die auch 1981/82 respektabel gebliebene Rendite der deutschen 3M-Betriebe (die z. B. Klein-Kopiergeräte bis in die USA liefern) trotz wiederum nur 60prozentiger Kapazitätsnutzung zustandekam.

FORSCHUNG / Mehr Marktwirtschaft praktizieren

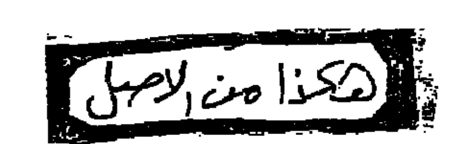
Strategien für die Zukunft

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Marktwirtschaft soll nicht nur in Sonntagsreden beschworen werden; sie muß noch viel mehr in das Bewußtsein der Menschen gerückt und vor allem in der Politik praktiziert werden. Dieser Gedanke des Nieder-Ulmer Unternehmers Ludwig Eckes und Gleichgesinnter gab den Anstoß zur Gründung des Frankfurter Instituts für Wirtschaftspolitische Forschung e. V., das sich als wissenschaftlichen Beirat den „Kronberger Kreis" der Wirtschaftsprofessoren Engels, Felds, Gutowski, Stützel, von Weizsäcker und Wilroth, die Verfasser der kürzlich veröffentlichten Schrift „Mehr Mut zum Markt", gesichert hat.

Das aus Spenden finanzierte Institut soll im Zusammenspiel von Wissenschaft und Praxis marktwirtschaftlich orientierte Strategien für die Zukunft entwickeln, die von der Politik in die Praxis umgesetzt werden können. Dazu Kuratoriumsvorsitzender Eckart van Hooven (Deutsche Bank): Es soll wissenschaftlich erforschen und darstellen, was zu tun ist, um das Potential der Marktwirtschaft voll ausschöpfen zu können. Nach dem Vorbild amerikanischer „Thinktanks" wollen die Professoren vor allem versuchen, die Grenzen zwischen einzelnen Fachgebieten zu öffnen und mit Stellungnahmen zu aktuellen Problemen eine Brücke zwischen unverbindlicher Theorie und zu treffenden Maßnahmen schlagen. Die Vorzüge und Zwänge der Marktwirtschaft darstellen und sie in sich abgeschlossene wirtschafts- und gesellschaftspoltitische Aktionsprogramme entwickeln und den Politikern verständlich machen, daß sie danach handeln müssen, das hat sich die „Denkfabrik" unter Leitung von Prof. Hartmut Gumpert zum Ziel gesetzt. Erste Veröffentlichung wird in Kürze ein Vorschlag für eine kleine Steuerreform sein.





PEUGEOT / Kürzere Arbeitszeit trieb die Kosten

Verluste weiter gewachsen

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Auf 2,1 bis 2,2 Mrd. Franc veranschlagt der private französische Automobilkonzern Peugeot seinen konsolidierten Verlust für das Geschäftsjahr 1982. Das Vorjahresdefizit von 1,9 Mrd. Franc wurde damit fühlbar übertroffen. Als wichtigsten Grund dafür gibt die Verwaltung die Streiks in den Werken Citroën-Aulnay und Talbot-Poissy an. Rund 90 000 Wagen im Werte von 4 Mrd. Franc hätten deshalb nicht verkauft werden können.

Die Ertragslage des Konzerns verschlechterte sich außerdem dadurch, daß seinerseits die Inlandspreise im Rahmen des allgemeinen Preisstopps vier Monate lang blokkiert gewesen waren, während andererseits die gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit und Verlängerung des Urlaubs – beides mit vollem Lohnausgleich – die Kosten in die Höhe trieben, heißt es in einem Aktionärsbrief.

Für dieses Jahr erwartet Peugeot angesichts der Absatzsteigerung der letzten Monate ein besseres Ergebnis. Der Konzernanteil am französischen Pkw-Markt war von 28,9 Prozent im letzten Quartal 1982 auf 33,3 Prozent im ersten Quartal 1983 gestiegen. Diese Erholung ging zu Lasten des staatlichen Automobilkonzerns Renault.

Der konsolidierte Umsatz des Peugeot-Konzerns hatte sich 1982 um 4 Prozent auf 75,70 Mrd. Franc erhöht. Darin kommt ein beträchtlicher Absatzrückgang zum Ausdruck. Waren doch in Frankreich die Automobilpreise um rund 10 Prozent gestiegen. Von dem Gesamtumsatz entfiel etwa die Hälfte auf das Exportgeschäft. Die Konzernholding Peugeot S. A. weist für 1982 einen Verlust von 74 Mill. Franc aus, nach 164 Mill. Franc Reingewinn in 1981. An der Pariser Börse hat der Verlustabschluß nicht überrascht. Die Peugeot-Aktie wurde zuletzt mit 187 Franc notiert, bei diesjährigen Extremkursen von 116 und 199 Franc.

ITALIEN / Chemie-Industrie steht vor tiefgreifenden Strukturveränderungen

Abbau des Defizits im Außenhandel

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Nach einem noch von der Regierung Fanfani ausgearbeiteten Sanierungs- und Investitionsplan für die Chemie soll bis 1987 das Außenhandelsdefizit in diesem Bereich abgebaut werden. Im Jahre 1982 schloß der Chemieaußenhandel mit einem Fehlbetrag von 3300 Mrd. Lire (5,54 Mrd. DM), rund 600 Mrd. Lire mehr als im Vorjahr. Im Jahre 1987 soll dieses Defizit (in Preisen von 1982) auf 2600 Mrd. Lire sinken. Davon werden 1400 Mrd. Lire, 200 Mrd. Lire weniger als 1982, auf die Primärchemie entfallen.

Im Unterschied zu den ursprünglichen Plänen, die auch von Gewerkschaftsseite gefördert wurden, sieht der jüngste Plan weniger forcierte Investitionen in der Sekundärchemie und stärkere Kapazitätsverminderungen in der Primärchemie vor. Ausgangspunkt ist dabei die Erkenntnis, daß in der Sekundärchemie das Forschungsgefälle gegenüber dem Ausland nicht in kurzer Zeit aufgeholt werden kann und angesichts der dominierenden Marktstellung der ausländischen Konkurrenz zur Gewinnung neuer Marktquoten Investitionen notwendig wären, die zur Zeit nicht finanziert werden können.

In der Primärchemie sind in den nächsten Jahren zahlreiche Stilllegungen vorgesehen. Sie werden vor allem die ehemaligen S.I.R.-Anlagen in Sardinien betreffen. Infolge dieser Strukturbereinigung rechnet der neue Plan in der Primärchemie zwischen 1982 und 1987 nur mit einer Zunahme des Umsatzes von 16 200 auf 17 600 Mrd. Lire (in Preisen von 1982). Durch diese nur geringe Steigerung wird sich in diesem Bereich das Außenhandelsdefizit in fünf Jahren nur um 200 Mrd. Lire vermindern.

Eine schnellere Verbesserung der Außenhandelsposition ist hingegen in der Sekundärchemie beabsichtigt, wo die Töchter des staatlichen Energiekonzerns ENI und das Privatunternehmen Montedison bisher erst 12 Prozent der italienischen Produktion dieses Bereichs stellen. In diesem Fall soll der Fehlbetrag im Warenverkehr mit dem Ausland bis 1987 von 1700 auf 1200 Mrd. Lire sinken. Während der Umsatz der Inlandshersteller von 15 900 auf 21 100 Mrd. Lire steigen soll. Insgesamt wird sich der Umsatz der Primär- und Sekundärchemie demnach bis 1987 real jährlich um 4 Prozent erhöhen.

Die Umstrukturierung des staatlichen Teils der italienischen Chemie (ENI) erfordert in der Fünf-Jahre-Spanne 1983/87 Finanzmittel in Höhe von 4500 Mrd. Lire. Davon hofft die Regierung 60 Prozent durch Eigenfinanzierung der ENI-Töchter und durch Inanspruchnahme des Kapitalmarktes decken zu können. Die restlichen 40 Prozent oder 1850 Mrd. Lire sollen durch Staatszuschüsse aufgebracht werden. Voraussetzung für die Sanierung in der vorgesehenen Zeit ist allerdings, daß die Inflationsbekämpfung Erfolg hat und der Zinstrend nach unten gerichtet bleibt.

WESTKB / Stille Beteiligungen auf Zeit gefragt

Maßvolles Wachstumstempo

HARALD POSNY, Düsseldorf

In Krisenzeiten steigt – fast natürlich – die Zahl von Unternehmen, die bei der Westdeutschen Kapitalbeteiligungsgesellschaft mbH (WestKB), Düsseldorf, anklopfen, um durch Hereinnahme stillen haftenden Kapitals die eigenen Mittel für weiteres Wachstum zu verstärken. Jedoch mit der wachsenden Zahl der Interessenten steigt auch die Zahl derer, die nach den WestKB-Anforderungen nicht oder erst dann den kritischen Blicken bestehen, wenn sie „bestimmte Hausaufgaben" gemacht haben, das heißt, ganz offenkundige Schwachstellen im Management abstellen, über eine angemessene Zahl rentabler Produkte/Dienstleistungen verfügen und sich nicht in einer zu großen Abhängigkeit von Lieferanten und Abnehmern befinden.

Die beiden Geschäftsführer der zur Westdeutschen Landesbank gehörenden WestKB, Peter Köhler und Horst von Lengerke, betonten in einem Gespräch mit der WELT, daß durchschnittlich vier bis fünf Neuengagements jährlich von der notwendigen Prüfung her zu vertreten sind. Daß es nach 8 neuen Beteiligungen 1981 im letzten Jahr bei zwei Abgängen nur drei neue waren, unterstreicht die Vorsicht, sich nicht an Sanierungsfällen zu beteiligen. „Ein Prozent Umsatzrendite vor Steuern muß schon sein."

Ende 1982 war die WestKB bei 28 (27) mittelständischen Unternehmen mit einem Kapitalvolumen von 56,8 (50,6) Mill. DM engagiert. Diese Unternehmen stellen immerhin einen Umsatz von über 1,6 Mrd. DM dar und beschäftigen fast 9000 Mitarbeiter. In dieser Zahl stecken 8 Handelsunternehmen und 17 produzierende Betriebe in nicht unbedingt problemlosen Branchen. Köhler: „Wir sind bei aller Vorsicht keine Angsthasen, wenn das Unternehmen eine positive Weiterentwicklung verspricht." Die einzelnen Engagements liegen zwischen 0,2 und 7,5 Mill. DM, im Durchschnitt bei 2 Mill. DM. Sie kosten pro Jahr heute – für 5 Jahre fest – 15 Prozent, 6 Prozent über dem Kapitalmarktzins.

Seit Gründung vor 13 Jahren haben 43 Unternehmen insgesamt 70 Mill. DM stilles WestKB-Kapital in Anspruch genommen. Die Geschäftsführung beschönigt nicht, daß sie auch herbe Enttäuschungen erlitten hat: vier Unternehmen gingen pleite.

Größere „Sorgen" bereitet der WestKB, einer der führenden Kapitalbeteiligungsgesellschaften aus dem Bankenbereich, daß, so von Lengerke, gelegentlich von den Beteiligungsunternehmen „ein zu forsches Wachstumstempo vorgelegt wird, daß Organisations- und Liquiditätsprobleme dabei leicht übersehen und Auslandsrisiken, namentlich auf schwierigen Märkten, nicht realistisch genug beurteilt werden". Dann versuche man, etwas zu bremsen.

ENTWICKLUNGSAUSSCHUSS / Handel offenhalten

Keine neue Superorganisation

H.-A. SIEBERT, Washington

Die Beratungen des Entwicklungsausschusses des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank in Washington haben Klarheit in einer wichtigen Frage gebracht: Völlig unrealistisch ist die Vorstellung, die Verschuldungskrise könnte durch die Gründung einer neuen multilateralen Organisation gelöst werden, die über viele Jahrzehnte die Auslandskredite der Dritten Welt umschuldet.

Gegen eine solche Institution haben, und das ist bemerkenswert, sich die führenden Entwicklungsländer selbst ausgesprochen. So erklärte der Ausschußvorsitzende, der pakistanische Finanz- und Planungsminister Ghulam Ishaq Khan, es sei unmöglich, eine Organisation zu schaffen, die über so viele Mittel verfüge, daß sie einen Schuldenberg in Höhe von 700 Milliarden Dollar (rund 1,72 Billionen Mark) bewältigen könne.

Eine solche Idee sei aber auch deshalb unsinnig, weil es eine umfassende Makrolösung niemals geben könne. Bei der Verschuldung handele es sich um spezifische Probleme, die sich nur fallweise korrigieren ließen.

Aufgefordert hat der Ausschuß den IWF und die Weltbank, zusammen mit dem Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (Gatt) in Genf Vorkehrungen zu treffen, um den internationalen Handel offenzuhalten und den wachsenden protektionistischen Druck abzufangen. Er appellierte an die Industriestaaten, ihre Märkte weiter zu öffnen.

Molzahn neuer Finanzchef bei AEG

VWD, Frankfurt

Bei AEG-Telefunken ist jetzt der seit längerem vakante Posten des Finanzvorstands neu besetzt worden. Der AEG-Aufsichtsrat hat Rudolf Molzahn (41), der seit 18 Jahren auf verschiedenen Positionen im Finanzbereich des Konzerns tätig ist, zum 1. Mai zum stellvertretenden Vorstandsmitglied, zuständig für Finanzen, berufen. Außerdem wurde der AEG-Chefsyndikus Dr. Wolfgang Scholz zum Generalbevollmächtigten des Unternehmens bestellt.

Der Hauptversammlung am 23. Juni wird vorgeschlagen, für die Anteilseignerseite Helmut Eberspächer (Eberspächer-Gruppe), Dr. Jochen Holzer (Bayernwerk AG) und Dr. Karl-August Zimmermann (Thyssen AG) neu in den Aufsichtsrat zu wählen.

DE BEERS / Nach enttäuschendem Jahr:

Diamantenmarkt belebt sich

LEO FISCHER, Bonn

Mit Optimismus betrachtet H. F. Oppenheimer, der Chairman des südafrikanischen Diamantenkonzerns De Beers, die Zukunft auf dem Diamantenmarkt. Zwar sei die Nachfrage nach größeren und hochwertigeren Steinen unverändert schwach, aber ein wirtschaftlicher Aufschwung, besonders in den USA, werde die Nachfrage nach diesen Steinen steigen lassen. Es sei allerdings unrealistisch anzunehmen, daß die Rezession von einem plötzlichen Boom abgelöst werde.

Das Jahr 1982 brachte für De Beers und für die gesamte Diamantenindustrie ein enttäuschendes Ergebnis. Einschließlich einbehaltener Gewinne aus Beteiligungen erzielte De Beers einen Gewinn von 442,5 Mill. Rand (rund eine Milliarde Mark), 30 Prozent weniger als im Vorjahr. Für 1982 wurde eine Gesamtdividende von 37,5 Cents pro Aktie (Vorjahr 50) beschlossen.

Die Umsätze der Central Selling Organisation (CSO), der Verkaufsorganisation von De Beers, die 80 Prozent der weltweit geförderten Diamanten vermarktet, setzte im letzten Jahr 215 Mill. Dollar, 15 Prozent weniger als im Jahr zuvor ab. Aber bereits im zweiten Halbjahr 1982 zogen die Umsätze wieder etwas an. Im bisherigen Jahresverlauf sind die Umsätze wiederum höher als im zweiten Halbjahr 1982. Ende März dieses Jahres erhöhte die CSO die Preise für bestimmte Qualitätskategorien um durchschnittlich 3,5 Prozent.

NAMEN

Hans-Joachim Krantz, Direktor des Verwaltungsbezirks Nürnberg von Telefonbau und Normalzeit, wird am 3. Mai 65 Jahre alt.

Harry Bartsch, Vorstandsvorsitzender der Gothaer Lebensversicherung AG und der Gothaer Allgemeine Versicherung AG, Göttingen, feiert am 3. Mai den 60. Geburtstag.

Dr. Volker Schäfer, bisher Werksdirektor der Kali + Salz AG, Kassel, wird zum 1. Mai in den Vorstand der BASF-Tochter Wintershall AG, Kassel, berufen.

Ernst Haferkamp (66), Leiter des Zentraleinkaufs der Unternehmensgruppe Tengelmann, feierte das 50jährige Dienstjubiläum.

Günter Kurz, bisher Geschäftsführer der Kienzle Datensysteme GmbH, Stuttgart, hat am 1. Mai die Geschäftsleitung der Ampex Europa GmbH, Frankfurt, übernommen. Er ist Nachfolger von **Elmar H. Sadeler**, der in den Ruhestand tritt.

HONGKONG

Alle Bewohner von Hongkong wissen, daß sich der Status ihrer Stadt im Jahre 1997 ändern wird, wenn der britische Pachtvertrag mit China abläuft. Doch man glaubt an eine Zukunft im nächsten Jahrtausend, denn auch China hat von Hongkong großen, wenn nicht sogar lebenswichtigen Nutzen. So wird über die Stunde X viel diskutiert, doch die Geschäftigkeit leidet darunter nicht. Der Lebensmut ist ungebrochen.

Mag die Zeit nur geborgt sein, fünfeinhalb Millionen nutzen sie nach Kräften

Von FRED DE LA TROBE

Fünfeinhalb Millionen in Freiheit *lebender Chinesen stehen seit* letztem Jahr im Zeichen der Furcht vor der Stunde X, in der die kommunistische Flut über ihnen zusammenbrechen könnte. Am 30. Juni 1997 läuft der britische Pachtvertrag mit China über den größten Teil der Kronkolonie Hongkong aus.

Als die Machthaber in Beijing Mitte vergangenen Jahres beschieden, daß das ganze Gebiet in 14 Jahren an China zurückfallen werde, *wurden die Uhren Hongkongs* auf das düstere Zukunftsjahr gestellt. Während des Besuchs der britischen Ministerpräsidenti Thatcher im vergangenen September bestätigten die Chinesen ausdrücklich ihre harte Position.

Vorher hatten noch die meisten Bürger in der tausend Quadratkilometer großen britischen Enklave gehofft, der Staus quo für Hongkong werde weit in die zweitausender Jahre fortdauern. Manche Wirtschaftskrisen und Börsenstürze hat die Kronkolonie schon unbeschadet überstanden. Doch diesmal *ist allen klar, daß es sich in der* Stunde X um keinen Spaziergang handeln wird. Die Nachbeben der chineschen Schreckensnachricht vom letzten Jahr sind in Hongkong überall zu spüren. Kein Gespräch, das nicht die Frage berührt, wie das Leben unter der roten Fünfsternenfahne Chinas aussehen könnte.

Die Verträge, mit denen Ende letzten Jahrhunderts China Hongkong an Großbritannien teils ganz abgetreten, teils für 99 Jahre verpachtet hatte, erkennt Beijing nicht mehr an. Allerdings ist der *wirtschaftliche Nutzen der Kron*kolonie für die Chinesen beträchtlich: Sie beziehen reichlich ein Drittel ihrer Deviseneinnahmen aus der britischen Enklave. Außerdem haben sie dort an die 5 Milliarden Mark in Grundbesitz, Banken, Handelsfirmen, Warenhäuser und Reisegesellschaften investiert.

Besteht Beijing *auf der Rückgabe?*

Dennoch sieht es jetzt so aus, als ob die Führung in Beijing auf der Rückgabe des Gebiets bestehen wird. Innenpolitische Gründe – um den radikalen Strömungen den Wind aus den Segeln zu nehmen – und das hartnäckige Bestehen auf der Heimkehr Taiwans ins Reich erscheinen wichtiger als die nicht unbedeutenden Wirtschaftsinteressen. *Andererseits ist in Hong*kong auch die Meinung zu hören, daß gerade wegen Taiwan – um den *Anschluß der Insel* an China schmackhafter erscheinen zu lassen – die Kronkolonie chinesische Privilegien und Garantien erhalten wird, die das kapitalistische System mit einigen Einschränkungen erhalten werden.

Dem steht die Erklärung von *Liao Chengzhi, dem stellvertreten*den Vorsitzenden im Ständigen Ausschuß des Volkskongresses, gegenüber, daß nach der Rückkehr Hongkongs zu China „ungesunde Spekulationen in diesem Gebiet unterbunden werden". Auch sind die häufigen Kurswechsel der chinesischen Führung seit 1949 noch nicht vergessen, die einen Sonderstatus für Hongkong rasch beseitigen könnten.

Eine Umfrage unter der Bevölke*rung der Kronkolonie Ende* vergangenen Jahres ergab, daß neun Zehntel nicht unter kommunisti*scher Herrschaft leben wollen und* den Status quo bevorzugen. Seit 1945 sind mehr als zwei Millionen Chinesen aus der Volksrepublik in die britische Enklave geflohen – teilweise unter Lebensgefahr.

Ein zäher Geschäftsgeist

Das Gebiet ist ein Schaufenster des Kapitalismus in Asien, es ist stolz auf sein freies Unternehmertum und auf den Fleiß seiner rührigen Geschäftsleute und Arbeiter. Hongkong zählt zu den zwanzig größten Exportländern der Welt und besitzt einen der größten und freiesten Häfen auf dem Globus. Seine 50 000 Fabriken stellen eine *weite Palette von Produkten her* – von Textilien über Werkzeugmaschinen bis zu Heimcomputern. Die Kronkolonie ist der größte Exporteur von Bekleidung, Spielwaren und Uhren der Welt. In den drei Jahren vor 1982 erzielte sie eine jährliche Wachstumsrate der Wirtschaft von 11 bis 12 Prozent.

Der 1997-Schock vom vergangenen Jahr führte zunächst zu Kursstürzen an der lokalen Börse und beim Hongkong-Dollar. Der Hang-*Seng-Index, der Anfang Juni* 1982 noch bei 1404 stand, fiel zeitweise unter die Tausender-Marke, steht inzwischen aber wieder bei 1042. Damit zeichnet sich trotz der ungewissen Zukunft doch auch ein zäher Geschäftsgeist und zumindest einiges Vertrauen auf die kurzfristige Entwicklung ab. Die Parität des Hongkong-Dollars zum US-Dollar sank von 5,82 Anfang Juni 1982 auf jetzt 6,40.

Die Fragezeichen über der Zeit nach 1997 haben auch den Grundstücksboom in der Kronkolonie, der allerdings schon Anfang letzten Jahres *Überhitzungssymptome* signalisierte, zusammenbrechen lassen. Die Bauindustrie geriet in die Krise, zahlreiche Vorhaben wurden abgebrochen, Bauruinen verunzieren die Stadtlandschaft. Nahezu 80 000 Wohnungen stehen leer, die Mietpreise sanken durchschnittlich um ein Drittel.

Seit der Schreckensnachricht aus Beijing im letzten Jahr ist auch immer mehr *Kapital aus Hong*kong abgeflossen. Nach Schätzungen der Banken sind es inzwischen etwa 70 Milliarden Mark, die auf Bankkonten in sichere westliche Länder transferiert wurden.

In der Folge der weltweiten Rezession, des zusammenbrechenden Grundstücksbooms und des 1997-Schocks aus Beijing erreichte das reale Wachstum der Wirtschaft 1982 nur noch 2,4 Prozent. Im Jahr vorher waren es noch stürmische *11 Prozent gewesen. Indikatoren* des verlangsamten Tempos 1982 waren die Abnahme der Anlageninvestitionen um 0,2 Prozent und der Rückgang des privaten Wohnungsbaus um 1 Prozent.

Dafür kam die Teuerungsrate nur noch auf 10,6 Prozent gegenüber 15,4 Prozent 1981. Auch die Bruttolöhne erhöhten sich angesichts steigender Arbeitslosigkeit in der Fertigungsindustrie mit einer Znahme von 10 Prozent gegen*über 16 Prozent im Jahr davor* weniger rasch. Bei einem jährlichen Zuwachs der Arbeitsbevölkerung Hongkongs von 2,5 Prozent ist der Druck auf den Arbeitsmarkt beträchtlich gewachsen.

Die Exporte Hongkongs sanken 1982 um 1,7 Prozent nach einer Zunahme von 13 Prozent im Jahr vorher. Da die Importe jedoch mit einer Abnahme von 2,7 Prozent noch stärker abnahmen, verringerte sich der Passivsaldo der Han*delsbilanz. Der starke Kapitalab*fluß brachte die Zahlungsbilanz in die roten Zahlen. Für dieses Jahr rechnet die britische Verwaltung mit einem Steigen der Ausfuhren von 7 Prozent, die vor allem auf größere Lieferungen in die Vereinigten Staaten zurückzuführen sein werden. Das reale Wachstum der Wirtschaft wird diesen Erwartungen zufolge auf etwa 4 Prozent kommen.

Reales Wachstum von vier Prozent

Als bedeutendste ostasiatische Finanzdrehscheibe spielt Hongkong nach der Zahl der zugelassenen Banken und dem Volumen der Kreditströme noch immer eine überragende Rolle. 125 Banken mit über tausend Filialen sind in der Kronkolonie zugelassen. Davon sind aus dem Ausland 43 große international aktive Institute zugezogen. Daneben gibt es auch 354 Depositenanstalten, von denen sechs im vergangenen Jahr in Konkurs gingen.

In der Folge des Zusammenbruchs des Immobilienbooms und der wirtschaftlichen Flaute stellte sich heraus, daß sich viele dieser Anstalten, aber auch einige Banken übernommen hatten. Kenner der Bankenszene in Hongkong bemängeln, daß die Aufsicht der britischen Verwaltung über das Kreditgeschäft bisher zu lückenhaft war.



Auch diese Straße ist, wie Richard Hughes es nannte, ein „geborgter Platz", aber die Vitalität ist ureigen.
Foto: Manfred Grohe

In puncto Erfindungsgabe und Fleiß Deutschlands fernöstliches Pendant

Obwohl Hongkong und die Bundesrepublik Deutschland geographisch weit voneinander getrennt und von sehr unterschiedlicher Größe sind, gehören beide heute zu den wichtigsten Handelsnationen der Welt.

Das „Wirtschaftswunder" der Bundesrepublik Deutschland hat ein fernöstliches Pendant in Hongkong: *Auch dort hat man nach 1945* durch den Fleiß, die Erfindungsgabe und die Innovationskraft der *Bevölkerung und der Unterneh*mer den wirtschaftlichen Aufschwung geschafft. Beide sind stark abhängig vom Import von Rohstoffen und vom Export ihrer Fertigwaren und gehören deshalb in dieser Zeit protektionistischer Tendenzen zu den Verfechtern des freien Welthandels.

Die Bundesrepublik ist für Hongkong von erheblicher wirtschaftlicher Bedeutung. Nach den Vereinigten Staaten und Großbritannien ist Deutschland Hongkongs drittwichtigster Markt, der jährlich zwischen 8 bis 10 Prozent aller Hongkonger Exporte aufnimmt. 1982 behauptete Hongkong seine Stellung an zwanzigster Stelle in der Rangordnung unserer Lieferanten. Im Gesamtumsatz ist Hongkong mit seinen nur 5,6 Mio. Menschen nach Japan nach wie vor der zweitwichtigste deutsche Handelspartner in Ostasien mit einem Gesamtumsatz von (1982) ca. 4,3 Milliarden Mark. Dabei ist die Handelsbilanz für die Bundesrepublik seit Jahren defizitär; auch 1982 erwirtschaftete Hongkong einen Überschuß von über 1 Milliarde Mark.

In den vergangenen beiden Jahren waren die Importe aus Hongkong *stagnierend* und erreichten nicht mehr die Steigerungsraten der früheren Jahre. Die weltweite Rezession und die zurückhaltende Konsumneigung beeinflußten die Nachfrage nach den typischen Konsumgütern aus Hongkong. Hongkongs Exporte in die Bundesrepublik Deutschland bestehen in erster Linie aus Bekleidung, Unter*haltungselektronik, Uhren, Kame*ras, Spielzeugen, Reisebedarfs- und Geschenkartikeln sowie Pelzen und Schmuck.

Die Hongkonger Unternehmer haben sich mit Einfühlungsvermögen und großer Umstellungsfähigkeit auf den deutschen Markt eingestellt; alle deutschen Waren- und Versandhäuser lassen heute in Hongkong in großem Umfang fertigen und füllen damit ihre Regale und die Kataloge. Eine halbstaatliche Exportförderungsorganisation, der „Hongkong Trade Development Council", unterhält heute *zwei Büros in Frankfurt und Ham*burg und vertritt Hongkongs Exportbelange sehr effizient auf allen wichtigen internationalen Messen in Deutschland, die in Hongkong als die besten der Welt bezeichnet werden. So erreicht Hongkong bei uns nicht nur deutsche, sondern auch internationale Kunden.

Die deutschen Exporte nach Hongkong hatten in den letzten beiden Jahren bessere Steigerungsraten zu verzeichnen als unsere *Importe von dort. 1982 wur*den Waren im Werte von ca. 1,5 Milliarden Mark nach Hongkong exportiert. Wir liegen allerdings nur an achter Stelle der Lieferanten Hongkongs, hinter den dominierenden Lieferanten China, Japan und USA. Unsere Exporte nach Hongkong bestehen in erster Linie aus Chemikalien, Maschinen und Anlagen (insbesondere zur Textil- und Lederverarbeitung), optischen und feinmechanischen Geräten, Textilgarnen, Telekommunikationsausrüstungen, Medizintechnologie sowie aus Kraftfahrzeugen und Konsumgütern der Luxusklasse.

In Hongkong residieren 2300 Deutsche, die damit nach den Engländern die zweitgrößte westeuropäische Gruppierung stellen. Es gibt über 225 deutsche Firmen in Hongkong. Die meisten Firmen fal*len in die Kategorie der Import*-Export-Handelshäuser, aber alle wichtigen deutschen Banken, Speditionsunternehmen, Chemie- und Stahlfirmen, Versand- und Warenhäuser, die Schiffahrtslinien und die Lufthansa sind in Hongkong vertreten.

Die meisten dieser Firmen haben *Hongkong nicht nur wegen seiner* Standortvorteile im China-Geschäft gewählt, sondern bearbeiten von dort aus den gesamten fernöstlichen Markt. Sie schätzen Hongkongs effiziente Dienstleistungen (drittgrößter Containerhafen der Welt, Flug- und Luftfracht-Knotenpunkt, drittgrößtes Finanzzentrum der Welt) und die von der dortigen *Regierung gesetzten* wirtschaftlichen Rahmenbedingungen (geringere Regierungseingriffe und Auflagen gegenüber den Unternehmern, keinerlei Devisenkontrollen, geringe Besteuerung). In Hongkong gibt es ein Generalkonsulat der Bundesrepublik Deutschland und einen Korrespondenten der Bundesstelle für Außenhandelsinformationen; eine deutsche Auslands-Handelskammer besteht nicht.

Im Verhältnis zur Bedeutung der *Bundesrepublik* als Hongkongs Handelspartner sind die deutschen Investitionen in Hongkong relativ unbedeutend. Insgesamt gibt es in der verarbeitenden Industrie 24 deutsche Unternehmen, 12 davon sind Joint Ventures mit Hongkonger Partnern. Schwerpunkte der Investitionen sind die Sektoren Bekleidung und Elektronik. Offizielle Hongkonger Angaben beziffern den Wert der deutschen Investitionen in der verarbeitenden In*dustrie mit etwa 16 Mio. Mark,* das ist ein Anteil von 0,5 Prozent an den gesamten ausländischen Investitionen in der Stadt. *Inoffiziell* dürften die seit 1953 kumulierten deutschen Investitionen in allen Wirtschaftsbereichen jedoch heute ca. 300 Mio. Mark ausmachen. Die Hongkonger Regierung ist stark an weiteren deutschen Investitionen interessiert und hat deshalb im Oktober 1982 in Stuttgart ein Investitionsförderungsbüro eröffnet.

Auch für die deutschen Touristen ist Hongkong nach wie vor von großer Anziehungskraft. Unter den 2,7 Mio. Besuchern, die hier jährlich eintreffen, befinden sich über 60 000 Deutsche. Der Ruf *Hongkongs als billiges Einkaufs*paradies trifft allerdings nur noch in sehr ausgewählten, kleineren Bereichen zu; ein genau kalkulierender Käufer könnte manches in Deutschland zum gleichen Preis, wenn nicht sogar billiger erhalten. Allerdings ist die Fülle des Warenangebots nach wie vor unüberboten, denn Hongkong ist der größte Supermarkt der Welt. E. S.

SCHIFFAHRT / Yue-Kong Paos Reich

„Schneller Profit vertreibt die Vernunft" – also Geduld

Obwohl die britische Kronkolonie Hongkong über kein eigenes Schiffsregister verfügt, fahren 1557 Schiffe mit über 57 Millionen Tonnen Tragfähigkeit für Reeder, deren Hauptwohnsitz in Hongkong ist. Sie haben ihre Schiffe in 17 Ländern der Erde registrieren lassen, in der Hauptsache in Liberia (623), Panama (562) und dem „Mutterland" Großbritannien (118). Aber auch Flaggen von Dänemark (17), Holland (79), Saudi-Arabien (6) und dem Scheichtum Sharjah (23) zieren das Heck der Stückgutfrachter, Containerschiffe und Tanker, die rund um den Globus auf allen Weltmeeren für Hongkong-Rechnung im Einsatz sind.

Rund 200 Schiffe dieser Riesenflotte gehören dem mächtigsten und einflußreichsten Reeder in der Kronkolonie, Yue-Kong Pao. Er ist Chairman der „World Wide Group Pao". Sein Lieblingssprichwort lautet: „Li Ling shi hun", was soviel bedeutet wie: „Schneller Profit vertreibt die Vernunft." Die Flotte dieses Privatreeders ist wohl die größte (private) der Welt. Der 63jährige sieht seinen Aufstieg vom Flüchtling aus Shanghai zum ersten Tycoon in Hongkong als Ergebnis und Glück an – vor allem aber von Arbeit.

Y.-K. Pao besitzt persönlich etwa 50 Prozent seines Imperiums. Er baute es zusammen mit der „Hongkong and Shanghai Bank" auf.

Sein größter „Konkurrent" ist C. Y. Tung und seine gleichnamige Reedergruppe. Diese ist eine reine Familiengruppe und unterhält weltweit Fracht- und Passagierdienste mit zur Zeit 160 Schiffen.

Tungs Idee von der Universität zur See

Tung hatte einst die Idee, eine völkerverbindende schwimmende Universität in Hongkong aufzubauen. Dafür kaufte er den alten Luxusliner „Queen Elizabeth I.". Kurz vor Inbetriebnahme der Universität brannte das Schiff aus.

C. Y. Tung starb im April 1982 im Alter von 71 Jahren. Er hinterließ eines der weltweit größten Schiffahrtsunternehmen. Die Flotte umfaßt rund 150 Schiffe (Tanker, Bulker, Gascarrier, Stückgut- und Containerschiffe) im Wert von rund 2,5 Milliarden Mark.

Neuer Chef des Imperiums ist der Sohn des Gründers, C. H. Tung. Sein Ziel ist es, neue Kontakte zur Volksrepublik China zu knüpfen. Außerdem will er verstärkt im Off-shore-Geschäft tätig werden. Tung jun. besitzt die Staatsbürgerschaft von Hongkong, sein Bruder C. C., der ebenfalls in der Geschäftsführung sitzt, die der USA. Von daher wird es einfacher sein, Kontakte zum großen Nachbarn China aufzunehmen.

Die beiden mächtigsten Konkurrenten dieser beiden ganz „großen" Reedereien sind die Reedereigruppe Wah-Kwong & Co. mit 30 und die „Carrian Investment" mit 63 Schiffen.

Alle Reedereien in Hongkong wetteiferten noch 1980 um Platz eins in der Rangfolge, gemessen an der Zahl der Schiffe und der Neubauten, die bestellt waren und angekündigt wurden.

So bestellten die Reeder in Hongkong 1980 in aller Welt 63 Schiffe. Die Schiffahrtskrise weltweit mit niedrigen Frachtraten und wenigen aufgelegten Schiffen zwang auch die Hongkong-Reeder nur ein Jahr später zum Umdenken. Im Mai 1982 wurden Aufträge zurückgezogen: Nachdem die Pao-Gruppe ihren Auftrag über vier Tanker bei einer polnischen Werft storniert hatte, folgten Wah-Kwong mit der Abbestellung von zwei Frachtern und die Island Nav. Corp. (Tung-Gruppe) ebenfalls von zwei Schiffen.

Seit 1841, als Hongkong Mitglied des britischen Empire wurde, hat die Kronkolonie auf ein eigenes Schiffsregister verzichtet. Reeder Pao hat zwar mehrfach in den letzten Jahren Versuche gestartet, dieses einzuführen. Aber bislang konnten sich seine Konkurrenten immer wieder gegen entsprechende Pläne wehren. Sie würden den Hongkong-Reedern auch nicht mehr die Freiheit in der Auswahl der Flagge und damit der Sicherheits- und Bemannungsverordnungen geben, die sie heute haben.

Wie schnell sich die Schiffahrt in Hongkong in den letzten Jahrzehnten entwickelte, zeigt die Geschichte des Reederverbandes. Vor knapp 25 Jahren gegründet, zählt er heute zu den mächtigsten Organisationen in Hongkong und in der Welt der Schiffahrt.

Neben den Reedern sind die Schiffsmakler ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in der Kronkolonie. Noch 1950 zählte die gesamte Kolonie nur sechs Schiffsmakler, heute ist es ein Heer von mehreren tausend geworden.

Ohne Seeleute gäbe es keine Schiffahrt. So wurde in Hongkong schon sehr früh das „Hongkong Seaman's Recruiting Office" aufgebaut. Es hat eine besondere Bedeutung, denn über dieses Büro werden rund 18 000 Seeleute aus der Kolonie jährlich auf Schiffe in aller Welt vermittelt.

Der unglaubliche Aufstieg Hongkongs zu einer „Schiffahrtsnation" und der Boom der Reeder begann vor 30 Jahren mit dem Aufstieg Japans zu einer der führenden Wirtschaftsmächte in der Welt. Japan brauchte Schiffe, um die Rohstoffe importieren zu können. Aufgrund der Nachkriegssituation war Hongkong ein idealer Chartermarkt. Hongkong bot niedrige Steuern, Schiffe in reicher Zahl und ein günstiges Wirtschaftsklima. Der Aufstieg Hongkongs war vorprogrammiert und ist bis heute nicht gestoppt worden.

Programmierter Aufstieg

Parallel zum Aufbau der Flotte wurde die Modernisierung und Umstrukturierung der Häfen zu modernen Containerhäfen vorangetrieben. Nach New York und Rotterdam besitzt die Kronkolonie heute den größten Containerhafen der Welt. Im letzten Jahr wurden rund 1,5 Millionen Stück umgeschlagen, das sind dreimal soviel wie in Hamburg.

Immer neue Lagerflächen werden in der Kolonie erschlossen: so im Nordosten bei Lantoo Island und im Westen in den New Territories.

Der Hafen Hongkong hat nicht nur als Drehscheibe im West-Ost-Verkehr eine große Bedeutung, er ist auch immens wichtig für den Handelsverkehr Chinas mit der übrigen Welt. Weil die (rot-)chinesischen Häfen für den modernen Containerverkehr nicht gerüstet sind, wird ein Großteil des Handelsaustausches über den Hafen der Kolonie abgewickelt.

Davon profitieren auch die vielen Werften in Hongkong, die sich auf Reparaturaufträge für Schiffe jeder Art spezialisiert haben.

HEIN TIMMERMANN

Auf einen Blick

FLÄCHE
Die britische Kronkolonie umfaßt die Inseln Hongkong, Lantao und die Halbinsel Kowloon mit einem Teil des Hinterlandes. Gesamtfläche: 1045 qkm.

EINWOHNER
ca. 5,1 Millionen.

BEVÖLKERUNG
ca. 98,5 Prozent Chinesen, der Rest vorwiegend Europäer.

RELIGION
Buddhismus und Taoismus sind die Hauptreligionen. Der Anteil der christlichen Kirchen ist auf 450 000 angewachsen. Moslems und Hindus jeweils 10 000.

WIRTSCHAFT ALLGEMEIN
Der Stadtstaat hatte als Wirtschafts-, Handels- und Finanzzentrum jahrzehntelang eine starke wirtschaftliche Expansion aufzuweisen. Die Basis für diesen heute beeinträchtigten Aufschwung sind eine liberale Wirtschaftspolitik, niedrige Steuern, stabile soziale Verhältnisse, ein leistungsfähiger Hafen, ausreichende Flugverkehrskapazitäten und eine überaus gewinn- und exportorientierte verarbeitende Industrie. Stärkster Industriezweig ist die Textilindustrie mit 46 Prozent Anteil am Export.

WICHTIGE ADRESSEN IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
Königlich Britische Botschaft, Friedrich-Ebert-Allee 77, 5300 Bonn 1, Tel.: 02 28 / 23 40 61.
Hong Kong Trade Development Council in: Ulmenstraße 49, 6000 Frankfurt, Tel.: 06 11 / 72 16 55, Hansastraße 1, 2000 Hamburg 13, Tel.: 0 40 / 41 74 22.
Hong Kong Tourist Association, Wiesenau 1, 6000 Frankfurt, Tel.: 06 11 / 72 28 41.
Hong Kong Industrial Promotion Office, Königstraße 43B, 7000 Stuttgart 1, Tel.: 07 11 / 22 13 25.

IN HONGKONG
Generalkonsulat der Bundesrepublik Deutschland, Realty-Building, 12th Floor, 71 Des Voeux Road, Hong Kong, Tel.: 5 22 10 31.
Hong Kong Tourist Association, P. O. Box 2597, Hong Kong, Tel.: 5 24 41 91.
Lufthansa, 1210/1211 Realty Building 71, Des Voeux Road, Hong Kong, Tel.: 5 22 51 01.

TIPS FÜR REISENDE
Hongkong hat subtropisches Monsunklima, mit einem kalten und trockenen Winter. Die Sommer sind heiß und schwül (Temperaturen bis 33 Grad C, bis zu 90 Prozent Luftfeuchtigkeit). In den Monaten April bis September fallen 90 Prozent der Jahresniederschläge. Beste Reisezeit sind Oktober und November, die meist trocken und sonnig sind.

ZEITVERSCHIEBUNG
MEZ plus sieben Stunden. 12 Uhr Bonn entspricht 19 Uhr in Hongkong.

EINREISE
Gültiger Reisepaß bei Aufenthalt bis zu einem Monat.

ZOLL
Gegenstände des persönlichen Gebrauchs dürfen zollfrei ein- und ausgeführt werden.

PROGRAMM FÜR EIN PAAR TAGE / Vor allem Einkaufen

Im großartigsten Chaos der asiatischen Welt

Wer erwartet hatte, das immer näher rückende magische Datum 1997 würde Hongkong (zu deutsch „duftender Hafen") in seiner Dynamik lähmen, sieht sich getäuscht. Der Lebenswille dieser brodelnden Metropole ist ungebrochen. Auf schwankenden Bambusgerüsten entstehende, in den Himmel ragende Gebäude werden wie von Zauberhand über Nacht fertiggestellt, und immer neue elegante Shopping-Centers sprießen in allen Teilen des Territoriums aus dem Boden.

Obgleich die Preise auch hier angezogen haben, ist und bleibt Hongkong ein Einkaufsparadies par excellence. Wo sah man je eine solche Auswahl an Uhren, Kameras und Taschenrechnern? Auch Jade, der „himmlische" Stein der Chinesen, erfreut sich großer Beliebtheit bei den Touristen.

Westliche Auguren, die Hongkong einen starken Einbruch im Fremdenverkehr prophezeiten, haben mit ihren düsteren Prognosen nicht recht behalten: 1982 erhöhte sich die Zahl der Touristen gegenüber dem Vorjahr um nahezu 3 Prozent auf über 2,6 Mio.

Und der Trend hält an. Die Hong Kong Tourist Association blickt mit einigem Optimismus in die Zukunft. Das Hotelangebot ist breit gefächert und befriedigt selbst höchste Ansprüche. Das unlängst erbaute „Shangri-La" in Kowloon sowie das traditionelle „Hilton" auf der Hongkong-Seite, um nur zwei von vielen guten Häusern zu nennen, sind bekannt für gepflegte Atmosphäre und erstklassigen Service rund um die Uhr. Manche Hotels bieten außerhalb der Saison (schwache Monate Jan./Febr. und Juli/Aug.) Nachlässe von bis zu 60 Prozent an.

Wer seine Kauforgien und Besuche bei Schneidern, die u. a Kleider und Hemden aus reiner Seide schnell und günstig nach Maß anfertigen, abgeschlossen hat, sollte sich ganz dem exotischen Reiz Hongkongs hingeben. In den Chinesenvierteln mit ihren bunten Läden und Ständen herrscht 24 Stunden lang reger Betrieb. Auch mitten in der Nacht kann sich der Fremde hier völlig gefahrlos bewegen. Von außen eher schäbig anmutende Restaurants entpuppen sich zuweilen als Tempel kulinarischer Genüsse.

Ein Abendessen im Hafen von Aberdeen auf einem der grell erleuchteten schwimmenden Restaurants gehört ebenso ins Programm wie der Ausflug auf eine der umliegenden Inseln. Cheung Chau bietet außer einem herrlichen Badestrand eine Reihe vorzüglicher Gaststätten mit Fischspezialitäten, und auf Lantau lohnt das inmitten üppiger tropischer Vegetation gelegene Trappistenkloster einen Besuch.

Ein Faszinosum ist Kowloons „Poor Man's Nightclub", wo der Zahnarzt auf der Straße praktiziert, Schlangen vor den Augen der Gäste gehäutet und zur von Gourmets so geschätzten Snake Soup verarbeitet werden, während gegenüber Sänger in farbenprächtigen Kostümen eine Pekingoper zelebrieren.

Wong Tai-Sin, der größte und reichste taoistische Tempel der Region, ist ein von der einheimischen Bevölkerung stark frequentierter Wallfahrtsort. Hier werden Lackenten und goldbraune Spanferkel den Göttern als Opfergaben dargebracht, Räucherstäbchen abgebrannt und weise Männer nach der Zukunft befragt.

Vom höchstgelegenen Restaurant, dem „Revolving 66" im Stadtteil Wanchai – so benannt, weil es sich in 66 Minuten einmal um die eigene Achse dreht – genießt man einen atemberaubenden Blick auf das wohl „großartigste Chaos" der Welt mit seinem nimmermüden Hafen und verstopften Straßen, in denen der Verkehr wie durch ein Wunder doch immer weiterfließt.

Wie würde wohl Lord Palmerston, Außenminister Ihrer Majestät Königin Victoria von England, heute angesichts dieses lärmenden, hoffnungslos übervölkerten Hongkong staunen, das er 1841 verächtlich als einen „wertlosen Felsen, auf dem kein Haus steht", beschrieb?

UTA BÜHR



VERKEHR / Transit Railway

Der ganze Stolz der städtischen Planer

Die einen behaupten, es gebe zu viele Autos auf den Straßen; die anderen meinen, es gebe zu wenig Straßen für die Autos – jedenfalls ist das Verkehrschaos zur Rush Hour in Hongkong ein täglicher Test für die orientalische Gelassenheit seiner Einwohner.

Wer es eilig hat, kommt dann mit den zwar langsamen, aber von anderen Verkehrsteilnehmern nicht behinderten Straßenbahnen vielleicht am schnellsten voran. Diese Trams verkehren noch auf ihren alten Strecken, zuckelnd und ratternd.

Bald werden sie achtzig Jahre alt. Sie sind längst museums-, wenn nicht schrottreif. Gegen die Einstellung der Straßenbahnen spricht nicht nur ihr niedriger Tarif (etwa 20 Pf). Eine Fahrt mit der Tram gehört wie eine Hafenrundfahrt zu den schönsten Pflichtübungen der Touristen in Hongkong.

Die unterirdische Konkurrenz für das nostalgische Beförderungsmittel wird freilich immer größer: Nun wird auch auf der Victoria-Insel entlang der Hafenseite eine Linie der Mass Transit Railway gebaut.

Kaum ein Ballungszentrum der Erde hat ein besseres und vielfältigeres Verkehrsnetz aufzuweisen als die britische Kronkolonie. Taxis warten an jeder Straßenecke – es sei denn, es war gerade Büroschluß und der Monsunregen hört nicht auf.

Außer Taxis, Tram, U-Bahn, Vorortzüge und Fähren können die Hongkonger die traditionelle Rikscha, moderne Luftkissenboote, Zahnradbahnen und sogar Helikopter für ihre Wege zur Arbeitsstätte und nach Hause benutzen.

Der Stolz der Verkehrsplaner ist freilich die Mass Transit Railway.

Die erste Strecke der MTR wurde 1979 eröffnet. Inzwischen umfaßt diese Linie in Kowloon schon zwei Dutzend Stationen. Die sprunghaft gestiegenen Baukosten und die aus politischen Gründen niedrigen Fahrpreise sorgen für Zündstoff in der lokalen Politik der Kronkolonie.

Am meisten frequentiert werden die Busse, zumeist britische Doppeldecker. Täglich fahren 3,3 Millionen Menschen damit. Es sind mehr als 3000 Busse, 4300 Minibusse, 163 Trams und über 10 000 Taxis im Einsatz.

Die mit Klimaanlagen ausgestatteten Taxis sind in der Schwüle der Sommernacht das angenehmste Verkehrsmittel. Allerdings darf man keine empfindliche Ohren haben; denn die Fahrer lassen ihre Autoradios mit großer Lautstärke dudeln. Ausländer haben es auch schwer, sich den Lenkern in Englisch verständlich zu machen.

Die Star Ferry, die Victoria mit Kowloon verbindet, ist seit der Eröffnung der MTR-Linie unter dem Hafen nicht mehr überfüllt. Ihre zehn Fährschiffe sind wohl die am meisten fotografierten Motive der Touristen. Nahezu hundert Fährschiffe pendeln in weiteren Hafengewässern.

Nach einem harten Arbeitstag – als Geschäftsmann oder als Tourist – ist eine Fahrt zur Insel Cheung Chau bei Sonnenuntergang und einer leichten Brise recht erholsam. Um dem Menschengewühl auf ein paar Stunden zu entkommen, lohnt auch eine Bahnfahrt bis zur Grenze der Volksrepublik China auf der alten Kanton-Strecke.

WALTER SCHRADER

BANKEN UND UNTERNEHMER / Vertrauen in die Zukunft

Zuwachs im Off-shore-Geschäft

In seinem Bericht über das Geschäftsjahr 1981 sagte Vinzenz K. E. Grothgar, Chairman der West LB Asia Limited mit Sitz in Hongkong, er hätte keinen Zweifel an der Zukunft Hongkongs: „Ich habe keinen Zweifel, daß Hongkong weiterhin seiner Gegenwart Ausdruck verleihen wird als eines der wichtigsten Finanzzentren der Welt." Und mit Stolz konnte er ein weiteres Wachstum seiner Gesellschaft, die eine hundertprozentige Tochter der Westdeutschen Landesbank ist, verkünden: „1981 war ein weiteres Jahr bedeutenden Wachstums." Und die Gewinnsteigerung nach Steuerabzug von 41 Prozent im Vergleich zu 1980 auf 22,8 Mio. HK-$ ist Grund genug zur Zufriedenheit.

Rolle wird sich wenig ändern

Die Aktivitäten der WestLB in dieser Region sind nur ein Beispiel, daß Südostasien als eines der wichtigsten Wachstumsgebiete der Welt nach wie vor mit dem Interesse internationaler Banken rechnen kann. Und Hongkong ist dabei bevorzugter Standort.

In Bankkreisen der Stadt ist man auch überzeugt, daß sich an der Rolle Hongkongs wenig ändern wird, selbst wenn Beijing seine politische Präsenz erhöhen sollte. Denn China hat selbst ein vitales Interesse daran, das Angebot der Stadt vor der eigenen Haustür zu nutzen.

So hat die Vereinigte Tanklager und Transportmittel GmbH, Hamburg, ein Unternehmen der Preussag, ein Joint Venture mit der Volksrepublik China vereinbart, an dem die WestLB Asia Ltd. maßgeblich beteiligt ist.

China plant mit Hilfe ausländischer Ölgesellschaften ein umfangreiches Explorationsprogramm im Südchinesischen Meer. Denn seine On-shore-Quellen stagnieren seit Jahren. Die Produktion einiger ist sogar rückläufig.

Gerade bei Off-shore-Vorhaben legen aber die wichtigsten Länder, wie auch Kanada und Brasilien, Wert darauf, beteiligt zu sein. Und das geschieht regelmäßig in der Form von Joint Ventures.

China, das auf Rohöl für die wirtschaftliche Entwicklung dringend angewiesen ist, exploriert seit 1976 mit Hilfe internationaler Konsortien im Golf von Bohai und im Gebiet von Hainan. Nunmehr soll die Suche auf das Südchinesische Meer ausgedehnt werden, wo die Aussichten, fündig zu werden, gut sind. Es haben sich bereits 30 Ölgesellschaften um Konzessionen beworben, mit dem Beginn der Bohrtätigkeit wird in diesem Jahr gerechnet.

Da die VTG in dieser Region langjährige Erfahrung hat, war sie für Peking ein interessanter Partner.

Horst Matthies, Vorsitzender und Geschäftsführer der VTG, berichtete vor einigen Tagen: „In sehr langwierigen und komplizierten Verhandlungen wurde ein chinesisches Joint Venture gegründet, an dem zur Hälfte die Nanhai Shipping Company, Kanton, und die Kai Hoi Shipping Ltd., Hongkong, beteiligt sind. An letzterer wiederum wird sich die VTG mit 25 Prozent beteiligen. Bei den anderen Gesellschaftern handelt es sich um Partner aus Hongkong. Ziel dieses Joint Venture ist es, unsere Schiffe langfristig in China zu beschäftigen und außerdem mit Hilfe unseres Know-how eine Versorgerflotte aufzubauen, die bis zu zehn Schiffe umfaßt."

Natürlich hofft man bei VTG, sich damit eine Tür in das China-Geschäft der Zukunft geöffnet zu haben. Und für dieses Geschäft ist der einzig denkbare Standort Hongkong. Von dieser Einschätzung gehen auch die Banken aus, die solche Geschäfte finanzieren.

So wird Hongkong zusehends auch für Geschäfte über den Bambusvorhang hinweg interessant. An der Rolle als Bankplatz für die westlich orientierten Staaten dieser Region ändert sich nichts. Hier wird allenfalls die Konkurrenz härter.

Doch Hongkong, das drittgrößte internationale Bank- und Finanzzentrum der Welt – nach London und New York –, hat mit seinem vorzüglich ausgebildeten Personal im Dienstleistungssektor einen Vorsprung gegenüber anderen Plätzen, der so schnell – bei allen Anstrengungen – nicht eingeholt werden kann. Der Dienstleistungssektor trägt heute immerhin mit deutlich über 60 Prozent zum Bruttosozialprodukt der Stadt bei.

Mehr Banken als sonstwo

Hongkong hat 125 Banken mit 1350 Büros sowie zahlreiche Vertretungen anderer Banken und Finanzfirmen. Auf einer Pro-Kopf-Basis hat Hongkong mehr Zweigstellen und Vertretungsbüros als jedes andere Territorium der Welt.

Die Gesamtbankeinlagen überstiegen zum Jahre 1982 42 Mrd. Mark. Die Aktiva betrug insgesamt fast 162 Mrd. Mark.

Off-shore-Darlehen machen davon immerhin schon 13 Mrd. Mark aus. Tendenz steigend.

M. M.

INDUSTRIE / Wachstumsbranchen

Mit dem Zusammenbau von Radios fing es an

Anfang der 70er Jahre errang Hongkong den Ruf der Konfektionshauptstadt der Welt. Und heute machen Textilien und Kleidung mehr als 40 Prozent von Hongkongs eigenen Exporten aus. 1981 – trotz der weltweiten Wirtschaftsrezession und starker Konkurrenz von benachbarten Ländern, stiegen die Exporte von Kleidungsstücken um 22 Prozent und erreichten somit 11,09 Mrd. Mark. Basierend auf den Statistiken von 1981 war Hongkong wieder der größte Exporteur von Bekleidung in der Welt, was den Wert betrifft.

Hongkongs Elektronikindustrie hat ebenfalls Riesenschritte nach vorn gemacht. Von einem bescheidenen Anfang mit einer Handvoll Werkstätten, in denen Transistorradios zusammengebaut wurden, hat Hongkong – in wenig mehr als zwei Jahrzehnten – eine Multi-Milliarden-Mark-Elektronikindustrie aufgebaut. Exportverkäufe im Jahre 1981 in Höhe von 6,0 Mrd. Mark machen sie zu Hongkongs zweitgrößtem Devisenbringer und mit über 89 000 Beschäftigten Ende 1981 ist sie Hongkongs zweitgrößter Herstellungssektor.

Die in den letzten Jahren am schnellsten gewachsene Industrie ist jedoch die Uhrenindustrie – besonders bei elektronischen Zeitmessern. Diese Exporte beliefen sich 1981 auf 146 Millionen Stück mit einem Wert von 2,2 Mrd. Mark. Hiermit steht Hongkong an der dritten Stelle der größten Uhrenexporteure der Welt, nach der Schweiz und Japan, was den Wert betrifft, ist aber der größte in bezug auf die Menge.

Hongkongs Kunststoff-Industrie führte zur Herstellung von Puppen, und die Spielwarenindustrie Hongkongs war schnell aufgebaut. Indem parallele Entwicklungen in der Elektronikindustrie genutzt wurden, wurden Spielsachen und Spiele immer technisch ausgereifter. Hongkongs Spielwarenindustrie paßte sich diesem Trend schnell an, mit einem Export von über 2,7 Mrd. Mark im Jahre 1981. Hongkong behauptet seine Position als der größte Spielwaren-Exporteur der Welt, eine Position, die es seit 1972 innehält. Diese Industrie ist Hongkongs viertgrößter Devisenbringer.

Während die Uhrenindustrie sich schnell ausweitete, stieg auch Hongkongs Ruf als Schmuckherstellungs- und Schmuckhandelszentrum. Heute ist Hongkong der drittgrößte Diamanten-Handelsmarkt der Welt, nach New York und Tokio, mit Verkäufen 1981 in Höhe von 782 Mio. Mark, insgesamt 724 518 Karat. Hongkong ist auch das fünftgrößte Diamantenschleifzentrum der Welt. Die Hongkong-Diamanten-Börse, die die erste Börse in Asien sein wird, soll bald eröffnet werden.

rt.



Technische Präzision und Vielseitigkeit sind Trumpf, auch im Schmuckgeschäft.
Foto: Manfred Grohe

WIRTSCHAFT

Leben durch Handel und Wandel und viel Fleiß

Für ein kleines Territorium, das praktisch keine Bodenschätze hat und zum wirtschaftlichen Überleben stark auf seine Exporte angewiesen ist, hat Hongkong während der letzten drei Jahrzehnte ein erstaunliches Wachstum und eine schnelle Entwicklung erlebt.

Seit der Zeit, als Hongkong sich als Umschlagplatz für den Handel von Waren chinesischen Ursprungs etabliert hatte, war es immer abhängig vom Außenhandel, um wirtschaftlich zu überleben. Dann – Anfang der fünfziger Jahre – begann Hongkong, eine eigene verarbeitende Industrie aufzubauen, um an die lebensnotwendigen Devisen zu kommen.

Die Unternehmer Hongkongs begannen mit Textilien und Kunststoffen. Mit den Jahren diversifizierten und steigerten sie ihre Herstellungsfähigkeit, gingen über auf Kleidungsstücke, dann von einfachen Radios auf fortschrittliche Elektronik. Die verarbeitende Industrie wuchs dramatisch, bis sie – heute – das Rückrat der Wirtschaft von Hongkong darstellte.

Heute rangiert Hongkong an 20. Stelle der Handelswirtschaften der Welt und handelt mit über 160 Ländern und Gebieten.

Die Ausweitung von Handel und Industrie führte ganz natürlich zur Entwicklung von wirtschaftlichen, finanziellen und anderen Geschäftsdienstleistungen. Als Ergebnis entstand ein wichtiger Ort für die regionalen Hauptgeschäftsstellen vieler bedeutender internationaler Firmen und Banken, die es zu Asiens führendem internationalen finanziellen und wirtschaftlichen Zentrum machen.

Ende 1981 hatte Hongkong eine arbeitende Bevölkerung von 2,5 Millionen. Etwa 40 Prozent der Arbeitskräfte (ungefähr 900 000 Arbeiter) sind direkt in der verarbeitenden Industrie beschäftigt, in etwa 48 000 Fabriken. Im Jahre 1980 trug die Herstellung etwa 28 Prozent zum Bruttosozialprodukt bei. Während Arbeiter in Fabriken für Bekleidung und Elektronik, Kunststoff und Metallprodukte den größten Teil der Arbeitskräfte ausmachen und voraussichtlich weiterhin vorherrschen werden, werden Industrien mit höheren Technologien entwickelt, besonders in den neuen Industriegebieten, um mehr Arbeit für fachlich besser ausgebildete Leute zur Verfügung zu stellen.

Hongkongs Bruttosozialprodukt betrug 1981 53,3 Mrd. Mark, was einen Realzuwachs von 11 Prozent bedeutet. Sein Pro-Kopf-Bruttosozialprodukt in Höhe von 10 354 Mark war in Asien das höchste nach Japan. Die durchschnittliche reale Zuwachsrate des Bruttosozialprodukts in dem Zeitraum von 1971 bis 1981 betrug 10 Prozent, bemerkenswert selbst im Vergleich zu anderen Wirtschaften in dem schnell wachsenden asiatisch-pazifischen Raum.

Die elfprozentige Zuwachsrate des realen Bruttosozialprodukts im Jahre 1981 kennzeichnete das sechste fortlaufende Jahr eines rapiden Wirtschaftswachstums. Das Wachstum im Jahre 1981 war vorwiegend exportbestimmt. Die reale Wachstumsrate aller Exporte (sowohl eigene als auch Re-Exporte) betrug 13 Prozent. Obwohl eigene Exporte im Laufe des Jahres abnahmen, betrug das reale Wachstum immer noch 8 Prozent.

Ein Zuwachs an Import in Höhe von 12 Prozent real war hauptsächlich auf das starke Wachstum der Re-Exporte und des Eigenverbrauchs von Konsum- und Kapitalgütern zurückzuführen.

Mit Ausnahme eines leichten Rückgangs im Rezessionsjahr 1975 ist Hongkongs Gesamthandel ständig gestiegen. 1981 betrug der Gesamthandel 102 Mrd. Mark, 24 Prozent mehr als 1980.

Hongkongs Geschäftsleute und Industrielle haben ihre Produkte weltweit mit großem Erfolg vertrieben. Durch verbesserte Qualität haben Hongkong-Produkte sich bedeutende Anteile auf dem hochentwickelten amerikanischen und europäischen Markt gesichert. 1981 beliefen sich die eigenen Exporte auf 31,3 Mrd. Mark.

Re-Exporte nahmen noch schneller zu als eigene Exporte, 1981 wurde ein Zuwachs von 39 Prozent verzeichnet.

Da Hongkong praktisch keine eigenen Bodenschätze besitzt, muß das Territorium importieren, um fast seinen gesamten Bedarf an Nahrungsmitteln, Konsumgütern und Brennstoffen zu decken. Mehr als die Hälfte seiner Gesamtimporte sind Rohstoffe.

K. L.

TOURISMUS / Boom bei Kongreß-Reisen

Zur Konferenz nach Fernost

Einen neuen Besucher-Rekord meldet Hongkong für das abgelaufene Reisejahr 1982: Insgesamt zählte die britische Kronkolonie im Fernen Osten 2 609 100 Touristen, was einem Zuwachs von 2,9 Prozent gegenüber dem bisher besten Jahresergebnis von 1981 entspricht.

Das Plus erklärt sich in erster Linie aus der weiter gestiegenen Zahl der Touristen aus dem asiatisch-pazifischen Raum, dem traditionell bedeutendsten Markt, wie auch aus vermehrten Anreisen aus dem Nahen und Mittleren Osten sowie aus Afrika. Rückläufig entwickelten sich dagegen die amerikanischen und europäischen Besucherzahlen.

Aus der Bundesrepublik Deutschland kamen 1982 mit insgesamt 58 170 Gästen rund 7,6 Prozent weniger als im Vorjahr (62 926). Die Verluste in Deutschland und auch in Österreich werden bei der Hongkong Tourist Association (HKTA) in erster Linie mit dem weiteren Rückgang – speziell im Charterflugbereich – Richtung Fernost („Drehscheibe" Bangkok) erklärt. Für diesen Gästekreis stellt die britische Kronkolonie erfahrungsgemäß eine bevorzugte Anschluß-Destination dar. Angesichts einer, durch die weltweite wirtschaftliche Rezession begründeten Stagnation auf dem Geschäftsreisesektor, war, wie es bei der HKTA heißt, der im touristischen Bereich entstandene Rückgang nicht auszugleichen. Weiter dürfte sich die Verminderung angebotener Flugsitz-Kapazitäten durch die Streichung der täglichen PamAm-Verbindung zwischen Frankfurt und Hongkong in den letzten zwei Monaten des vergangenen Jahres negativ ausgewirkt haben.

Mit verhaltenem Optimismus sieht man jedoch bei der Hongkong Tourist Association auf das neue Reisejahr 1983. Klaus P. Deite, Leiter des HKTA-Büros in Frankfurt: „Nach ersten, jetzt erkennbaren Trends setzen wir im touristischen Bereich wieder auf eine positive Entwicklung. Es sind vor allem kleinere Spezialreiseveranstalter, die mit ihren individuell gestalteten Programmen die Zielgruppe der Hongkong-Reisenden ansprechen und uns schon im Januar dieses Jahres überraschende Zuwachsraten gebracht haben. Sollten sich darüber hinaus die Erwartungen in Richtung auf eine gesamtwirtschaftlich positive Entwicklung in der Bundesrepublik erfüllen, dürfte Hongkong als Destination auch von einer erhöhten Geschäftsreise-Intensität profitieren."

Zumindest auf dem Hotelsektor ist Hongkongs Tourismusindustrie für eine erneute Belebung bestens gerüstet: Mit der Eröffnung neuer Luxus- und First-Class-Hotels hat die Kronkolonie die Zahl der verfügbaren Hotelzimmer in den letzten 18 Monaten um über zehn Prozent auf rund 18 500 erhöht. Quantität und Qualität der Hotellerie werden immer wieder als vorbildlich dargestellt – von der einfachen, preiswerten (und sauberen) Unterkunft bis zu Luxushäusern, die rund um den Globus berühmt sind.

Steigender Beliebtheit erfreut sich Hongkong auch bei Veranstaltern und Teilnehmern internationaler Konferenzen, Kongresse und Tagungen: Allein von Januar bis einschließlich Juni 1982 stieg die Zahl europäischer Tagungsgäste in der britischen Kronkolonie im Fernen Osten um über 52 Prozent.

Weit überdurchschnittlich waren dabei die Zuwachsraten aus dem deutschen und schweizerischen Markt – mit 440 bzw. 404 Prozent im Vergleich zu den ersten sechs Monaten des Vorjahres. Aus den westeuropäischen Ländern kamen immerhin fast 13 Prozent.

rt.

HONGKONG
Redaktion: H.-H. Holzamer, Bonn
Anzeigen: Hans H. Lange, Hamburg

ERGEBNISSE

Hamburg – Stuttgart	2:0	(0:0)
München – Berlin	4:0	(1:0)
Bochum – Köln	0:0	
Düsseldorf – Bremen	2:5	(0:3)
Leverkusen – Schalke	3:1	(1:0)
Frankfurt – K'lautern	2:2	(2:2)
Braunschweig – Gladbach	0:0	
Bielefeld – Dortmund	1:0	(0:0)
Karlsruhe – Nürnberg	2:1	(1:0)

DIE SPIELE

München – Berlin 4:0 (1:0)
München: Pfaff – Beierlorzer – Dremmler, Grobe, Horsmann – Del'Haye, Kraus (74. Nachtweih), Augenthaler (80. Pflügler), Dürnberger – Hoeneß, Rummenigge. – **Berlin:** Quasten – Gruler – Timme (46. Beck), Rasmussen, Ehrmanntraut – Schneider, Blau, Schmitz, Mohr – Killmaier, Remark (72. Glöde). – **Schiedsrichter:** Huster (Lahnstein). – **Tore:** 1:0 Hoeneß (12.), 2:0 Kraus (64.), 3:0 Horsmann (72.), 4:0 Hoeneß (83.). – **Zuschauer:** 16 000. – **Gelbe Karte:** Ehrmanntraut (3).

Bielefeld – Dortmund 1:0 (0:0)
Bielefeld: Diergardt – Wohlers – Geils, Hupe, Pohl – Schnier, Rautiainen, Schröder, Kühlhorn (84. Riedl) – Lienen, Grillemeier (75. Reiss). – **Dortmund:** Immel – Rüßmann – Hein, Koch, Huber – Tenhagen, Raducanu, Bönighausen, Keser (80. Eggeling) – Abramczik, Klotz. – **Schiedsrichter:** Retzmann (Hamburg). – **Zuschauer:** 22 000. – **Tor:** 1:0 Kühlhorn (68.). – **Gelbe Karte:** Tenhagen (3).

Karlsruhe – Nürnberg 2:1 (1:0)
Karlsruhe: Wimmer – Theiss (89. Wiesner) – Groß, Kleppinger, Lazic – Boysen, Walz (79. Boldt), Dittus – Hofeditz, Günther, Hagmayr. – **Nürnberg:** Kargus – Reinhardt – Täuber, Stocker, Schlegel, Eder – Trunk, Botteron, Heck – Heidenreich, Dressel (83. Schneider) – **Schiedsrichter:** Engel (Reimsbach). – **Tore:** 1:0 Hagmayr (35.), 2:0 Hofeditz (72.), 2:1 Reinhardt (75.). – **Zuschauer:** 15 000. – **Gelbe Karte:** Boysen (4).

Bochum – Köln 0:0
Bochum: Zumdick – Bast (57. Zugcic) – Oswald, Knüwe, Jakobs – Lameck, Woelk, Patzke, Schreier – Benatelli, Andersson (52. Pater). – **Köln:** Schumacher (52. Ehrmann) – Strack – Prestin, Steiner, Zimmermann – Hönerbach, Neumann, Engels, Hartmann – Littbarski, Fischer (41. Willmer). – **Schiedsrichter:** Barnick (Schenefeld). – **Zuschauer:** 18 000. – **Gelbe Karte:** Zimmermann (2).

Braunschweig – Gladbach 0:0
Braunschweig: Franke – Hollmann – Geiger, Borg, Merkhoffer – Tripbacher, Ellmerich (73. Studzizba), Kindermann – Zavisic, Geyer (12. Herbst), Worm. – **Gladbach:** Kamps – Hannes – Ringels, Schäffer, Borowka – Matthäus, Mohren, Bruns, Schäfer – Schmider, Reich. – **Schiedsrichter:** Messmer (Mannheim). – **Zuschauer:** 12 677. – **Gelbe Karte:** Hannes (4).

Düsseldorf – Bremen 2:5 (0:3)
Düsseldorf: Kleff – Zewe – Wenzel, Löhr – Bockenfeld, Bommer, Fach, Dusend, Weikl – Edvaldsson, Ormslev. – **Bremen:** Burdenski – Fichtel – Siegmann (15. Bracht), Gruber, Otten – Okudera (80. Schaaf), Sidka, Möhlmann, Meier – Reinders, Völler. – **Schiedsrichter:** Brehm (Kemmern). – **Tore:** 0:1 Völler (12.), 0:2 Völler (42.), 0:3 Gruber (45.), 1:3 Fach (50.), 1:4 Völler (63.), 2:4 Fach (79.), 2:5 Bracht (83.). – **Zuschauer:** 25 000.

Frankfurt – K'lautern 2:2 (2:2)
Frankfurt: Jüriens – Pezzey – Schreml, Körbel, Falkenmayer – Sziedat, Kroth, Trieb, Nickel – Kaczor (66. Lottermann), Tscha. – **K'lautern:** Reichel – Briegel – Wolf, Melzer (55. Plath) – Geye, Kitzmann, Brehme, Bongartz – Eilenfeldt, Nilsson, Allofs (70. Funkel). – **Schiedsrichter:** Pauly (Rheydt). – **Tore:** 1:0 Pezzey (6.), 1:1 Nilsson (9.), 2:1 Schreml (14.), 2:2 Briegel (45.). – **Zuschauer:** 22 000.

Hamburg – Stuttgart 2:0 (0:0)
Hamburg: Stein – Hieronymus – Kaltz, Jakobs, Wehmeyer – Hartwig, Groh, Rolff, Magath – Hrubesch, von Heesen (58. Milewski). – **Stuttgart:** Grüninger – B. Förster – Schäfer, K.-H. Förster, Habiger (75. Six) – Kempe, Allgöwer, Ohlicher, Sigurvinsson – Reichert, Kelsch (81. Makan). – **Schiedsrichter:** Niebergall (Rammelsbach). – **Tore:** 1:0 von Heesen (58.), 2:0 Magath (67.). – **Zuschauer:** 33 000.

Leverkusen – Schalke 3:1 (1:0)
Leverkusen: Greiner – Gelsdorf – Saborowski, Bruckmann, Posner – Wojtowicz (86. Hermann), Bittorf, Röber, Vöge – Waas, Økland. – **Schalke:** Junghans – Dietz – Kruse, Lorant, Schipper, Bittcher, Opitz, Drexler – Wuttke, Abel, Janzon (80. Tüfekci). – **Schiedsrichter:** Schmidher (Ottobrunn). – **Tore:** 1:0 Posner (11.), 1:1 Abel (69.), 2:1 Röber (73.), 3:1 Waas (83.). – **Zuschauer:** 12 000. – **Gelbe Karten:** Gelsdorf (4/3), Schipper (4/1), Drexler (4).

VORSCHAU

Dienstag, Nachholspiel

Bielefeld – Stuttgart	(2:2)
Freitag, 6. Mai, 20 Uhr	
Stuttgart – M'gladbach	(4:1)
Berlin – Hamburg	(1:1)
Düsseldorf – Braunschweig	(1:2)
Samstag, 7. Mai, 15.30 Uhr	
Nürnberg – Leverkusen	(0:1)
Bremen – Karlsruhe	(2:1)
Köln – München	(1:0)
K'lautern – Bochum	(1:1)
Dortmund – Frankfurt	(1:3)
Schalke – Bielefeld	(2:3)

In Klammern die Ergebnisse der Hinrunde.

FUSSBALL / Hamburg und Bremen weiter Kopf an Kopf – Stuttgarts Träume jäh beendet – Schalke nicht mehr zu retten

Rehhagel – Seelenmassage für Völler, Ärger über Fernsehreporter

Von ULRICH DOST

Pressekonferenz im Düsseldorfer Rheinstadion. **Otto Rehhagel** (44) betritt den Raum und geht schnurstracks zum Mikrophon. Da erhebt sich ein schon etwas älterer Mann im dunkelgrauen Anzug und ruft begeistert: „Bravo, bravo." Und dabei klatscht er noch ganz wild in die Hände. Dann redet der Bremer Trainer, und was er sagt, klingt gar nicht euphorisch. Gut, seine Mannschaft habe 5:2 gegen Fortuna Düsseldorf gewonnen, doch die vielen Schwächen in der Abwehr seien einfach nicht zu übersehen gewesen. Das wiederum mag der Herr in Grau überhaupt nicht hören. „Tiefstapler" – ruft er dazwischen. Nun reicht es aber dem Otto Rehhagel: „Haben Sie zuviel Bier getrunken? Jetzt rede ich, wenn Sie sich nicht benehmen können, ist das Ihre Sache."

Kurzer Szenenwechsel. Abends sitzt Otto Rehhagel vor dem Fernseher und schaut sich das „Aktuelle Sportstudio" an. Da reißt es ihn schon wieder vom Sitz. **Wolfram Esser** (39), der Strahlemann vom ZDF, hatte sein verschmitztes Lächeln aufgesetzt und gefiel sich ganz toll in der Rolle, Otto Rehhagel als „Tiefstapler" überführt zu haben. Was solle er sich darüber noch groß aufregen, sagte der Bremer Trainer gestern morgen: „Der Wolfram Esser ist ein Beamter, der seine Sache vielleicht ganz ordentlich macht. Aber wie soll er meine Mannschaft auch richtig beurteilen können, wenn er sie noch nie hat spielen sehen."

In Düsseldorf sagte ein Journalist, man traue sich doch Otto Rehhagel schon gar nicht mehr auf die Meisterschaft anzusprechen, weil man doch nur eine abschlägige Antwort erhalte. Alle Welt wünscht und gönnt es dieser Mannschaft, daß sie in dieser Saison den Titel holt – doch die Bremer blieben sich auch nach dem furiosen 5:2 in Düsseldorf treu, indem sie das Gerede von der Meisterschaft wegdiskutierten. Otto Rehhagel: „Ich und die Mannschaft sind wohl die einzigen Realisten, wir schätzen die Situation schon richtig ein. Aber jeder kann überzeugt sein, daß wir keine Angst vor unserer eigenen Courage bekommen, wenn wir bis zum Ende da oben mitspielen."

Lassen wir also Otto Rehhagel bei seiner nüchternen Einschätzung, die Fans dagegen dürfen die Lage anders sehen. Aus lauter Überschwang drückte jetzt ein Bremer seine Vorliebe für die Werder-Mannschaft aus – er ließ kurzerhand sein Haus in den Vereinsfarben von Werder Bremen, in Grün und Weiß, anstreichen.

Mann konnte es doch gerade gegen die Düsseldorfer sehen, so Rehhagel, daß sein Team noch längst nicht die Reife besitze, wie sie beispielsweise der Hamburger SV oder Bayern München haben. „Wir waren doch in der Abwehr oftmals wie ein Schwimmverein. Das darf nicht passieren, daß der Gegner noch so viele Torchancen bekommt. Hätten wir heute gegen eine stärkere Mannschaft spielen müssen, hätten wir vielleicht sogar unseren Vorsprung noch verspielt. In der Beziehung sind die Hamburger aufgrund ihrer internationalen Erfahrung cooler und abgeklärter. Bei denen brennt nichts mehr an, wenn sie 3:0 führen."

Auch im Umgang mit seinen Spielern beweist der Bremer Trainer, daß er längst nicht mehr der große Sprücheklopfer ist, der alles nur oberflächlich sieht. Jetzt zeigt Otto Rehhagel, daß er auch Feingefühl besitzt. Seinem Spieler **Rudi Völler** (23), der erst am Donnerstag abgespannt von der Länderspielreise nach Österreich und der Türkei zurückgekehrt war, ersparte er jegliches Training. Rehhagel: „Dafür haben wir lange miteinander geredet." Dabei habe er Völler klargemacht, daß er sich am Samstag in Düsseldorf nicht hängen lassen darf, daß er gerade zu diesem Zeitpunkt ein gutes Spiel machen müsse. Rehhagel: „Ein Spieler wie Rudi Völler, der auf dem besten Wege ist, ein Ausnahmespieler zu werden, darf für sich selbst nicht das Argument gelten lassen: Die zwei Länderspiele waren so strapaziös, daß ich mir jetzt ein schwaches Spiel erlauben kann."

Das hat den Mittelstürmer überzeugt, denn Rudi Völler erzielte drei Treffer in Düsseldorf. Völler: „Besonders über das dritte habe ich mich gefreut. Weil wir im Spiel damit Erfolg hatten, was wir im Training geübt haben." Und zwar sind das die Flankenläufe von **Uwe Reinders** (28), der dann im Lauf schaut, wo Völler steht, um ihm den Ball maßgerecht vorzulegen. Auch Völler gehört nicht zu denjenigen, für die der Titel nur noch reine Formsache ist. Auch er denkt in die gleiche Richtung wie sein Trainer. Völler: „Ich tippe 70:30 auf die Hamburger. Wir sind noch nicht so weit." Und dennoch hofft auch Völler, besonders auf den 21. Mai. An diesem Tag nämlich muß der Meister aus Hamburg in Kaiserslautern antreten. Völler: „Wir haben nur dann eine Chance, wenn Hamburg verliert oder zumindest einen Punkt abgibt." Doch die Enttäuschung, so der Bremer, wäre *nicht einmal riesengroß*, wenn es mit der Meisterschaft nichts werden sollte. Völler sieht nicht einmal die Einmaligkeit der Chance für Werder Bremen, nach 1965 erneut *Meister zu werden. Völler glaubt:* „Wir haben eine junge und sehr starke Mannschaft. Ich bin überzeugt davon, daß wir auch im nächsten Jahr wieder oben mitspielen. Das ist überhaupt unsere Vorstellung: In den nächsten Jahren immer oben dabei sein. Dann werden wir bestimmt die Reife besitzen, um einmal Meister zu werden."



*

Die Szene sah sehr schlimm aus: **Harald Schumacher** (29), der Nationaltorwart vom 1. FC Köln, blieb bewußtlos am Boden liegen, aus seinem Hals tropfte Blut. Nach einer Flanke des Bochumer **Michael Lameck** (33) waren Schumacher und sein Mitspieler **Herbert Zimmermann** (28) zusammengeprallt. Mit den Stollen seiner Fußballschuhe traf Zimmermann genau den Hals von Schumacher. Rechtfertigte sich Zimmermann: „Ich habe den Toni nicht gesehen. Sonst schreit der doch immer wie ein Verrückter, wenn er an den Ball kommen will. Doch diesmal hat er nichts gesagt."

Schumacher blieb minutenlang bewußtlos liegen, ehe er auf der Trage wieder langsam zu sich kam. Zu iesem Zeitpunkt sprach **Antonio Larena** (45), der neue Mannschaftsarzt der Kölner, davon, daß Schumacher sehr viel Glück gehabt habe, Zimmermann hatte nur um wenige Zentimeter die Hauptschlagader des Torwarts verfehlt. Noch in der Kabine nähte der Arzt die Fleischwunde *mit* vier Stichen. Schumacher war immer noch nicht völlig bei sich. Seinen Kollegen **Bernd Cullmann** (33), der in Zivilkleidung neben ihm stand, frage er: „Warum spielst du nicht, der *Michels hat dich doch aufgestellt.*" Dann wollte er ständig den Spielstand wissen, und ob er einen Ball reinbekommen habe. Sogar aufs Spielfeld wollte Schumacher wieder. Gleich mehrmals ließ er sich erklären, was denn eigentlich passiert war, er vergaß es jedesmal wieder. Der Chauffeur von Präsident **Peter Weiand** (64) fuhr den verletzten Torwart dann in 30 Minuten von Bochum ins Krankenhaus nach Frechen bei Köln. Schon am Samstagabend stellten sich die ersten Befürchtungen gottlob als nicht richtig heraus. Die Fleischwunde macht dem Arzt nicht so viel zu schaffen wie die Gehirnerschütterung, die sich Schumacher bei dem Zusammenprall ebenfalls zuzog. Fünf Tage Bettruhe verordnete Larena dem Patienten, der jedoch am liebsten das Krankenhaus schon wieder verlassen möchte, um am Dienstag wieder das Training aufnehmen zu können. Manager **Hannes Löhr** (39) und Trainer **Rinus Michels** (55) werden aber alles versuchen, Schumacher vorläufig vom Trainingsbetrieb auszuschließen. Dennoch gibt es keinen Zweifel, daß der Nationaltorwart am Samstag gegen den FC Bayern München wieder im Kölner Tor stehen wird.

*

Den Spruch des Tages lieferte Rinus Michels. Zur Leistung des 1,68 Meter großen Nationalspielers **Pierre Littbarski** (23) sagte der *Holländer*: „Wegen der Länderspiele in Izmir und Wien hatte Litti wenig drauf und hat nur 50 Prozent seines Leistungsvermögens gebracht. Wenn man sich überlegt, wie klein der Litti ist, *kann man sich vorstellen*, wie wenig 50 Prozent sind ..."

Jubel um Völler, Sorge um Schumacher

Er ist der Star zum Anfassen. Rudi Völler, der sich auf unserem Foto (links) mit Uwe Reinders (rechts) über sein drittes Tor freut, erfüllt jeden Autogrammwunsch und gibt bereitwillig Interviews. Auf eigene Kosten hat er sich jetzt Autogrammkarten anfertigen lassen, die ihn in Zivilkleidung zeigen. Der Star, der den Kontakt zum Publikum sucht, ist privat ein sehr ruhiger Mensch. Er sagt: „Ich konzentriere mich vollkommen auf das Fußballspielen. Dazwischen brauche ich eben genug Zeit, um mich zu erholen." Hobbys hat er keine, nur den Wunsch, Tore zu erzielen.
FOTO: PERENYI

Er zählt zu den ganz harten Burschen seiner Branche. Harald Schumacher spiele auch dann noch, wenn er den Kopf schon unter dem Arm habe, sagen seine Freunde. Mit gebrochenem Finger oder Nasenbein hat er tatsächlich noch im Tor gestanden, auch dann noch, wenn er durch tiefe Fleischwunden viel Blut verloren hat. In Wien beim Länderspiel bekam er beim Einspielen unglücklich den Ball an den Finger, mit einem Spezialverband lief Schumacher dennoch auf. Ebenso wie jetzt beim Spiel in Bochum, bevor ihn die Verletzung am Hals (Foto) stoppte.
FOTO: HORSTMÜLLER

Nach der Niederlage buhlen die Förster-Brüder um die Gunst des Koreaners Tscha

MARTIN HÄGELE, **Stuttgart**

Am Ende gab es für Helmut Benthaus, den Trainer des VfB Stuttgart, nur noch eine traurige Pflicht: Er mußte nach dem 0:2 seiner Mannschaft im Hamburger Volksparkstadion so etwas wie den Offenbarungseid leisten. „Es wäre vermessen gewesen, wenn wir hier zwei Punkte eingeplant hätten. Wir wollten aber in Hamburg unsere letzte Chance auf die Deutsche Meisterschaft wahrnehmen. Es schmerzt mich nicht, daß wir gegen den HSV verloren haben. Viel mehr schmerzt mich, daß wir uns immer wieder fünf, sechs, sieben Spiele lang an die Spitze herantasten – und dann ist plötzlich eine Schwelle aufgebaut. Ich weiß nicht, wie wir diese Schwelle überspringen können."

Soweit Benthaus. Den VfB Stuttgart hat wieder mal sein eigenes Trauma eingeholt. Immer wenn er den Anspruch erhebt, auch zu den Großen der Bundesliga zu gehören, wird er zurechtgestutzt. In Bremen, von den Bayern, nun in Hamburg.

Der VfB Stuttgart hat im Volksparkstadion fast eine Stunde lang dem Gegner das Spiel verweigert. Einige, wie etwa Ex-Nationalspieler Walter Kelsch, gingen in diesem Spitzenspiel auf dem Rasen überaus locker zur Sache, nicht unbedingt ernsthaft. „Wir hatten doch höchstens drei halbe Chancen", sagt Karl-Heinz Förster. Die Enttäuschung hatte das Gesicht des Vorstoppers noch kantiger gezeichnet.

Er hatte zum zweitenmal in dieser Saison den Traum von einem Titel ausgeträumt. Erst der K. o. im Pokal in Köln, nun das Aus in der Meisterschaft. Es tut weh, wenn man Träume so beerdigen muß. Einige hätten wohl nicht an die große Chacnce geglaubt, meint er. „Aber", so Karl-Heinz Förster, „ich will keinem unterstellen, daß er nicht die richtige Einstellung mitbringt, wenn es um so viel geht." Solche Kritik sei wohl Sache des Trainers.

Karl-Heinz Förster wollte in diesem Augenblick – vor den Scherben seiner Träume – nicht noch mehr zerdeppern. Förster: „Nach außen sagt man etwas anderes. Wie es drinnen wirklich aussieht, das sage ich nicht." Im Herzen empfand er wieder einmal die alte Ohnmacht. Ob diese Schwellenangst mentalitätsbedingt sei und die Schwaben deshalb nie Meister werden könnten, hat ihn dann ein Reporter gefragt. Karl-Heinz Förster hat darauf mit den Schultern gezuckt und geantwortet: „Vielleicht."

Erst auf dem Frankfurter Flughafen besserte sich die Stimmung bei den Förster-Brüdern. In Frankfurt trafen die Stuttgarter Bum-Kun Tscha.

Die Brüder nutzten die Chance sofort: „Komm zu uns, Tscha." Aus dem Spaß wurde schnell Ernst. Tscha wäre nämlich ein Typ, wie ihn die Stuttgarter brauchen. Hungrig nach Taten und Titeln, trotz seiner 30 Jahre.

Der Koreaner hatte seinen Manager Holger Klemme, der mit den Stuttgartern aus Hamburg gekommen war, abgeholt. Gestern flogen Tscha und sein Berater wieder nach Italien. Erst schauten sie sich das Spiel Neapel gegen Florenz an, dann jetteten sie weiter nach Mailand. Gestern abend hatten sie einen Termin bei Inter. Tscha plant seine Zukunft ganz genau. Er will nichts dem Zufall überlassen, nicht ins ungewisse tappen wie zum Beispiel Hansi Müller. Deshalb diese ständigen Informationsreisen. Deshalb hat er auch unter den unterschriftsreifen Vertrag mit dem AC Turin noch nicht seinen Namen gesetzt. Tschas neuer Klub muß, das ist seine Grundbedingung, in einem europäischen Cup-Wettbewerb mitmischen.

So behauptet es Manager Klemme. Das letzte Wort über den Transfer sei noch nicht gesprochen, meint Klemme, schließlich sei er auch Patriot. HSV-Manager Günter Netzer und andere seiner Freunde hätten ihn überzeugt, daß solche Wechsel ins Ausland die Bundesliga schwer treffen würden. Klemme: „Wegen solcher Stars wie Tscha gehen die Leute schließlich ins Stadion."

Über dieses Thema hat Klemme mit den Försters diskutiert. Er weiß schließlich auch, daß das Wort der beiden beim VfB Stuttgart Gewicht hat. Präsident Mayer-Vorfelder und Geschäftsführer Schäfer hören sich zu allen Einkäufen erst mal die Meinung ihrer Nationalspieler an. Schon heute wollen diese sich für eine Verpflichtung Tschas starkmachen.

Der Poker um Tscha wird der interessanteste Transfer dieses Sommers werden. Wechselt Tscha ins Ausland, beträgt seine Ablösesumme das Zweieinhalbfache seines Jahresverdienstes, also 1,1 Millionen Mark. Für einen Transfer innerhalb der Bundesliga kann die Eintracht 1,7 bis 1,8 Millionen verlangen. Doch Tscha kann auch das Angebot des koreanischen Fußballverbandes annehmen und in seiner Heimat eine Fußballschule eröffnen. In diesem Fall bekämen die Frankfurter keinen einzigen Pfennig für ihren scheidenden Torjäger.

Das Pokerspiel ist eröffnet. Auch die Bundesliga kann noch mitbieten, Tscha und sein Manager haben die besten Karten in der Hand. Und immer den Joker im Ärmel: eine Million oder nichts für Eintracht Frankfurt.

Nur Jürgen Sundermann redet noch von Rettung

B. WEBER, **Gelsenkirchen**

Als Schiedsrichter Schmidhuber aus Ottobrunn das Abstiegsduell zwischen Bayer Leverkusen und Schalke 04 abpfiff, boten die mit 3:1 geschlagenen Schalker ein Bild des Jammers. Der alte Haudegen Bernard Dietz hatte den Kopf tief zwischen die Schultern eingezogen. Es schien, als habe er Angst davor, wegen der Niederlage verprügelt zu werden. Mittelfeldspieler Manfred Drexler wischte sich mit dem Trikot den Schweiß aus dem Gesicht – und gleichzeitig auch ein paar Tränen aus den Augen. Alle Schalker Spieler, die unendlich müde und unendlich traurig in die Kabine stapften, wußten in diesem Moment, daß nun keine Hoffnung auf den Klassenverbleib besteht. Das 1:3 bei Bayer war das Aus, auch wenn Schalkes Trainer Jürgen Sundermann später meinte: „Wir haben immer noch Chancen, uns zu retten."

Doch Sundermann erzählt viel, und in den seltensten Fällen ist Gescheites dabei herausgekommen. In Leverkusen beispielsweise tadelte er das taktische Fehlverhalten seiner Mannschaft, die, nachdem sie den 1:1-Ausgleich geschafft hatte, stürmend ins Unglück gerannt sei, statt das Unentschieden zu sichern. In den Tagen vor dem Spiel hatte Sundermann in die Öffentlichkeit posaunt, daß Schalke in Leverkusen um jeden Preis gewinnen wolle. Daß er, der Trainer, einen Sieg geradezu verlange. Das personell völlig unzulänglich besetzte Team hielt sich also nur an Sundermanns Order. Die war verfehlt, doch an die eigene Brust hat sich der Trainer zumindest in Schalke bisher kein einziges Mal geklopft.

Das mag auch Schalkes Manager Rudi Assauer längst nicht in dem Maße tun, wie es vor wenigen Tagen noch den Anschein hatte. Da wurde in einer Illustrierten ein Interview mit Assauer veröffentlicht, das bemerkenswerte Sätze enthielt. Der Manager wurde so zitiert: „Ich bin schuld an Schalkes Krise. Alles, was ich angepackt habe, ist schiefgegangen."

Diese Aussagen habe er nicht gemacht, dementierte Assauer gestern heftig. Was an dem Tatbestand freilich überhaupt nichts ändert: In Schalke hat Assauer falsch gemacht, was falsch zu machen war. Nicht nur, daß er offensichtlich die falschen Spieler eingekauft, daß er sowohl in der Trainer-Frage (Sundermann-Bilanz: 5:17 Punkte) als auch in der Torwart-Frage (wieder einmal führten dicke Junghans-Fehler zur Niederlage) völlig schiefgelegen hat.

Assauer eckte überall an. Mit der Stadt Gelsenkirchen überwarf er sich mehrfach. Zum „alten Schalke" fand er nie Kontakt. Vom ersten Tag seiner Amtsübernahme an war der Manager geradezu besessen von der Idee, überall „aufräumen" zu müssen. „Ich gehe hier stur meinen Weg", hatte er damals getönt, „und dabei schafft entweder Schalke mich, oder ich schaffe Schalke." Nach dem Schlußpfiff in Leverkusen war Assauer dann wohl geschafft. Am Samstag feierte er seinen 39. Geburtstag mit diesem Spruch: „Wenn ich hochrechne, müßte ich heute eigentlich 47 Jahre alt werden. Denn die letzten zwei Jahre in Schalke zählen vierfach."

Ob diese Erkenntnis die vorzeitige Auflösung des bis 1986 geschlossenen Vertrages zur Folge haben wird, ist zur Zeit noch unklar. Assauer hat zwar schon mehrfach angedeutet, er würde sofort – und ohne jede Abschlagssumme – gehen, wenn der Vorstand dies wünsche. Präsident Hans-Joachim Fenne wünscht das jedoch auf keinen Fall. Im Gegenteil, er ist noch immer der Meinung, daß Assauer und Sundermann zu den Besten ihres Fachs gehören. Vielleicht sollte man in diesem Zusammenhang aber auch einen Lieblingsspruch von Fenne zitieren, der lautet: „Von Fußball habe ich nicht viel Ahnung ..."

Daß die absolute Mehrheit der Schalke-Anhänger das Gespann Assauer/Sundermann lieber heute als morgen los wäre, ist sicher. Es gibt zur Zeit etliche Initiativen von Klubmitgliedern, die ursprünglich für den Herbst angesetzte Jahreshauptversammlung bereits in Kürze stattfinden zu lassen, um den Vorstand zum Rücktritt zu zwingen. Aber was wird dann aus Schalke? *Es gibt zur Zeit* niemanden weit und breit, der sich bereit erklärt hat, Fenne abzulösen und sein schweres Amt zu übernehmen.

Kaiserslautern Rekordhalter in Unentschieden – Wilfried Hannes für ein Spiel gesperrt

							Heim:		Auswärts:	
1. Hamburg	29	16	11	2	66:28	43:15	38:10	25:5	28:18	18:10
2. Bremen	29	19	5	5	63:34	43:15	41:13	26:2	22:21	17:13
3. München	29	16	9	4	67:23	41:17	43:7	25:5	24:16	16:12
4. Stuttgart	28	15	7	6	64:38	37:19	39:17	22:6	25:21	15:13
5. Köln	29	14	9	6	60:35	37:21	38:15	23:5	22:20	14:16
6. K'lautern	29	12	12	5	49:35	36:22	38:13	25:3	11:22	11:19
7. Dortmund	29	15	5	9	64:44	35:23	41:17	21:7	23:27	14:16
8. Frankfurt	29	11	5	13	43:42	27:31	33:10	23:7	10:32	4:24
9. Nürnberg	29	10	6	13	39:57	26:32	26:19	21:7	13:38	5:25
10. Bielefeld	28	10	5	13	37:57	25:31	29:18	20:8	8:39	5:23
11. Bochum	29	7	11	11	33:41	25:33	22:17	16:14	11:24	9:19
12. Braunschw.	29	7	10	12	32:51	24:34	19:15	17:11	13:36	7:23
13. Düsseldorf	29	8	8	13	47:70	24:34	29:34	16:12	18:36	8:22
14. Gladbach	29	9	4	16	48:51	22:36	32:19	17:13	16:32	5:23
15. Leverkusen	29	7	8	14	35:59	22:36	17:16	17:13	18:43	5:23
16. Hertha	29	5	9	15	35:52	19:39	23:20	15:15	12:32	4:24
17. Karlsruhe	29	6	6	17	34:73	18:40	20:19	16:14	14:54	2:26
18. Schalke	29	5	6	18	37:63	16:42	20:26	11:17	17:37	5:25

● Torschützenliste

Mit seinen drei Toren beim 5:2-Sieg in Düsseldorf übernahm Rudi Völler (Bremen) mit insgesamt 21 Treffern allein die Führung in der Torschützenliste. Karl-Heinz Rummenigge, der lange Zeit an der Spitze gestanden hatte, ging leer aus und bleibt mit 18 Toren Völlers schärfster Rivale. Völler ist der vierte Spieler, der in der laufenden Saison in einem Spiel drei Tore erzielt hat. Zuvor war dies bereits Bernd Klotz (Dortmund), Siegfried Reich (Mönchengladbach) und Rummenigge gelungen. Jeweils ihr erstes Bundesliga-Tor erzielten Stefan Kühlhorn (Bielefeld) und Uwe Schreml (Frankfurt).

● Verwarnungen und Sperren

Nach den beiden letzten Spieltagen mit zwei beziehungsweise einer roten Karte gab es diesmal nur acht gelbe Karten. Für vier Spieler bedeuten die Verwarnungen eine Spielpause am nächsten Spieltag. Während Jürgen Gelsdorf (Leverkusen) nach seiner siebten gelben Karte bereits zum zweiten Mal aussetzen muß, sind Hans-Jürgen Boysen (Karlsruhe), Wilfried Hannes (Mönchengladbach) und Horst Ehrmanntraut (Berlin) nach der vierten Verwarnung zum ersten Mal für ein Spiel gesperrt. Mit sechs oder drei gelben Karten sind insgesamt 43 Spieler von einer Zwangspause bedroht.

● Zuschauerzahlen

Obwohl das Wetter mit viel Sonnenschein für gute äußere Bedingungen sorgte, blieb der Zuschauerzuspruch am 29. Spieltag unter dem Saisondurchschnitt (184 231). Zu den neun Spielen kamen insgesamt 166 177 Zuschauer, was einen Schnitt von weniger als 19 000 Besucher pro Spiel bedeutet. Die meisten Zuschauer fanden sich im Volksparkstadion zum Spiel Hamburg gegen Stuttgart ein (33 000). Mit nur 12 000 Besuchern gab es in Leverkusen erneut das geringste Interesse. Die Leverkusener haben mit 9312 Zuschauern pro Spiel auch den schlechtesten Schnitt aller Vereine der ersten Liga.

● Serie und Gegentore

Der 1. FC Kaiserslautern ist nach dem 2:2 in Frankfurt noch immer ohne Auswärtssieg. Dafür haben die Lauterer auf gegnerischen Plätzen die meisten Unentschieden erreicht. Elfmal entführten sie aus fremden Stadien einen Punkt. Mit 12 Unentschieden hält Kaiserslautern auch insgesamt die Spitzenposition. Bochum und Hamburg haben bisher jeweils elfmal die Punkte geteilt. Fortuna Düsseldorf hat mit den fünf Bremer Toren in 13 Bundesligajahren insgesamt 750 Gegentore *hinnehmen* müssen. Auch hier hält Kaiserslautern mit 1116 Gegentoren in 18 Bundesligajahren die Spitzenposition.



IM BLICKPUNKT / Weltcupsieg für deutschen Fechter, Europacup-Erfolg im Handball, aber Abstiegskampf im Tischtennis

Jubelnd rief Borrmann den Vater an: Geschafft

K. Bl. Bonn/Legnano

Das ist ein neuer, ganz großer internationaler Erfolg für den deutschen Fechtsport: Zum ersten Mal in der Verbandsgeschichte wurde der Degen-Weltcup gewonnen. Elmar Borrmann, der 26 Jahre alte Autoverkäufer aus Würzburg, geht damit in die Annalen der deutschen Fecht-Historie ein. Beim sechsten Weltcup-Turnier in Legnano bei Mailand erreichte Borrmann das Finale (das Endergebnis lag bei Redaktionsschluß noch nicht vor). Damit war ihm der Gewinn des Weltcups nicht mehr zu nehmen. Der Weltranglisten-Erste, einer der Meisterschüler von Bundestrainer Emil Beck, hatte nämlich zuvor schon die Turniere von Budapest und Paris gewonnen und in London den zweiten Platz belegt. Somit ist Borrmann der weltbeste Degenfechter dieser Saison.

Vor drei Wochen beim Turnier in Heidenheim ging Borrmann noch leer aus. Er hatte nach allzu vielen anstrengenden Turnieren einen physischen und psychischen Tiefpunkt erreicht, obendrein plagte ihn eine Grippe. So legte er eine Ruhepause ein, um dann in der Woche vor dem Turnier in Italien härter denn je zu trainieren.

Bei seiner Abreise nach Legnano verabschiedete sich Borrmann von seinem Zwillingsbruder Igor, ebenfalls ein Weltklasse-Degenfechter, mit den Worten: „Jetzt, Igor, will ich das Ding gewinnen. Ich versprech' dir, ich hole den Weltcup." Am Sonntagmorgen klingelte bei den Borrmanns in Sindelfingen das Telefon. Am anderen Ende der Leitung war Elmar. Überglücklich sprudelte er heraus: „Ich bin im Finale, ich habe den Weltcup." Vater Borrmann: „Der Junge war in Hochstimmung." Freilich ist Elmar Borrmann nun auch der große Favorit für die Ende Juli in Wien stattfindenden Weltmeisterschaften.

Die große Feier im Hause Borrmann wird auch der Gewinn des Weltcups nicht auslösen. Nach Beendigung des Turniers fuhr Elmar Borrmann direkt nach Hause, am Montagmorgen saß er ab acht Uhr wieder an seinem Schreibtisch bei einem großen Autounternehmen. Als er einmal einen zweimonatigen Lehrgang bei seiner Firma absolvieren mußte, nahm er nebenher noch an vier Weltcup-Turnieren teil.

Bruder Igor hält es ähnlich. Er studiert in Rumänien Zahnmedizin und legt zur Zeit die Prüfungen zum Physikum ab. „Ich würde nie ein Semester fürs Fechten opfern", sagt er. Doch die Erfolge seines Bruders führen auch zu diesen Überlegungen: „Ich werde versuchen, wieder in Tauberbischofsheim bei Emil Beck zu trainieren, damit ich zurück in die Nationalmannschaft komme."

Torwart Thiel: „Ehrenrunde mit dem Pokal bedeutet mir mehr als Geld . . ."

DW. Dortmund

Der VfL Gummersbach hat zum fünften Mal den Handball-Europapokal der Landesmeister gewonnen. In Dortmund unterlag er vor 13 500 Zuschauern ZSKA Moskau zwar mit 13:14 (4:7), hatte aber das erste Finalspiel vor acht Tagen in Moskau mit 19:15 gewonnen. Erhard Wunderlich war mit sieben Treffern erfolgreichster Schütze.

So bleibt denn der VfL Gummersbach das internationale Aushängeschild des deutschen Handballs. Die Nationalmannschaft ist es nicht mehr, sie ist in die Zweitklassigkeit abgerutscht, nach dem sie sich nicht für die Olympischen Spiele in Los Angeles qualifizieren konnte. Darin steckt ein Widerspruch, der nur sehr schwer aufzulösen ist.

Denn: Schon zu den Zeiten von Bundestrainer Vlado Stenzel gab es viele Experten, die der Meinung waren, der VfL Gummersbach sei als geschlossenes Vereinsteam stärker als eine Auswahl aus den vermeintlich besten Spielern Deutschlands. Stenzel war davon nicht überzeugt, im Gegenteil, er lag in Dauerfehde mit dem Klub. Doch sein Nachfolger Simon Schobel hatte für die B-Weltmeisterschaft seine Mannschaft um den Block der stärksten Gummersbacher Spieler aufgebaut. Zeitweise spielte dann in Holland tatsächlich der VfL Gummersbach – nur eben im Nationaltrikot. Und es klappte trotzdem nicht.

Es mag sein, daß die Spieler das Umfeld des Vereins aus dem oberbergischen Land brauchen, um ihre volle Leistungsstärke zu erreichen. Ein Beispiel: Andreas Thiel, innerhalb von zwei Jahren zum Weltklassetorwart gereift, hat ein Angebot abgelehnt, beim Zweitliga-Verein Ratingen/Wülfrath für eine Gage von 70 000 Mark pro Saison zu spielen. Er betreibe Leistungssport nicht wegen des Geldes und wolle in Gummersbach bleiben, sagt er. Und: „Dieser Tag von Dortmund, die Ehrenrunde mit dem Europapokal in der Hand, bedeutet mir mehr als Geld." Die im besten Sinne familiäre Atmosphäre in Gummersbach, wo die Spieler ihren Handballobmann Eugen Haas „Haasen-Papa" nennen, macht es.

Deshalb ist auch der Wechsel von Erhard Wunderlich zum FC Barcelona trotz des vielen Geldes immer noch nicht wahrscheinlich. Die Spanier haben dem wohl talentiertesten deutschen Spieler einen Vier-Jahres-Vertrag für insgesamt 2,5 Millionen Mark brutto plus Werbeeinnahmen geboten. Mannschaftskapitän Heiner Brand sagt: „Bei soviel Geld kann man schwach werden. Wenn er geht, muß man das akzeptieren. Er muß wissen, ob er die richtige Entscheidung in sportlicher und privater Hinsicht trifft."

Schon aus diesen Worten geht hervor, daß die Gummersbacher den möglichen Verlust ihres Torjägers sehr gelassen sehen. Noch deutlicher geht das aus dem hervor, was Eugen Haas sagt: „Wunderlich hat gerade eine Sport- und Werbeagentur aufgemacht und kann in Deutschland noch bei einer Sportartikelfirma seine Existenz absichern. Ich hoffe, daß wir diesen Klassemann nicht verlieren.

Aber jeder ist zu ersetzen, und daß der VfL Gummersbach auch ohne Hansi Schmidt und Jo Deckarm Handballgeschichte geschrieben hat, macht mich optimistisch."

In der Tat ist das wohl das erstaunlichste an der nun schon 16 Jahre anhaltenden internationalen Klasse der Gummersbacher (erster Europacupsieg 1967 über Dukla Prag): Als Hansi Schmidt zurücktrat, wurde dem Verein der Niedergang vorausgesagt, als Deckarm so schwer verletzt wurde auch. Aber immer wieder bildet sich eine neue Klassemannschaft. Auch dann, wenn die deutsche Nationalmannschaft kaum eine Rolle spielt, wie nun schon seit sechs Jahren.

Peter Stellwag nach vier Niederlagen entnervt

sid, Tokio

Den deutschen Tischtennis-Herren droht in Japan der Untergang. Die Schützlinge von Bundestrainer Istvan Korpa errangen bei den Weltmeisterschaften in Tokio in ihren sieben Gruppenspielen zwar Siege gegen die USA (5:3) und Jugoslawien (5:1). Dennoch kämpfen sie heute gegen den Abstieg aus der ersten Kategorie, die bis Rang 14 reicht. Gegner ist Dänemark. Die Damen hielten sich hingegen achtbar. Ihre 3:2-Überraschungssiege gegen Ungarn und Jugoslawien reichten für die Plazierungsspiele neun bis zwölf.

„Das war wenigstens ein erfreulicher Abschluß der Gruppenspiele. Ich glaube, wir schaffen den Klassenerhalt", meinte Korpa. Diesen beiden DTTB-Erfolgen standen am Wochenende Niederlagen der Damen gegen China, die CSSR (jeweils 0:3) und die Niederlande (2:3) gegenüber. Die Herren hatten zuvor gegen Frankreich (4:5) und Schweden (2:5) verloren.

Eine Verbesserung des 13. Platzes von der letzten WM war am Samstagmorgen für die Herren in greifbare Nähe gerückt. Nach einem an Dramatik kaum zu überbietenden vierstündigen Kampf machten Georg Böhm (Saarbrükken), Ralf Wosik (Düsseldorf) und Jürgen Rebel (Heusenstamm) einen 0:4-Rückstand gegen Frankreich wett. Doch beim Stande von 4:4 vergab Rebel gegen Patrick Renverse bei seiner 21:19, 20:22, 9:21-Niederlage im zweiten Satz bei 20:19 einen Matchball.

„Wir hatten in dieser schweren Gruppe eine so schlechte Plazierung befürchtet", meinte Korpa. Sein Team brachte insgesamt eine enttäuschende Leistung. Peter Stellwag (Reutlingen) war nach vier Einzel-Niederlagen in Folge entnervt, Ralf Wosik blieb deutlich unter seinen Möglichkeiten, so daß von den Spitzenspielern nur der Deutsche Meister Georg Böhm die Erwartungen erfüllte. Er holte durch Siege gegen Ulf Bengtsson und Ex-Weltmeister Stellan Bengtsson auch die Ehrenpunkte gegen Schweden.

Bei den Mädchen brachte die erst 19jährige Susanne Wenzel eine unerwartet gute Leistung. Auch im letzten Gruppenspiel sorgte die Deutsche Meisterin mit beiden Gegenpunkten im Holland-Spiel für Aufsehen, sie bezwang nicht nur Mirjam Kloppenburg, sondern auch Europameisterin Bettina Vriesekoop mit 21:16, 15:21, 21:15. „Ich bin bedeutend sicherer geworden, mein Trainingsaufenthalt in Japan hat sich bezahlt gemacht", freute sich die Studentin, die im Vorjahr zwei Monate in Tokio trainiert hatte.

GALOPP / Überraschung im Preis von Düsseldorf

Peter Alafi hielt Englands Starjockey Cook in Schach

K. GÖNTZSCHE, Düsseldorf

Wenn deutsche Jockeys in einem Endkampf einen Kollegen aus England neben sich auftauchen sehen, überkommt sie in der Regel das große Zittern. Die 12 000 Zuschauer auf der Düsseldorfer Galopprennbahn wetteten am Samstag den englischen Hengst Princes Gate mit Jockey Paul Cook im Großen Preis von Düsseldorf auf 14:10 herunter. Für zehn Mark Einsatz auf Sieg hätte es lediglich 14 Mark zurückgegeben. Die Siegwetter von Princes Gate brauchten sich nicht an die Auszahlkasse zu begeben.

Dafür sorgte in erster Linie Jokkey Peter Alafi (47). Der seit vielen Jahren in Deutschland lebende Ungar ließ sich im Endkampf des Rennens der Europagruppe II (90 000 Mark, 50 000 Mark dem Sieger, 1700 m) im Sattel des fünfjährigen Hengstes Mister Rock's von seinem englischen Kollegen Paul Cook (37) absolut nicht beeindrukken. Alafi ritt unterwegs taktisch klüger, ersparte seinem Pferd Umwege auf äußeren Spuren und machte auch im Finish einen besseren Eindruck als Cook.

Nun ist Cook nicht gerade ein zweiter Lester Piggott, aber zu den zehn besten Jockeys aus dem Mutterland des Turfs zählt der rothaarige Reitersmann schon.

Scheich Hamdan al Maktum aus Dubai bekommt also nur 20 000 Mark für den zweiten Platz von Princes Gate überwiesen. Assistenztrainer Lord John Fitzgerald (er ist mit der ehemaligen Direktoriumssekretärin Barbara Zindel verheiratet): „Ich bin maßlos enttäuscht. Eine Niederlage gegen Mister Rock's habe ich für unmöglich gehalten."

Daß Mister Rock's auf Distanzen bis maximal 1800 m ein Pferd mit ungewöhnlichem Können ist, war nicht unbekannt. 1982 siegte er im Kölner Kaufhof-Preis, ein Jahr zuvor hatte er in Mailand gewonnen. Der Hengst stammt aus der Zucht des Gestüts Wald-Erbach im Hunsrück, wurde dann vom Warenterminhändler Tom Dringenberg erworben, der den Hengst bei Ervin Simko in Iffezheim trainieren ließ. Unter Simkos Regie gewann er 1981 das Orakel der Dreijährigen in Mülheim. Vor dem Sieg im Scherping-Rennen am 6. Juni 1981 kaufte ihn Markus Büchner aus Seeheim bei München und ließ ihn in Riem von Erich Pils trainieren. Im Vorjahr beorderte Buchner das Pferd in den Stall von Star-Trainer Sven von Mitzlaff (68) nach Köln. Bei vier Starts unter von Mitzlaffs Order hat Mister Rock's dreimal gewonnen, der Erfolg über Princes Gate in Düsseldorf ist sicherlich der am wertvollsten einzuschätzende Sieg.

Hinter den beiden Erstplazierten erkämpfte sich der 164:10-Außenseiter Torgos mit Erwin Schindler den dritten Platz vor Sharpend mit Andreas Tylicki. Der hoch eingeschätzte Schlenderhaner Hengst Solo Dancer (Georg Bocskai) landete nur auf dem sechsten Platz. Für Georg Bocskai scheint sich Sharpend zu einem unlösbaren Rätselfall zu entwickeln: Wählt er ihn aus (wie im Preis von Europa und im Moormann-Rennen), sind die Pferde vor ihm, die er Kollegen überläßt. Nimmt er ihn nicht (wie jetzt in Düsseldorf), läuft Sharpend mit anderen Jockeys auch schneller als das Roß seiner Wahl.

Das mögliche Ende der erfolgreichen Rennlaufbahn erlebte in Düsseldorf der siebenjährige Hengst Revlon Boy. Jockey Lutz Mäder: „Es sieht nicht gut aus." Mäder mußte Revlon Boy vor dem Ziel anhalten. Trainer Hein Bollow: „Er geht stocklahm." Eine schwere Sehnenverletzung oder eine Fissur am rechten Vorderbein sind zu befürchten.

Wetteinsatz: 1 370 095 Mark. Toto: Sieg: 64, Pl. 19, 13, 22, ZW: 128, DW: 1844. – Richterspruch: Leicht Hals – 1½ – eine halbe – drei Längen.

Der Rennpferdebestand des Gestüts Buschof in Uetze bei Hannover wurde am Samstagvormittag in Düsseldorf versteigert. 18 von 24 Pferden erzielten einen Gesamtumsatz von 115 000 Mark. Für den Hengst Säbel wurde mit 18 000 Mark der Höchstpreis gezahlt.

2. LIGA / Fußball-Bund überprüfte die Klubs

Darmstadt droht Entzug der Lizenz – zu hohe Schulden

DW. Bonn

Der Deutsche Fußball-Bund (DFB) hat dem Zweitliga-Verein Darmstadt 98 vorerst die Lizenz für die nächste Fußball-Saison verweigert. Der Verein will jetzt die dreiwöchige Beschwerdefrist nutzen, um die vom DFB zusätzlich geforderten Unterlagen zu besorgen.

Darmstadt 98, Absteiger aus der obersten Spielklasse, ist mit rund 4,5 Millionen Mark verschuldet. Wegen dieser Verschuldung, so das Präsidium des Klubs in einer offiziellen Verlautbarung, sei die Lizenz erst einmal verweigert worden. Die „Planung und Durchführbarkeit der Wirtschaftsrechnung für die Saison 83/84" sei anerkannt worden. Wie verlautet, hat der Vereinsvorstand die Auflage erhalten, in den nächsten drei Wochen Verbindlichkeiten in Höhe von 300 000 Mark abzubauen.

Bisher sind erst drei Vereinen in letzter Instanz tatsächlich die Lizenzen verweigert worden: Bonner SC, FC St. Pauli und vor dieser Saison München 1860. Am Wochenende hat der Liga-Ausschuß des DFB 38 Profivereine und die Aufstiegskandidaten zur Zweiten Liga überprüft. Ob neben Darmstadt 98 weitere Vereine vom Lizenzentzug bedroht sind, wurde nicht bekannt.

ERGEBNISSE

Fürth – Mannheim	1:0	(1:0)
Köln – Augsburg	7:0	(0:0)
Kassel – Frankfurt	0:1	(0:0)
Stuttgart – Lüttringh.	3:0	(2:0)
Essen – Osnabrück	0:1	(0:0)
Darmstadt – Neuhaus	7:0	(2:0)
Aachen – Uerdingen	2:1	(2:0)
Hannover – Offenbach	2:0	(1:0)
Freiburg – Duisburg	1:1	(1:0)
Wattenscheid – Solingen	6:2	(3:1)

VORSCHAU

Freitag: Osnabrück – Duisburg, Aachen – Freiburg, Offenbach – Darmstadt – **Samstag:** Lüttringhausen – Köln, Uerdingen – Stuttgart, Schloß Neuhaus – Wattenscheid, Augsburg – Kassel – **Sonntag:** Mannheim – Essen, Solingen – Fürth, Frankfurt – Hannover.

TABELLE

1. Mannheim	33	19	9	5	74:29	47:19
2. Offenbach	33	20	6	7	69:35	46:20
3. Uerdingen	33	16	9	8	55:42	41:25
4. Kassel	33	17	5	11	62:48	39:27
5. Köln	33	14	10	9	72:47	38:28
6. Stuttgart	33	15	8	10	68:45	38:28
7. Darmstadt	33	14	9	10	64:50	37:29
8. Freiburg	33	12	13	8	44:41	37:29
9. Aachen	33	14	8	11	45:46	36:30
10. Osnabrück	33	15	4	14	59:55	34:32
11. Hannover	33	11	9	13	62:60	31:35
12. Duisburg	33	12	7	14	46:49	31:35
13. Fürth	33	10	10	13	50:63	30:36
14. Lüttringh.	33	11	8	14	45:66	30:36
15. Essen	33	10	9	14	47:50	29:37
16. Wattensch.	33	11	5	17	51:63	27:39
17. Solingen	33	8	10	15	46:67	26:40
18. Augsburg	33	8	8	17	25:52	24:42
19. Frankfurt	33	8	7	18	42:73	23:43
20. Neuhaus	33	5	6	22	37:84	16:50

EISHOCKEY / CSSR stoppte die Russen, heute gibt es doch noch ein echtes Finale – Weyers Antwort an Manfred Ewald

Hinweis auf „politisches Umfeld“

sid/dpa, Frankfurt

Den schriftlichen Protest der „DDR“-Sportführung gegen Vorkommnisse während des Eishokkey-WM-Spiels zwischen den Mannschaften der Bundesrepublik Deutschland und der „DDR“ in Dortmund hat DSB-Präsident Willi Weyer mit der Zusicherung beantwortet, „alles in seinen Kräften stehende zu tun, um ähnliche Belastungen“ des deutsch-deutschen Sportverkehrs auszuschließen. Gleichwohl wies Weyer einseitige Schuldverteilung zurück.

Der Streit um die Zuschauer-Ausschreitungen sei „erledigt“, sagte nun „DDR“-Delegationsleiter Herbert Gasch. Bestätigt wurde dies nach einem Gespräch zwischen dem Präsidenten des Deutschen Eishockey-Bundes (DEB), Otto Wanner, und Herbert Gasch. Zuvor war ein Schreiben von Wanner nicht als Entschuldigung akzeptiert worden.

Das Schreiben des DSB-Präsidenten Willi Weyer an Manfred Ewald, Präsident des Deutschen Turn- und Sportbundes (DTSB) der „DDR“, im Wortlaut: „Ihr Telex vom 27. 4. 1983 habe ich erhalten. Meine Freunde im Präsidium des DSB und ich verstehen Ihre Besorgnis um den Fortgang des Sportverkehrs zwischen unseren Vereinen, Gemeinschaften und Verbänden sehr gut. Es ist auch unsere Sorge. Dies war der Grund, daß ich die Dortmunder Entgleisungen kritisiert und für das Münchner Spiel mehr Fairneß gefordert habe, noch bevor die Internationale Eishockey-Föderation gesprochen hatte und Ihr Telex eingegangen war.

Es wäre allerdings grundfalsch, diese unbestrittenen beklagenswerten Vorgänge ohne das politische Umfeld sehen zu wollen, ohne die schwer bewehrte Grenze mitten durch Deutschland. Wir werden auf beiden Seiten noch mehr Anstrengungen machen müssen, um uns nicht von unserem Weg abbringen zu lassen, über die menschlichen Kontakte in unserem Sportleraustausch hinaus die politischen Belastungen überwinden zu helfen und Ausschreitungen gar nicht erst aufkommen zu lassen, die im Sport unentschuldbar sind.

In dieser Absicht knüpfe ich an den letzten Satz Ihres Telex an und versichere, daß der DSB alles in seinen Kräften stehende tun wird, um ähnliche Belastungen auszuschließen, mit denen für die normale Weiterführung der Sportbeziehungen zwischen dem DSB und dem DTSB der DDR nur neue Barrieren errichtet werden. Dies läßt sich allerdings nur von beiden Seiten erreichen. Ich bitte Sie deshalb darum, auch alles in Ihren Kräften stehende zu tun, um die sportliche Begegnung zwischen unseren Vereinen, Gemeinschaften und Verbänden zu normalisieren.“

Sowjetische Perfektionisten spürten den kalten Hauch der Niederlage

M. STOESSINGER, München

Die Eishockey-Fans lachen sich ins Fäustchen, nur dem Titelverteidiger ist der Spaß vergangen. Der Ausgang der 49. Weltmeisterschaft in München ist über Nacht zum Lotteriespiel für die UdSSR geworden. Acht souveräne Siege, bei denen der 18malige Titelträger die Konkurrenz nach Belieben beherrschte, haben seit dem hart umkämpften 1:1 gegen die CSSR am späten Samstagabend nur noch statistischen Wert. Jetzt kommt es heute, am letzten Spieltag, zu den echten Finalspielen UdSSR – Kanada und CSSR – Schweden.

Staatstrainer Viktor Tichonow muß sich wie jemand vorkommen, der sechs Richtige im Lotto getippt, aber den Schein nicht abgegeben hat. „Nach dem alten System wären wir schon seit letzten Mittwoch Weltmeister“, klagte Tichonow mit ungewohnt bebender Stimme und fügte zornig hinzu: „Dieser Modus ist ein Lotteriespiel. Vor sechs Tagen hätten wir gegen Schweden ruhig mit 0:10 verlieren können und wären trotzdem Weltmeister gewesen. Aber jeder hat ja durch diesen Modus auf etwas Besonderes gehofft.“

Das Besondere ist eingetreten. Der Modus, wonach die vier besten Mannschaften die Punkte der Vorrunde im Endkampf nicht mitnehmen, wurde zum Fallstrick. Die Sowjets, das machten auch die Reaktionen der Zuschauer in der überfüllten Münchner Olympiahalle deutlich, kämpften gegen den Rest der Eishockey-Welt.

Das 1:1 gegen den alten Rivalen CSSR im bislang mitreißendsten aller WM-Spiele wirft alle Prognosen über den Haufen und garantiert heute Spannung bis zur letzten Minute. Sowohl die CSSR als auch die Cracks aus Kanada können die einmalige Erfolgsserie der Sowjets durchbrechen. Seit 1978 haben die Sowjets (in 44 Auflagen) kein WM-Spiel verloren.

Eine einzige Niederlage könnte Viktor Tichonows Mannschaft vom jahrelang abonnierten Thron werfen und den bisherigen Verlauf des Turniers auf den Kopf stellen. Denn die Kanadier haben bei 2:2 Punkten vor dem großen Duell ebenso die Chance auf den Titel wie die CSSR (3:1 Zähler), die gegen Schweden antreten muß. Der einzige Vorteil der Titelverteidiger: Wenn sie um 18.30 Uhr gegen die Kanadier zum Finale antreten müssen, werden sie wissen, mit welchem Ergebnis sie zum 19. Mal als Weltmeister gekürt werden können.

Gegen die wie schwerelos kämpfenden und spielenden Tschechoslowaken standen die Stars aus der Sowjetunion am Rande einer Niederlage, die bereits vor dem letzten Spieltag das Aus bedeutet hätte. Nur zwei Tore hat Wundertorhüter Wladislaw Tretjak seit dem WM-Auftakt vor 14 Tagen kassiert, das dritte hätte die CSSR vorzeitig zum Weltmeister gemacht.

Die Sowjets spielten gegen ein entfesseltes CSSR-Team, gegen den Modus, gegen 10 500 Zuschauer und hatten letztlich auch den kanadischen Profi-Schiedsrichter Ron Fournier gegen sich. Zum erstenmal spüren die Perfektionisten aus dem sowjetischen Kollektiv den kalten Atem der Niederlagen, und hinter der Bande der UdSSR breitete sich Hektik aus. Nichts lief mehr in den geordneten Schablonen und Bahnen, viele Aktionen waren Produkte des Zufalls, der Weltmeister mußte sich immer wieder mit Befreiungsschlägen gegen die überfallartigen Angriffe der Tschechoslowaken zur Wehr setzen. In diesen Momenten, die aus sowjetischer Sicht fast zur Ewigkeit wurden, mag Trainer Tichonow an die Schmach von 1980 gedacht haben, als die USA sich gegen die UdSSR im entscheidenden Spiel durchsetzten und Olympia-Sieger wurden.

Auf die Frage, ob jetzt eine mögliche Niederlage für ihn persönlich Folgen haben würde, sagt Tichonow: „Wir Trainer leben immer gefährlich. Niederlage bleibt Niederlage. Wir sind Siege gewohnt, warum sollen wir uns aber über dieses Unentschieden ärgern? Was sollen denn erst all jene sagen, die immer verlieren. Da müßten dann ja viele Trainer arbeitslos sein.“

Unsinn: „Spieler haben hervorragend mitgezogen“

sid, München

Trotz der 2:4-Niederlage gegen Finnland belegt die deutsche Mannschaft bei der Eishockey-Weltmeisterschaft den fünften Platz. Das stand bereits vor dem Spiel gegen die „DDR“ fest (das Ergebnis lag bei Redaktionsschluß noch nicht vor). Die „DDR“ hatte zuvor überraschend gegen Italien mit 1:3 verloren. Bundestrainer Xaver Unsinn fordert nun: „Wir müssen jetzt den fünften Platz in der Welt halten.“

Frage: Herr Unsinn, wie sieht das bundesdeutsche Fazit zur Eishockey-WM aus?

Unsinn: Mit dem fünften Platz haben wir unser erklärtes Ziel erreicht. Nicht nur aus diesem Grunde verdient die Mannschaft ein Lob. Vielmehr haben alle Spieler hervorragend mitgezogen. In puncto Disziplin hat es nicht die geringsten Probleme gegeben, obwohl wir, die Vorbereitung eingeschlossen, gut sechs Wochen zusammen waren. Die letzten WM-Turniere der Fußballer und Handballer waren uns ein warnendes Beispiel, denn da hat man doch mehr von Krach und Skandalen gehört als vom eigentlichen Sport. Positiv wirkte sich die Unterstützung der Zuschauer aus, negativ machten sich viele Verletzungen und ein hartnäckiger Grippevirus bemerkbar.

Frage: War es schwer, die Mannschaft nochmals zu motivieren, nachdem die Finalrunde so knapp verpaßt worden war?

Unsinn: Niemand wollte es zwar zugeben, aber im Grunde war jeder Spieler doch sehr niedergeschlagen. Ich bin davon überzeugt, daß wir in der Finalrunde noch einen Großen bezwungen und eine Medaille gewonnen hätten. Andererseits weiß ich gar nicht, ob es so gut gewesen wäre, wenn wir unter die ersten vier eingezogen wären. Da hätten viele den Boden unter den Füßen verloren.

Frage: Wie sehen ihre Ziele für die Zukunft aus?

Unsinn: Wir müssen den fünften Platz in der Welt halten, was schwierig genug ist. Schließlich kommt der Olympiasieger USA in die A-Gruppe zurück. Schon bei den Olympischen Spielen 1984 in Sarajewo kann es ein böses Erwachen geben, wenn wir nicht hellwach bleiben. Es wäre total falsch, sich auf den respektablen Erfolgen dieser WM auszuruhen. Hoffnung macht mir die Leistung der jungen Spieler wie Dieter Hegen und Michael Betz. Wir bräuchten mehr Talente von diesem Kaliber. In wesentlichen Zügen bleibt die Mannschaft zusammen. Auch Erich Kühnhackl wird weitermachen.

Frage: Wird die Teilnahme am Canada-Cup zu realisieren sein?

Unsinn: Wir müssen die Vereine davon überzeugen, daß die Reise zum Canada-Cup das deutsche Eishockey wieder einen großen Schritt nach vorn bringt.

RADSPORT / Van der Poel gewann in Frankfurt

Reifenpanne – Braun fiel in der Schlußrunde zurück

FRANS VERMEEREN, Frankfurt

Der Holländer Adri van der Poel gewann in Frankfurt überraschend das bedeutendste deutsche Profi-Radrennen „Rund um den Henninger Turm“. Van der Poel siegte nach der 242 Kilometer langen Fahrt durch den Taunus vor dem Belgier Ludo Peeters (Sieger 1982) und seinem Landsmann Leo van Vliet. Gregor Braun (Neustadt) hatte auch in diesem Rennen Pech. In der ersten der drei fünf Kilometer langen Finalrunden am Hainerweg in Frankfurt mußte er wegen eines Reifenschadens das Rad wechseln. Mit seinem Mannschaftskameraden Uwe Bolten gelang ihm zwar wieder der Anschluß an das zu jenem Zeitpunkt 32köpfige Feld, doch inzwischen hatte sich mit van der Poel, Peeters und dem Holländer Jos Schippers bereits eine Spitzengruppe abgesetzt.

Zum Rennverlauf: Der Weltpokal-Wettbewerb auf den bergigen Straßen im Taunus wurde anfangs im dichten Nebel, später bei Regen ausgefahren. Das veranlaßte so prominente Fahrer wie den holländischen Ex-Weltmeister Jan Raas sowie die beiden Belgier de Wolf und Vandenbrouke, nach 120 Kilometern aufzugeben.

Adrie van der Poel, der im vorigen Jahr die Meisterschaft von Zürich gewonnen hatte, weil der eigentliche Sieger, der Neuseeländer McKenzie, wegen Dopings disqualifiziert wurde, hatte in diesem Jahr bereits den zweiten Platz bei der Fernfahrt Paris–Nizza und den sechsten Rang beim schweren französischen Eintags-Klassiker Paris–Roubaix belegt. „Für das Henninger Rennen“, so erzählte er im Ziel in Frankfurt, „habe ich mich ganz besonders vorbereitet. Sechseinhalb Stunden saß ich in der letzten Woche im Training täglich auf dem Fahrrad. Oft trainierte ich hinter Derny-Motorrädern. Ich wollte unbedingt ein bedeutendes Rennen gewinnen.“ Und: „Ich glaube, ich habe meinen zur Zeit in Spanien startenden Kapitän Hennie Kuiper einigermaßen würdig vertreten können.“

Routiniert wie sein großes Vorbild Hennie Kuiper hatte sich der junge Holländer drei Kilometer vor dem Ziel von der Spitzengruppe gelöst, „denn spurten kann ich noch nicht“.

SPORT-NACHRICHTEN

Weltrekord verfehlt

Nizza (sid) – Der französische Stabhochspringer Thierry Vigneron scheiterte bei einem Leichtathletik-Meeting in Nizza dreimal an der neuen Weltrekordhöhe von 5,82 Metern. Seine übersprungenen 5,76 Meter bedeuten Weltjahresbestleistung. In Des Moines (Iowa) erreichte Calvin Smith (USA) bei einem Leichtathletik-Sportfest bereits im Vorlauf über 100 Meter mit 10,11 Sekunden eine hervorragende Zeit.

Sechstes Todesopfer

Zandvoort (sid) – Pieter Blauboer (Holland) ist bereits das sechste Todesopfer der diesjährigen Motorrad-Rennsport-Saison. Bei einem internationalen 1000-Kilometer-Rennen in Zandvoort stürzte Blauboer so schwer, daß er seinen Verletzungen erlag.

Europacup für Minsk

Minsk (sid) – Trotz einer 24:26-Niederlage im Rückspiel in Minsk gewann der SKA Minsk gegen Dinamo Bukarest den Handball-Europapokal der Pokalsieger. Minsk hatte das Hinspiel in Bukarest mit 34:22 gewonnen. Bei den Frauen setzte sich im Wettbewerb der Landesmeister Spartak Kiew mit zwei Erfolgen gegen Radnicki Belgrad (25:17, 23:19) durch.

Peru vor Deutschland

Heidelberg (dpa) – Die deutsche Volleyball-Nationalmannschaft der Damen belegte beim Vier-Nationen-Turnier in Heidelberg hinter Peru den zweiten Platz. Im entscheidenden Spiel unterlag das deutsche Team Peru mit 0:3.

Hoher Sieg über Norwegen

Valjewo (sid) – Die deutsche Damen-Nationalmannschaft gewann ihr erstes Qualifikationsspiel zur Basketball-Europameisterschaft in Valjewo (Jugoslawien) gegen Norwegen mit 81:34.

Keine Deutschland-Tour

Frankfurt (sid) – Die Deutschland-Rundfahrt der Radprofis fällt in diesem Jahr aus. Ausrichter Detlef Braack (Kelkheim) begründete die Absage mit den hohen finanziellen Forderungen der Polizeibehörden im süddeutschen Raum.

Dietzen Siebter

Logrono (sid) – Raimund Ditzen (Trier) kam auf der elften Etappe der Spanien-Rundfahrt der Radprofis über 185 Kilometer von Soria nach Logrono zeitgleich mit dem Sieger Eric Vanderaerden (Belgien) als Siebter ins Ziel. Die Führung in der Gesamtwertung übernahm Alberto Fernandez (Spanien).

Dynamo „DDR“-Meister

Berlin (dpa) – In der „DDR“-Fußball-Oberliga sicherte sich Dynamo Ost-Berlin bereits vier Spieltage vor Schluß durch einen 3:1-Sieg bei Wismut Aue zum fünften Mal hintereinander die Meisterschaft.

14. Titel für Liverpool

London (dpa) – Trotz einer 0:2-Niederlage bei Tottenham Hotspur steht der FC Liverpool drei Spieltage vor Saisonschluß zum 14. Mal als englischer Fußballmeister fest. Manchester United verspielte seine letzten theoretischen Chancen auf den Titel durch ein 1:1 bei Norwich City.

Drittes Unentschieden

Delmenhorst (dpa) – Die Damen-Auswahl des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) kam in ihrem dritten Qualifikationsspiel zur Europameisterschaft in Delmenhorst gegen Dänemark mit einem 1:1 zum dritten Unentschieden.

MOTORSPORT / Der Franzose Patrick Tambay fuhr Ferrari im Grand-Prix von San Marino zum Sieg

Winkelhock im Training stark, im Rennen mit Ersatzauto weit zurück

dpa/sid/DW. Imola

Der Franzose Patrick Tambay gewann auf Ferrari-Turbo den Großen Preis von San Marino in Imola, den vierten Lauf zur Formel-1-Weltmeisterschaft 1983. In der Weltmeisterschaftswertung führen nun gleichauf (15 Punkte) Nelson Piquet (Brasilien) und Tambays Landsmann Alain Prost (Renault-Turbo).

Nach Halbzeit des Rennens hatte der Italiener Patrese die Führung vor Tambay übernommen, nachdem dessen Teamkollege René Arnoux nach einem Boxenstopp (wegen Nachtankens) zurückgefallen war.

Das Ferrari-Duo mit den Franzosen René Arnoux und Patrick Tambay hatte beim Start sofort die Führung übernommen. Vor 120 000 Zuschauern konnte nur noch der Italiener Riccardo Patrese auf Brabham-BMW-Turbo als Dritter den Anschluß halten.

Der brasilianische Ex-Weltmeister Nelson Piquet blieb am Start der 26 Wagen mit seinem Brabham-BMW-Turbo stehen. Er hatte sich im Training den zweiten Startplatz zwischen Arnoux und Tambay gesichert.

Patrese, Weltmeister Keke Rosberg (Finnland) und Niki Lauda sorgten bereits in den ersten Runden für Spannung. Rosberg schob sich bis auf den sechsten, Lauda bis auf den neunten Platz vor. Laudas Aufholjagd, vom 18. Startplatz aus, dauerte allerdings nur bis zur 13. Runde. Dann kollidierte der Österreicher mit dem Italiener Michele Alboretto auf Tyrrell-Ford. Beide schieden unverletzt aus. Der Waiblinger Manfred Winkelhock rutschte indes bis auf den 20. Platz ab – auf einem Ersatzwagen.

Die Chancen des Waiblingers Manfred Winkelhock auf eine gute Plazierung waren schon vor dem Start zum Rennen auf den Nullpunkt gesunken. Noch vor dem Aufwärmtraining am Vormittag wurde nämlich im neuen ATS-BMW-Turbo ein Leck in der Benzinleitung entdeckt. Die undichte Stelle liegt innerhalb des aus einem Stück gefertigten Monocoques und war in der kurzen Zeit bis zum Rennen am Nachmittag nicht mehr zu reparieren. Als Winkelhock daraufhin seinen alten, um 20 Kilogramm schwereren Wagen abstimmen wollte, mußte er nach einer Runde bereits mit Turbolader-Schaden aufgeben.

Beim Abschlußtraining am Samstag hatte sich Winkelhock mit dem neuen Auto noch überraschend auf den siebenten Trainingsplatz in der fünften Startreihe vorgearbeitet

Schon vor 14 Tagen, beim Grand Prix von Frankreich in Le Castellet, hatte der Schwabe großes Pech. Zeitweilig lag er während des Rennens bereits an fünfter Stelle, doch dann reduzierte sich die Motorleistung des BMW-Turbos wegen eines defekten Auspuffs zunehmend. Winkelhock hatte keine Chance mehr.

Beim Training in Imola waren die mit einem 600 PS starken Turbo-Motor bestückten Wagen am schnellsten. Zehn dieser Autos standen beim Start in den ersten fünf Startreihen. Weltmeister Keke Rosberg (Finnland) mußte sich mit dem 520 PS starken Ford-Motor im Williams mit dem elften Trainingsrang begnügen, Niki Lauda (Österreich) im McLaren-Ford sogar nur mit Rang 18.

In Berlin gewann Bob Wollek (Straßburg) auf Porsche 956 C den dritten Lauf zur Deutschen Rennsportmeisterschaft.

ZAHLEN

FUSSBALL

EM-Qualifikationsspiel der Damen in Delmenhorst: Deutschland – Dänemark 1:1 (1:0).

„DDR“-Oberliga, 22. Spieltag: Aue – Dynamo Ost-Berlin 1:3, Halle – Böhlen 6:0, Magdeburg – Karl-Marx-Stadt 2:0, Erfurt – Frankfurt 3:2, Dresden – Jena 3:2, Leipzig – Zwickau 5:2, Union Ost-Berlin – Rostock 0:0. – Tabellenspitze: 1. Dynamo Ost-Berlin 54:17/33:5, 2. Jena 39:27/29:15, 3. Frankfurt 43:24/28:16.

Englische Meisterschaft: Aston – Stoke 4:0, Coventry – Bromwich 0:1, Everton – West Ham 2:0, Manchester City – Nottingham 1:2, Norwich – Manchester United 1:1, Notts – Brighton 1:0, Southampton – Luton 2:2, Sunderland – Birmingham 1:2, Swansea – Ipswich 1:1, Tottenham – Liverpool 2:0, Watford – Arsenal 2:1. – Tabellenspitze: 1. Liverpool 81 Punkte, 2. Watford 67, 3. Manchester United 64.

EISHOCKEY

Weltmeisterschaft in München, Abstiegsrunde: BR Deutschland – Finnland 2:4, „DDR“ – Italien 1:3. – Finalrunde: Kanada – Schweden 8:1, UdSSR – CSSR 1:1.

BASKETBALL

EM-Qualifikations-Turnier der Frauen in Valjevo/Jugoslawien: Deutschland – Norwegen 81:34, Jugoslawien – England 91:46, Deutschland – England 66:50.

HANDBALL

Bundesliga, Herren, 22. Spieltag: Göppingen – Großwallstadt 20:19, Günzburg – Hüttenberg 23:23, Hofweier – Schwabing 17:19, Nettelstedt – Dietzenbach 32:23. – Bundesliga, Damen, 18. und letzter Spieltag: Gruppe Nord: Kiel – Union Hamburg 17:12, Greven – Herzhorn 10:12, Jarplund-Weding – Oldenburg 8:21, Engelskirchen – Leverkusen 22:17, Stemmer – Südwest Berlin 15:10. – Gruppe Süd: Gießen – Auerbach 14:18, Reinickendorf – Lützellinden 20:20, Würzburg – Guts Muths Berlin 14:8, Frankfurt – Waiblingen 22:20, Sindelfingen – Malsch 17:12.

Europapokal der Damen, Landesmeister, Rückspiel: Spartak Kiew – Radnicki Belgrad 25:17, Hinspiel 23:19, damit Kiew Europapokal-Sieger.

HOCKEY

Bundesliga, Herren (Feld), 4. Spieltag, Gruppe Nord: Großflottbek – SW Köln 0:2, Hannover – Leverkusen 1:1, RW Köln – Mülheim 1:0, Kahlenberg – Gladbach 0:2. – Gruppe Süd: Berlin – Rüsselsheim 3:3, Frankfurt – Limburg 1:1, Frankenthal – München 2:2, Heidelberg – Stuttgart 2:1.

VOLLEYBALL

DVV-Turnier der Damen in Offenburg: Bulgarien – Peru 2:3, Deutschland – Kanada 3:1, in Heidelberg: Kanada – Bulgarien 3:2, Deutschland – Peru 0:3.

RUDERN

Nationaler Leistungstest in Salzgitter, erster Tag: Männer: Einer: 1. Schmelz (Eberbach) 7:05,2, 2. Reinke (Braunschweig) 7:09,3, 3. Thienel (München) 7:13,1. – Zweier o. Steuermann: 1. Volker u. Guido Grabow (Witten) 6:50,9, 2. Konermann/Männing (Dortmund/Witten) 6:51,7, 3. Puttlitz/Kesslau (Berlin/Bonn) 6:55,0. – Frauen: Einer: 1. Groell (Hannover) 7:58,7, 2. Beblo (Saarbrücken) 8:05,4, 3. Kumitz (Berlin) 8:10,7.

KANU

36. Ranglisten-Slalom auf der Rur bei Monschau, Herren: Kajak: 1. Sommer (Rosenheim) 223,0 Punkte, 2. Bovensmann 226,4, 3. Seibert (beide Schwerte) 227,7. – Canadier-Einer: 1. Köpping (Dormagen) 248,5, 2. Moos (Wißmar) 248,8, 3. Libuda (Augsburg) 253,1. – Canadier-Zweier: 1. Moos/Werner 256,1, 2. Czupryna/Zimmermann (Dormagen/Grevenbroich) 263,4, 3. Möller/Gerharz (Schwerte) 269,4. – Kajak-Damen: 1. Deppe (Lippstadt) 244,6, 2. Schmid (Augsburg) 246,4, 3. Adrion (Schwerte) 256,9.

TENNIS

13. WCT-Weltmeisterschaft in Dallas (1,3 Millionen Dollar), Halbfinale: Lendl (CSSR) – Scanlon (USA) 6:1, 6:7, 6:3, 6:3, McEnroe – Gerulaitis (beide USA) 6:3, 6:2, 6:2. – Grand-Prix-Turnier in Madrid (200 000 Dollar), Halbfinale: Noah (Frankreich) – Günthardt (Schweiz) 6:2, 4:6, 6:3, Sundstroem (Schweden) – Slozil (CSSR) 6:1, 6:2. Grand-Prix-Turnier in Tampa (75 000 Dollar), Halbfinale: Kriek (USA) – Segarceanu (Rumänien) 6:4, 4:6, 6:3, Lutz – Depalmer (beide USA) 6:4, 5:7, 6:4. – Damenturnier in Atlanta (150 000 Dollar), Halbfinale: Einzel: Jordan – White (beide USA) 7:5, 6:4, Shriver (USA) – Turnbull (Australien) 6:4, 4:6, 6:3. – Doppel: Turnbull/Casals – White/Hallquist (USA) 4:6, 6:4, 6:3, Moulton/Walsh (USA) – Jordan/Smith (USA) 7:6, 6:3.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 2, 18, 33, 38, 39, 47, Zusatzzahl: 20. – Spiel 77: 1 3 8 7 9 7 5. – Toto: Elferwette: 0, 1, 0, 2, 1, 0, 1, 2, 1, 2, 1. – Rennquintett: Pferdetoto: 17, 13, 5. – Pferdelotto: 1, 2, 4, 11. *(Ohne Gewähr)*

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Heinz Klage-Löbes, Jens-Martin Lüddecke (WELT-Report), Bonn: Friedr. W. Heering, Essen; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Peter Philipps (stellv.); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: i. V. Klaus Bruns; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; Kiel: Bernd Lampe; München: Peter Schmalz, Prof. Ulrich B. Marker; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Rainer Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; Johannesburg: Dr. Hans Germani; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 885 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 184 611, Anzeigen: Deutschland-Ausgabe Tel. (0 30) 25 91 29 31, Telex 184 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

2300 Kiel, Schloßstraße 16–18, Tel. (04 31) 9 34 20

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 922 919

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 412 449

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 723 966

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 523 813

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 23,60 einschließlich 6,5 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 31,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 61, und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 47.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg, Gesamtleitung: Reinhard Hoyer, Hamburg/Essen

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.



Pankraz, G. Konrad und die Spatzen von Jalta

Auf dem Schriftstellertreffen vorige Woche in der Westberliner Akademie der Künste stach der Beitrag des ungarischen Romanciers György Konrad hervor, weil er als einziger die Ursachen der Unfriedlichkeit im Europa von heute benannte, indessen sich die anderen damit begnügten, an den Symptomen herumzukurieren, an der Aufrüstung, an den Raketen, besonders an den Raketen, die (im Westen) noch gar nicht in Stellung gebracht worden sind (während kaum einer die schon startbereiten sowjetischen SS 20 erwähnte). Konrad, wie gesagt, tanzte aus der Reihe. Er maß den Konflikt *historisch aus, sprach von der widernatürlichen „Jalta-Linie"*, die Europa in zwei Hälften teile, von der Selbstbestimmung, die den osteuropäischen Völkern verweigert werde, vom Desiderat einer „zensurfreien Kommunikation" zwischen Ost und West und einer „*parlamentarischen Demokratie* auch für Osteuropa".

Konrad, muß man wissen, wird in seiner Heimat von den kommunistischen Behörden des „Sozialdemokratismus" beschuldigt, seine Bücher sind dort verboten oder sekretiert, er selbst stand schon *oft mit einem Bein im Gefängnis*. Zur Zeit lebt er als Gast des Deutschen akademischen Austauschdienstes in West-Berlin, und nur diesem glücklichen Umstand hat er es wohl zu verdanken, daß er auf dem Treffen erscheinen konnte. Die Reaktion auf seine Rede war bezeichnend und blamabel. Die Ostzonesen und ihre *sowjetischen* Aufpasser sagten wie ein Mann „nein", und die westlichen Teilnehmer, allen voran Günter Gaus, wackelten bedenklich mit den Köpfen und murmelten etwas von „Scharfmacherei". *György Konrad hatte in* ein Wespennest gestochen.

Man erinnere sich: Gerade vor einem Jahr hatte es bei uns schon einmal eine Diskussion über „Jalta" gegeben. Die damalige Bonner Koalition und der Bundeskanzler Schmidt persönlich hatten sich auf einen Wink Moskaus für „Jalta" stark gemacht, hatten den durch „Jalta" angeblich herbeigeführten Status quo als Voraussetzung erfolgreicher Friedensverhandlungen gefeiert und die polnischen „Solidarnosc"-Leute ermahnt, sich endlich damit abzufinden, daß Polen nun einmal „hinter der Jalta-Linie" liege. Schmidt & Co. mußten sich damals von Historikern belehren lassen, daß in Jalta keinesfalls beschlossen worden sei, Polen und den anderen ost-mitteleuropäischen Völkern das Selbstbestimmungsrecht zu verweigern, ja, daß im Gegenteil freie Wahlen für Polen ausdrücklich bekräftigt worden seien. Es war sehr peinlich für die lauten Befürworter einer Verewigung der Jalta-Linie.

Etwas von dieser peinlichen Betretenheit spürte man jetzt auch in Berlin bei der Intervention György Konrads. Die tiefe Verlogenheit der vordergründigen Raketen-Diskussion wurde plötzlich sichtbar. Denn natürlich waren es nicht die Raketen, sondern genau die von Konrad *bezeichneten Ursachen, die* nach 1945 zu Unruhen und kriegerischen Verwicklungen in Europa geführt hatten: zum Aufstand vom 17. Juni 1953, zur ungarischen Revolution und zum Panzerkrieg von Budapest, zur militärischen Niederknüpplung des „Prager Frühlings" und zum Einmarsch der Warschauer-Pakt-Staaten in die Tschechoslowakei, zum Mauerbau und zum dauernden latenten Bürgerkrieg an der innerdeutschen Grenze, zum Verbot der „Solidarnosc" und zum Kriegsrecht in Polen.

Und es war auch jedem der doch nicht ganz dummen Schriftsteller sofort deutlich, daß eine Befolgung der Ratschläge Konrads unendlich viel mehr zur Befriedung Europas beitragen würde als irgendein Autoren-Sit-in vor westdeutschen Pershing-2-Rampen. Freie Wahlen in Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei, ungehindertes und ungestörtes Kommunizieren und Reisen über die innereuropäischen Grenzen hinweg, Vorbereitung eines Friedensvertrags mit Deutschland – darüber hätte man im Interesse des Friedens in Berlin sprechen können. Und die Anwesenheit mächtiger, hochoffizieller Sowjetfunktionäre hätte man dazu nutzen können, um ihnen zu erklären, daß durch ein solches Programm die äußere Sicherheit der großen euroasiatischen Macht nicht im geringsten bedroht werde. (Amerikaner waren in Berlin nicht eingeladen.)

Warum tat man es eigentlich nicht? Warum begnügte man sich statt dessen mit dem hundertfachen kleinmütigen Ableiern von Phrasen, die ohnehin jeden Tag in den Zeitungen stehen? Schriftsteller sind doch keine Papageien, die immer nur nachplappern. Sie gelten als phantasievoll und sind im allgemeinen stolz darauf, daß sie unbequeme Wahrheiten aussprechen und Probleme ventilieren, die zwar in der Luft liegen, aus Angst von den Politikern aber nicht angepackt werden. Warum desavouierte man in Berlin diesen guten Ruf der Schriftsteller? Und warum ließ man so viele unbequeme Kollegen ungerührt draußen vor der Tür, von den Amerikanern und den großen „rechten" Emigranten à la Czeslaw Milosz bis hin zu jenen freischwebenden Linken à la Kohout und Biermann, die bestimmt ein unkonventionelles Wort zu sagen gehabt hätten?

Günter Grass sprach nach dem Berliner Treffen davon, daß man nun mit derartigen Treffen „an die Grenzen der Möglichkeiten" geraten sei. Das trifft in der Tat zu. Mit den immer gleichen Gesichtern und den immer gleichen Phrasen und mit den immer gleichen Stasispitzeln und moskowitischen Aufpassern im Hintergrund ist kein Frieden, ist nicht einmal eine einigermaßen überzeugende Resolution zu machen. Das einzige, was dabei herauskommt, sind Fernsehminuten, die die Autoreneitelkeit kitzeln. Das heißt jedoch nicht, daß Schriftstellerdiskussionen über die Bedingungen des Friedens in Europa überhaupt an Grenzen gekommen seien. Im Gegenteil: Erst hinter den von Grass markierten Grenzen kann die wirkliche Diskussion beginnen, die realistisch und phantasievoll zugleich ist und frei von Spitzelwesen. György Konrad hat es vorde*monstriert*.

Pankraz

Die Prominenz fürchtet seine Feder – Gespräch mit dem amerikanischen Karikaturisten David Levine

Jede Woche sechs Köpfe aufgespießt

Mit einem Streik fing für ihn alles an, mit dem New Yorker Zeitungsstreik von 1963. Damals taten sich ein paar Leute zusammen und *gründeten* die „*New York Review of Books*". Seitdem streitet man sich, ob die Zeitschrift durch David Levine oder David Levine durch die Zeitschrift populär wurde. Seine Porträtkarikaturen der schreibenden, politisierenden, schauspielernden und musizierenden *Prominenz, gleichgültig ob* lebend oder tot, die dort allwöchentlich zu finden sind, haben dem Zeichner inzwischen selbst den Status eines in aller Welt bekannten Prominenten verschafft.

Aber das sieht man ihm nicht an. Im lockeren Trenchcoat mit einer *schlichten Leinentasche* in der Hand, die sein Skizzenbuch birgt, kam er jetzt von New York nach München, um bei der Eröffnung seiner ersten Ausstellung in Deutschland (in der Galerie Bartsch & Chariau) dabeizusein. Die Reise führte ihn über Paris, wo *in der prominenten* Galerie Bernard seine Aquarelle und Gemälde zu sehen sind. Denn wie so viele Karikaturisten hat auch David Levine eine gar nicht so stille Liebe zur Malerei. Er huldigt ihr mit Wasserfarben und Öl, und er ist dabei keineswegs der Epigone irgendwelcher überholten Ausdrucksformen.

So wie manche Zeitgenossen ihre (Vor)Urteile über Literatur immer noch aus Robert Neumanns Parodien „Mit fremden Federn" schöpfen, soll es inzwischen nicht wenige geben, deren Sympathie für einen bestimmten Poeten (Ablehnung ist bei seiner meist freundlichen Zeichenweise schon seltener) durch David Levines Karikaturen geweckt wurde. Levine ironisiert, wenn er zeichnet; Sarkasmus ist allenfalls bei den Politikerporträts zu spüren.

Sich selbst zeichnet Levine im *Profil mit einer riesigen Nase, aber* in Wirklichkeit hat er ein Allerweltsgesicht, fällt überhaupt nicht auf, wenn er durch München spaziert. Ihm aber fällt vieles auf. Die bemalten Häuser der Jahrhundertwende haben es ihm angetan. Und das Cuvilliés-Theater. Der Abwechslungsreichtum der Ornamentik fasziniert ihn. Und die Karyatiden an den Rängen. „Jede ist anders", sieht er sofort. Mozart möchte er hier hören, einen Komponisten, den er besonders liebt. Bei den Malern ist er der Gegenwart näher. Klimt und Schiele, die er in Wien sah, begeistern ihn. Und bei seiner Malerei schätzt er Vuillard, Corot und vor allem den in Europa kaum bekannten Thomas Eakins.

Levine braucht keinen „Weichzeichner" oder andere artistische Tricks, um die Atmosphäre eines Ortes festzuhalten. Das verrät sein Skizzenbuch mit Reisenotizen aus Amsterdam, London, Paris (unverkennbar das „Aux Deux Magots"), manchmal nur mit wenigen Strichen hingeworfen, gelegentlich genauer ausgeführt. Es sind genau gesehene Porträts, keine Karikaturen. Und dazwischen immer wieder Tiere.

Einmal hat er eine Auswahl der Äsopschen Fabeln illustriert. Er wählte fünfzig kurze Stücke aus, so wie sie ihm seine Mutter einst in Jiddisch erzählt hatte. Denn obwohl 1926 in Brooklyn geboren, reichen seine Wurzeln in den Ansiedlungsrayon des alten Rußland, von wo die Eltern seines Vaters und seine Mutter kamen. Seinen *Namen spricht er deswegen noch* immer ganz unamerikanisch „Levin" aus. Er versteht Jiddisch, auch wenn er es nicht mehr spricht, was er ein wenig bedauert.

In Brooklyn ist er zur Schule gegangen – und ins Museum. Also wollte er Cartoonist werden. Mit 18 zeichnete er seinen Comic, der in einem Album erschien. Und noch heute schwärmt er für die Serien der Jahrhundertwende, die „Katzenjammer-Kids", Feiningers „Kinder-Kids" und die surrealistische „Krazy-Kat"-Serie. Gelernt hat er vor allem von Will Eisner, dem Zeichner des „Spirit".

Zuerst studierte er aber Malerei – in Philadelphia. Bald zog es ihn nach New York zurück. Ein Jahr lernte er bei Hans Hofmann, wo sich Amerikas abstrakte Expressionisten, aber auch Helen Frankenthaler oder Larry Rivers ihr Rüstzeug holten. Doch Levine hatte da nicht viel zu gewinnen.

Karikaturen hatte er immer schon gezeichnet, zu seinem und seiner Freunde Vergnügen. Mitte der fünfziger Jahre ergab sich die Möglichkeit, diese Zeichnungen zu veröffentlichen, im „Esquire" und anderen Zeitungen. Das war aber noch Nebenwerk, um die Haushaltskasse aufzufüllen, für die die Malerei nur wenig beisteuern konnte. Das änderte sich erst 1963. *Zwanzig bis 24 Köpfe steuerte er* anfangs der „New York Review of Books" bei. Inzwischen hat er das Pensum halbiert. Denn er möchte so gern ein freies Wochenende haben.

Donnerstags marschiert er in die Redaktion und nimmt die Artikel in Empfang, die er mit seinen Köpfen verzieren soll, meist auch ein paar Photos dazu. Denn während er die Aquarelle vor der Natur skizziert, stützt er sich bei den Karikaturen immer auf Photos. Dann geht es wieder nach Hause, in das kleine Studio seiner Wohnung in Brooklyn. Da breitet er die Photos aus, je mehr, um so besser. Die Bücher, um die es geht – so behauptet er – liest er nicht. Am Dienstag hat er schließlich alles abzuliefern.

Zuerst entsteht mit Bleistift eine Grundskizze, sie wird ausradiert, verbessert, wieder ausradiert, wieder verbessert. Viele *Male*. Dann erst greift er zur Feder, um dem Bild die richtige Festigkeit zu geben. Tiefe und Plastizität vor allem. Darin unterscheidet er sich von fast allen anderen gegenwärtigen Karikaturisten. Und das verbindet ihn mit den Großen des 19. Jahrhunderts, die er bewundert, mit den Amerikanern Nast und Keppler etwa, mit Doré und Richard Doyle.

Zum Schluß wird dann unter der Tusche der Bleistiftentwurf wegradiert. Aber wenn man in München genau hinsieht, kann man bei einigen Blättern noch Bleistiftspuren erkennen. Von Farbe hält er bei den Karikaturen nichts. „Sie sind nur Dekoration. Meine Farbe liegt zwischen Schwarz und Weiß."

In Amerika verkauft er inzwischen auch seine Aquarelle – oft Ansichten vom Strand und den Vergnügungsstätten auf Coney Island oder *Portraits als Halb-* und Ganzfiguren – gut. Und gelegentlich hat er die Karikaturen und die Malereien auch schon zusammen ausgestellt. Inzwischen sind in ihm diese beiden Seelen, die des Malers und die des Karikaturisten (anders als beispielsweise bei seinen berühmten Vorgängern Doré, Daumier oder Wilhelm Busch), miteinander ins Reine gekommen.

David Levine entspricht nicht dem Stereotyp vom Karikaturisten als einem bärbeißigen Misanthropen, der die Welt und die Menschen, wenn er sie schon nicht ändern kann, mit Sarkasmus geißelt. Er findet die Welt nicht unerträglich. Das merkt man seinen Karikaturen an, und das macht sie (neben ihrer artistischen Perfektion) so populär.

PETER DITTMAR



Spottend über das eigene Profil – Selbstporträt als Karikatur von David Levine FOTO: OPERA MUNDI

Ballett in Berlin: Bournonvilles „Volkssage"

Trolle laden zum Lever

Das reichst gezeichnete Ballett Bournonvilles, des *herzlichen* choreographischen Wundertäters, ist dies nicht. Aber auch seine getanzte „Volkssage", erstmals in 130 Jahren fern von Dänemark einstudiert und nun von der Deutschen Oper Berlin prächtig produziert, gehört zu den Staunstücken eines tanzenden Nationaltheaters, das sich neben der uniformplatten Tiefsinnigkeit modernen Getanzes wie ein fröhliches Wunder ausnimmt. „Eine Volkssage" gehört als europäisches Nationalmonument des Theaters unter Denkmalschutz, und als Konservator seines Witzes wie seiner Lieblichkeit, seiner Romantik wie seiner Burleske empfiehlt sich Peter Schaufuss, Dänemarks Tanz-Pavarotti, aufs beste.

Von Trollen und Elfen erzählt Bournonvilles Volkssage, von einem Mädchen, aus der Wiege entführt und unter den Gnomen auf heidnische Art aufgewachsen. Tag und Nacht schieben sich bei Bournonvilles ineinander, Oberwelt und Unterwelt durchdringen sich. Aber das Grauen wird abgewehrt, Frohsinn, Optimismus und Lächeln siegen am Ende. Der Mensch, den Geistern verfallen, tanzt sich frei mit seinen eigenen Tänzen. Die feine Form triumphiert über alle Troll-Hampelei.

Das dramaturgische Gewirk des Balletts ist eindeutig romantischer Herkunft. In rezitativischer Panto*mime wird die* Handlung vorangetrieben. Eingebettet in die mimische Plauderflut sind Tanznummern von jener Finesse, über die nur Bournonville und seine übersprudelnden dänischen Tänzer verfügten. Bournonvilles Ballette sind voll ausgeprägter Anti-Bravour, *unpathetisch*, *unbombastisch* und menschennah – selbst in den betriebsamen Troll-Szenen.

Am witzigsten ist denn auch das Lever des Troll-Mädchens Birthe, das zur jungen Ballettdame zu werden versucht, aber unter schrecklich unbezähmbaren Rückfällen ins Gezappel der Trolle leidet. Charlotte Butler macht aus der hysterischen Spinatwachtel auf Ballettbeinen eine Paraderolle des Tanzhumors.

Die Berliner Aufführung geht mit Sorgfalt und Prächtigkeit vor. David Walker hat die elegant-romantische Ausstattung entworfen. Man tanzt in ostereibunten Kostümen von elegantestem Schnitt. Selbst die *Zigeuner* am Ende in ihrem stürmischen Tanzschritt scheinen einer Balanciaga-Boutique entsprungen, an ihrer Spitze der spektakuläre Jan Broeckx, die fleischgewordene Tanzenergie; klein aber oho.

Gleich zwei musikalische Großmeister des alten Dänemark hat Bournonville seinem Stück vorgespannt: Hartmann und Gade. Mit vereinter Kraft haben sie in der „Volkssage" die charakterschärfste Ballett-Partitur geliefert, über die Bournonville je verfügte. Michael Heise am Pult führt sie schwungvoll auf.

Das Wunder aber der von Schaufuss einfallsfroh ausgebreiteten Aufführung ist Eva Evdokimova, die ätherischste Ballerina des Weltballetts, lieblich und leicht, ein märchenhaftes Geschöpf. Um sie, mittendrin wie am Schluß: eine Aura aus Jubel.

gtl.

Zum Tode des Choreographen G. Balanchine

Klassiker ohne Erben

Fein, rassig und ironisch stand er dem Weltballett vor, dessen Feminität er auch dann noch entschieden verteidigte, als rundum, ein neuer Kraftsport, die Tanz-Machos zu holzen begannen. Er fand das zweifellos degoutant. Er hielt seinen Tänzerinnen weiter die Treue – nur seinen Primaballerinen nicht, die er (wie Chaplin seine Filmpartnerinnen) mit Vorliebe heiratete. Immerhin hat George Balanchine mehr Ballette choreographiert als Chaplin Filme gedreht.

Balanchine war ein homme à femmes in der schönsten Bedeutung des Wortes, und er liebte sie jung, hochgewachsen, langbeinig, mit süßen kleinen Köpfchen auf langem Hals. Balanchines Ballerinen schienen Züchtungen besonders erlesener Rasse: bezaubernde Gliederpuppen, die er in die erfindungsreichsten Konstellationen zu werfen verstand. Ballette, die ausschließlich auf Musik und Choreographie fußten. Ausstattung war weitestgehend verpönt. An Kostümen wurde gespart. Oft (und nicht in den schlechtesten Balanchine-Balletten) genügten T-Shirt und schwarzes Trikot: des Tänzers simpelste Arbeitstracht. Das Mirakel, den Tanz, entzündete Balanchine: ein Großmeister der Choreographie von in diesem Jahrhundert einzigartigem Rang.

Er kam aus St. Petersburg. Dort wurde er als Georgi Melitonowitsch Balanchivadze 1904 geboren. Er wuchs in die Revolutionswirren Rußlands hinein. 1924, auf einem Deutschland-Gastspiel einiger sowjetischer Tänzer, setzte er sich zu Diaghilew ab und den „Ballets Russes", die in Monte Carlo ihre Zelte aufgeschlagen hatten, Kunstnomaden in Krieg und Frieden seit fünfzehn Jahren.

Kurz vor der Auflösung der weltberühmten Truppe gelangen ihm aber noch zwei Dauerbrenner des Weltballetts, die den Twen bereits als künftigen Matador der Choreographie ausweisen: „Der verlorene Sohn" (in Rouaults Dekor) zu Prokofieffs Musik und Strawinskys „Apollon musagète", das erste der für Balanchines Stil charakteristischen Ballette. Es verband puren Neoklassizismus mit tänzerischen Formspielen abstrakter Art, die sich immer wieder zu unvergeßlichen Konstellationen zusammenfanden.

Die Uraufführung von Brecht und Weills „Die sieben Todsünden" 1933 in Paris mit einer eigenen Truppe war für Balanchine nur ein Zwischenspiel. Er ging nach Amerika. Er half die School of American Ballet mitbegründen, aus der endlich das New York City Ballet hervorging. Daß man in der Folge in New York die Welthauptstadt des Tanzes zu sehen begann, verdankt die Stadt nicht zuletzt Balanchine.

Seine Freundschaft mit dem Landsmann Strawinsky führte zu einer *Fülle überwältigend frischer* Choreographien, in denen sich altes Abendland und junges Amerika. Stil, Sport und Spiel aufs geistvollste zu vereinen begannen. Strawinskys „Agon" wurde zu dem Balanchines: einer Nachzeichnung der Musik mit intelligenten Schritten, einer Bereicherung, Klärung und Erklärung der Musik durch Tanz.

Das zehnmal gesiebte Kunstwerk, Balanchines Ballette, eroberten sich die Welt. Keine Truppe, die sich aus dem choreographischen Jammertal ihrer Gegenwart nicht ins Licht Balanchinescher Choreographien gesehnt hätte. Hamburgs Rolf Liebermann ließ den Freund Balanchine zum Entzücken Deutschlands immer erneut antanzen. Eine Zeitlang stand Balanchine dem Ballett der Deutschen Oper Berlin als Berater zur Seite. Amerikas Ballettcompagnien hatte er künstlerisch sowieso bereits seit langem tief in der Tasche. Darunter leidet nach seinem Tode nun die eigene Compagnie.

Balanchine, das Choreographen-Genie, hat nur Epigonen gezeugt. Nachfolger hat er nicht gefunden. Mit Balanchine ist nach Bournonville und Petipa, den choreographischen Großmeistern von einst, der bedeutendste des 20. Jahrhunderts dahin. Der einzige Mann, der mit voller schöpferischer Freiheit bei höchster Musikalität einen choreographischen Kosmos ins Welttheater einbrachte – von der Klarheit, Ewiggültigkeit und dem die Seele öffnenden Glanz einer Sternennacht.

KLAUS GEITEL



Machte New York zur Welthauptstadt des Balletts: George Balanchine (1904–1983)
FOTO: SCHIMERT-RAMME

Erdmanns „Selbstmörder"

Im Sarg liegt eine Wodkaleiche

Nikolai Robertowitsch Erdmann gehörte zu den von der russischen Revolution erst geweckten, dann geförderten, schließlich grausam ausgemerzten Talenten. Sein Stern leuchtete kurz.

Seinen „Selbstmörder" schrieb er Ende der zwanziger Jahre. Er ist dramaturgisch sicher etwas löcherig. Aber der Grundeinfall ist so gut und frappierend: *Ein* Nebbich und fauler Kopp lebt wie eine Menschenwanze von Frau und Schwiegermutter. Der Mann ist stinkend faul, eingebildet und mißmutig. Er kommt auf einen verrückten Einfall. Er beschließt, seine triste Unerheblichkeit durch einen spektakulären Selbstmord *aufzuwerten*. Er macht sich durch den fleißig ausposaunten Entschluß zum Freitod weithin wichtig.

Sein Plan spricht sich rum. Und nun zieht er lauter ähnlich malkontente Zeitgenossen an, Popen, intellektuelle Wichtigtuer, Huren, Müßiggänger. Er feiert eine makabre Todesparty. Um Mitternacht soll sich der Todeskandidat für immer in den Schädel schießen.

Aber er ist zu feige. Er ist nur stinkbesoffen. Er sinkt, eine schlichte Wodkaleiche, in den Sarg, wird eingesargt und tatsächlich begraben – aber tritt denn doch wieder aus der schon geschaufelten Grube hervor, frißt gierig die Totengaben, die man ihm nach altrussischer Sitte mitgab.

Das Stück Todesposse hat grandiose Partien. Es ist zu Anfang noch voller wüster und sensibler Einfälle. Fritz Lichtenhahn spielt im Berliner Schiller-Theater alle Höhen und Tiefen der feinsinnig derben Vorlage geradezu artistisch aus. Der Beifall für ihn klang am Ende zu Recht donnernd.



Große Töne: Fritz Lichtenhahn als „Selbstmörder" FOTO: ERIKA RABAU

Elisabeth Rath, als seine verdutzte Gattin, kann in dem Kleinbürger-Tohuwabohu rührend Sorge und Fürsorge zeigen. Umwerfend komisch ist Elisabeth Robber als ständig verdutzte Schwiegermutter. Im Chor der vermeintlichen Schmarotzer und Nutznießer des irrig ausposaunten Selbstmordes sind viele fröhlich-bittere Typen zu finden.

Alle könnten stimmen, wenn nicht Günter Krämers Regie allzu breit, zu ausschweifend, wenn sie inszenatorisch nicht viel zu redselig und (nun ja!) durchweg zu „einfallsreich" sein wollte. Trotzdem: Lichtenhahn ist in dieser Todesrolle immer wieder sehenswert. Der Erfolg war dann doch groß.

FRIEDRICH LUFT

AUSSTELLUNGSKALENDER

Baden-Baden: Alexej Jawlensky – Kunsthalle (Bis 26. Juni)
Berlin: Figurative Plastik in Deutschland 1924–1945 – Akademie der Künste (8. Mai bis 3. Juli)
Werner Knaupp – Nationalgalerie (Bis 5. Juni)
Bielefeld: Nabis und Fauves – Kunsthalle (8. Mai bis 3 Juli)
Bonn: Christa Näher – Kunstverein (11. Mai bis 12. Juni)
Braunschweig: Spitzen aus Belgien – Herzog Anton Ulrich-Museum (Bis 5. Juni)
Cloppenburg: Gerhard Marcks – Museumsdorf (Bis 31. Juli)
Düsseldorf: Deutsche Kunst des 20. Jahrhunderts aus dem Busch-Reisinger-Museum – Kunstpalast (8. Mai bis 26. Juni)
Göttingen: Dietmar Ullrich – Städt. Museum (Bis 5. Juni)
Hamburg: Todesbilder/Ringelnatz zum 100. – Kunstverein (Bis 5. Juni)
Hannover: Peter Blake – Kästner-Gesellschaft (Bis 12. Juni)
Kassel: Aus Antwerpens goldener Zeit – Staatl. Kunstsammlung (Bis 22. Juni)
Karlsruhe: Andreas Moritz – Bad. Landesmuseum (Bis 12. Juni)
Köln: Seladon-Swatow-Blauweiß – Museum für Ostasiat. Kunst (7. Mai bis 28. Aug.)
Krefeld: 30 Jahre Textildruck – Textilmuseum (6. Mai bis 21. Aug.)
Ludwigshafen: Emil Schumacher – Hack-Museum (Bis 5. Juni)
Mainz: Die Künstlerfamilien Lindenschmit (14. Mai bis 19. Juni)
Mannheim: Zwischen New York und Moskau – Kunstverein (15. Mai bis 10. Juli)
München: Technische Werbeplakate der Jahrhundertwende – Deutsches Museum (Bis 26. Juni)
Die lichtreichen Schatten – Stadtmuseum (Bis 3. Juli)
Junge Kunst in Deutschland – privat gefördert – Lenbachhaus (Bis 5. Juni)
Münster: Moshe Gershuni – Kunstverein (Bis 5. Juni)
Oberhausen: Das andere Amerika – Schloß (8. Mai bis 26. Juni)
Recklinghausen: Wer zeigt sein wahres Gesicht? – Kunsthalle (4. Mai bis 3. Juli)
Regensburg: Ich und die Stadt – Ostdeutsche Galerie (Bis 5. Juni)
Vreden: Blau mit weißen Blumen – Hamaland Museum (Bis 28. Aug.)
Wiesbaden: Russische Malerei heute – Kunstverein (8. Mai bis 19. Juni)

JOURNAL

Befremden über „Gespenst" als „Film des Monats"

dpa, **Hamburg**

Die Empfehlung von Herbert Achternbuschs Film „Das Gespenst" als „Film des Monats" durch die „Jury der Evangelischen Filmarbeit" hat auf katholischer Seite sowie auch innerhalb der evangelischen Kirche Befremden und Kritik ausgelöst. Der Leiter der Zentralstelle Medien der Deutschen Bischofskonferenz, Prälat Wilhelm Schätzler (Bonn), erklärte, durch die Entscheidung jener evangelischen Jury „ergibt sich im Hinblick auf die bisherige gute ökumenische Kooperation der beiden Kirchen in der Filmarbeit. eine ernste Belastung". Es müsse auch die Frage gestellt werden, ob die „Freiheit der Kunst" in dieser Weise mißbraucht werde. Der Hauptvorstand der Deutschen Evangelischen Allianz, einer Vereinigung pietistisch geprägter Christen, hat es „mit Bestürzung" aufgenommen, daß die blasphemische Jesus-Darstellung Achternbuschs zu einem „Film *des Monats*" gekürt wurde. *Die* „Jury der Evangelischen Filmkritik" hatte von „Verstößen gegen die Regeln des bürgerlichen Geschmacks" gesprochen, aber in dem Film auch „Antriebskräfte für eine heilsame Selbstbefragung" entdeckt.

Kulturbegegnung „Amsterdam–Berlin"

dpa, **Berlin**

Die Veranstaltungsreihe „Amsterdam–Berlin", Begegnung mit den Niederlanden" wurde am Sonnabend in der Berliner Akademie der Künste eröffnet. Bis zum 15. Januar 1984 mit den Schwerpunkten im Mai und Juni wird ein holländisches Kulturprogramm mit über 100 Veranstaltungen geboten. Diese Reihe versteht sich jedoch nicht als eine direkte Fortsetzung des 1982 in Amsterdam gezeigten Projekts „Berlin–Amsterdam 1920–1940 Wechselwirkungen", sondern „mehr als Antwort darauf". Die Veranstaltungen in Berlin wollen einen Querschnitt der holländischen Künste bis in die heutige Zeit hinein zeigen.

Dreitausend Jahre ägyptische Kunst

DW. **Konstanz**

„Bilder für die Ewigkeit" heißt eine Ausstellung, die noch bis zum 23. *Mai in Konstanz zu sehen ist*. Sie gibt einen Überblick über 3000 Jahre ägyptischer Kunst. Die Beispiele stellten fast sämtliche wichtigen ägyptologischen Sammlungen der Bundesrepublik, Österreich und der Schweiz zur Verfügung. Ein Katalog – erschienen im Verlag Stadler, Konstanz – bildet alle Ausstellungsstücke ab, beschreibt sie eingehend und ordnet sie kultur- und kunstgeschichtlich ein. Der Katalog kostet 18 Mark. Die Ausstellung geht anschließend nach Heidelberg, wo sie vom 3. Juni an für drei Monate zu sehen sein wird, und danach nach *Linz*.

Symposion über Aspekte japanischer Fotografie

DW. **Düsseldorf**

„Aspekte der japanischen Fotografie" wird das 4. Internationale Foto-Symposion auf Schloß Mickeln in Düsseldorf behandeln. Mit dieser Themenwahl reiht sich das Symposion in den Ausstellungs- und Veranstaltungszyklus der „Japan Woche" ein, die Düsseldorf im Juni veranstaltet. Am Eröffnungstag (11.6.) wird u. a. Vlasta Cihakova-Noshiro aus Prag über „Die japanische künstlerische Avantgarde-Fotografie" sprechen. Den Abschluß bildet am 12. Juni ein Vortrag von Prof. Eikoh Hosoe über seine Arbeit und die Sammlung der Kogei Universität in Tokio.

Wohlfahrtsbriefmarken seit Kriegsende

DW. **Bonn**

Es ist ein Thema nicht nur für Briefmarkensammler. In einer Broschüre hat die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege alle Wohlfahrtsbriefmarken zusammengestellt, die seit 1949 in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Saarland und West-Berlin erschienen sind. Die Marken werden jeweils farbig abgebildet und sind mit der Michel-Katalog-Nummer versehen. Außerdem ist verzeichnet, wer die Motive entwarf und in welcher Auflage mit welchem Erlös die Marken gedruckt wurden. Die Broschüre „Wohlfahrtsmarken, gestern – heute" kostet 5 Mark. Sie ist bei der Bundesarbeitsgemeinschaft in Bonn (Franz-Lohse-Str. 17) zu beziehen.

Muddy Waters †

AP, **Chikago**

Der amerikanische Blues-Sänger und Gitarrist Muddy Waters ist am Samstag im Alter von 68 Jahren in Chikago gestorben. Der Sohn eines schwarzen Farmers wurde am 4. April 1915 in Rolling Fork im Staat Mississippi geboren und hieß eigentlich McKinley Morganfield. Sein Spitzname, den er als Künstler beibehielt, geht auf die Zeit seiner ersten Auftritte bei Festlichkeiten in seiner Heimatgemeinde zurück. Er selbst war von Blues-Musikern wie Son House, Charlie Patton und dem legendären Robert Johnson beeinflußt, entwickelte aber eine eigene unverwechselbare Art des Blues-Vortrags. Er beeinflußte seinerseits eine Generation von englischen und amerikanischen Rock 'n' Roll-Bands sowie die Rolling Stones, die sich nach einem Song von Muddy Waters nannten.

Mütter berichten vom Kampf um ihre von den Vätern gekidnappten Kinder

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Das Drama wiederholt sich so oft, daß jetzt schon ein Verein zu seiner Verhinderung gegründet wurde: Jährlich verschwinden etwa tausend Kinder aus Ehen deutscher Frauen mit Ausländern ins Ausland – zu 99 Prozent an der Hand ihrer Väter. Doris Bounaira, die dreieinhalb Jahre unter Verlust von rund 100 000 Mark um ihre beiden Söhne kämpfte, die ihr ehemaliger Mann nach einem Familienurlaub in Tunesien zurückgehalten hatte, will dem Übel mit ihrem Verband „Kinderschutz International e. V." gegensteuern.

Zwei Dutzend junge Frauen hören sich die Geschichte von Gisela, einer Leidensgefährtin, an. Sie sind von weither angereist und sitzen jetzt in Doris Bounairas Kölner Wohnung, wohin die Frau für dieses Wochenende am 30. April die Kölner Psychologin Professor Gerhild Ries eingeladen hat. Die Wissenschaftlerin soll die betroffenen Mütter darüber aufklären, was in ihren entführten Kindern vor sich geht, wie sie sich als Mütter unter diesen Umständen zu verhalten haben.

Gisela erzählt: „Nach zwei Jahren durfte ich meine zwei älteren Töchter zum ersten Mal wieder in Algerien besuchen. Die jüngste habe ich zu Hause in Deutschland. Meine Älteste umarmte mich und wollte etwas sagen. Aber sie spricht nur noch Arabisch. Da holte sie von irgendwo ihren alten Teddy und die Puppe, die sie einst von mir erbte. Beides hielt sie mir hin. Soll das nun heißen ...?" Der Satz geht in Tränen unter. Es wird viel und still ins Taschentuch geweint an diesem Vormittag beim „Verband Kinderschutz International e. V."

Wenn die Ehe einer Deutschen mit einem Ausländer aus einem fremden Kulturkreis zerbricht, entstehen Situationen, die den Frauen nie in den Sinn kamen. Die deutschen Strafgesetze kollidieren zum Beispiel mit dem islamischen Recht. Danach bestimmt der Vater absolutistisch über die Familie. Deutsche Scheidungsurteile werden in solchen Ländern nicht anerkannt. Die Frau hat beim Mann zu bleiben und sich in seiner Familie unterzuordnen. Vorstöße amtlicher deutscher Stellen (siehe WELT vom 2. November 1982) sind bisher in dieser Sache ins Leere gelaufen.

Es paßt nicht in das Bild funktionierender diplomatischer Beziehungen, daß solche Entführungen stattfinden. Entsprechend ablehnend verhalten sich häufig auch die betroffenen Botschaften. Das Bundesverwaltungsgericht hat soeben die deutsche Botschaft in Lagos (Nigeria) dazu gezwungen, der 24jährigen Berlinerin Dorothee C. beim Umgang mit nigerianischen Behörden zur Seite zu stehen, wenn sie versucht, ihren zweijährigen Sohn Godwin wieder zurückzunehmen. Der Vater, ein Nigerianer, hat ihn vor gut einem Jahr nach Afrika entführt.

Berlin ist bei diesen Trauerspielen die größte Szene, weil es aufgrund des besonderen Status der Stadt keine Grenzkontrollstellen der Bundesrepublik gibt. Im „Handbuch des Familiengerichtsverfahrens" von Rahm wird auf diesen Umstand hingewiesen: „Auf diese Weise ist es möglich, die Bundesrepublik Deutschland unter Umgehung eines Ausreiseverbots dadurch zu verlassen, daß die betreffende Person bei der grenzpolizeilichen Kontrolle am Übergang zur DDR angibt, nach Berlin (West) zu reisen." Bei akuter Gefahr der Entführung eines Kindes ins Ausland oder in die DDR", so heißt es in diesem Handbuch, habe es sich bewährt, dem betreffenden Elternteil durch den Erlaß einer einstweiligen Anordnung die „Verbringung des Kindes außerhalb der Grenzen der Bundesrepublik zu untersagen". Eine Beschlußausfertigung darüber muß der Grenzschutzdirektion Koblenz als zuständiger Zentrale, im Vorwege per Fernschreiben, übermittelt werden. Damit wird der Name des möglichen Entführers in die INPOL-Ausschreibung aufgenommen.

Die Tatsache, daß zum Beispiel von 1974 bis 1979 auf rechtlichem und diplomatischem Wege nur vier ganze Fälle von Kindesentführung aus der Bundesrepublik in islamische Länder zugunsten der Mütter gelöst wurden, zeigt die Schwierigkeiten auf. Eine junge Mutter, deren jetzt elfjährige Tochter nach achtjähriger Ehe vom Vater nach Syrien entführt wurde, erzählte in Köln am Beratungstag von „Kinderschutz International e. V.", es sei alles vergeblich gewesen, was *sie unternommen habe, um das* Kind nach Hause zu holen. Sie habe sogar den Eindruck gewonnen, daß ihr syrischer Rechtsanwalt, dessen Landessprache sie beherrscht, über dies Scheitern froh gewesen sei. Es half auch nichts, die Polizei zu bestechen – die Gegenseite hatte den doppelten Betrag deponiert: Das Kind blieb unauffindbar. Die angebotene Hilfe der Botschaft brauchte nicht in Anspruch genommen zu werden.

*

Kontaktadresse Kinderschutz International e. V.: Köln, Tel. 0221/51 64 05



Ein Gigant, wie er nie zuvor von Menschenhand bewegt worden ist: die „Statfjord B" – Norwegens (noch) größte Bohrinsel. 860 000 Tonnen schwer steht die Plattform auf 160 Meter hohen Beinen 210 Kilometer vor der Küste in der Nordsee. FOTO: DIE WELT

Beine länger als der Eiffelturm

Auf dem Reißbrett planen die Norweger Ölplattformen von ganz neuen Dimensionen

DIETER F. HERTEL, Stavanger

Es war das größte und schwerste Gebilde, das je von Menschenhand bewegt wurde. Im Juli 1982 zog eine Flottille von fünf bullenstarken Hochseeschleppern die Produktionsplattform „Statfjord B" von der Werft bei Stavanger in den äußersten Norden der Nordsee. Etwa 210 Kilometer nordwestlich von Bergen wurde das Ziel erreicht. Die 160 Meter hohen Betonbeine der rund 860 000 Tonnen wiegenden künstlichen Insel wurden teilgeflutet, das Bauwerk senkte sich in 130 Meter Tiefe auf den Meeresboden – und bohrte sich, genau wie vorherberechnet, einige Meter tief in diesen ein.

Inzwischen ist die ähnlich große Plattform „Statfjord C" bereits weitgehend fertiggestellt. Und die nächste, „Gullfaks", ist schon im Bau. Damit nicht genug. Auf den Reißbrettern des Staatskonzerns Statoil in Stavanger wird bereits die nächste Generation der Bohrplattformen entworfen. Sie sind für die Felder Troll und Askeladden bestimmt. Dort, im Norwegengraben vor Bergen und im Europäischen Nordmeer nördlich von Tromsö, fällt der Meeresboden 300 Meter tief ab. Die Unterkonstruktionen der Plattformen müssen also höher sein als der Eiffelturm.

Rund zehn Milliarden norwegische Kronen (nkr), umgerechnet rund vier Milliarden Mark, kalkuliert die staatliche Ölgesellschaft Statoil allein für Entwurf und Berechnung des Prototyps dieser Plattform. Zum Vergleich: Für die komplette Erschließung des Gullfaks-Feldes einschließlich Bau und Transport der Bohrinsel werden 18 Milliarden nkr angesetzt, 7,2 Milliarden Mark. Der erhoffte Rohertrag in Öl und Gas wird auf 100 Milliarden nkr (40 Milliarden Mark) geschätzt.

Mit seinen Erschließungsplanungen ist das „Scheichtum Norwegen" bereits weit im 21. Jahrhundert. Im Laufe der nächsten zehn Jahre will das Land seine Jahresproduktion von 50 auf 60 Millionen Tonnen Öläquivalent steigern, je zur Hälfte in Rohöl und in Erdgas. Zur Jahrhundertwende soll dann, wie Staatssekretär Hans Henrik Ramm vom Ministerium für Öl und Energie in Oslo in einem Gespräch mit der WELT sagte, eine jährliche Produktion von 80 Millionen Tonnen erreicht werden.

Ziel der norwegischen Politik ist es, eine norwegische Staatsbeteiligung an Produktion und Ertrag aller Konzessionen in Höhe von 50 bis 80 Prozent sicherzustellen. Dies war bei den ersten Konzessionserteilungen vor 1971 noch nicht der Fall. Der dahinterstehende Gedanke: Die Gewinne aus dem Öl und Gas vom norwegischen Kontinentalschelf sollen dem gesamten Volke zugute kommen.

Rund 50 000 Menschen finden heute in der norwegischen Ölindustrie ihre Beschäftigung. Jeder fünfte davon arbeitet off shore, auf Arbeitsplätzen vor der Küste, im Meer. Das dort sehr hohe Lohnniveau – erzwungen von der Konkurrenz anderer Off-shore-Ölfelder und von erheblichen Zulagen für Schwer- und Schmutzarbeit, für Überstunden und Wochenendtätigkeit, für Gefahren und lange Abwesenheit von der Familie – schlägt auf das Festland durch. Es hat die Konkurrenzfähigkeit der traditionellen norwegischen Industrie bereits in Mitleidenschaft gezogen.

Seit dem Beginn des Öl-Zeitalters vor der Küste Norwegens haben dort 175 Menschen ihr Leben verloren. Allein 123 Tote gab es, als die Wohninsel „Alexander Kielland" kenterte. Statoil-Sprecher Arne Lervik führt diesen schwerwiegenden Unfall auf menschliches Fehlverhalten zurück. Bei einem Umbau dieser halbtauchenden Plattform seien Schweißarbeiten an alten Schweißnähten ohne nachträgliche Überprüfung ausgeführt worden. Nach drei Jahren in stürmischer See sei dann eine dieser Schweißnähte gerissen.

Wie wichtig es ist, alle möglichen Risiken von Anfang an auszuschließen, habe sich am 6. Dezember 1979 gezeigt. An diesem Tage traf, bei einem Orkan mit Windgeschwindigkeiten um 200 Kilometer pro Stunde, eine bis dahin kaum für möglich gehaltene „freak wave", eine Riesenwelle von 29 Meter Höhe, die Plattform „Statfjord A". Obwohl dieser Wasserberg voll gegen den Unterteil des 26 Meter über dem Wasserspiegel befindlichen Deckhauses knallte, gab es keine Schäden. Feinmessungen verrieten jedoch, daß die ganze Plattform noch drei Stunden nach dem Schlag vibrierte'

Alle im norwegischen Sektor der Nordsee und des Nordmeeres tätigen Bohr-, Produktions- und Verlade-Anlagen müssen so konstruiert sein, daß sie nach Ausbeutung der Öl- und Gaslager wieder beseitigt werden können. Die Deckshäuser werden sektionsweise demontiert, die Betonunterteile können gelenzt werden. Dann schwimmen sie wieder auf. Doch die Frage bleibt: Wohin damit? Arne Lervik fragt: „Wer will im Jahre 2014, wenn die ‚Statfjord A' nicht mehr benötigt wird, eine gebrauchte Plattform dieses Typs haben?" Es werde wohl nichts anderes übrigbleiben, als sie in den Atlantik zu schleppen und dort in den Tiefen des Ozeans zu versenken. Ob das die Umweltschützer dann noch zulassen werden?

„Krebsnester" – Zufall oder nicht?

Niedersachsen veröffentlicht ersten Krebsatlas / Die Zahlen geben Ärzten noch Rätsel auf

JOCHEN AUMILLER, Göttingen

Warum kommt Krebs in Göttingen seltener vor als in Wilhelmshaven? Woran liegt es, daß besonders häufig die Frauen in Oldenburg bösartige Geschwülste bekommen? Diese Fragen drängen sich nach der Lektüre des neuerschienenen Krebsatlasses Niedersachsen auf, der von der Abteilung medizinische Soziologie, Epidemiologie und Sozialmedizin am Zentrum für öffentliche Gesundheitspflege der Medizinischen Hochschule Hannover erarbeitet wurde. Dem Autorenteam ist es gelungen, Daten auf Kreisebene zu sammeln, ein Vorhaben, das durch den Datenschutz wesentlich erschwert wurde.

Bereits 1979 hat das Deutsche Krebsforschungszentrum in Heidelberg einen Krebsatlas für die Bundesrepublik veröffentlicht. Seine Hauptschwäche: die globalen Landesdaten. Es zeigte sich zwar, daß etwa in Bayern mehr Männer an Magenkrebs sterben als in anderen Bundesländern. Ob dies jedoch darauf zurückzuführen ist, daß in einzelnen Regionen sogenannte „Krebsnester" vorliegen oder eine generelle (und sehr unwahrscheinliche) allgemeine Anfälligkeit der Bayern auf diese Krebsform angenommen werden muß, war mit diesen Daten nicht zu beantworten. Deshalb sind die Krebsforscher an möglichst detailliertem Datenmaterial interessiert.

Der neue Krebsatlas Niedersachsen vergleicht nun die Krebssterblichkeit in den Jahren 1975 bis 1977 in den 46 kreisfreien Städten und Landkreisen Niedersachsens. In die Untersuchung wurden 22 verschiedene Krebsformen einbezogen – 80 bis 90 Prozent aller bekannten Krebserkrankungen. Die Daten sollen helfen, krebserzeugende Faktoren der Umwelt auszumachen. Kommt beispielsweise in einem Kreis Lungenkrebs besonders häufig vor, kann nach den „äußeren" Ursachen gefahndet werden. Dabei darf freilich nicht übersehen werden, daß es zur Krebsentstehung mehr braucht als nur Umweltgifte, beispielsweise auch eine erbliche „Anfälligkeit" für diese Zellentartungen. Das macht allerdings die Fleißarbeit der Datensammler nicht weniger wertvoll. So wäre es wichtig zu wissen, ob eine „Krebsübersterblichkeit" in einzelnen Gegenden durch spezielle Umwelteinflüsse ausgelöst oder gefördert wird. Die Suche nach solchen „Auslösern" kann aber erst sinnvoll in Angriff genommen werden, wenn die Häufigkeitszahlen den Weg weisen. In den bisherigen Statistiken wird jedoch weniger mit Häufigkeitszahlen als vielmehr mit Sterbequoten – Mortalitätsraten – argumentiert.

Verblüffend sind die neuesten Funde beim Magenkrebs. Frauen in ländlichen Gebieten sind nach dem Alter genauso häufig betroffen wie in Städten. Anders dagegen bei den Männern: Junge Magenkrebskranke leben meistens in Städten, ältere auf dem Land. Zufall oder nicht? Die Deutung bereitet noch Kopfzerbrechen. Bisher glaubte man an ein Stadt-Landgefälle und schuldigte bestimmte Ernährungsgewohnheiten an. Damit hat man es sich, den Daten aus Niedersachsen zufolge, zu leicht gemacht. Die Fragen häufen sich: Handelt es sich beim Magenkrebs wirklich immer um die gleiche Entartungsform? Werden junge Männer von einem anderen Geschwulsttyp betroffen als ältere? Müssen nicht doch auch industrielle Umwelteinflüsse bei der Entstehung des Magenkrebses mitberücksichtigt werden?

Das Deutsche Krebsforschungszentrum in Heidelberg arbeitet schon seit mehreren Jahren an einem ähnlichen Krebsatlas für alle Bundesländer. Man hofft, alle nötigen Daten bis Jahresende zusammenzuhaben. Dann wird die Suche auf die bundesdeutschen Krebsnester erst so richtig beginnen können.

Rom beschließt Sprengungen am Ätna

dpa, Rom/Catania

Die seit über 30 Tagen aus dem sizilianischen Vulkan Ätna ausströmende Lava soll durch Sprengungen umgeleitet werden, damit sie die Ortschaften an den Hängen des Vulkans nicht weiter bedroht. Die Regierung gab am Wochenende grünes Licht für diese Aktion, die bisher in Italien noch nie erprobt wurde. Etwa 500 Meter unterhalb des Nebenkraters des Vulkans, aus dem das Magma fließt, soll eine Wand des Lavabetts gesprengt und die glühende Masse in eine neue Rinne geleitet werden. Damit soll verhindert werden, daß der Lavastrom weiterhin meist unterirdisch verläuft und sich somit nicht abkühlen kann. Für die Aktion wurde der in Italien lebende schwedische Spezialist Rolf Lennart Abersten (40) engagiert, der Spezial-Sprengstoff, der auch höchsten Temperaturen standhält, verwenden will. Die Vorbereitung der Sprengaktion wird etwa sieben Tage dauern. Die Kosten werden auf umgerechnet 11,5 Millionen Mark veranschlagt. Der Vulkan-Ausbruch nahm am Wochenende wieder an Heftigkeit zu. Dabei zerstörte ein 100 Meter breiter Lavastrom, der sich in der Stunde zehn Meter voranbewegt, eine kirchliche Feriensiedlung und wertvolles Ackerland.

Zigaretten-Coup

dpa, Köln

Einen Lastwagen mit rund zehn Millionen Zigaretten im Wert von 1,5 Millionen Mark haben zwei bewaffnete Gangster in der Nacht zum Samstag vom Hof einer Kölner Speditionsfirma entführt. Die beiden Männer von etwa 30 bis 35 Jahren überrumpelten den 57jährigen Nachtwächter mit vorgehaltener Pistole und fesselten ihr Opfer mit Handschellen an ein Eisenrohr im Keller der Spedition.

Zwei Menschen verbrannt

dpa, Erlangen

Ein Mann und eine Frau sind gestern früh neben der Autobahn Würzburg – Nürnberg in der Nähe von Tennenlohe bei Erlangen verbrannt. Die Polizei schließt aufgrund von Blutspuren ein Verbrechen nicht aus. Ein unbekannter Autofahrer hatte über eine Notrufsäule die zuständige Autobahnmeisterei davon verständigt, daß in der Nähe des Parkplatzes „Breslau" der Wald brenne.

Baby starb bei Unfall

DW. Berlin

Bei einem schweren Verkehrsunfall auf der Transitautobahn Hamburg – Berlin kam am Sonnabend mittag ein sieben Monate altes Baby im Wagen seiner Eltern ums Leben. Aus „bisher ungeklärten Gründen" war der Wagen eines 19jährigen Berliners in der Nähe der Ausfahrt Pritzwalk auf die Gegenfahrbahn geraten und auf einen Wagen aus Hamburg geprallt. Auf den Transitautobahnen fehlen fast überall Leitplanken, die abkommende Wagen auffangen könnten.

Ärzte fordern Bußgeld

AP, Würzburg

Die „Arbeitsgemeinschaft der in Bayern tätigen Notärzte" (AGBN) hat an die Politiker appelliert, es nicht bei Ermahnungen an die Autofahrer bewenden zu lassen, sondern doch noch ein Bußgeld für Gurtmuffel einzuführen. Zur Begründung verwies die AGBN auf eine Untersuchung der Bundesanstalt für Straßenwesen. Danach sei in den vergangenen sechs Monaten der Anteil der angeschnallten Autofahrer innerorts von 50 auf 44 Prozent zurückgegangen, auf Autobahnen von 84 auf 81 Prozent.

Venezuelas Unterwelt blieb von der Krise verschont

AFP, Caracas

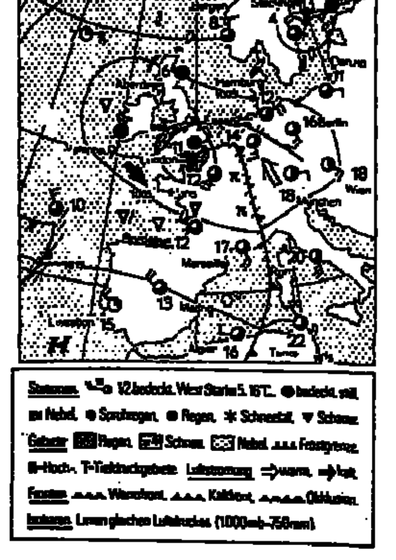
Venezuelas Unterwelt ist von der Wirtschaftskrise verschont geblieben. Für die ersten zehn Monate des Jahres 1982 belief sich der „Gesamtertrag" einheimischer Bankräuber auf 65 Millionen Bolivar, umgerechnet 15 Millionen Dollar. Dabei schlossen die Statistiken, die jetzt veröffentlicht werden, nicht die „Gewinne" der Diebstähle, Erpressungen und Unterschlagungen mit ein, die nach Schätzungen im selben Zeitraum annähernd 32 Millionen Dollar betragen. Dies bedeutet statistisch, daß die 16 Millionen Venezolaner pro Kopf eine „Steuer" von zwei Dollar an die Unterwelt abgeführt haben.

Als Ursachen des Banditentums werden von Experten die hohe Zahl der Einwanderer, der krasse Unterschied zwischen Arm und Reich, der Verlust der traditionellen moralischen Werte, die Urbanisierung und die Überbevölkerung angegeben.

Die Ordnungskräfte sind darüber hinaus schwach besetzt. Während in New York auf 350, in Tokio gar auf 270 Einwohner ein Polizist kommt, ist ein Ordnungshüter in Caracas für den Schutz von 430 Menschen zuständig. In der Vier-Millionen-Stadt Caracas werden im Durchschnitt jeden Tag 130 Delikte gezählt. Um ein weiteres Ansteigen der Verbrechen zu verhindern, reagierten die zuständigen Behörden mit drastischen Maßnahmen: *Zwischen zehn Uhr abends* und fünf Uhr morgens ist die Benutzung von Motorrädern, dem bevorzugten Fahrzeug der Banditen, untersagt.

WETTER: Wechselhaft

Wetterlage: An der Südseite eines vom englischen Kanal zur südlichen Nordsee ziehenden Tiefs wird mit Störungsausläufern wolkenreiche und nur mäßig warme Meeresluft nach Deutschland geführt.



Stationen: 12 bedeckt, West Stärke 5, 15 °C, ● bedeckt, still, ≡ Nebel, • Sprühregen, ● Regen, * Schneefall, ▼ Schauer, Gebiete: Regen, Schnee, Nebel, ▲▲▲ Frostgrenze, H-Hoch-, T-Tiefdruckgebiete, Luftströmung: ⇒ warm, ⇒ kalt, Fronten: Warmfront, Kaltfront, Okklusion, Isobaren: Linien gleichen Luftdruckes (1000mb-750mm)

Vorhersage für Montag:
Im gesamten Bundesgebiet wechselnde, überwiegend starke Bewölkung und zeitweise schauerartiger Regen, im Süden auch einzelne *Gewitter*. Tageshöchsttemperaturen im Norden um 15 Grad, im Süden bis 18 Grad C. Tiefstwerte in der Nacht 10 bis 7 Grad.

Weitere Aussichten:
Weiterhin unbeständig

Temperaturen am Sonntag, 13 Uhr:

Berlin	16°	Kairo	28°
Bonn	15°	Kopenh.	9°
Dresden	18°	Las Palmas	18°
Essen	14°	London	11°
Frankfurt	13°	Madrid	13°
Hamburg	12°	Mailand	16°
List/Sylt	11°	Mallorca	19°
München	18°	Moskau	10°
Stuttgart	11°	Nizza	16°
Algier	16°	Oslo	10°
Amsterdam	10°	Paris	12°
Athen	23°	Prag	18°
Barcelona	18°	Rom	20°
Brüssel	15°	Stockholm	4°
Budapest	21°	Tel Aviv	23°
Bukarest	26°	Tunis	22°
Helsinki	6°	Wien	18°
Istanbul	20°	Zürich	10°

Sonnenaufgang* **am Dienstag:** 4.52 Uhr, Untergang: 19.47 Uhr, **Mondaufgang:** 1.20 Uhr, Untergang: 9.04 Uhr.
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Schuldspruch im Mordprozeß „ohne Angeklagten"

SAD, Wartburg

Der Zuchthäusler, der vor einem Monat in einem sensationellen Coup zusammen mit seiner Rechtsanwältin ausbrach und seitdem mit der Frau wie vom Erdboden verschwunden ist, wurde jetzt von einem Gericht in Wartburg im US-Bundesstaat Tennessee in Abwesenheit wegen zweifachen Totschlags für schuldig befunden. Damit hat zum ersten Mal in den USA ein des Mordes Angeklagter nicht an seinem Verfahren teilgenommen.

Der 32jährige William Timothy Kirk, der im Zuchthaus zwei schwarze Mithäftlinge erschossen *hatte*, war vier Tage vor Beginn seines Prozesses während der Behandlung durch einen Gerichtspsychologen geflohen, zu der ihn die Rechtsanwältin und drei Wärter begleitet hatten. In der Praxis entwaffnete die Anwältin die verblüfften Wärter und floh mit ihrem Mandanten, nicht ohne Wärter und Psychologen vorher gefesselt und geknebelt zu haben. Kirk, dem bei Verurteilung wegen Mordes die Todesstrafe gedroht hätte, soll nach Antrag der Jury für die beiden Tötungen im Gefängnis jeweils zehn Jahre Haft bekommen. Zusätzlich lebenslänglich droht ihm für die Gefangennahme der Wärter.

Seit der Flucht des wiederholt vorbestraften Zuchthäuslers hat die amerikanische Polizei eine Großfahndung nach ihm und seiner Begleiterin ausgeschrieben. Gefängnisbeamte sind sicher, daß die Frau aus blinder Liebe gehandelt hat. Ihre häufigen Besuche bei dem Gefangenen waren schon vorher mit Verwunderung registriert worden.

Kirks Verteidigung kündigte sofort nach dem Schuldspruch an, daß sie nach Festnahme ihres Mandanten ein neues Verfahren verlangen wird. Die Anwälte argumentierten, daß Kirk und sechs andere Gefangene in Selbstverteidigung gehandelt hätten, als sie die zwei schwarzen Mithäftlinge erschossen. Die Getöteten seien Anführer einer gefährlichen Bande gewesen, die andere Gefangene systematisch terrorisierten und sexuell mißhandelten. Seit Kirks Flucht sind in der Anstalt zwei weitere Gefangene von Mithäftlingen umgebracht worden.

Die Attraktion ist das Skelett des Wunderhengstes

Elizabeth II. eröffnet das erste nationale Pferdemuseum

HELMUT VOSS, London

Die Königin persönlich hat es sich am Wochenende nicht nehmen lassen, einen violetten Samtvorhang vor einer Gedenkplakette zu teilen und damit Großbritanniens erstes „Nationales Pferdemuseum" zu eröffnen.

Das unter einem Kostenaufwand von 450 000 Pfund, umgerechnet 1,7 Millionen Mark, eingerichtete Museum in einem 200 Jahre alten Haus von Newmarket liegt direkt neben dem historischen Standort des „Jockey Clubs", der ältesten *Organisation für die Leitung des* Galopp-Rennbetriebes.

Es enthält neben Attraktionen wie dem Skelett des berühmten Rennpferdes „Eclipse", der Reisetasche des Star-Jockeys Fred Archer, einem von drei Derbysiegern getragenen Sattel auch königliche Leihgaben: „Darunter befinden sich Gemälde und Aquarelle von Schloß Windsor", erzählte Kurator Richard Kilburn jetzt, „und auch die Speisekarte vom Dinner in Ascot, mit dem 1896 der Derbysieg von „Persimmon", des erfolgreichsten Pferdes des späteren Königs Edward VIII. gefeiert wurde".

Das Museum wurde nicht ohne Grund in Newmarket eingerichtet. Die nahe Cambridge inmitten der sanftgewellten Landschaft von Suffolk gelegene Kleinstadt ist nicht nur Geburtsort, sondern auch Welthauptstadt des Pferdesports. Jeder vierte der 14 000 Einwohner ist in der „Racing Industry" beschäftigt. Die Stadt verfügt über zwei Rennbahnen und organisiert jedes Jahr die beiden ersten „Classic"-Flachrennen der Saison, das „2000-Guineas"- und das „1000-Guineas"-Rennen.

In der Umgebung von Newmarket gibt es 55 Vollblut-Gestüte sowie die dem „Jockey Club" gehörende, mit riesigen Motormähern gepflegte, 1000 Hektar große Übungsfläche, die fast 50 Kilometer lange Galoppstrecken aufzuweisen hat. „Im Umkreis von acht Kilometern gibt es zur Zeit mehr als 2000 Rennpferde", weiß Robert Fellowes, Mitglied im „Jockey Club", zu berichten. „Das ist die größte Pferde-Bevölkerungsdichte der Welt." Auch die renommierte „Equine Research Station", ein Institut, das sich mit der Erforschung von Pferdekrankheiten beschäftigt, befindet sich in Newmarket.

Newmarkets Position als Vollblutzentrum geht auf das Jahr 1680 zurück. Damals wurde auf Betreiben des Pferdenarren und Frauenhelden Charles II. – noch heute werden bei Bauarbeiten in Newmarket gelegentlich unterirdische „Liebestunnel" des Stuart-Königs *freigelegt – der erste von drei Arab*erhengsten „Byerly Turk" importiert und in Newmarket mit englischen Stuten gekreuzt.

Der König hoffte, auf diese Weise schnellere Pferde zu erhalten und seine adligen Freunde bei improvisierten Rennen schlagen zu können. Die drei Araber wurden die Stammväter einer Milliardenindustrie, die sich heute über die ganze Welt erstreckt. Die Zahl der englischen Vollblüter, „Thoroughbreds" genannt, beträgt in der ganzen Welt an die 200 000. Einzelne Spitzenhengste wie der kürzlich entführte „Shergar" sind über vierzig Millionen Mark wert und bringen ihren Besitzern Deckgebühren bis zu 230 000 Mark pro erfolgreichen Sprung. Allein in England hat die Wettindustrie einen Umsatz von fast zehn Milliarden Mark.

Der optische Mittelpunkt des in fünf Themengebiete unterteilten Pferdesportmuseums in Newmarket ist das in einem Glaskasten ausgestellte Skelett von „Eclipse". Der 1764 zur Welt gekommene, in drei Rennjahren unbesiegt gebliebene Wunderhengst, war der erste vierbeinige Superstar in der Welt des Pferdesports. Siege mit zwanzig Längen Vorsprung waren keine Seltenheit für ihn. „Eclipse first, the rest nowhere" (Eclipse wurde erster, der Rest war nirgendwo), ist heute noch ein geflügeltes Wort. Museumskurator Kilburn schätzt: „Unter seinen Nachkommen befinden sich rund 90 Derbysieger."

(SAD)

LEUTE HEUTE

Rehabilitiert

Der italienische Filmproduzent **Carlo Ponti** muß nicht wie seine Frau **Sophia Loren** mit dem Gefängnis Bekanntschaft machen. Ein Berufungsgericht in Rom sprach Ponti von dem Vorwurf frei, er habe für seine Film-Produktionen zu Unrecht drei Millionen Mark an Staatshilfen erhalten.

Löwenanteil für Enterbten

1,3 Millionen Mark hat Hollywood-Diva **Gloria Swanson** hinterlassen. Je 40 Prozent sollten ihre Töchter **Gloria Daly** und **Michelle Amon** erhalten; den Rest die beiden Enkelinnen. Enterbt war ihr Mann, **William Dusty**. Doch der kassiert nun den Löwenanteil, ein Drittel. So *will es das Gesetz.*

ZU GUTER LETZT

Die italienische Post ist zwar die langsamste in der industrialisierten Welt, aber dafür auch demokratisch: Selbst ein Gruß-Telegramm von Staatspräsident Sandro Pertini aus Rom an die Gemeinde San Dorligo bei Triest war vier Tage unterwegs. Es wurde von der Post mit einer Geschwindigkeit von 7,7 Kilometern in der Stunde transportiert. (Aus: dpa)

Schwachstrom heizt den Dom-Tauben in Mailand ein

Elektriker fand probates Mittel gegen die Vogelplage

AP, Mailand

Nach jahrelangem erfolglosem Kampf gegen die Tauben, die mit ihren Exkrementen dem Mailänder Dom großen Schaden zufügen, scheint ein erfinderischer Elektriker jetzt eine wirkungsvolle Waffe gefunden zu haben. Der 48jährige Ettore Galliani entwickelte ein mit Schwachstrom beschicktes Netz aus rostfreien Stahldrähten, das die Vögel von ihren traditionellen Nistplätzen am Dom fernhält. „Es besteht kein Zweifel daran, daß die elektrischen Drähte ein Erfolg sind", sagte der Leiter eines Unternehmens, das mit der Erhaltung und Renovierung des gotischen Bauwerks aus dem 14. Jahrhundert betraut ist.

In den vergangenen Jahren ist mit allen möglichen Mitteln versucht worden, den Tauben den Dom als Aufenthaltsplatz zu verleiden. Aber der Einsatz chemischer und klebriger Substanzen wie auch lärmender Lautsprecher verfehlte seinen Zweck oder wurde von Tierschützern verurteilt. Als Fehlschlag erwies sich ebenfalls ein Versuch der Behörden, die Taubenschar zu begrenzen. Die mit Empfängnisverhütungsmitteln präparierten Köder wurden von den Tieren nicht im gewünschten Umfang angenommen.

Galliani geht mit seiner elektrischen Taubenscheuche einen völlig neuen Weg. Über die Kosten seiner Methode schweigt man noch. Das Drähtenetz sei aber so „künstlerisch" angebracht worden, daß es von unten kaum wahrzunehmen ist, heißt es in der Stadt.

Die schätzungsweise 5000 Dom-Tauben lernten, so Galliani, „sehr schnell, die stromführenden Drähte zu respektieren". Sie sammeln sich zwar weiter auf dem Domplatz, um sich dort von den Touristen füttern zu lassen, lassen sich jetzt aber zum Schlafen in benachbarten Gebäuden nieder, die sie nun mit ihren Exkrementen überhäufen. Galliani bietet seine Erfindung nun auch für andere historisch wertvolle Bauwerke an. In Frage kommen dafür der Palazzo Marino, das Rathaus und die weltberühmte Scala.

Und schon hat seine Erfindung die Stadtgrenze übersprungen: Am Comer See schützt seine elektrische Vogelscheuche das Dach eines Luxushotels, wenn auch freilich gegen Schwalben.